

Die Verwaltung des Ortskirchenvermögens im badischen Anteil der Erzdiözese Freiburg

Inaugural-Dissertation
zur Erlangung der Doktorwürde
der Rechtswissenschaftlichen Fakultät
der Albert-Ludwigs-Universität
zu Freiburg i. Br.

vorgelegt von
Thomas Rübsaamen
aus Freiburg i. Br.

1980

Die Verwaltung des Ortskirchenvermögens im badischen Anteil der Erzdiözese Freiburg

Inaugural-Dissertation
zur Erlangung der Doktorwürde
der Rechtswissenschaftlichen Fakultät
der Albert-Ludwigs-Universität
zu Freiburg i. Br.



vorgelegt von
Thomas Rübsaamen
aus Freiburg i. Br.

1980

Referent:

Prof.Dr. Alexander Hollerbach

Korreferent:

Prof.Dr. Günther Wendt
Oberkirchenrat

Tag der mündlichen Prüfung: 26. Juni 1980



INHALTSVERZEICHNIS

	Seite
Abkürzungsverzeichnis	III
Einleitung	1
I. Abschnitt: Inhalt und Umfang des Begriffs des Ortskirchenvermögens	5
II. Abschnitt: Die Entwicklung des staatlichen und kirchlichen Rechts auf dem Gebiet des Finanzwesens bis zum heute geltenden Recht	13
III. Abschnitt: Die öffentlich-rechtliche Per- sönlichkeit der ortskirchlichen Vermögensträger der katholischen Kirche in der Erzdiözese Freiburg badischen Anteils	60
IV. Abschnitt: Die ortskirchlichen Rechtsträger im einzelnen	75
1. Die Kirchengemeinde	75
1.1. Begriff	75
1.2. Das Vermögen der Kirchengemeinde	77
1.3. Art und Inhalt der Kirchensteuer nach staatlichem und kirchlichem Recht	79
1.3.a Verteilung der einheitlichen Kirchen- steuer	86
1.3.b Hauptansatz	88
1.3.c Nebenansatz	89
1.3.d Ausgleichsstock	91
1.4. Organe der Kirchengemeinde	93
1.4.a Pfarrgemeinderat	93
- Zusammensetzung	98
- Aufgaben	103

	Seite
1.4.b	Stiftungsrat 105
- Zusammensetzung	105
- Aufgaben	107
1.4.c	Der Pfarrer und sein rechtliches Verhältnis zu Pfarrgemeinde und Stiftungsrat 113
1.4.d	Sonderregelungen 116
2.	Die Kirchenstiftung (fabrica ecclesiae, Kirchenfabrik, Kirchenfonds) 120
2.1.	Organe und Verwaltung 124
2.1.a	Nach kanonischem Recht 124
2.1.b	Nach Regelung in der Erzdiözese Freiburg 125
2.2.	Sonderregelungen 127
3.	Das Benefizium (Pfründestiftung) 136
3.1.	Begriff 136
3.2.	Errichtung 139
3.3.	Die Besetzung der Pfründestiftung in den Ortskirchen 141
3.3.a	Die libera collatio (freie Besetzung) 141
3.3.b	Die collatio necessaria (gebundene Verleihung) 142
- Patronatsrecht	142
- Arten der Patronate	145
3.4.	Die Verwaltung des Pfründevermögens 160
4.	Die Aufsicht über die Verwaltung des Ortskirchenvermögens 165
V. Abschnitt: Schlußbemerkung	170

ABKÜRZUNGSVERZEICHNIS

a.a.O.	am angegebenen Orte
A.A.S.	Acta Apostolicae Sedis
A.L.R.	allgemeines Landrecht für die preußischen Staaten vom 1. Juni 1794
Amtsblatt	Amtsblatt für die Erzdiözese Freiburg (Bezeichnung ab 1933 bis heute)
Ann.bad.gr.Ger.	Annalen der großherzoglich badischen Gerichte
Anz.Bl.	Anzeigebblatt für die Erzdiözese Freiburg (Bezeichnung von 1861 bis 1902) Anzeigebblatt der Erzdiözese Freiburg (Bezeichnung von 1903 bis 1932)
ArchKathKR	Archiv für katholisches Kirchenrecht
A.S.S.	Acta Sanctae Sedis
BGVBl	Badisches Gesetz- und Verordnungsblatt (Bezeichnung von 1918 bis 1951)
BVerfGE	Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichtes amtliche Sammlung (Band und Seite)
c,cc	canon, canones des Codex Juris Canonici
CIC	Codex Juris Canonici von 1917
ders.	derselbe
GBI	Gesetzblatt für Baden-Württemberg (Bezeichnung ab 1952 bis jetzt)
GG	Grundgesetz
GVBl	Gesetz- und Verordnungsblatt für das Großherzogtum Baden (Bezeichnung von 1869 bis 1917)
HdbstKirchR	Handbuch des Staatskirchenrechtes der Bundesrepublik Deutschland
h.M.	herrschende Meinung
KistG	Kirchensteuergesetz

KistO	Kirchensteuerordnung
KG 186o	Kirchengesetz von 186o (Gesetz, die rechtliche Stellung der Kirchen und kirchlichen Vereine betreffend)
KschG	Kündigungsschutzgesetz
LAG	Landesarbeitsgericht
LThK	Lexikon für Theologie und Kirche
MDR	Monatsschrift für Deutsches Recht (Jahr und Seite)
m.w.N.	mit weiteren Nachweisen
PGR 72/76	Satzung der Pfarrgemeinderäte von 1972 bzw. 1976
Rdh / Rdc	Reichsdeputationshauptschluß bzw. Reichsdeputationsrecess vom 25.2. 18o3
Reg.Bl.	Regierungsblatt von 18o3 bis 1868 a) kurbadisches Regierungsblatt (Bezeichnung von 18o3 bis 18o6) b) großherzoglich badisches Regierungsblatt
ROM	Rahmenordnung für Strukturen der Mitverantwortung in der Diözese
ROS	Rahmenordnung für die pastoralen Strukturen und für die Leitung und Verwaltung der Bistümer in der Bundesrepublik Deutschland
Trid.sess.	Tridentinum sessio
VVDStRL	Veröffentlichung der Vereinigung der Deutschen Staatsrechtslehrer (Band und Seite)
ZevKR	Zeitschrift für evangelisches Kirchenrecht (Band und Seite)
Z.G.O.	Zeitschrift für die Geschichte des Oberrheins

EINLEITUNG

Das Interesse am Thema der Arbeit wuchs durch die Beschäftigung mit dieser Rechtsmaterie in einem Rechtsstreit, der scheinbar eine alltägliche Problemgestaltung einer arbeitsgerichtlichen Kündigungsschutzklage zum Gegenstand hatte. Dem Mesner einer kleinen Gemeinde war das Arbeitsverhältnis vom Pfarrer und dem Vorsitzenden des Kirchengemeinderates unter - wie es das letztinstanzliche Gericht ¹ formulierte - " Benutzung eines Briefbogens des Katholischen Stadtpfarramtes " gekündigt worden.

Sowohl das erstinstanzliche Gericht, das Arbeitsgericht Lörrach, als auch das Landesarbeitsgericht Baden-Württemberg arbeiteten sich bei der Klärung der Frage nach dem rechtlichen Dienstherrn und der Frage, ob die Kündigungserklärung " ordnungsgemäß " erfolgt war, sehr mühsam durch das einschlägige staatliche und kirchliche Recht. Auch bei den beteiligten Prozeßbevollmächtigten stellten sich allein bei der Aufsuche der maßgeblichen Rechtsvorschriften erhebliche Probleme, die im Rechtsstreit auch durch die angerufenen Gerichte nicht gelöst wurden. ²

Die vorliegende Arbeit soll im wesentlichen dazu dienen, das geltende ortskirchliche Vermögensverwaltungsrecht, dem in der Praxis erhebliche Bedeutung zukommt, darzulegen, die wesentlichen Vorschriften zu erläutern und dem mit dieser Rechtsmaterie nicht Befassten den Zugang zu erleichtern.

1 vgl. Tatbestand des Urteils des LAG Baden-Württemberg (im Anhang beigelegt)

2 vgl. unten Schlußbemerkung

Zum besseren Verständnis wurde eine längere Darstellung der geschichtlichen Entwicklung des Vermögensverwaltungsrechts in der Erzdiözese eingefügt, während die Ausführungen zum geltenden Staatskirchenrecht, seinen verfassungsmäßigen Grundlagen und seiner Bedeutung nur knapp gehalten wurden. Der Hauptteil der Arbeit befaßt sich mit den einzelnen ortskirchlichen Vermögensträgern und setzt sich mit den wichtigsten Rechtsfragen auf diesem Gebiet auseinander, wobei das Kanonische Recht des Codex Juris Canonici und die Ergebnisse der gemeinsamen Synode der Bistümer in der Bundesrepublik Deutschland mitbehandelt wurden.

Hierbei beschränkt sich diese Darstellung des geltenden Rechts auf den badischen Anteil der Diözese.

Die Ursache hierfür ist historisch bedingt; die Erzdiözese umfaßte von Anfang an lediglich das Gebiet des Landes Baden und Hohenzollern.

Dies rührte daher, daß die seinerzeitige " badische Regierung " bei Konstituierung ³ des Erzbistums nachhaltig Wert darauf legte, daß sich die " Bisthumsgrenzen " mit den Landesgrenzen im allgemeinen deckten und daß sich die religiösen Angelegenheiten unter Leitung eines in Baden residierenden Bischofs " vollziehen " sollten. ⁴

Hierbei ergab sich der Anschluß der hohenzollerschen Gebietsteile aus der langen Zugehörigkeit zur Diözese Konstanz. Infolge der verschiedenen Landeszugehörig-

³ vgl. Wortlaut der Bulle " provida solersque " Reg. Bl. 1827, S. 211

⁴ so wörtlich im Handbuch des Erzbistums Freiburg I. Bd., S. 1

keit dieser Gebietsteile entstanden unterschiedliche staatliche Regelungen, die sich bis heute teilweise erhalten haben. ⁵⁾

Als am 25. April 1952 die Länder Baden, Württemberg-Baden und Württemberg-Hohenzollern zum Südweststaat vereinigt wurden, bestand eine Fülle von altrechtlichen staatlichen Rechtsvorschriften; insbesondere auch vertragliche Abmachungen zwischen den einzelnen Staaten und der katholischen Kirche. So bestimmte beispielsweise Art. II Ziff. 1 des badischen Konkordates ⁶ wörtlich:

" Die gegenwärtige auf der Bulle Provida solers-que vom 16. August 1821 und auf der Bulle Ad dominici gregis custodiam vom 11. April beruhende Zirkumskription und Organisation der Erzdiözese Freiburg i.Br. bleibt bestehen, soweit sich nicht aus dem Konkordat Änderungen ergeben. "

Der überwiegende Teil der Arbeit wurde unter Heranziehung der einschlägigen Originalakten (gerade auch derjenigen, die die Unterlagen zur Vorbereitung des badischen Konkordates seitens des Erzbistums und der römischen Curie enthielten) im Erzbischöflichen Ordinariat in Freiburg gefertigt. Für die Benutzung des Aktenmaterials bin ich dem Erzbischöflichen Ordinariat sehr zum Dank verpflichtet.

5 vgl. unten II. Abschnitt

6 GVB1 1933 N^o 9

Für die freundliche und umfassende Unterstützung bei der Einarbeitung statue ich meinen besonderen Dank Herrn Oberrechtsdirektor Dallinger und Herrn Rechtsdirektor Dr. Jurina ab. Herrn Archivdirektor Dr. Hundsnurscher und Frau Amtmann Dehn danke ich für die stets bereitwillig erteilte Beratung und Hilfe bei der Aufsuche archivierter Unterlagen.

Freiburg 1979

Thomas Rübsaamen

I. ABSCHNITT

Inhalt und Umfang des Begriffs des Ortskirchenvermögens

Dem kirchlichen Gesetzgeber ist der Begriff des Ortskirchenvermögens weitgehend fremd. Das im Jahre 1917 neu gefaßte kirchliche Gesetzbuch, der Codex Juris Canonici, hat zu dem Begriff des Ortskirchengutes keine zusammenfassende Definition aufgestellt. Er regelt nur - weit verstreut - einzelne nach Zweck und Eigentümer getrennte Vermögensmassen, die dabei - nach kirchlichem Recht - als juristische Personen bezeichnet werden. Lediglich im c 1497 § 1 wird der allgemeine Begriff des Kirchenvermögens bzw. Kirchengutes als die den kirchlichen Rechtsträgern zustehenden, dinglichen Rechte an eigener wie an fremder Sache (bona corporalia tum immobilia tum mobilia) und die vermögenswerten Forderungsrechte (bona incorporalia) bezeichnet.¹ Das Kirchenvermögen an sich besteht demnach aus dem, was dem Heiligen Stuhl oder einer anderen juristischen Person der Kirche an irdischen Gütern gehört, wobei es gleichgültig ist, ob es sich hierbei um körperliche oder unkörperliche, bewegliche oder unbewegliche Güter handelt.²

Noch zu Zeiten des Konzils von Chalzedon³ bestand sämtliches, der Kirche gewidmetes Vermögen im Jurisdiktionsbereich eines Bischofs aus einer Einheit - der bischöflichen Mensa - und wurde zentral durch den jeweiligen Amtsinhaber verwaltet. Er bediente sich hierbei in der Regel besonderer Ökonomen aus dem Klerus,

1 Schröcker, Ortskirchenvermögen, S. 17

2 Mörsdorf, Rechtsprache, S. 259

3 a 451, c 21 CXV qu 7, abgedruckt in Denzinger-Schönmetzer, a.a.O., Rdnr. 304-306, 447, 548

denen keinerlei Selbständigkeit zukam. Erst durch die sich schrittweise vollziehende Entwicklung örtlicher Seelsorgestellen - Pfarreien - entstand das örtliche Kirchenvermögen, das sich in mehreren Formen entwickelte. Über die eigentliche Entstehung eines selbständigen Ortskirchengutes mit eigenen Rechtspersönlichkeiten gingen die Auffassungen in der einschlägigen Literatur noch zu Anfang dieses Jahrhunderts weit auseinander.⁴ Erst Ulrich Stutz⁵ wies anhand urkundlicher Forschungen zweifelsfrei nach, daß sich das Ortskirchengut nicht, wie bis zu diesem Zeitpunkt angenommen⁶, aus der Verleihung von Precarien bzw. aus der Aufteilung der Oblationes entwickelte, sondern seinen Ursprung im sogenannten "Eigenkirchenwesen" hatte. Zwar wurde etwa ab dem 5. Jahrhundert n.Ch., als die Kirche durch Spenden und Legate zu bedeutendem Vermögen gekommen war,⁷ dieses Gut geviertelt, wobei jeweils ein Teil der Bischof, die Armen der Gemeinde und der Ortsgeistliche erhielt, während das verbleibende Viertel zum Bau und ggf. zur Unterhaltung der Kirche verwendet wurde. Diese Vierteltung führte jedoch nicht zu selbständigen, an den jeweiligen Ort gebundenen Vermögensmassen, da die Zuteilung von Fall zu Fall dem jeweiligen Oberhirten überlassen blieb.⁸ Es war vielmehr das noch aus dem germanischen Recht stammende Hauspriestertum bzw. Eigentempelwesen, das zu einer scharfen Trennung des Grundherreneigentums (zumeist das Grundstück, auf dem die Kirche stand) von dem zu kirchlichen Zwecken bis dahin einheitlich vorhandenen Diözesanguts führte. Wesensmerkmal dieses

4 vgl. Maier, Der Stiftungsrat in Baden, S. 2

5 Stutz, Benefizialwesen, Bd. 1 § 7, und die Eigenkirche a.a.O., S. 3

6 so noch Permaneder, Kirchenrecht § 496 Anmerkung 3

7 Poschinger, Kirchengut, S. 116, und Stutz, Benefizialwesen § 5 Bd. 1

8 c 61 CXVI qu 1 und Walter, Corp. iur. Germ. antiqu. S. 432

Grundeigentums war die freie Verfügungsgewalt - auch hinsichtlich der geistlichen Leitung - die der Eigentümer über die auf seinem Grund und Boden mit Eigenmitteln errichtete Kirche beanspruchte und ausübte. Dies drückte sich in der Sprache der Zeit so aus:

" Dis sint dü reth, die in den vronhof zu Tüngen
in Brisgove von alters har dan ie vnd ie hörent.
Bi dem ersten so hörent schvz, ban der saz der
Cilchen in den Hof. " ⁹

Die Beseitigung dieser " herrschaftlichen Kirche " ¹⁰
bewirkte die Auflösung des Einzelkirchenvermögens
der Grundherren. Die Pfarrkirchen hatten größtenteils
vermögensrechtliche Selbständigkeit erlangt; sie
waren Anstalten mit eigener Persönlichkeit, " deren
Organ ", wie Stutz es ausdrückte, " zwar der Bischof
durch die Ordination bestellt, deren Vermögen er aber
nicht leihen konnte, weil dem Bisthum daran kein
Privatrecht, kein Eigentum zustand " ¹¹. Zunächst
wurde nach kirchlichem Recht und kirchlicher Praxis
diese " dos ecclesiae " ¹² zunächst als Ganzes zum
Benefizium des mit der Kirche beliehenen Geistlichen.
Neben diesem bisherigen Vermögen bildete sich selbst-
ständig das Fabrikgut als neu entstehendes Rechtsge-
bilde. Zwar wurde dies zunächst vom Benefiziaten,
also in einer Hand, verwaltet, im Laufe der Zeit kam
es jedoch zu einer Trennung von Benefizialgut und
dem Vermögen der fabrica ecclesiae. Ersteres war die

9 Gönner-Sester, Kirchenpatronatsrecht § 1

10 Stutz, Benefizialwesen § 6; vgl. ders., in Art.
Eigenkirche in Herzog-Hauck, Realenzyklopädie
XXIII 375

11 Stutz, Benefizialwesen § 6

12 Schröcker, Kirchenpfliegenschaft, S. 92

Vermögensmasse, die dem Officium, d.h. dem Amt des auf die Pfarrei investierten Geistlichen, gewidmet war und aus dem dieser seinen Lebensunterhalt bezog. Die fabrica ecclesiae stellte den Teil des Vermögens dar, das nach ursprünglicher Anschauung dem Heiligen gehörte, dem die Kirche gewidmet war. Sie wurde daher Heiligenfonds, Heiligenfabrik - heute allgemein Kirchenstiftung, Kirchenfonds etc. - genannt. Zweck dieser Einrichtung war, alle ortskirchlichen Bedürfnisse - im wesentlichen diejenigen, die erforderlich waren, den Gottesdienst zu ermöglichen - zu befriedigen (sog. Kult- und Baubedürfnisse). Teilweise entstanden in späterer Zeit dann noch - wenn auch örtlich verschieden - zusätzliche, gesonderte Vermögensmassen wie Kaplaneistiftungen, sog. Altarpfründen und selbständige Küstereivermögen etc. ¹³ . Der bestellte und eingewiesene Kleriker behielt zwar die Verwaltung über das Benefizialgut - " seine Pfründe " -, die Verteilung und Kontrolle über das Fabrikgut entglitt ab dem 13. Jahrhundert seiner alleinigen Verwaltung und ging in die Hände von Laien bzw. sog. Heiligenpflegern ¹⁴ über.

Eine zusammenfassende Bezeichnung für diese örtlich gebundenen Vermögensmassen schuf erst das staatliche Recht des 19. Jahrhunderts - wenn auch partikularrechtlich verschieden.

Für den Bereich Badens gliederte z.B. die Landesherrliche Verordnung vom 20.11.1861 die Verwaltung des Katholischen Kirchenvermögens betreffend ¹⁵ wie folgt:

13 über den Vorgang zur Vermögensordnung vgl. Schröcker, Kirchenpflegschaft, 1. Abschnitt, und Hilling, ArchKathKR Bd. 114 (1954), S. 643

14 vgl. Maier, Stiftungsrat, S. 4, und Schröcker, Kirchenpflegschaft, 6. Abschnitt

15 Reg.Bl. 1861, S. 465/466

§ 1 unterschied das Vermögen des erzbischöflichen Tisches, des Domkapitels der Metropolitankirche und des Seminars.

§ 2 und § 4 trennten zwischen dem Vermögen der Landkapitel und dem örtlichen Kirchenvermögen.

§ 5 präzisiert die Formulierung des § 4, " des für einen Pfarrbezirk " bestimmten Vermögens, mit folgender Formulierung:

Zu dem örtlichen Kirchenvermögen gehört außer den Pfründen und Mesnereien insbesondere:

- a) das Vermögen der Kirchenfabrik, das ist das zur Deckung des örtlichen Kultbedürfnisses bestimmte Vermögen.

Hierzu sind auch die zu sog. Jahrtagen gemachten Stiftungen (Anniversarien) zu rechnen, wie diejenigen Vermögensteile, welche etwa dem Kirchenfond zu anderen wohltätigen Zwecken, z.B. der Armenunterstützung, geschenkt oder vermacht wurden.

- b) die Kirchen- und Pfarrhausaufonds.

- c) das Vermögen lokaler kirchlicher Vereine und Genossenschaften, insofern sie körperschaftliche Rechte erlangt haben und ihre Statuten dies zulassen.

Bis zum Erlaß der Satzung über die Verwaltung des katholischen Kirchenvermögens im Erzbistum Freiburg ¹⁶, badischen Anteils, vom 16. März 1934 (im folgenden Vermögenssatzung 1934) fand so der Begriff des Ortskirchenvermögens in Baden lediglich in staatlichen Gesetzen seinen Niederschlag. Beispielsweise bezog so noch im Ortskirchensteuergesetz von 1888 ¹⁷ Art. 9

16 Amtsblatt 1934, S. 195

17 GVBl 1888, S. 383 (386)

Abs. 1 das Vermögen der Kirchengemeinde und die dieser juristischen Person zustehenden Steuerforderungen als " Bestandteil " in das örtliche Kirchenvermögen ein.

In die kirchliche Rechtssprache führte erst die Vermögenssatzung von 1934 diesen Begriff durch § 6 ein.

In der Literatur ¹⁸ wurde hierzu die Auffassung vertreten, daß dieses kirchliche Satzungsrecht die Pfründe vom örtlichen Kirchenvermögen ausschließe. Als Beweis diene nach dieser Auffassung die Stellung der §§ 5 und 6 der Vermögenssatzung 1934. Deshalb, weil § 5 von der Verwaltung der Pfründe und § 6 von der des örtlichen Kirchenvermögens handelte, qualifizierte man das im Eigentum ortskirchlicher Rechtsträger stehende Vermögen nur mit Ausschluß des Pfarrpfründevermögens als " Ortskirchenvermögen ".

Da die jetzt gültige Satzung über die Verwaltung des katholischen Kirchenvermögens im Erzbistum Freiburg, badischen Anteils, vom 31.12.1958 (im folgenden Vermögenssatzung 1958) ¹⁹ mit der 1934 getroffenen Regelung insoweit identisch ist - lediglich in § 6 wurde als zuständiger Verwalter des örtlichen Kirchenvermögens der Stiftungsrat durch den Pfarrvorstand (Pfarrverweser, Pfarrer) ersetzt - müßte nach dieser Auffassung auch heute noch die Pfarrpfründestiftung vom Ortskirchenvermögen ausgenommen werden.

Diese Argumentation ist für sich genommen wenig stichhaltig, da schon die staatliche Verordnung aus dem Jahre 1861 ²⁰ die Pfarrbenefizien ausdrücklich zum Bestandteil des Ortskirchenvermögens zählte (§ 5 der Verordnung) und hinsichtlich der Verwaltung

18 Schröcker, Ortskirchenvermögen, S. 158

19 Satzung über Verwaltung des Kirchenvermögens im Erzbistum Freiburg, badischen Anteils, Amtsblatt 1958, S. 333

20 Reg.Bl. 1861, S. 465/466

genau die gleiche getrennte Regelung wie die geltende Vermögenssatzung 1958 traf.

Zwar ist zuzugeben, daß die genannte Verordnung von 1861 die Pfründe ausdrücklich in das örtliche Kirchenvermögen einbezog, während dies beide kirchlicherseits ergangenen Vermögenssatzungen nicht tun, aber im Hinblick auf die tatsächliche und bewußte Übernahme dieser Regelung durch den kirchlichen Satzungsgeber kann aus der Stellung der genannten Satzungsbestimmungen kein Ausschluß des Pfründevermögens vor dem des Ortskirchenvermögens angenommen werden. So vertritt auch das erzbischöfliche Ordinariat durch die seinerzeitigen Sachbearbeiter der Vorentwürfe zur Vermögenssatzung 1958 in einem Kommentar zum Grundbuchrecht ²¹ die Auffassung, daß das Pfründevermögen in das Ortskirchenvermögen einzubeziehen ist. In mehreren Rechtsstreitigkeiten äußerte man seitens des Erzbischöflichen Ordinariats zusätzlich, " daß das örtliche Kirchenvermögen sich in zwei Formen entwickelt hat, nämlich als Benefizium und als *fabrica ecclesiae* ". ²²

Unter dem Begriff des Ortskirchenvermögens ist danach bei Würdigung aller Umstände, insbesondere auch aufgrund der gemeinsamen, historischen Entwicklung dieser Stiftungen, das Vermögen zu verstehen, das auf Ortsebene besteht, zur Verwirklichung des kirchlichen Auftrags dient und dem eine örtliche, juristische Person als Rechtssubjekt zugeordnet ist. Für die katholische Kirche umfaßt danach das Ortskirchenvermögen das Vermögen aller Ortsstiftungen (Kirchenfonds

21 Tröster-Bühler-Kehrer, § 2 A No. 3, in dem die vermögensrechtliche Seite der Ortskirchenvermögensverwaltung behandelt wird. Bearbeiter: Erzbisch. Ordinariat Freiburg (die Manuskripte wurden von Oberrechtsdirektor Dallinger zur Verfügung gestellt)

22 z.B. Schreiben des Leiters der Finanzabteilung Faul an das AG Sigmaringen vom 3.9.1963

und Pfarrbenefizium etc.) und das der Kirchengemeinde.

Eine entsprechende Regelung gilt für die
evangelische Kirche ²³.

23 vgl. 4.Abschnitt §8 in Verbindung mit
2.Abschnitt § 3 des kirchlichen Gesetzes
über die Vermögensverwaltung
GVBl 1977 S. 29

II. ABSCHNITT

Die Entwicklung des staatlichen und kirchlichen
Rechts auf dem Gebiet des Finanzwesens bis zum heute
geltenden Recht

Hatte die katholische Kirche bis zum Reichsdepu-
tationshauptschluß ²⁴ im Jahre 1803 noch relativ
unbehindert und frei von staatlicher Einwirkung,
über das ihr gewidmete Vermögen bestimmt und dieses
auch größtenteils selbst verwaltet, so änderte sich dies
mit dem Aufstieg der staatlichen Souveränität
(Errichtung des Großherzogtums Baden). Es begann
die Zeit des "sogenannten Staatskirchentums" ²⁵.
Die maßgebende staatliche Rechtsvorschrift, das erste
badische Konstitutionsedikt vom 14. Mai 1807 ²⁶,
bewirkte, daß die Verwaltung sämtlichen kirchlichen
Vermögens durch eine staatliche Behörde, die Katho-
lische Ministerial-Kirchensektion (1812 - 1843)
und später (ab 1843) den Katholischen Oberkirchenrat,
vorgenommen wurde; der katholischen Kirche gebührte
lediglich das Recht der Miteinsicht ^{26a}, ein Recht,
das auch durch die Errichtung der Erzdiözese Freiburg
im Jahre 1827 nicht erweitert wurde ²⁷.

Eine Wende in dieser Beziehung zeigte sich erst im
Jahre 1859, als es zwischen dem päpstlichen Stuhl

24 vgl. § 65 Rdc c: fromme und milde Stiftungen
sind, wie jedes Privateigentum doch so zu con-
servieren, daß sie der landesherrlichen Aufsicht
und Leitung untergeben bleiben.

25 Scheuner, in: Hdb St KirchR Bd. 1, S. 5-86 (69)
26 abgedruckt als Sonderdruck mit den sechs anderen
Konstitutionsedikten von der Macklot'schen Hof-
buchhandlung 1807/1809

26a vgl. Becker a.a.O., S. 17

27 vgl. Bulle " Provida solersque "

und der badischen Regierung unter Führung des konservativ eingestellten Ministeriums Meysenbug-Stengel ^{27a} nach vorangegangenen schweren Auseinandersetzungen zur Ratifikation einer Konvention kam, die der katholischen Kirche wesentliche Rechte gerade auf dem Gebiet der Vermögensverwaltung hatte bringen sollen. Beide vertragschließenden Parteien waren bei der Ratifikation zwar davon ausgegangen, daß die Mitwirkung der Landstände nicht erforderlich sei, aber nach Vorlage an die 2. Kammer, die den Großherzog mit Beschluß vom 30.3.1860 auf Drängen der liberalen Abgeordneten bat, die Vereinbarung mit dem Heiligen Stuhl vom 28.6.1859 außer Wirksamkeit zu setzen, wurde kurz darauf im großherzoglich badischen Regierungsblatt ²⁸ bekannt gemacht, " daß der mit dem päpstlichen Stuhl zur Regelung der Angelegenheiten mit der katholischen Kirche im Großherzogtum am 28. Juni des Jahres 1859 vereinbarten und durch Verordnung vom 5.12. des Jahres 1859 zur allgemeinen Kenntnis gebrachten Übereinkunft keine rechtliche Wirksamkeit beizulegen ist " ²⁹. Ursache der Intervention des liberalen Flügels war deren Grundüberzeugung gewesen, daß eine koordinationsrechtliche Konvention zu der nach ihrer Auffassung notwendigen Unterordnung der Kirche unter den souveränen Staat im Widerspruch stand ^{29a}. Damit war die erste greifbare Möglichkeit der katholischen Kirche, die Verwaltung des Kirchenvermögens wenigstens teilweise selbst in die Hand zu bekommen, gescheitert ³⁰. Statt dessen wurden die Beziehungen zwischen dem badischen Staat

27a zu den politischen Hintergründen
vgl. Becker, a.a.O., S. 30 ff
28 Reg.Bl. 1860, S. 382
29 Reg. Bl. 1859, S. 441 - 442
29a Becker, a.a.O. m.w.N., S. 31
30 Dietrich, a.a.O., S. 255

und den beiden großen Kirchen mit Gesetz vom 9.10. 1860 " Die rechtliche Stellung der Kirchen und kirchlichen Vereine betreffend " ³¹ (im folgenden Kirchengesetz 1860 genannt) neu geregelt. Dieses Gesetz brachte für beide Kirchen - wenn auch nicht so ausgeprägt wie die Konvention für die katholische Kirche - entscheidende Fortschritte. Der Gedanke des alles beherrschenden Staates, oder wie Würth ³² es später formulierte, der Gedanke der " Staatsomnipotenz ", der mit der Einmischung in alle kirchlichen Angelegenheiten verbunden war, und bis dahin die politische Einstellung der badischen Regierung zu den Kirchen bedinflut hatte, wurde durch das Prinzip der Staatskirchenhoheit ersetzt, das wesentlich von dem Prinzip der Unterordnung der Kirchen unter die Staatsgesetze geprägt war.

§ 1 dieses Gesetzes verlieh den beiden Kirchen " das Recht öffentlicher Korporationen mit dem Recht öffentlicher Gottesverehrung ".

In vermögensrechtlicher Hinsicht war wesentliche Bestimmung § 10, der bestimmte, daß das kirchlichen Bedürfnissen gewidmete Vermögen, das entweder dem ganzen Land, gewissen Distrikten oder einzelnen Orten gewidmet war, unbeschadet anderer Anordnungen durch die Stifter, unter (wenigstens) gemeinsamer Leitung des Staates und der Kirche verwaltet werden sollte.

31 Reg.Bl. 1860, S. 375

32 Würth, Kirche und Staat, S. 29

Im Nachgang zu dem Kirchengesetz erging eine Vollzugsverordnung am 20.11.1861³³, die sich ausschließlich mit dem katholischen Vermögen befaßte. Sie überließ dem Erzbischof bzw. dem Domkapitel das Vermögen des erzbischöflichen Tisches, des Domkapitels, der Metropolitankirche und des Priesterseminars. Das örtliche Kirchenvermögen wurde - ausgenommen das Pfarrpfündevermögen³⁴, das der Verwaltung des Amtsinhabers unterstellt blieb - der Stiftungskommission unter Vorsitz eines Geistlichen mit Zuziehung des Bürgermeisters (war dieser nicht katholisch, wurde einer seiner Stellvertreter berufen) zur Verwaltung überwiesen. Die wichtigste Funktion kam jedoch dem Oberstiftungsrat in Karlsruhe zu³⁵. Diese Behörde löste den kath. Oberkirchenrat ab, der durch die am 5.12.1862 "unmittelbaren allerhöchsten Entschliebung seiner königlichen Hoheit des Großherzogs, die Aufhebung des kath. Oberkirchenrats betreffend"³⁶) beseitigt worden war. Der Oberstiftungsrat war ausschließlich mit vermögensrechtlichen Aufgaben betraut. Sie bestand als gemischt staatlich-kirchliche Behörde aus Katholiken, die zur Hälfte vom Erzbischof ernannt wurden und beiden Teilen genehm sein mußten³⁷). Den Mitgliedern kam Staatsdienereigenschaft zu, Anstellungs-urkunde und Besoldung erfolgte durch den Landesherrn. Der Aufgabenbereich dieser Behörde bestand hauptsächlich darin, den Interkalarfond und die übrigen allgemeinen Fonds zu verwalten. Hinsichtlich des Ortskirchenvermögens hatte sie weitgehende Aufsichtsrechte. Gemäß § 11 der Verordnung vom 20.11.1861

33 Verordnung, die Verwaltung des katholischen Kirchenvermögens betreffend, in Reg.Bl. 1861, S. 465

34 Verordnung, die Verwaltung des katholischen Kirchenvermögens betreffend, in Reg.Bl. 1861, S. 465, § 2

35 Würth, a.a.O., S. 33

36 Reg.Bl. 1862, S. 561

37 VO vom 20.11.1861, Reg.Bl. 1861, S. 467, § 8

führte sie die Fachaufsicht über die von den Stiftungskommissionen verwalteten Orts- und Distriktsstiftungen, sowie die besetzten und erledigten Pfründen. Daneben oblag ihr die rechtsgeschäftliche Vertretung dieser Vermögensmassen. § 12 dieser Verordnung³⁴ räumte dem erzbischöflichen Ordinariat eine Art übergeordnetes Informationsrecht insoweit ein, als der Oberstiftungsrat verpflichtet war, dieser Behörde eine übersichtliche Darstellung über den Stand des Kirchenvermögens vorzulegen. Die Position der katholischen Kirche war jedoch eingeschränkt durch weitgehende staatliche Aufsichtsrechte, deren Ursache in der damaligen politischen Lage und in bestehenden Mißständen bei einzelnen Stiftungsverwaltungen zu finden war. So hatte z.B. der Heiligenfonds in Meersburg³⁸ 20.000 fl. eingebüßt und mußte auf die " Gant " ³⁹ gebracht werden. Schon für die unterste Ebene der Ortskirchenvermögensverwaltung war die Regelung getroffen worden, daß sich in den jeweiligen Kommissionen ein katholisches Mitglied des Gemeindevorstandes befinden mußte; kraft öffentlichen Amtes war damit ein von der Kirche Unabhängiger in der Verwaltung tätig. Auch die hälftige Besetzung des die Schlüsselrolle innehabenden Oberstiftungsrates sicherte dem Staat noch erheblichen Einfluß auf die Vermögensverwaltung zu. Zusätzlich sah § 17 der Verordnung noch weitere staatliche Rechte vor, die noch im 20. Jahrhundert teilweise in der Literatur⁴⁰ als gerechtfertigte bzw. "rechtmäßige hoheitliche Befugnisse " bezeichnet wurden. Diese weiteren Aufsichtsrechte hatten vor allem die Ver-

38 vgl. hierzu die archivierten Unterlagen des erzb. Archivs des Kirchenfonds Meersburg, insbesondere ebenda Stellungnahme der Seekreisregierung Konstanz, den Kirchenfonds betreffend

39 Zwangsvollstreckung

40 Würth, a.a.O., S. 36 (1932)

waltung des Kirchenvermögens zum Gegenstand; so bestimmte § 16 der Verordnung ⁴¹: " Soll ein liegendes Kirchengut veräußert oder in anderer Weise der Grundstock eines kirchlichen Fonds zu einem der Stiftung nicht entsprechenden Zweck verwendet werden, so muß die Zustimmung der großherzoglichen Regierung eingeholt werden ". Dadurch wurde die in § 7 des Kirchengesetzes garantierte freie Ordnung und Verwaltung des Kirchenvermögens durch die katholische Kirche in wesentlichen Punkten eingeschränkt; sie sorgte letztlich dafür, daß der staatliche Einfluß weiterhin dominant blieb ⁴².

Tatsächlich stellte die Verordnung im Hinblick auf das zur damaligen Zeit sehr moderne Kirchengesetz einen entscheidenden Rückfall dar. Mit dieser Kirchengesetzgebung hatte Baden als erster deutscher Staat die Beziehung zwischen Staat und Kirche nach den kirchenpolitischen Zielsetzungen der Liberalen geregelt. Maßgebend war insoweit der damalige liberale Staatsbegriff, wonach " sämtliche Sondergewalten innerhalb des staatlichen Raumes, zu denen auch die Kirchen gezählt wurden, der Hoheitsgewalt des Staates, der von sich aus die Grenzen der Wirksamkeit dieser Sondergewalten bestimmte, untergeordnet waren " ⁴³. Charakteristisch für diese politische Einstellung war auch das Gesetz ⁴⁴, den Mißbrauch des geistlichen Amtes betreffend, das dem badischen Strafgesetzbuch vom 6. März 1845 ^{44a} eingegliedert wurde und das die feindselige Tadelung der amtlichen Verlautbarungen bzw.

41 Reg.Bl. 1861, S. 467; vgl. Stutz, Katholisches Kirchenwesen, a.a.O., S. 26

42 vgl. Prestinari, Katholische Kirche in Baden, S. 11

43 Stadelhofer, a.a.O., S. 3

44 Reg.Bl. 1860, S. 381

44a Reg.Bl. 1845, S. 107 u. Beilage zum Reg.Bl. No. 9 (1845), aufgehoben durch das Gesetz den Vollzug der Einführung des Deutschen Strafgesetzbuches in dem Großherzogtum Baden betreffend Reg.Bl. 1871, S. 431

Gesetze, Verordnungen etc. durch Kirchendiener (es zielte hauptsächlich auf katholische Geistliche) unter Haftstrafe stellte.

Die Regelung ⁴⁵ für die evangelischen Kirchen war zwar im wesentlichen mit der Verordnung von 1861 hinsichtlich des katholischen Kirchenvermögens identisch; der wichtigste Unterschied lag jedoch darin, daß die Maßnahmen des Oberkirchenrates, dessen Funktion in der evangelischen Kirche mit der des Oberstiftungsrates in der katholischen Kirche identisch war, sich in der Praxis als wesentlich problemloser erwiesen, da er nach § 1 der Verordnung von 1861 unmittelbar dem Großherzog als Landesbischof unterstand. (Vgl. auch § 3 der Verordnung von 1862). Auch hinsichtlich der Verwaltung der sog. weltlichen und gemischten Stiftungen war zwischen der evangelischen Kirche und dem badischen Staat Übereinstimmung erzielt worden. § 15 der Verordnung spiegelt insoweit das problemlose Verhältnis zwischen der evangelischen Kirche und Staat wieder, das wesentlich von der Stellung des Großherzogs in der Landeskirche bestimmt wurde ⁴⁶.

Anders verhielt es sich hier mit der katholischen Kirche. Im Dezember 1867 brachte der damalige Landtagsabgeordnete C. Eckhart in der 2. Kammer des badischen Landtages eine " Motion " auf vollständige Regelung der Verwaltung des weltlichen Stiftungsvermögens ein ⁴⁷.

-
- 45 Verfassung der vereinigten evangelischen und protestantischen Kirche des Großherzogtums Baden, Reg.Bl. 1861, S. 338 und Verordnung, die Verwaltung des evang. Kirchenvermögens betreffend, Reg.Bl. 1862, S. 87.
Vgl. allerhöchst landesherrliche Entschließung, die Stellung des evang. Oberkirchenrats betreffend, Reg.Bl. 1861, S. 553
- 46 vgl. insbesondere § 81 der Verfassung von 1861, Reg.Bl. 1861, S. 467
- 47 Verhandlungen der Ständeversammlung 1867/68, II. Kammer, Beilagenheft: Motion des Abgeordneten Eckhart

Betroffen werden sollte hierdurch in erster Linie das sog. " weltliche " (also nicht unmittelbar kirchlichen Zwecken dienende) Stiftungsvermögen der katholischen Kirche, da insoweit der Großherzog auf die evangelische Kirche durch die bereits erwähnte Regelung die staatlicherseits erwünschte Einflußnahme tätigen konnte, während dies bei dem katholischen Stiftungsvermögen durch die getroffenen Gesetze und Verordnungen gerade nicht der Fall gewesen war. Insbesondere dieser Punkt war Anlaß des Antrags gewesen. Man hatte es als Mißstand empfunden, daß das weltliche Stiftungsvermögen wie z.B. Schulfonds etc. seit den Verordnungen über die Verwaltung des katholischen Kirchenvermögens die Eingriffs- und Aufsichtsrechte des Staates auf " kirchliche " Stiftungen beschränkt hatte. Heimberger ⁴⁸ bezeichnete es als " unhaltbaren, provisorischen Zustand ", daß rein kirchliche Organe, wie die katholische Stiftungskommission den Umfang und die Art der Verwendung dieser Vermögensmassen kontrollierten.

Diese Einstellung deckte sich im wesentlichen mit der neuen politischen Führung, dem Ministerium Jolly, das von dem Grundsatz ⁴⁹ ausging, daß alle katholischen, konfessionellen Wohltätigkeitsstiftungen wegen ihres " weltlichen Zwecks " der kirchlichen Verwaltung entzogen und der weltlichen Verfügungsgewalt zugeführt werden mußten.

Zunächst handelte der Minister mit den bisher bestehenden Rechtsgrundlagen auf administrativem Wege. Die katholische Kirche rief jedoch gegen sie belastende, ministerielle Maßnahmen die ordentliche Gerichtsbarkeit

48 Heimberger, Stiftungen und Verwaltung, Einleitung

49 Freisen, Kirchenverfassung, S. 185; Feine, Rechtsgeschichte a.a.O., S. 680

an, wobei das Oberhofgericht ⁵⁰ in vielen Fällen gegen die Regierung entschied. Die Entscheidungen der Zivilgerichte gegen die Regierung stützten sich vor allem auf die Vorschriften der Verfassungsurkunde ⁵¹ und der bürgerlichen Prozeßordnung ⁵², die von diesen Gerichten - namentlich dem Oberhofgericht - extensiv ausgelegt wurden, wodurch sich zunächst einmal die bürgerlich-rechtliche Zuständigkeit der ordentlichen Gerichte ergab. Dies wiederum widersprach den Zielsetzungen der Regierung, die diese Streitfragen der ordentlichen Gerichtsbarkeit dadurch zu entziehen suchte, daß sie letztere als dem " öffentlichen Recht " zugehörig klassifizierte und die Auffassung vertrat, daß insoweit eine sachliche Zuständigkeit der Zivilgerichte fehle ⁵³. Die Rechtsprechung, insbesondere das Oberhofgericht ⁵² und auch der Appellationssenat ⁵⁴ Freiburg stellten sich auf den genau gegenteiligen Standpunkt und führten mehrfach aus, daß die Beurteilung der Frage, ob eine Stiftung weltlich oder kirchlich sei, sich nur nach den längst bestehenden privatrechtlichen Vermögensverhältnissen richte und nicht nach " durch Gesetz geschaffenem öffentlichen Recht ⁵⁵ ". Dies vor allem deshalb, weil die katholische Kirche als Vermögen besitzende, juristische oder moralische Person bisher vom Staat anerkannt gewesen sei.

50 vgl. z.B. Zeitschrift für bad. Verwaltung und Verwaltungspflege, Jahrgang 1869, S. 296

51 § 14, Abs. 2 und 3 der Verfassungsurkunde

52 §§ 1 und 4 der am 15.5.1832 in Kraft getretenen bürgerlichen Prozeßordnung vom 31.12.1831 und der am 1.7.1857 in Kraft getretenen Neufassung und §§ 1 und 3 der bürgerlichen Prozeßordnung von 1864

53 Stadelhofer, a.a.O., S. 6

54 vgl. Zeitschrift für bad. Verwaltungsrechtspflege 1869 - 1871. I S. 300, S. 271, S. 273; Prestinari und Jolly

54 Appellationssenat Freiburg, AZ: 1868/2317 (unveröffentlicht)

55 Annalen großherzogl. badischen Gerichte Bd. XXXIII, S. 134/135

Die in den Rechtsstreitigkeiten von der Regierung geäußerte Auffassung war vor allem in der Literatur schärfstens kritisiert worden. Man warf der Regierung vor, daß die Trennung von öffentlichem Recht und Privatrecht seitens des badischen Staates nur in dem Sinne durchgeführt wurde, als dieser für den Bereich des öffentlichen Rechtes lediglich die absolute, unkontrollierte und unkontrollierbare Staatsmacht gelten ließ . Dieses " öffentliche Recht " entbehrte, so führte man aus, " da es als ausschließliches Herrschaftsgebiet eines einzigen Allgemeinwillens keinen Raum für eine durch Gerichtsschutz verbürgte Gegenseitigkeit bot. das Merkmal eines vollen und wahren Rechts " ⁵⁶ .

Mit dem Erlaß des " Gesetzes, die Rechtsverhältnisse und Verwaltungen der Stiftungen betreffend " (im folgenden Stiftungsgesetz 1870) ⁵⁷ vom 5. Mai 1870, das bezweckte ⁵⁸ , die Verwaltung des "verweltlichten" Stiftungsvermögens kraft Gesetzes den Kirchen zu entziehen und in die Hände der Staatsgewalt zu legen, führte die Regierung ihren bisher erfolglosen Kurs weiter, Kern- und Hauptansatzpunkt der kirchlichen Kritik war die scharfe Trennung der Stiftungen, deren Vermögen für einen " weltlichen Zweck " bestimmt war, von solchen, deren Vermögen unmittelbar kirchlichen Zwecken gewidmet war ⁵⁹ .

So regelte § 3, daß von den " vorhandenen Stiftungen " als kirchliche nur die zu gelten hatten, deren

56. Gierke, IV. Bd. 1 S. 27

57. Reg.Bl. 1870, S. 399

58 vgl. Landtagsverhandlungen 1869/1870, Beilagen zu den Protokollen der II. Kammer Bd. IV

59 vgl. Stadelhofer, a.a.O., S. 8

Vermögen " zur Befriedigung kirchlicher Bedürfnisse bestimmt " war, " deren Vermögen zum Vorteil von Bildungsanstalten, die nach Maßgabe des Gesetzes von den Kirchen errichtet werden konnten, einzusetzen war ". Dies galt jedoch nur für Stiftungen, die bereits als kirchliche anerkannt waren, und diejenigen, die vor Verkündung des Gesetzes im Jahre 1870 ausdrücklich staatlicherseits oder kraft rechtskräftigen Urteils als kirchliche erklärt worden waren. Diese Einteilung bzw. Aufteilung wurde durch § 5 dann auch auf künftig entstehende Stiftungen ausgedehnt. Damit waren sämtliche Schul- und Wohltätigkeitsfonds als weltliche Stiftungen qualifiziert und der kirchlichen Verwaltung gänzlich entzogen worden (vgl. § 29 StG 1870).

Für gerichtliche Auseinandersetzungen in Stiftungsfragen wurden ersichtlich im Hinblick auf die Entscheidungen der genannten Zivilgerichte nach § 10 StG 1870 die Verwaltungsgerichte für zuständig erklärt. Diese Regelung führte zunächst bei der katholischen Kirche zu gewaltigen Vermögenseinbußen, die etwa auf umgerechnet 20 Millionen DM geschätzt werden ⁶⁰. Ein Gutachter ⁶¹ sah zwischen den " meisten Gesetzen " und dem Stiftungsgesetz den Unterschied darin, daß letzteres " theils offen und direkt bestehende (vgl. die angeführten Urteile des Oberhofgerichts, Anmerkung des Verfassers) Rechtsverhältnisse privater Natur alteriert, theils indirect und versteckt die Mittel bietet, durch bloße Verwaltungsmaßregeln Privat-

60 Friedrich, Kirchenrecht 2.Aufl. § 24, S.196

61 Schulte, Gutachten, S. 1

rechte aufzuheben, sich über dieselben hinwegzusetzen, an die Stelle des richterlichen Urteils administrative Utilität, ja in seiner Fassung durch den weiten Spielraum für dieses administrative Ermessen die Willkür an die Stelle des Rechts zu setzen ". Allein dieses Zitat eines Ordinarius für Kirchenrecht und deutsches Recht legt mit aller Deutlichkeit Zeugnis von der Aufnahme des Gesetzes in kirchlichen Kreisen ab. Die Kirche selbst sah in der Zueignung kirchlicher katholischer Stiftungen an die Staatsgewalt eine Verletzung des Rechts und Besitzstandes der Katholiken und der Kirche, einen unberechtigten Zugriff des Staates in die Freiheit der Kirche und der Katholiken, ihre konfessionellen Kult-, Schul- und Wohltätigkeitsstiftungen wie jedes Privatvermögen frei zu besitzen, rechtlich zu vertreten, zu verwalten und zu verwenden ^{61a}.

In der Mitte der 70er Jahre zeigte sich dann immer deutlicher, daß die Kirchen den durch das Stiftungsgesetz von 1870 verursachten " Aderlaß " nicht verkrafteten; die Mittel reichten nicht mehr aus. Die Besoldung der Geistlichen war nicht mehr sichergestellt, da die Pfründeerträge sehr zurückgegangen waren; auch hatten die Kirchen durch die Schulgesetzgebung des Jahres 1871 weitere Verpflichtungen zu übernehmen ⁶². Angesichts dieser pekuniären Zwangslage, die der Staat nicht übersah ⁶³, erging am 25.8.1876 " das Gesetz, die Aufbesserung gering besoldeter Kirchendiener betreffend " (im folgenden Dotationsgesetz) ⁶⁴. Es gewährte den evangelischen und katholischen Geistlichen mit geringem Einkommen

61a Stadelhofer a.a.O., S. 9 m.w.N

62 vgl. ausführlich Würth, a.a.O., S. 44

63 vgl. Regierungsbegründung des " Dotationsgesetzes " und des Ortskirchensteuergesetzes, S. 14

64 GVBl 1876, S. 116/117

zwar Staatszuschüsse; der Bezug wurde jedoch von der Unterzeichnung des Versprechens unbedingten Gehorsams gegenüber den Staatsgesetzen seitens der Geistlichen oder des Kirchenoberhauptes abhängig gemacht. Die katholische Kirche lehnte die Erfüllung dieser Unterwerfungsklausel aus kirchenpolitischen Gründen kategorisch ab ⁶⁵, so daß die katholischen Geistlichen keine staatlichen Mittel erhielten.

Erst das dem Dotationsgesetz folgende Gesetz vom 5. Mai 1882 ⁶⁶ bestimmte: " Von der im 5. Absatz des § 6 bezeichneten Erklärung ist unter den vorliegenden tatsächlichen Verhältnissen abzusehen ". Nach Wegfall der Unterwerfungsnorm kamen schließlich auch die katholischen Geistlichen in den Genuß dieser Zuschüsse. Durch das Gesetz vom 26. Juli 1888, " die Besteuerung für örtliche, kirchliche Bedürfnisse betreffend " ⁶⁷ wurde zur Deckung der Kosten für die Unterhaltung und Umbau von Pfarrkirchen, Anschaffung von Gerätschaften und Entlohnung von niederen Kirchendienern die örtliche Kirchensteuer und durch das Gesetz ⁶⁸ vom 18. Juli 1892, "die Besteuerung für allgemeine kirchliche Bedürfnisse betreffend ", die allgemeine Kirchensteuer eingeführt. Für die katholische Kirche trat letzteres 1899 in Kraft; es erging hierzu im Einverständnis mit dem erzbischöflichen Ordinariat eine ausführliche Verordnung ⁶⁹ des Ministeriums der Justiz,

65 vgl. Auseinandersetzungen anlässlich der Einführung der Staatsprüfung für Geistliche; Gesetz vom 19.2.1874, die Änderung des Kirchengesetzes von 1860 betreffend, abgedr. in: Arch Kath KR Bd. 31, S. 377; vgl. auch Freisen, Kirchenverfassung, S. 188 u. ausführlich Stadelhofer, a.a.O., S. 9 - 21

66 abgedr. im Arch Kath KR 49 (1883) S. 64

67 GVBl 1888, S. 383; vgl. zur genaueren Darstellung der diesbezgl. Rechtslage Armbruster, a.a.O.

68 GVBl 1892, S. 279 u. GVBl 1899, S. 949 / S. 1ff

69 GVBl 1900, S. 113 ff

des Kultus und des Unterrichts. Diese Kirchensteuergesetze erhielten durch das Ortskirchensteuer-⁷⁰ und das Landeskirchensteuergesetz vom 20.11.1906 und im weiteren durch die Gesetze vom 23. Juli 1922⁷¹ (bis 1970 in Kraft) eine neue, den geänderten Verhältnissen angepaßte Fassung. Für die rechtliche Seite der Vermögensverwaltung ist das Ortskirchensteuergesetz von besonderer Bedeutung, weil es durch Art. 1 erstmals den örtlichen Verbänden der beiden großen Kirchen ausdrücklich die Rechte einer öffentlichen Korporation einräumte. Ansätze hierzu hatten sich bereits in §26 Abs.1 des Baudikts gezeigt :⁷²

" Die Baukosten für Kirchen und Schulen, welche auf das Kirchspiel fallen, sollen jedesmal auf alle von In- und Ausmärkern besessene, freie und unfreie Güter, ohne Unterschied, die ortsherrlichen miteingerechnet, nach dem jeden Orte üblichen Schatzungsfuß ausgeschlagen werden. "

Auch hatte § 14 des gleichen Ediktes dem Kirchspiel (" als diejenige Person, für deren Nutzen die Kirche gebaut wird ") offenkundig die Vermögensfähigkeit örtlicher Verbände der Kirchen zuerkannt⁷³, mit völliger Klarheit ist aber die öffentlich-rechtliche Qualifikation der örtlichen Verbände der Religionsgemeinschaften erst durch die Kirchensteuergesetze erfolgt.

Nach dem Zusammenbruch des Kaiserreichs erging zunächst für das Land Baden am 21. März 1919 eine

⁷⁰ GVB1 1906, S. 760 ff

⁷¹ GVB1 1922, S. 494 ff

⁷² Gesetz, die Kirchen- u. Schulbaulichkeiten betreffend, vom 26.4.1808, Reg.Bl. 1808 No.13 (114)

⁷³ vgl. Urteil des Oberhofgerichts vom 22.6.1867, in: Ann.bad.gr.Ger. 1867, S. 265; vgl. insbesondere 3. Abschnitt

Verfassung 73a, die - was die beiden großen Kirchen anging - in vermögensrechtlicher Hinsicht an das Gesetz von 1860 anknüpfte 74, das am 4. Juli 1918 neu bekannt gemacht wurde 75. Wesentliche Verfassungsbestimmung war § 18, Abs. 3, Satz 3, der bestimmte, daß alle anerkannten kirchlichen und religiösen Gemeinschaften " Körperschaften des öffentlichen Rechts sind ", und ihnen ausdrücklich das Recht der Selbstbesteuerung nach den Landesgesetzen einräumte. Wesentlich in vermögensrechtlicher Hinsicht war § 18, Abs. 5, wonach das Kirchengut und die Güter und Einkünfte der kirchlichen Stiftungen, Unterrichts- und Wohltätigkeitsanstalten ihren Zwecken und ihren bisherigen Verfügungsberechtigten nicht entzogen werden durften. Aufgrund der Formulierung " bisherigen Verfügungsberechtigten " blieb es dabei, daß der badische Staat mittels der, aufgrund von § 10, Abs. 1 des Kirchengesetzes von 1860 und der Bestimmung der Verordnung von 1861 errichteten, gemischt-kirchlich und staatlichen Behörde Oberstiftungsrat auf die Verwaltung und Vertretung des Ortskirchenvermögens Einfluß nahm.

In dieser Hinsicht hatte die neue Verfassung, abgesehen von den Regelungen bezüglich der sogenannten landesstandes- und grundherrlichen Patronate 76, für die katholische Kirche im Verhältnis zum vorherigen Rechtsstaat keinerlei Fortschritte gebracht. Erst Artikel 137 der Weimarer Reichsverfassung brachte - zuerst nur de jure - eine entscheidende Wende.

73a GVB1 1919, S. 279

74 Würth, a.a.O., S. 57

75 GVB1 1918, S. 195

76 die Patronate, die der Landesherr in seiner Eigenschaft als solcher für sich in Anspruch genommen hat, vgl. unten 4. Abschnitt, Ziff. 3.3.

Anfänglich unklar war die Bestimmung des Artikels 137, Abs. 3, Satz 1 der Weimarer Reichsverfassung, wonach jede Religionsgemeinschaft ihre eigenen Angelegenheiten selbständig innerhalb der Schranken des für alle geltenden Gesetzes sollte ordnen und verwalten können.

So wies der erzbischöfliche Stuhl in Freiburg mit Schreiben ⁷⁷ vom 10.12.1919 an das Kultusministerium ausdrücklich darauf hin, daß die neue Reichsverfassung eine Übernahme des umstrittenen § 10 des Kirchengesetzes und der darauf beruhenden Verordnung ausschließe. Nach einhelliger Auffassung in der Literatur ⁷⁸ war der Inhalt des Art. 137, Abs. 3, Satz 1 der Weimarer Reichsverfassung teils als Rechtssatz, teils als Rechtsgrundsatz aufzufassen. Mithin ergab sich das Verbot jeder weiteren Regelung durch den Landesgesetzgeber nach Art. 137, Abs. 8 WRV. Die einzige Möglichkeit des Landesgesetzgebers, bei der kirchlichen Selbstverwaltung weiterhin Einfluß zu nehmen, bestand demnach darin, Durchführungsverordnungen zu erlassen, wobei ausschließlich Rechtsgründe als Legitimation gelten konnten ⁷⁹. Bei der Beurteilung, inwieweit das Kirchengesetz tatsächlich mit der Reichsverfassung unvereinbar war, war die Formulierung der Weimarer Reichsverfassung "des für alle geltenden Gesetzes" von erheblicher Bedeutung. Zwar trafen die §§ 1 bis 6 des Kirchengesetzes von 1860 allgemeine Bestimmungen für alle Bekenntnisse, die §§ 7 bis 10 standen jedoch unter der Überschrift:

77 archiviert in Akte: Kirche und Staat, Vol. V, Ziff. 2916

78 vgl. Schmitt, Selbstverwaltung, S. 103 m.w.N.

79 vgl. Schmitt, in: Gutachten Kirchengesetz 1860, S. 9

I.

Besondere Bestimmungen über die rechtliche Stellung der vereinigten evangelischen, protestantischen und der römisch-katholischen Kirche.

Da damit z.B. § 10 des Kirchengesetzes von 1860 nicht für die israelitische Religionsgemeinschaft Anwendung finden konnte, mußten diese Bestimmungen als Ausnahmegesetze ⁸⁰ gewertet werden; sie waren nicht als " für alle " geltendes Gesetz anzuerkennen. Offenkundig war man sich im damaligen badischen Parlament dieser rechtlichen Situation bewußt, sonst hätte der Verfassungsausschuß wohl kaum am 16. Mai 1919 spezielle Beratungen über die §§ 10, 12 Abs. 2 bis 4, § 15, Abs. 1, §§ 16 und 17 des Kirchengesetzes von 1860 aufgenommen ⁸¹ und als wesentliches Ergebnis dieser Verhandlungen eine Novelle zum Kirchengesetz in Aussicht gestellt. Mit Schreiben ⁸² vom 14. Mai 1924 teilte das Ministerium des Kultus und des Unterrichts dann zwar mit, daß es nicht einzusehen vermöge, weshalb § 10 des Kirchengesetzes von 1860 der Reichsverfassung widerspreche, es erfolgte jedoch im gleichen Schreiben der Hinweis, daß " keine Bedenken " bestünden, die sich auf § 10 des Kirchengesetzes von 1860 stützenden Mitwirkungsrechte des Staates bei der Vermögensverwaltung aufzugeben. Gleichzeitig wies man darauf hin, daß der katholische Oberstiftungsrat " zusammen mit § 10 KG aufgehoben " werden müßte, wodurch die bisherigen Leistungen

80 vgl. Schmitt, in: Gutachten Kirchengesetz 1860, S. 34

81 vgl. Schmitt, a.a.O., Gutachten Kirchengesetz, S. 39

82 archiviert in Akte: Generalia Kirchenvermögen 1919-1926, Ziff. 31/78

des Staates zum Unterhalt dieser Behörde - alle dort beschäftigten Beamten waren staatliche Beamte und vom Staat besoldet ⁸³ - in Wegfall kämen.

Damit war zunächst den Angriffen der katholischen Kirche angesichts ihrer schlechten wirtschaftlichen Lage die Spitze genommen. Es hätte sich eine Beseitigung des § 10 des Kirchengesetzes von 1860 erzwingen lassen, der Preis wäre jedoch die Übernahme der Gehälter und Verwaltungskosten des Oberstiftungsrats gewesen. Zwar wurde gutachtlich ⁸⁴ nachgewiesen, daß das Organ Oberstiftungsrat als notwendige Behörde bzw. Verwaltungsstelle von demjenigen zu unterhalten sei, der auch die Kosten der Domausstattung zu tragen hatte, wobei als Anspruchsgrundlage die §§ 34 und 77 des Reichsdeputationshauptschlusses, die Einziehung der Dispositionsklöster und das "oberrheinische Konkordat" herangezogen wurde ^{84a}, aber man befürchtete offenkundig im erzbischöflichen Ordinariat Freiburg, daß der Staat Baden diese Anspruchsgrundlage nicht anerkennen werde, weshalb man es vorzog, in Verhandlungen wegen der "Neuordnung der kirchlichen Vermögensverwaltung" ⁸⁵ einzutreten. In dem zwischen den staatlichen und kirchlichen Vertretern unter dem 13. März 1861 vereinbarten ersten Entwurf einer Vollzugsverordnung zu § 10 des Kirchengesetzes von 1860 war hinsichtlich des Aufwandes für den neu

83 vgl. oben S. 13

84 Schmitt, Gutachten über die Frage, ob der badische Staat verpflichtet ist, auch für einen rein kirchlichen Oberstiftungsrat aufzukommen

84a so wörtlich Schmitt, a.a.O., S. 3
vgl. Schmitt, Ablösung, S. 134 - 140

85 vgl. Schriftverkehr u. Aktennotizen in Akte 31/78 Satzung und Neuordnung der kirchl. Vermögensverwaltung und Schmitt, Staat und Kirche, S. 82, ebenda S. 84, ebenda S. 99

zu errichtenden katholischen Oberstiftungsrat die Bestimmung vorgesehen gewesen, daß die großherzogliche Staatskasse für den Oberstiftungsrat den verhältnismäßigen Anteil der Dotation fort entrichten sollte, der bisher für den katholischen Oberkirchenrat geleistet worden war. Diese Vereinbarung hatte zwar in der landesherrlichen Verordnung von 1861 keine Aufnahme gefunden, sie war jedoch unter die besonderen Zusagen aufgenommen worden, zu deren Erteilung der Großherzog das Ministerium des Innern ermächtigt hatte ⁸⁶. So waren seit dem 9.2.1862, dem Zeitpunkt der Ablösung des katholischen Oberkirchenrates durch den katholischen Oberstiftungsrat der katholischen Kirche in Baden 11.254 fl. überwiesen worden.

Im Zuge der Besoldungsregelung der Staatsbeamten erhöhte sich dieser Betrag 1876/77 auf 44.100 fl.. Im Jahre 1909 traf man dann eine Vereinbarung, die regelte, daß der badische Staat aushilfsweise den Personalaufwand bezuschußte, den die katholische Kirche aus eigenem Vermögen nicht decken konnte. Eingeschränkt wurde dies dadurch, daß die zu bezuschussenden Aufwandskosten sich nur auf die Ansprüche der Beamten bezogen, bzw. auf Ansprüche, die aus der staatlichen Anstellung der Beamten entstanden waren. Durch Krieg und Inflation war das kirchliche Vermögen fast restlos verloren gegangen, auch das Vermögen, das noch Erträge einbrachte, war be-

86

" höchste Entschließung " des Großherzogs vom 8.11.1861; Kopie in Akte Neuordnung und Vereinfachung der Vermögensverwaltung, Akte No. 31/78

deutungslos, da eingehende mit Papiergeld bezahlte Pachtzinsen gelegentlich gewinnbringend als Altpapier verwertet wurden⁸⁷.

Vor diesem Hintergrund erging nach langen Verhandlungen und Gegenvorstellungen der beiden großen Kirchen das Kirchenvermögensgesetz von 1927⁸⁸ (im folgenden KVG 1927). Wesentliche Bestimmung dieses Gesetzes war § 1, der im Gegensatz zur bisherigen Regelung festsetzte, daß jede Religionsgemeinschaft innerhalb der Schranken des für alle geltenden Gesetzes berechtigt sein sollte, ihre Vermögensangelegenheiten durch eigene Satzung selbständig zu ordnen und nach Maßgabe dieser Satzung selbständig zu verwalten. Aus dieser einleitenden Bestimmung ließ sich klar entnehmen, daß dieses Gesetz ausschließlich die Regelung der Vermögensverwaltung zum Gegenstand hatte.

Den beiden großen Kirchen wurde durch das KVG sowohl das Recht der Selbstgesetzgebung als auch das Recht der Selbstverwaltung eingeräumt. Die Satzung mußte nach diesem Gesetz zunächst einmal den allgemeinen Anforderungen an eine geordnete Vermögensverwaltung entsprechen und durfte mit dem Reichs- oder Landesrecht nicht in Widerspruch stehen (§ 2 KVG) .

Der Regierung war insoweit die Möglichkeit der Kontrolle vorbehalten, als § 3 bestimmte, daß jede Religionsgemeinschaft die Satzung vor ihrer Ver-

87 Ordinariatserlaß vom 25.6.1926 zur Abschaffung von Mißständen auf dem Pachtwesen

88 GVB1 1927/97

kündigung dem Ministerium des Kultus und des Unterrichts zur Kenntnisnahme zuzustellen hatte. Bis zu diesem Punkt entsprach die verabschiedete Fassung dem Vorentwurf, zu dem die katholische Kirche positiv Stellung genommen hatte ⁸⁹: " Es scheint uns sachentsprechend den Rechtsweg vor den ordentlichen Gerichten nicht auszuschließen, wenn und soweit die Kirche ihre Einwendungen gegen das staatliche Aufhebungsbegehren darauf stützt, daß die staatliche Erinnerung gegen die Satzung der Weimarer Reichsverfassung widerspricht ". Lediglich § 6 KVG wurde insbesondere von der katholischen Kirche sehr kritisiert. Man sah in dieser Regelung, die dem Ministerium des Kultus und des Unterrichts bei " Widersprüchen gegen Reichs- und Landesrecht " ein Beanstandungsrecht und die Befugnis einräumte, die Beseitigung einer strittigen Satzungsformulierung betreiben zu können, einen Rückfall in die Zeit der Staatskirchenhoheit ⁹⁰.

Allein diese Gegenvorstellungen waren ohne Ergebnis geblieben, lediglich die Möglichkeit, den Verwaltungsrechtsweg zu beschreiten, wurde nach § 6, Abs.2 eröffnet.

Auch § 7 des Gesetzes war heftig umstritten. Zwar wurde den Kirchen die Erwerbung, Veräußerung und Belastung von Vermögen zugestanden, ohne daß eine

89 Schreiben vom 15.10.1926

90 Schreiben des erzb. Ordinariats vom 15.10.1926

staatliche Genehmigung erforderlich gewesen wäre, jedoch wurden die Vorschriften des Stiftungsgesetzes ausdrücklich für anwendbar erklärt. Nach § 6 des StG von 1918 wäre damit der Erwerb, die Belastung und Veräußerung von Vermögen von der Genehmigung des Ministeriums des Kultus und des Unterrichts abhängig gewesen.

Von großer praktischer Bedeutung sollte sich § 8 KVG erweisen, der, ursprünglich nur als Übergangsregelung gedacht, bestimmte, daß die gemeinsame Leitung der Vermögensverwaltung solange fortbestehen sollte, bis die betroffenen Religionsgemeinschaften von ihrer Satzungsbefugnis Gebrauch gemacht hatten. Bis zu diesem Zeitpunkt sollten auch die Staatszuschüsse für die Vermögensverwaltung weiter gezahlt werden.

Eine besondere Regelung bzw. Vereinbarung hinsichtlich der bisher vom Staat übernommenen anteiligen Personalkosten der Verwaltungsbehörden des kirchlichen Vermögens (auch die evangelische Kirche erhielt Staatszuschüsse, jedoch in Höhe von 50 % der absoluten Personalkosten des evangelischen Oberkirchenrates)⁹¹ wurde nicht getroffen. Da nun das Kirchenvermögensgesetz zwar die Möglichkeit schuf, die Vermögensverwaltung zu verkirchlichen, jedoch das nicht zwingend vorsah, standen beide großen Kirchen vor der Wahl, entweder keine Satzung zu erlassen, wodurch die im Anschluß an das KG 1860 aufgrund von Vereinbarungen⁹² fließenden Zuschüsse zur Vermögens-

91 GVB1 1908, S. 725; vgl. hierzu Erklärung des evangelischen Oberkirchenrates zum Entwurf des KVG vom 28.2.1927

92 vgl. Fußnote 79

verwaltung weiter geflossen wären, oder aber eine Satzung zu erlassen und auf diese Zuschüsse zu verzichten. Mit Schreiben vom 11.1.1928 an das Ministerium des Kultus und des Unterrichts erläuterte dann auch der damalige Generalvikar der Erzdiözese Freiburg, Dr. Sester ⁽⁹³⁾, warum die Verkirchlichung der Vermögensverwaltung bisher noch nicht erfolgt sei:

1. Eine Vereinfachung durch kirchliches Satzungsrecht sei nur dann möglich, wenn die Vermögensverwaltungsbehörde mit der erzbischöflichen Kanzlei zusammengelegt werde.
2. Dies sei gerade aufgrund fehlender Beamtenwohnungen und Diensträume in Freiburg nicht möglich.
3. Auch sei eine Vereinbarung über die Dotation der neuen Vermögensverwaltungsbehörde erforderlich.

Eine weitere Ursache für die schleppende Durchführung des Kirchenvermögensgesetzes war die im Raum stehende Konkordatsfrage gewesen ⁽⁹⁴⁾. Parallel zu dem seit dem Umsturz in Schwebе befindlichen Regelungen auf dem Gebiet der Vermögensverwaltung lieferten die für Baden maßgebenden Zirkumsskriptionsbullen "Provida solersque" vom 16. August 1821 und "Ad Dominici Gregis Custodiam" vom 11. April 1827,

⁹³ archiviert in Akte: Generalia Akte No. 31/78a

⁹⁴ vgl. Schreiben des kath. Oberstiftungsrates vom 8.5.1925, in dem eine gesetzliche Regelung nicht empfohlen wird, dies sollte vielmehr einer Vereinbarung mit dem päpstl. Stuhl überlassen bleiben, die auch "Grundlegendes regeln könne".

die beide als Staatsgesetze ⁹⁵ verkündet worden waren, neuen Zündstoff für Auseinandersetzungen zwischen katholischer Kirche und Staat. Diese nach h.M. materiell als Konkordate bezeichneten und zu behandelnden Bullen ⁹⁶ waren unverändert gültig geblieben; die Bulle " Ad Dominici Gregis Custodiam " enthielt hinsichtlich der Neubesetzung des erzbischöflichen Stuhls in Freiburg die Regelung ⁹⁷, daß " sooft der erzbischöfliche Stuhl ... erledigt seyn wird ", die Landesfürsten des betreffenden Gebietes von dem Namen der zu dem Diözesanklerus gehörigen Kandidaten in Kenntniss gesetzt werden; " wenn aber vielleicht einer von diesen Kandidaten dem Landesfürsten minder angenehm seyn möchte, so wird das Capitel ihn aus dem Verzeichniss streichen....".

Der badische Staat hatte diese Abmachung immer als gültig erachtet ⁹⁸ und sich dementsprechend verhalten. Der päpstliche Stuhl ließ durch seinen Vertreter, Nuntius Pacelli, zunächst inoffiziell ⁹⁹

95 Reg.Bl. 1827, S. 211

96 Hollerbach, a.a.O., Verträge, S. 9

97 vgl. autorisierte deutsche Fassung, in: Reg.Bl. 1827, S. 235

98 Föhr, Geschichte, S. 7 und Schreiben des Ministeriums des Kultus und Unterrichts vom 20.12.1931

99 inoffizielles Gespräch mit Dr. Schofer, dem damaligen Zentrumsführer, vom 1.11.1925 in Konstanz; wiedergegeben in: Bericht des Münsterpfarrers zu Konstanz, in Akte: Neuordnung der Vermögensverwaltung No. 1

gegenüber maßgebenden Stellen darauf hinweisen, daß diese " Verhältnisse zu festen Abmachungen drängen ". In diesen Hinweisen hat der Nuntius - angesprochen auf die Gültigkeit der beiden Bullen von 1821 und 1827 - die Auffassung vertreten, daß die " Theorie ", wonach die Revolution von 1919 diese " Konkordate " ungültig gemacht habe, nicht von der Hand zu weisen sei; auf alle Fälle sei diese Frage auch in Rom stark umstritten. Praktisch habe dies jedoch keine Bedeutung, weil die Allokution ¹⁰⁰ Benedikts XV. in dieser Sache vom Heiligen Stuhl ausdrücklich nicht angewandt werde ¹⁰¹. Besonders betont hat Nuntius Pacelli diesen Standpunkt des Heiligen Stuhls im Schreiben ¹⁰² an den Minister des Kultus und des Unterrichts vom 8.1.1932. Die Auffassung des späteren Zentrumsführers und Generalvikars Föhr ¹⁰³, daß der Heilige Stuhl sich die Theorie von der Ungültigkeit der Konkordate von 1821 und 1827 " zu eigen gemacht " habe, ist insoweit unzutreffend. Zwar bestanden über den Wahlmodus des Erzbischofs von Freiburg Meinungsverschiedenheiten, da der badische Staat anlässlich der durch den Tod des Erzbischofs Dr. Fritz entstandenen Vakanz noch den Standpunkt ¹⁰⁴ angenommen hatte, daß die Wahl sich nach den Vereinbarungen der Bulle " Gregis Custodiam " zu vollziehen habe, während der Heilige

-
- 100 Allokution vom 21.11.1921. Sie erklärte alle Konkordate, die mit Landesfürsten abgeschlossen worden waren, die selbst bzw. deren Nachfolger einer Republik Platz gemacht hatten, für ungültig.
 - 101 so wörtlich im Gespräch mit Dr. Schofer, a.a.O.; vgl. Stutz, Konkordat und Codex, S. 13/14 f; vgl. Hilling, Die Konkordatsfrage, Arch Kath KR, S. 121 ff.
 - 102 Schreiben an den Minister des Kultus und Unterrichts vom 8.1.1932
 - 103 Föhr, a.a.O., S. 3
 - 104 Schreiben des Ministers Baumgartner an Kardinalstaatssekretär Pacelli vom 31.12.1931

Stuhl das " Eingehen auf diese theoretische Frage " nicht für " zweckdienlich " hielt ¹⁰⁵; jedoch war man in den verantwortlichen Stellen schon früher der Auffassung gewesen, daß eine dauerhafte Lösung nur durch eine neue Vereinbarung erreicht werden könnte. Bezeichnend hierfür war das Schreiben des apostolischen Nuntius vom 29.11.1929 an das Ministerium des Kultus und des Unterrichts, in dem er erklärte ¹⁰⁶, daß der " Heilige Stuhl bereit sei, zu dem bedeutungsvollsten Wege der vereinbarlichen Regelung und Sicherung der Beziehungen zwischen Kirche und Staat in Baden seine Mitwirkung zu bieten ", worauf der badische Staat, vertreten durch Staatspräsident Schmitt, am 24.12.1929 grundsätzlich seine Bereitschaft hierzu erklärt hatte. Die Verhandlungen waren erfolgreich verlaufen. Am 12. Oktober 1932 wurde das badische Konkordat von den Vertretern beider Seiten in Hegne bei Konstanz unterzeichnet (vom 14.11.1932 datiert der evangelische Kirchenvertrag Badens). Die Ratifikation wurde unter höchst ungewöhnlichen Umständen am 11.3.1933 vollzogen und stellte die letzte Amtshandlung einer frei gewählten Regierung in Baden dar ¹⁰⁷.

Wesentlicher Inhalt war die Garantie der allgemeinen Bekenntnisfreiheit der Weimarer Reichsverfassung; die Bullen " Provida Solersque " und " Ad Dominici Gregis Custodiam " wurden der Hauptsache nach aufrechterhalten, lediglich die Besetzung des erzbischöflichen

105 Antwertschreiben vom 8.1.1932

106 Schreiben des Nuntius Pacelli und Antwortschreiben des Staatspräsidenten Schmitt

107 vgl. Bartilla-Hollerbach, a.a.O., S. 380

Stuhls wurde gemäß Art. 3 des Konkordats so geregelt, daß das Domkapitel aus drei, vom Heiligen Stuhl benannten Kandidaten in freier, geheimer Abstimmung einen zu wählen hatte, wobei unter den drei Bewerbern mindestens ein Angehöriger der Erzdiözese Freiburg sein mußte. Auch wurde das Besetzungsrecht hinsichtlich der kirchlichen Ämter dem Erzbischof, vorbehaltlich der auf Privatrechtstitel beruhenden Patronate, zugestanden ¹⁰⁸. Im übrigen wurde der Erzbischof ermächtigt, die Vermögensverwaltung für die katholische Kirche in Baden sowie für ihre Körperschaften, Anstalten und Stiftungen durch eigene Satzung selbständig zu ordnen, und nach Maßgabe dieser Satzung zu verwalten (Art. IV, Abs. 3), wobei zugesichert wurde, daß eine Einschränkung über die Bestimmungen des badischen Kirchenvermögensgesetzes hinaus nicht erfolgen würde. Die in Art. IV, Abs. 3 niedergelegten Bestimmungen waren bereits im Badischen KVG normiert worden; das Recht, Steuern zu erheben, hatten die einschlägigen Kirchensteuergesetze gewährt. Aufgrund der erneuten Aufnahme dieser Rechte in das Konkordat und der Tatsache, daß die katholische Kirche seit Erlaß des KVG von der auch nach diesem Gesetz möglichen Satzungsbefugnis bisher keinen Gebrauch gemacht hatte, schloß man in der Literatur, daß seitens der katholischen Kirche in Baden ein leichtes Mißtrauen gegenüber dem Staat bestand. Kirchlicherseits war zum Beispiel die Weimarer Reichsverfassung als " religiös indifferent " eingestuft ¹⁰⁹ worden, was bedeutete, daß man

¹⁰⁸ vgl. 4. Abschnitt, Ziff. 3.3.

¹⁰⁹ Würth, a.a.O., S. 122

es für möglich hielt, daß die Erklärung einer Regierung heute, bereits morgen von einer anderen aufgehoben werden konnte.

Unter diesem Gesichtspunkt ist auch die Aufnahme der weiteren Bestimmungen zu sehen, die das Eigentum und andere Vermögensrechte der katholischen Kirche in Baden, ihrer öffentlich-rechtlichen Stiftungen, Körperschaften oder anderer kirchlicher privatrechtlicher juristischer Personen garantierten (Art. V) ¹¹⁰. Von den übrigen Regelungen ist für das Gebiet der Vermögensverwaltung Art VI, Abs. 5 des Konkordats insoweit noch von Bedeutung, als diese Vereinbarung den Zuschuß des Staates zur Aufbesserung gering besoldeter Pfarrer ausdrücklich unberührt ließ. Auch wurde in Art. VI, Abs. 2 ein Beitrag des Staates zur Bestreitung der Kosten der Kanzlei, die Dotation für das Domkapitel und die Dompräbendare sowie für die kirchliche Vermögensverwaltung auf insgesamt ⁶ 356.000 Reichsmark p.J.festgesetzt ¹¹¹ . Das Reichskonkordat ließ in Art. 2 unter anderem das badische Konkordat ausdrücklich unberührt; vermögensrechtliche Konsequenzen für den erzbischöflichen Stuhl und für die Erzdiözese Freiburg ergaben sich aus diesem Konkordat nicht.

Mit Inkrafttreten des badischen Konkordats war der Weiterexistenz des katholischen Oberstiftungsrates

110 Für die evangelische Kirche erfolgte im evangelischen Kirchenvertrag in Art. III eine entsprechende Regelung

111 Die evangelische Kirche erhielt nach dem evangelischen Kirchenvertrag 240 000 RM

als staatlich-kirchliche Behörde der Rechtsboden entzogen, eine Unterstellung der Vermögensverwaltung unter staatliche Gewalt war ausgeschlossen und - wie anderswo - den Vorschriften des kanonischen Rechts unterworfen ¹¹². Der CIC bestimmt diesbezüglich, daß die Verwaltung des Kirchenvermögens Bestandteil der allgemeinen kirchlichen Verwaltung ist und damit ausschließlich der Kirche zusteht. Das Recht zur Selbstverwaltung wird als ursprüngliches, d.h. als nicht vom Staat übernommenes mithin unabhängiges Recht bezeichnet. Dies kommt besonders deutlich in der maßgebenden Enzyklika ¹¹³ des Papstes Leo XIII zum Ausdruck, in der er formuliert:

" Wenngleich nun diese kirchliche Gesellschaft ebenso aus Menschen besteht wie die politische, so ist sie doch wegen des Zieles, das ihr gesetzt ist und durch die Mittel, durch welche sie dieses zu erreichen sucht, eine übernatürliche und geistliche und eben darum von der bürgerlichen Gesellschaft durchaus verschieden.

Da sie aber durch Gottes gnädigen Ratschluß in sich und durch sich alles besitzt, was zu ihrem Bestand und ihrer Wirksamkeit erforderlich wird, so ist sie nach ihrem Wesen und Recht - und dies ist von höchster Wichtigkeit - eine vollkommene Gesellschaft. "

Als vollkommene und in ihrer Art höchste Korporation hat die Kirche danach einen selbständigen, in ihrer Art höchsten Zweck und das Recht auf den Gebrauch aller Mittel, die zur Erreichung dieses Zwecks vorrangig und erforderlich sind. Zu diesen Mitteln gehört auch der Besitz und die Verwaltung von Vermögensstücken. Ihren Ausdruck hat diese Lehre im Wortlaut

112 Wenner, a.a.O., S. 63 und A.A.S.25, S. 181, Anm. 2

113 Enzyklika Leos XIII., Über die christliche Staatsordnung, im Rundschreiben vom 1.11.1885, erlassen von Unserem Heiligsten Vater Leo XIII., 2. Sammlung, 1881-1885, S. 339 - 390 (351)

des c 1495 § 1 CIC gefunden, der der katholischen Kirche und dem Apostolischen Stuhl ein angeborenes Recht (*nativum ius*) gibt, frei und unabhängig von der bürgerlichen Gewalt zeitliche Güter zur Erfüllung ihrer Zwecke zu erwerben, zu behalten und zu verwalten ¹¹⁴. Der CIC trifft daher eine Reihe von diesbezüglichen Vorschriften und definiert einzelne Vermögensträger, wie den Heiligen Stuhl, die Teilgemeinschaften der Kirche (Kirchenprovinzen und Diözesen), die dem Aufbau der Kirchenverfassung dienenden Anstalten wie Bischofstühle, Benefizien, Kirchenstiftungen und die kirchlichen Körperschaften etc. ¹¹⁵, (vgl. cc 1495 - 1498 CIV), und regelt die Rechte und Pflichten der Vertretungs- und Aufsichtsorgane (cc 1518 - 1528 CIC). Für den Bereich einer Diözese obliegt es dem Ortsüberhirten, die Verwaltung des in seinem Gebiet befindlichen Kirchenvermögens zu leiten und zu beaufsichtigen (c 1519); er hat hierbei darauf zu achten, daß das Kirchengut den Zwecken der Kirche dienstbar gemacht wird, d.h. seiner besonderen Zweckbestimmung erhalten bleibt ¹¹⁶. Den Verwaltern werden Sorgepflichten (cc 1523 § 1 - 4, 1524 CIC) für den Vermögensbestand (c 1523 § 1 CIC), für rechtmäßige Verwaltung (c 1523 § 2 CIC), für rechte Nutzung (c 1523 § 3 CIC), für nutzbringende Anlage (c 1523 § 4 CIC), für soziale Anliegen (c 1524 CIC; hierunter ist ^{auch} die Ent-

114 vgl. Gutachten Dr. Fritz, in: Akte Kirche und Staat, Vol. V

115 vgl. Eichmann-Mörsdorf, § 202 Bd. II, Ziff. 2, sechster Teil

116 vgl. Weber, Rechtsgrundsätze, a.a.O., S. 18

richtung eines gerechten Lohns für Arbeiten für die Kirche zu verstehen) und Rechenschaftspflichten (cc 1523 §§ 5 und 6; 1525 CIC), wie die Pflicht zur Buchführung (c 1523 §§ 5 und 6 CIC) und die Pflicht zur jährlichen Rechnungslegung (c 1525 CIC) auferlegt. Für die Erfüllung dieser Pflichten besteht nach c 1528 CIC eine Haftpflicht der Verwalter, wenn sie die ihnen obliegende Sorgfaltspflicht eines guten Hausvaters durch aktives Tun bzw. Unterlassung verletzen. Die allgemeinen Bestimmungen des CIC regeln ausführlich des weiteren die Verfügungen über Kirchengut (cc 1529 - 1543 CIC) und bezeichnen in besonderen Vorschriften die Verwalter der einzelnen Rechtsträger und deren besondere Pflichten und Rechte. Aus praktischen Überlegungen übernimmt die katholische Kirche nach c 1529 CIC für Fragen vermögensrechtlicher Art grundsätzlich die Rechtsordnung des Staates, in dessen Hoheitsgebiet rechtlich relevante Handlungen vorgenommen werden, nach dem Grundsatz " locus regit actum ".

Anhand dieser Bestimmungen und des Art. 13 des Reichskonkordates ^{117a} wurde im Jahre 1934 die Satzung über die Verwaltung des katholischen Kirchenvermögens im Erzbistum Freiburg badischen Anteils ¹¹⁷ erlassen. Sie enthielt in 21 Paragraphen die Grundzüge, das Gerippe der Vermögens-

(117a " Die katholischen Kirchengemeinden, Kirchengemeindeverbände und Diözesanverbände, die Bischoflichen Stühle, Bistümer und Kapitel, die Orden und religiösen Genossenschaften sowie die unter Verwaltung kirchlicher Organe gestellten Anstalten, Stiftungen und Vermögensstücke der katholischen Kirche behalten bzw. erlangen die Rechtsfähigkeit für den staatlichen Bereich nach den allgemeinen Vorschriften des staatlichen Rechts. Sie bleiben Körperschaften des öffentlichen Rechts, soweit sie solche bisher waren; den anderen können die gleichen Rechte nach Maßgabe des für alle geltenden Gesetzes gewährt werden. "

117 Amtsblatt 1934, S. 195

verwaltung und bezeichnete die einzelnen kirchlichen Rechtspersonen als Träger des Kirchenvermögens, wobei sie regelte, wer zu dessen Verwaltung und Rechtsvertretung zuständig sein sollte, welche Befugnisse den Verwaltern im einzelnen zukommen sollten und welche Maßnahmen von höherer Genehmigung gedeckt sein mußten. Sie schuf teilweise neues Verwaltungsrecht, und zwar nach innen für die einzelnen Verwaltungsorgane, aber auch nach außen gegenüber staatlichen Behörden, Notariaten, Grundbuchämtern, Privatleuten und Gerichten. Die Abhängigkeit dieser Satzung vom kanonischen Recht zeigt sich deutlich daran, daß man den § 1 der Vorentwürfe, der eine Verwaltung noch " im Namen des Erzbischofs " aufgrund des c 1519 CIC (dieser weist dem Ortsordinarius das Aufsichtsrecht über alle in seinem Jurisdiktionsbereich befindlichen Kirchengüter zu) vorsah, durch die Formulierung " vom Erzbischof selbständig geordnet ... " änderte.

Wesentlicher Inhalt dieser Satzung war, eine Aufteilung der Zuständigkeit zwischen Erzbischof, Domkapitel, Kapitelskonferenz, den Ortspfarrern und den örtlichen Stiftungsträgern zu erreichen. Das Ortskirchenvermögen, also insbesondere das der Kirchenfonde, Baufonde etc. einschließlich des Vermögens der katholischen Kirchengemeinden wurde im Anschluß an c 1183 und c 1521 CIC dem jeweiligen Stiftungsrat nach § 6 der Vermögenssatzung 1934 zur Verwaltung überwiesen, während die Pfründe nach c 1176 CIC gemäß § 5 der Satzung vom Inhaber bzw. dem Pfarrverweser verwaltet werden sollten. Mit dieser Regelung trug man einerseits dem kanonischen Recht Rechnung und knüpfte andererseits im wesentlichen an die aufgrund § 10 des Kirchengesetzes von 1860 entstandene Rechtslage

an. Für die unterste Verwaltungsebene war damit die bisherige Regelung im Innenbereich aufrecht erhalten worden; allerdings - und hier kommt die gegenüber der früheren Regelung stärkere Stellung des Ortsordinarius zum Ausdruck - konnte der Erzbischof nach § 9 der Satzung die Verwaltung eines Vermögens einem besonderen Verwalter seiner Wahl übertragen. Im Außenverhältnis trat durch die Abschaffung des katholischen Oberstiftungsrates ¹¹⁸ eine wesentliche Änderung ein. Nicht mehr die zentrale Behörde, sondern die jeweiligen Verwalter, waren zur Rechtsvertretung befugt (vgl. § 8 der Vermögenssatzung 1934). § 15 der Satzung sah zwar den Erlaß einer Vorschrift über den Wahlmodus des ortskirchlichen Vertretungsorgans, des Stiftungsrates, vor; diese erging jedoch erst im Jahre 1951 ¹¹⁹, so daß für die dazwischenliegende Zeit die 1860/1861 getroffene Regelung mit den inzwischen getroffenen Änderungen in Kraft blieb ¹²⁰. Dies kam daher, weil der erzbischöfliche Stuhl in Freiburg die Bestimmungen der staatlichen Wahlordnung vom 12. Mai 1890 in die kirchliche Verordnung " die Bestellung der Stiftungsräte und die Wahl derselben betreffend " ¹²¹ zur Bestellung der die Ortskirchensteuer festsetzenden Gemeindevertretung übernommen hatte. Die sich aus diesen kirchlichen und staatlichen Vorschriften ergebende Rechtslage blieb im wesentlichen bis 1949 aufrechterhalten, lediglich 1943 ergingen aus steuerrechtlichen Gründen kirchlicherseits 16 Satzungen für Fonde und Stiftungen ^{121a}. Man hatte

118 VO vom 4. April 1934, GVBl 1934, S. 161

119 Wahlordnung für die katholischen Kirchengemeinden des Erzbistums Freiburg, badischen Anteils, Amtsblatt 1951, S. 13

120 die in KG 1860 genannte Stiftungskommission war - GVBl 1860, S. 753 - in Stiftungsrat umbenannt worden.

121 Amtsblatt 1891, S. 97 - 101

121a Es handelte sich um Satzungen für Fonde u. Stiftungen, die unmittelbar dem Erzbistum zugeordnet waren.

seitens der Kirche den Verlust der mit § 19 des Steueranpassungsgesetzes verbundenen Steuervorteile für zu kirchlichen Zwecken errichtete Fonds, Stiftungen und Körperschaften befürchtet. Sie brachten hinsichtlich der Vermögensverwaltung im Vergleich zur Vermögenssatzung keine Änderungen und wurden 1954 ersatzlos aufgehoben ¹²².

Das am 23. Mai 1949 verkündete Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland inkorporierte die Art. 136, 137, 138, 139 und 141 der Weimarer Reichsverfassung. Grundlage des verfassungsmäßigen Staatskirchenrechtes wurde die " Normentrias " ¹²³ der Art. 4, Abs. 1 und Abs. 2 GG - Art. 137, Abs. 1 WRV - Art. 137, Abs. 3 WRV. Sie garantiert die individuelle und korporative, positive und negative Religions- und Weltanschauungsfreiheit, sowie ein freies Religions- bzw. Kirchenwesen im weltanschaulichen, religiös und konfessionell neutralen und paritätischen Staat. Es kommen in diesem System zwar trennende Tendenzen zum Ausdruck, es wird jedoch hierbei an überlieferte Bindungen angeknüpft. Die Bedeutung dieser fundamentalen Verfassungsnormen wird dadurch dokumentiert, daß sie von dem Verbot der Verfassungsänderungen (Art. 79, Abs. 3 GG) erfaßt werden ¹²⁴. Art. 79, Abs. 3 GG nennt ausdrücklich insoweit nur die in Art. 1 und 20 niedergelegten Grundsätze und umschreibt

122 Amtsblatt 1943, S. 241

123 Hollerbach, Hdb St KirchR, S. 215 (252). Es ist zu betonen, daß im Rahmen dieser Arbeit nur die Skizze eines Grundrisses des allgemeinen Staatskirchenrechts dargestellt werden soll. Vgl. erschöpfende Hinweise auf Grundlagenliteratur bei Hollerbach, a.a.O., Fußnote 133

124 Hollerbach, a.a.O., S. 253 m.w.N.

so den " materialen Kern " ¹²⁵ der Verfassung. Zu diesem gehört positiv das Grundrecht der Religionsfreiheit und - negativ - " das Verbot der Staatskirche, im Sinne des Verbots einer institutionellen Verbindung von Staat und Kirche im inneren Verfassungsrechtskreis und die Gewährleistung des religionsgesellschaftlichen Selbstbestimmungsrechts ". Dieser Grundstatus wird durch eine Anzahl von Einzelgewährungen umgeben, die in Ergänzung zu diesem stehen. Diese Einzelgewährungen ¹²⁶ bestehen zunächst in der Gewährleistung der Rechte öffentlich-rechtlicher Körperschaften in Art. 137, Abs. 5 WRV, die eine der Bedeutung der Kirchen- und Religionsgemeinschaften und Weltanschauungsgemeinschaften für die Öffentlichkeit institutionsangemessene, sachgerechte Einordnung in das Rechtsgefüge ermöglicht ¹²⁷. Weiterhin ist noch die Garantie des Religionsunterrichts als ein ordentliches Lehrfach (Art. 7, Abs. 3, Satz 1 GG), das Besteuerungsrecht (Art. 137, Abs. 6 WRV), die Norm über die Ablösung der Staatsleistungen und die besondere Kirchengutsgarantie des Art. 138, Abs. 2 WRV, der das Eigentum und andere Rechte der Religionsgemeinschaften " an ihren für Kultus-, Unterrichts- und Wohltätigkeitszwecke bestimmten Anstalten, Stiftungen und sonstigen Vermögen gewährleistet ", zu nennen. Hierdurch ist eine Säkularisation der für die Zwecke der Religionsgemeinschaften gewidmeten Vermögensanteile ausgeschlossen ¹²⁸. Schutzobjekt ist nicht alleine der substantielle oder

125 Hollerbach, a.a.O., S. 253 - 254

126 Hollerbach, a.a.O., S. 255

127 Hollerbach, Die Kirchen als Körperschaften des öffentlichen Rechts, in: Essener Gespräche, S. 55

128 Maunz-Dürig-Herzog, Art. 140 (Art. 138 WRV) Rdnr. 10

wertmäßige Bestand, sondern weitergehend auch die öffentliche Funktion ¹²⁹ des religionsgesellschaftlichen Vermögens, das zur Erfüllung der von den Religionsgemeinschaften eigenständig gesetzten Aufgaben dient. Durch diesen besonderen Funktionsschutz geht Art. 138, Abs. 2 WRV über den in Art. 14 GG bestehenden Eigentumsschutz hinaus und steht als Gewährleistung gleichberechtigt neben Art. 14 GG ¹³⁰. Unterschiede des Grundgesetzes zur Weimarer Verfassung ergeben sich zunächst in formeller Hinsicht, als das Staatskirchenrecht des Grundgesetzes nicht systematisch an einem Ort aufgeführt ist, wie dies bei der WRV der Fall war ¹³¹, materiell besteht keine dem Art. 10, Nr. 1 und Nr. 2 WRV vergleichbare Bundeskompetenz, die religiösen Vereine finden in Art. 9 GG keine dem Art. 124 WRV entsprechende, zusätzliche Berücksichtigung. Der beachtenswerte Unterschied des Grundgesetzes gegenüber der Weimarer Reichsverfassung ist der seit Inkrafttreten des Grundgesetzes anerkannte Grundsatz, daß " in Ausnahmefällen stärkere Verfassungsnormen den schwächeren Normen vorgehen können " ^{131a}, und der der WRV fremde Gedanke der Einheit der Verfassung, der eine systematische Entwicklung der Auslegung der staatskirchenrechtlichen Vorschriften des Grundgesetzes (also auch der inkorporierten Bestimmungen der WRV) unter Berücksichtigung

129 Maunz-Dürig-Herzog, Art. 140 (Art. 138 WRV) Rdnr. 12

130 vgl. Heckel, a.a.O., S. 103

131 abgesehen von der Kompetenzregelung des Art. 10 WRV

131a Maunz-Dürig-Herzog, Art. 140 (Art. 137 WRV) Rdnr. 15

der maßgeblichen politischen, wirtschaftlichen, sozio-logischen und geistigen Gegebenheiten der Zeit aus dem Zusammenhang aller Verfassungsbestimmungen erfordert ¹³².

Nach dem Wegfall der Bundeskompetenz (Art. 10, Nr. 1 WRV) ergibt sich diese nur noch über Einzelkompetenzen, die die Verfassung etwa durch die Schranken des für alle geltenden Gesetzes, z.B. die allgemeinen Vorschriften des bürgerlichen Rechts und der ausdrücklichen Kompetenznorm des Art. 138, Abs. 1 WRV, gewährt. Danach werden Staatsleistungen an die Religionsgemeinschaften (hauptsächlich Dotationen, Subventionen, in der Regel Ansprüche aufgrund des § 35 Reichsdeputationshauptschluß ¹³³) zwar durch die Landesgesetzgebung abgelöst; die " Grundsätze hierfür muß ggf. der Bund als Nachfolger des Reiches aufstellen " (dies kann im Wege einseitiger Gesetzgebung oder durch Vertrag geschehen) ¹³⁴.

Der Teil des Staatskirchenrechts, der nicht ausdrücklich oder aufgrund des Sachzusammenhangs dem Bund zugewiesen ist, bleibt damit den Landesgesetzgebern überlassen. Für den badischen Bereich waren schon vor Inkrafttreten des Grundgesetzes unterschiedliche Verfassungen entstanden. Dies war eine Folge der politischen Situation unmittelbar nach dem Kriege; so gab es eine württemberg-badische Verfassung vom 28.11.1946 und eine badische Verfassung vom 22.5.1947. Seit der Bildung des Südweststaates Baden-Württemberg und nach Inkrafttreten der Verfassung von 1952 kommt ihnen nur noch historische Bedeutung zu ¹³⁵.

In der Verfassung des Landes Baden -

132 Hollerbach, VVDStRL 26, S. 68

133 v. Campenhausen, a.a.O., § 22

134 bezüglich weiterer Bundeskompetenzen vgl. Hollerbach, Hdb St KirchR, Bd. I, S. 215 (264)

135 Hollerbach, Hdb St KirchR, Bd. I, S. 285

Württemberg selbst bildet der Abschnitt " Religion und Religionsgemeinschaften " neben dem Abschnitt " Erziehung und Unterricht " ein Kernstück ¹³⁶. - Sie erklärt die im Grundgesetz festgelegten Grundrechte und die staatsbürgerlichen Rechte im allgemeinen (Art. 2 Abs. 1 LV Bad./Württ.) und Art. 140 GG im besonderen zum Bestandteil der Verfassung (Art. 5 LV Bad./Württ.).

Die Formulierung " anerkannte Religionsgemeinschaften " hat keinerlei praktische Auswirkung; wie Besch überzeugend nachweist, sind sie unter diesem Begriff als eigene Kategorie neben der Kirche und den anderen Religionsgemeinschaften anzusehen. Die Kriterien, nach denen eine solche Anerkennung vorgenommen werden soll, müßten in einem Ausführungsgesetz niedergelegt werden, das nicht ergangen ist, so daß weithin davon auszugehen ist, daß " anerkannte Religionsgemeinschaften " nicht existent sind ¹³⁷.

Eine weitere maßgebende Norm der Landesverfassung ist auch Art. 8, der ausdrückliche Rechte und Pflichten, die sich aus den Verträgen mit der evangelischen und katholischen Kirche ergeben, unberührt läßt. Zu den " Verträgen " im Sinne des Art. 8 LV Bad./ Württ. zählen die Verträge der Länder und des Reiches. In Geltung stehen danach für den ehemals badischen Bereich das Konkordat zwischen dem Heiligen Stuhl vom 12.10. 1932 ¹³⁸, der Vertrag mit dem Freistaat Baden und der vereinigten evangelischen Landeskirche vom 14.11.1932,

136 vgl. Verhandlungen des Plenums der verfassungsgebenden Landesversammlung vom 17. Juni 1953, 40. Sitzung, Protokoll S. 1768

137 vgl. ausführlich zu diesem Problem Besch, a.a.O., insbes. S. 112 ff, der zutreffend die Ansicht Feuchtes (Spreng-Birn-Feuchte, Art. 4 u. 5, S. 51) widerlegt, daß " anerkannte Religionsgemeinschaften " das gleiche sind wie Religionsgemeinschaften mit dem Status der Körperschaft des öffentlichen Rechts.

138 GVBl 1933, S. 19

14.11.1932 ¹³⁹ und das Reichskonkordat.

Hinsichtlich des Reichskonkordats, dessen Anwendbarkeit äußerst umstritten war ¹⁴⁰, kam man nach langen Auseinandersetzungen zu einem Formelkompromiß, wonach allgemein die Staatsverträge des Reiches über nunmehrige in die Länderkompetenz fallende Materien bis zum Abschluß neuer Verträge in Kraft bleiben sollten. In vermögensrechtlicher Hinsicht blieb diese Frage in Baden ohne Bedeutung, da Art. 2 des Reichskonkordats die diesbezüglich im badischen Konkordat anerkannten Rechte und Pflichten der katholischen Kirche ausdrücklich unberührt ließ; allerdings war die Frage der Gültigkeit dieses Reichskonkordats von erheblicher Bedeutung für die Schulrechtsfrage ¹⁴¹.

Mit Wirkung vom 1.1.1959 wurde die bisherige Vermögenssatzung 1934 durch eine Neufassung ¹⁴² ersetzt. Sie wurde im Wesentlichen vom damaligen Generalvikar Föhr beeinflusst. Er hatte seiner Zeit vor allem beabsichtigt, die Kirchenvermögensverwaltung ausschließlich dem erzbischöflichen Ordinariat zu unterstellen, um so einerseits eine zentralisierte und damit effektivere Verwaltung und Kontrolle zu ermöglichen. Diese Grundüberlegung fand insbesondere in dem Vorwort des Erzbischofs Herrmann Schäufele zur

139 GVB1 1933, S. 31

140 vgl. Konkordatsstreit im parlamentarischen Rat; Darstellung bei Hollerbach, Hdb St Kirchr, S.215 (222), § 5 I Bo

141 vgl. Spreng-Birn-Feuchte, Art. 8 (S. 57)

142 Amtsblatt 1958, S. 331

Vermögenssatzung 1958 ihren Niederschlag, die in ihrem Wortlaut nicht von den Formulierungsvorschlägen des Generalvikars abweicht ^{142a}. Allerdings erfolgte diese " Zentralisierung " dadurch, daß man die bisherigen Aufgaben des Erzbischöflichen Oberstiftungsrates der Erzbischöflichen Finanzkammer übertrug. Diese gesonderte Abteilung " als Gliederung " ^{142b} des erzbischöflichen Ordinariats wurde unmittelbar vom Generalvikar geleitet und überwacht und ermöglichte diesem so einen umfassenden Einblick in die Angelegenheiten der Vermögensverwaltung. Diese unmittelbare Unterstellung unter den Generalvikar war ausschließlich im Wege der Geschäftsverteilung erfolgt; eine satzungsrechtliche Regelung , ist nicht ergangen ^{142c} .

Wichtigste Änderung war die Übertragung der Verwaltungs- und Rechtsvertretungsbefugnisse vom Stiftungsrat auf den Pfarrer bzw. Pfarrverweser; eingeschränkt wurde dies jedoch durch die mitverabschiedete Verordnung über die Verwaltung des örtlichen Kirchenvermögens im Erzbistum Freiburg, badischen Anteils ¹⁴³ (im folgenden Vermögensverordnung 1958). Als nächstes erging 1970 staatlicherseits ¹⁴⁴ ein neues Kirchensteuergesetz, das die bis dahin wichtigsten Vorschriften auf dem Gebiete der Vermögensverwaltung außer Kraft setzte. Dies waren insbesondere das Kirchenvermögensgesetz von 1927

-
- 142a vgl. Akte Generalia, die Verkirchlichung des Oberstiftungsrates; Satzung und Neuordnung der kirchlichen Vermögensverwaltung
- 142b vgl. Verordnung über die Errichtung einer Erzbischöflichen Finanzkammer
- 142c Die Erzbischöfliche Finanzkammer wurde nach Ende der Amtszeit des Generals Föhr aufgehoben. Amtsblatt 1975, S. 319
- 143 Amtsblatt 1958, S. 335 ff
- 144 verkündet 1969, am 1.1.1970 in Kraft getreten, GVBl 1970, S. 1

das Landes- und Ortskirchensteuergesetz von 1922 bzw. 1925 in den Fassungen von 1951 bzw. 1952. § 25 des Kirchensteuergesetzes überließ den Religionsgemeinschaften jetzt ausdrücklich die Ordnung, die Regelung der rechtsgeschäftlichen Vertretung sowie den Erlaß des Satzungsrechtes hinsichtlich des Rechts der Wirtschaftsführung. Diese Befugnis erstreckt sich auch auf die Unterverbände, Anstalten und Stiftungen. Durch das neue Steuerrecht wurde die alte Regelung beseitigt, die das Recht der Steuererhebung den Religionsgemeinschaften, die Körperschaften des öffentlichen Rechts waren, nur für den Fall zubilligte, daß und soweit für die betreffenden kirchlichen Bedürfnisse keine anderen, weder öffentlich-rechtlich noch privatrechtlich Verpflichteten, einzutreten hatten. Gleichzeitig bestimmte § 2 des Kirchensteuergesetzes (im folgenden KistG), daß die Religionsgemeinschaften eine Steuerordnung erlassen konnten, die Regelungen über die Zusammensetzung und über die Wahl der Organe, die Steuerbeschlüsse fassen durften, die Grundzüge der Geschäftsordnung, die Mitwirkung der Steuervertretung bei der Feststellung des Haushaltsplanes etc. treffen konnte. Damit bestand für die Kirchen die Möglichkeit, aus den in § 5 KistG aufgezählten Steuerarten Art und Höhe der jeweiligen Steuern festzusetzen. Diese Befugnisse erstreckten sich gemäß § 9 KistG auf das Organ Landeskirchensteuervertretung und gemäß § 10 KistG auf die Ortskirchensteuervertretung. Mit dem 8.11.1971 machte die katholische Kirche in Baden von diesem Satzungsrecht Gebrauch und erließ die Kirchensteuer-

ordnung (KistO) der Erzdiözese Freiburg ¹⁴⁵. In § 3 KistO 1971 wurde die Landeskirchensteuer und die Ortskirchensteuer als Zuschlag zur Einkommensteuer und die Erhebung als einheitliche Kirchensteuer festgesetzt. Das hieraus erzielte Einkommen soll danach auf die Erzdiözese, die Kirchengemeinden und einen Ausgleichsstock entsprechend den jeweiligen Haushaltspläne aufgeteilt werden. Des weiteren wurde bestimmt, daß die Steuern aus den Grundsteuermeßbeträgen als Ortskirchensteuern erhoben werden sollten. Die Festsetzung der einheitlichen Kirchensteuer wurde der Landeskirchensteuervertretung zugewiesen, die sich aus dem Generalvikar, dem Leiter des Sachgebietes Vermögensverwaltung beim Erzbischöflichen Ordinariat, 9 amtierenden Geistlichen, 26 Laien und 3 vom Erzbischof berufenen Mitgliedern zusammensetzen sollte. Interessant in diesem Zusammenhang ist, daß die Ortskirchensteuervertretung bereits 1971 vom Pfarrgemeinderat nach § 13 KistO 1971 zu bilden war ¹⁴⁶. Die Neuregelungen des Steuerrechts brachten darüber hinaus keine materiellen Änderungen der bisherigen durch das KVG von 1927 geschaffenen Rechtslage; es stellte sich im wesentlichen als eine kürzere und knappere Fassung dieser Materie dar. Dies ist insoweit nicht erstaunlich, als das Kirchenvermögensgesetz von 1927 schon unter der Weimarer Reichsverfassung verabschiedet worden war, wodurch es den dort getroffenen Regelungen hinsichtlich des Verhältnisses von Kirche und Staat Rechnung tragen konnte.

Ganz anders verhielt es sich mit dem , 1918

¹⁴⁵ Amtsblatt 1971, S. 115

¹⁴⁶ vgl. 4. Abschnitt, Ziff. 1 Kirchengemeinde

letztmals revidierten, badischen Stiftungsgesetz von 1870 (StG 1870/1918). Die staatlichen und kirchlichen Kompetenzen sind in diesem Gesetz nie vollständig getrennt worden. Insbesondere hatte man staatlicherseits auf das Obergerichtsrecht über kirchliche Stiftungen nie verzichtet ¹⁴⁷ (vgl. § 2, Abs. 2 StG 1918). Diese war zunächst von den Ministern ausgeübt worden ¹⁴⁸ und dann auf die Mittelbehörden, die Regierungspräsidien übergegangen. Diese Bestimmungen - letztes Relikt der Auffassung, daß das Kirchenvermögen als öffentliches Zweckvermögen der Fürsorge des Staates bedürfe - enthielten in ihrer rechtlichen Tragweite derart umfassende Aufsichtsrechte, daß sie in der Lehre ¹⁴⁹ im Hinblick auf die Vereinbarkeit mit dem geltenden Staatskirchenrecht der Verfassung ernsthaftesten Bedenken begegnete. (In der Praxis kam es mangels Geltendmachung der Aufsichtsrechte nie zu Auseinandersetzungen.)

Hauptmangel des immerhin 107 Jahre alten Gesetzes war die durch die Beibehaltung des Gesetzes vollzogene Statuierung des überkommenen, badischen Organisationsgefüges, das grundsätzlich nur Stiftungen des öffentlichen Rechtes zuließ und solche des privaten Rechtes ausschloß ¹⁵⁰. Erst am 5.12.1977 trat ein neues Stiftungsgesetz ¹⁵¹ in Kraft, dessen Geltungsbereich sich nun auf ganz Baden-Württemberg erstreckt. Wich-

147 vgl. Landtagsbeilagen 1869/70 zu den Protokollen der II. Kammer, Bd. IV, S. 259

148 StG vom 19.7.1918, GVBl 1918, S. 254; VO des bad. Staatsministeriums zum Vollzug des Stiftungsgesetzes vom 24.11.1921, GVBl 1922, S. 9 ff i.d.F. der Bekanntmachung vom 12.1.1927, GVBl 1927, S. 4 ff und der VO vom 10.2.1958, S.78 ff

149 Marx, in: Hdb St KirchR, Bd.II, S. 127 und ders., Kirchenvermögensrecht, S. 90

150 v. Barga, a.a.O., S. 123; vgl. Dörner-Seng, a.a.O., § 8 und § 16

151 GB1 1977, S. 401

tigste Neuerung dieses Gesetzes ist die Einführung der Stiftungen des Privatrechts im zweiten Teil und die Regelungen der besonderen Arten von Stiftungen im vierten Teil ¹⁵². § 22 StG 1977 grenzt die kirchlichen von den übrigen Stiftungen ab und eröffnet für neu zu gründende die Möglichkeit, auf Antrag (einer Religionsgemeinschaft) die öffentliche Rechtsfähigkeit zu erlangen (§ 24 StG 1977). Die Stiftungsverwaltung und Aufsicht über die kirchlichen Stiftungen wurden den Religionsgemeinschaften ganz übertragen, die Aufgaben, die bei privaten Stiftungen von der Stiftungsbehörde wahrgenommen werden (wie Genehmigung der Änderung des Stiftungszwecks, Zusammenlegung von Stiftungen etc. - vgl. § 14 StG 1977), wurde den zuständigen Behörden der Religionsgemeinschaft überwiesen. Allerdings wurde eine Mitteilungspflicht an die staatlichen Stiftungsbehörden (für kirchliche Stiftungen nach § 28 StG 1977 das Kultusministerium) bei Zweckänderung, Vermögensanfall, bei Erlöschen und bei Errichtung einer Stiftung vorgeschrieben. Hinsichtlich der bestehenden Stiftungen wurde bestimmt, daß diese, sofern sie nach bisherigem Recht (vgl. II. Konstitutionsedikt Abschnitt 9 und 10 bzw. StG 1870/1918) rechtsfähige, kirchliche Stiftungen waren, als Stiftungen des öffentlichen Rechts bestehen bleiben sollen (§ 29 StG 1977 in Verbindung mit § 22 StG 1977). Zwar wird dies ausdrücklich nicht geregelt; da jedoch alle rechtsfähigen kirchlichen Stiftungen Stiftungen des öffentlichen Rechts waren, die ihre Zwecke nur in organisatorischer

152 4. Teil, 1. Abschnitt des Gesetzes behandelt ausschließlich die kirchlichen Stiftungen, §§ 22-30

Zuordnung zu einer Religionsgemeinschaft erfüllen konnten, haben sie als Stiftungen des öffentlichen Rechtes zu gelten (§ 22 Abs. 2 StG 1977). Mit der Beseitigung des Stiftungsgesetzes von 1870 in der Fassung von 1918 ist damit das staatliche Recht in Baden endgültig an die Normen des heutigen Staatskirchenrechtes der Verfassung angeglichen. Die späteren Änderungen des 1969 geschaffenen Kirchensteuergesetzes vom 10.2. 1976 ¹⁵³ und der noch zu erwartenden Änderungen aufgrund Art. 4 des Abgabenordnungsanpassungsgesetzes ¹⁵⁴ berühren insoweit keine grundsätzlichen Punkte mehr.

Staatlicherseits sind damit folgende Gesetze für die Vermögensverwaltung maßgebend:

a) An aktuellem Recht

1. Das Staatskirchenrecht des Grundgesetzes
2. Die Landesverfassung des Landes Baden-Württemberg
3. Das Reichskonkordat von 1933 ¹⁵⁵
4. Das badische Konkordat von 1932 ¹⁵⁶
5. Das Kirchensteuergesetz von 1969 nebst den Änderungen von 1976 ¹⁵⁷
6. Das Stiftungsgesetz von 1977 ¹⁵⁸

¹⁵³ GB1 1976, S. 98

¹⁵⁴ GB1 1977, S. 401

¹⁵⁵ RGB1 1934, S. 679

¹⁵⁶ GB1 1933, S. 19 und 31

¹⁵⁷ Amtsblatt 1978, S. 406

¹⁵⁸ GB1 1977, S. 401

b) An altrechtlichen Bestimmungen

1. Das Baudikt von 1808 159
2. Das Stiftungsgesetz von 1870 in der Fassung von 1918 160

Kirchlicherseits bestehen auf den staatlichen Vorschriften aufbauend:

1. Die Vermögenssatzung 1958 160a
2. Die Verordnung zur Vermögenssatzung von 1958 160
nebst der Änderungsverordnung von 1959 160c
3. Die Kirchensteuerordnung 1971 in der Fassung von 1978 161
4. Die Satzung der Pfarrgemeinderäte von 1976 161a
5. Die Wahlordnung für Pfarrgemeinderäte von 1976 (161b)
6. Die Rahmengeschäftsordnung für Pfarrgemeinderäte 1973 (161c)
7. Die Verordnung zur Aufhebung der Finanzkammer 1975 162
8. Die Vertrags- und Vergütungsordnung für den kirchlichen Dienst in der Erzdiözese Freiburg von 1976 163

159 Reg.Bl. 1808, No 9 (S.114)

160 für spezielle Rechtsprobleme, wie etwa für das Patronat, sind insoweit noch weitere altrechtliche Vorschriften von Bedeutung

160a Amtsblatt 1958, S. 331

160b Amtsblatt 1958, S. 335

160c Amtsblatt 1959, S. 561

161 Amtsblatt 1978, S. 407

161a Amtsblatt 1976, S. 447

161b Amtsblatt 1976, S. 451

161c Amtsblatt 1973, S. 157

162 Amtsblatt 1975, S. 319

163 Amtsblatt 1976, S. 516

9. Ordinariatserlaß Nr. 116 von 1966, Berufung und Entlassung von örtlichen Kirchenbediensteten 164
10. Richtlinien zur Aufstellung der Haushaltspläne der katholischen Kirchengemeinden der Erzdiözese Freiburg für die Jahre 1976/1977 und 1978/1979 165
11. Schlüsselzuweisungsordnung 166 1978/1979
12. Ordinariatserlaß Nr. 31, Aufhebung von Rechten und Privilegien bei der Verleihung von kirchlichen Ämtern und Pfründen betreffend von 1967
13. Verträge mit den Standes- und Grundherren (soweit nicht abgelöst) 1860-1880 166a

164 Amtsblatt 1966. S.116

165 Diese werden für den jeweiligen Doppelhaushalt jedesmal neu aufgestellt.
Amtsblatt 1976, S. 102ff, vgl. unten S.124 ff

166 Die Schlüsselzuweisungsordnung wird jeweils für 2 Jahre (Doppelhaushalt) erlassen, vgl. Haushaltsplan der Erzdiözese Freiburg für die Jahre 1978/79;
vgl. Abschnitt Kirchengemeinde

166a vgl. unten Fußnoten 380 - 388

III. ABSCHNITT

Die öffentlich-rechtliche Persönlichkeit der ortskirchlichen Vermögensträger der katholischen Kirche in der Erzdiözese Freiburg, badischen Anteils

Der durch Art. 140 GG inkorporierte Art. 137, Abs. 5, Satz 1 der WRV bestimmt, daß Religionsgemeinschaften Körperschaften des öffentlichen Rechts bleiben, soweit sie bisher solche waren, und daß anderen Religionsgemeinschaften auf ihren Antrag gleiche Rechte zu gewähren sind, wenn sie durch ihre Verfassung und die Zahl ihrer Mitglieder die Gewähr der Dauer bieten. In Baden führen die ortskirchlichen Stiftungen (z.B. Kirchenfonds und Pfarrbenefizium) ihre öffentliche Rechtspersönlichkeit auf den 9. und 10. Abschnitt des II. badischen Konstitutionsediktes (wenn sie vor 1870 gegründet wurden) oder auf das Stiftungsgesetz von 1870 in der Fassung von 1918 zurück, bzw. können diese heute aufgrund des neuen baden-württembergischen Stiftungsgesetzes erlangen. Auch die Kirchengemeinde wird in Baden nach h.M. ¹⁶⁷ seit Beginn des 19. Jahrhunderts als Körperschaft des öffentlichen Rechts betrachtet. Sie erhielt diese Qualifikation erstmals aufgrund des I. badischen Konstitutionsediktes, das den " Kirchspielen " (= Kirchengemeinden) in § 10 ausdrücklich das Recht, Vermögen zu besitzen, zuerkannte. Auch § 77 der katholischen Kirchenkommissionsordnung vom 31.10.1803 anerkannte ihre Rechtspersönlichkeit insoweit, als der damaligen Kirchenkommission die

167 Amman, a.a.O., S. 47;
vgl. J. Schmitt, Rechtspraxis, 1904, S. 168,
181, 193 ff

Aufgabe zufiel, " die Kirchspiele gerichtlich und außergerichtlich " zu vertreten und " deren Rechte ungeschmälert " zu erhalten. Daneben führt das Baudikt vom 26. April 1808 ¹⁶⁸ ein selbständiges, von der politischen Gemeinde zu trennendes " Kirchspiel " auf. Auch die Kirchensteuergesetze regelten die öffentliche Rechtsfähigkeit der Kirchengemeinden im steuerrechtlichen Bereich (vgl. § 24 KStG 1969).

Mit dieser Aufzählung stellt sich zunächst die Frage, warum eine große Anzahl kirchlicher Rechtssubjekte juristische Persönlichkeit mit öffentlich-rechtlicher Qualifizierung besitzt. Wesentlich in diesem Zusammenhang ist die Frage nach der Bedeutung der durch die Verfassung vorgenommenen Einordnung der Religionsgemeinschaften als " Körperschaften des öffentlichen Rechts ".

Nach der Literatur wird die juristische Person an sich zunächst von zwei wesentlichen Elementen bestimmt; es wird insoweit als Grundvoraussetzung " zunächst das Vorhandensein der Willensmacht eines kulturellen Interessenträgers, dann aber die Anerkennung dieser interessenverwirklichenden Potenz durch das Recht " als zum Begriff der Rechtspersönlichkeit gehörig erachtet ¹⁶⁹.

Danach ist auch der Rechtsgrund der Persönlichkeit ein doppelter: Der innere Rechtsgrund der rechtlichen Existenz der juristischen Person ist die kulturelle Bedeutung, die soziale oder wirtschaftliche Macht, die zu ihrer Verwirklichung der Anerkennung durch das Recht als

168 Stempf, Kommentar, S. 4

169 Amman, a.a.O., S. 14

äußerem Rechtsgrund bedarf.

Bezüglich juristischer Personen des Privatrechts hat die deutsche Lehre ¹⁷⁰ im Anschluß hieran die Eintragung in ein Register bzw. die Genehmigung des Stiftungsgeschäftes zwar als aner kennenden Staatsakt qualifiziert, der im Hinblick auf die Privatautonomie nicht als Grund, sondern lediglich als äußere Wirksamkeitsbedingung qualifiziert wird. ¹⁷¹.

Für juristische Personen des öffentlichen Rechts in verwaltungsrechtlichem, technischen Sinn ¹⁷² ist dagegen der äußere und innere Rechtsgrund unteilbar; nach herrschender Lehre ¹⁷³ umfaßt der staatliche Er richtungsakt beide Begriffe. Insoweit ist der Begriff öffentlich-rechtliche Körperschaft auf rechtsfähige Verwaltungseinheiten fixiert, " die in mehr oder weniger großer Abhängigkeit von unmittelbaren Staatsbehörden Aufgaben erfüllen, die ansonsten vom Staat selbst wahrgenommen werden müßten " ¹⁷⁴.

Ausgehend von der Anerkennung der Kirchen als " ge schichtsmächtiger Kräfte " ¹⁷⁵ und deren Einordnung als öffentlich-rechtliche Körperschaft im Sinne einer institutionsangemessenen sachgerechten Zuordnung reli-

170 H.J. Wolff, a.a.O., S. 188

171 H.J. Wolff, a.a.O., S. 188; A. Hollerbach, Die Kirchen als Körperschaften des öffentlichen Rechts, a.a.O., S. 50

172 Friesenhahn, Die Kirchen als Körperschaften des öffentlichen Rechts, a.a.O., S. 548/549; H. Weber, Religionsgemeinschaften, S. 60

173 Friesenhahn, a.a.O., S. 548

174 Friesenhahn, a.a.O., S. 548

175 Friesenhahn, a.a.O., S. 547

göser Lebensverbände durch die Übernahme der einschlägigen Kirchenartikel der Weimarer Verfassung ist die Literatur sich heute einig, daß der für die " Kirchen verwendete Begriff Körperschaften des öffentlichen Rechts dem allgemeinen öffentlich-rechtlichen Körperschaftsbegriff nicht subsumiert werden kann " ¹⁷⁶.

Teilweise wurde dann auch der öffentlich-rechtliche Körperschaftsbegriff im Hinblick auf die Kirchen als " rätselhafter Ehrentitel " ¹⁷⁷ bezeichnet, oder eine Einordnung als Personen " sui generis " vorgenommen ¹⁷⁸.

Zutreffend geht insoweit Friesenhahn ¹⁷⁹ davon aus, daß mit der Bezeichnung der Religionsgemeinschaften als Körperschaften des öffentlichen Rechts nichts anderes gemeint war und ist " als der öffentlich-rechtliche Sonderstatus bestimmter für das im Staat verfaßte Volk bedeutsamer Organisationen, die ihrer Struktur nach Personenverbände sind, wobei der Begriff als verfassungsrechtlicher seinen Inhalt aus der Verfassung bezieht ". Begründet wird dies damit, daß Art. 137, Abs. 5 WRV wegen seines Zusammenhangs mit Art. 137, Abs. 3 den Begriff der verfassungsrechtlichen Körperschaft des öffentlichen Rechts von dem technischen verwaltungsrechtlichen Begriff abhebt, weil der kirchliche Wirkungskreis nicht " Stück sondern ein Gegenstück "

176 Hollerbach, a.a.O., S. 56

177 R. Smend, Staat und Kirche nach dem Bonner Grundgesetz, ZevKR 1 (1951), S. 9

178 Forsthoff, Die öffentliche Körperschaft im Bundesstaate, S. 7

179 Friesenhahn, a.a.O., S. 548

des staatlichen Wirkungskreises ist ^{179a}.

Wesentlich zur Verwirklichung der Aufgaben der Religionsgemeinschaften ist das Selbstbestimmungsrecht, und die Organisationsgewalt der Kirchen, die nach Art. 137 Abs. 3 WRV gewährleistet ist und die unabhängige " Ordnung " verbunden mit der ungeschmälernten " Verwaltung " der kirchlichen Angelegenheiten ¹⁸⁰ garantiert. Die Organisationsgewalt erstreckt sich nicht nur auf die Religionsgemeinschaften selbst, sondern auch auf ihre Teilverbände bzw. Teilordnungen.

Damit haben auch die in Stiftungsform organisierten Kirchen- und Pfarrvermögen die verfassungsmäßige Rechtsstellung, die kirchlichen juristischen Personen des öffentlichen Rechts aufgrund ihrer Eigenart zukommt.

Schon zur Zeit der Weimarer Reichsverfassung war in der Rechtsprechung dieses Selbstbestimmungsrecht hinsichtlich der Ordnung " ihrer eigenen Angelegenheiten " zuerkannt und ausgesprochen worden:

" Sache der Kirche allein ist es, ihren inneren Aufbau zu ordnen und innerhalb dieses Aufbaus zu bestimmen, welche ihrer Organe zur Verfügung über kirchliches Gut befugt sind " ¹⁸¹.

Dieses Selbstbestimmungsrecht hinsichtlich des örtli-

179a v. Campenhausen, Staat und Kirche, a.a.O., S. 99

180 Mikat, a.a.O., S. 172

181 Urteil des Reichsgerichts vom 3.2.1930 in: Preuß. Pfarrarchiv, 19. Bd., S. 58 ff

chen Kirchenvermögens wird auch nicht durch Art. 138, Abs. 2 WRV beschränkt.

Dieser Artikel der WRV hat lediglich Garantiefunktion und ermöglicht den Religionsgemeinschaften, ihre Vermögensverwaltung ohne staatliche Eingriffe zu ordnen und zu organisieren. Eine Bestandsgarantie für die Rechtsträger des Kirchengutes gegenüber der Kirche enthält die Verfassungsnorm nicht ¹⁸².

Unter Zugrundelegung des verfassungsrechtlichen Begriffs der Kirchen als Körperschaften des öffentlichen Rechts ergibt sich damit, daß innerer Grund der rechtlichen Existenz der Kirchen als Körperschaften des öffentlichen Rechts ihre Existenz, ihr Vorhandensein selbst und die damit verbundene kulturelle Bedeutung ist.

Soweit die Literatur in Anlehnung an die deutsche Lehre im Hinblick auf die öffentlich-rechtliche juristische Person - im Gegensatz zu denen des Privatrechts - den anerkennenden Staatsakt nicht nur als äußere Wirksamkeitsbedingungen erachtet, sondern ihm zugleich die Qualifikation eines inneren, eigentlichen Rechtsgrundes verleiht, bedarf dies bei kirchlichen juristischen Personen des öffentlichen Rechts der Modifikation insoweit ¹⁸³, als bei diesen innerer Rechtsgrund eben nicht der Staatsakt sein kann, sondern nur äußere Wirksamkeitsbedingung.

182 J. Heckel, a.a.O., S. 135

183 vgl. H. Weber, a.a.O., S. 59

Die eingangs erwähnte öffentlich-rechtliche Qualifizierung der kirchlichen Teilorganisationen wirft im Anschluß hieran die Frage auf, ob diese hinsichtlich ihres Rechtsgrundes wie die Religionsgemeinschaften, denen sie zugeordnet sind, zu behandeln sind.

Sicherlich können diese nach oben dargelegten Grundsätze ebensowenig wie die Religionsgemeinschaften originär durch Staatsakt entstehen; innerer Rechtsgrund kann nur entweder " ius divinum " oder kirchliches Satzungsrecht sein. Nach dem Codex Juris Canonici¹⁸⁴ treten alle juristischen Personen außer der Gesamtkirche, dem Apostolischen Stuhl und den Diözesen durch kirchliche Errichtung ins Dasein - eine Errichtung, die sich als oberhirtlicher Akt freiwilliger Verwaltung darstellt, die kirchliche Rechtsfähigkeit folgt dann entweder kraft kanonischen Rechts oder durch besondere Erklärung im Errichtungsakt.

Kraft Gesetzes¹⁸⁵ sind nach Vorliegen des Errichtungsakts die Benefizien (Pfarrpfründe vgl. cc 1409 ff. CIC) und die Kirchenstiftungen (fabrica ecclesiae cc 1182 - 1184 CIC) juristische Personen. Lediglich hinsichtlich der Kirchengemeinde bestehen kanonisch-rechtlich keine besonderen Regelungen¹⁸⁶; sie erlangt die kirchliche Rechtsfähigkeit nach allgemeinen kanonischen Vorschriften (cc 99 ff. CIC) durch den Oberhirten. Der Grund für diese " Gesetzeslücke " ist darin zu suchen, daß die Kirchengemeinde, wie es beispielsweise in der Literatur¹⁸⁷ formuliert wurde, " plötzlich aus dem Haupte eines Abge-

184 vgl. Eichmann-Mörsdorf, Bd. I, § 36 I

185 vgl. Eichmann-Mörsdorf, Bd. I, § 36 II

186 Chr. Meurer, a.a.O., § 4; Grundmann, a.a.O., S. 309 ff.

187 Seydel, a.a.O., S. 583; W. Müller, a.a.O., S. 361-362

ordneten geboren " wurde. Ihr fiel als Zweckschöpfung die Aufgabe zu, als kirchlicher Steuerverband zu dienen. Hinzu kommt noch, daß die kanonische Auffassung vom Wesen der Pfarrei, im Gegensatz zu der der lutherischen und der der reformierten Glaubensgemeinschaft, einer rechtlich verselbständigten Kirchengemeinde widerspricht ¹⁸⁸ : In c 216 CIC wird die Pfarrei als *distincta pars dioecesis* bezeichnet, eine lediglich nach räumlichen Gesichtspunkten, allein durch die Autorität des Ortsobherhirten erfolgte Zusammenfassung von Gläubigen.

Der Pfarrer ist Amtsträger und Beauftragter des Bischofs; ihm obliegt das " *regimen fidelium* " und das " *ministerium cultus divini* " unter Ausschluß der Laien in seinem Seelsorgebezirk (c 948 CIC). Eine Verselbständigung der Pfarrei als Kirchengemeinde stellt sich damit als Widerspruch zur hierarchisch gegliederten Kirche dar ¹⁸⁹. Spätestens zu Anfang des 20. Jahrhunderts aber hatte sich die Kirche offensichtlich mit dieser weltlichen Zweckschöpfung - wohl aus steuerpolitischen Erwägungen - abgefunden und partikularrechtlich verschieden in das Satzungsrecht aufgenommen. (In Baden z.B. § 5 in der Vermögenssatzung 1934.) Nach Kanonischem Recht ist der Errichtungsakt seinerseits von Voraussetzungen in Form von allgemeinen Rahmenbedingungen abhängig. Ausgehend vom Begriff der juristischen Person als Trägerschaft von Rechten und Pflichten verlangt das Kanonische Recht das Vorhandensein eines religiösen oder karitativen Zwecks ¹⁹⁰

188 Grundmann, a.a.O., S. 309

189 vgl. Lammeyer, a.a.O., S. 183

190 Eichmann-Mörsdorf, Bd. I, § 36 III; Jone, a.a.O., Bd. I, Kanon 100 § 1

und eine Errichtung, die auf Dauer vollzogen wird¹⁹¹. Soweit der Zweck zu seiner Verwirklichung Vermögen erfordert, kommt der juristischen Person das Recht der Vermögensfähigkeit zu. Andernfalls wäre die Erreichung des Zwecks und damit nach Kanonischem Recht die Errichtung unmöglich¹⁹². Aufgrund dieser Rechtslage und der Tatsache, daß praktisch keine juristische Person der Kirche existiert, die keine Vermögensfähigkeit besitzt, wird teilweise in der Literatur¹⁹³ aus dem "Sinnzusammenhang einzelner Vorschriften" die Auffassung vertreten, daß die Vermögensfähigkeit ebenfalls Rahmenbedingung für die Errichtung sei (" ohne Vermögensfähigkeit keine juristische Person "). Unter dem Gesichtspunkt, daß eine solche Voraussetzung im CIC nicht enthalten ist, und daß durchaus die Möglichkeit besteht, daß der Zweck Vermögen nicht erfordert (z.B. Bettelorden), ist dies dahingehend einzuschränken, daß die Vermögensfähigkeit Rahmenbedingung nur dann ist, wenn der Zweck der betreffenden juristischen Person ohne Einsatz von Vermögen nicht erreicht werden kann.

Im weiteren teilt der CIC die juristischen Personen in " personae morales non collegiales " und " personae morales collegiales " ¹⁹⁴ ein, wobei sich diese Unterscheidung offenkundig nicht daran orientiert, ob Zweck und Wille einer juristischen Person von ihr selbst ausgehen bzw. von außen kommen, sondern ausschließlich an dem die juristische Person bildenden Substrat¹⁹⁵.

191 Eichmann-Mörsdorf, Bd. I, § 36 II 4; Jone, a.a.O., Bd. I, Kanon 100 § 2

192 vgl. C 102 § 1, Jone und Eichmann-Mörsdorf, a.a.O.

193 Köstler, a.a.O., S. 413 ff. (417); Eichmann-Mörsdorf, a.a.O., Bd. I, § 36 III; Jone, Kanon 100

194 Eichmann-Mörsdorf, a.a.O., Bd. I, § 36 III, Jone, Kanon, a.a.O., Bd. I, Kanon 99

195 Eichmann-Mörsdorf, a.a.O.

Dies bewirkt in rechtlicher Hinsicht, daß bei den " personae morales collegiales " eine Gesamtheit von physischen Personen Träger von Rechten und Pflichten sind, während diese Funktion bei den " personae morales non collegiales " einer Gesamtheit von materiellen Gütern zufällt. Anhand von dieser Unterscheidung wird für die Errichtung von " personae morales collegiales " das Vorhandensein von mindestens drei physischen Personen vorgeschrieben ¹⁹⁶.

Bei Betrachtung der äußeren Wirksamkeitsbedingungen der Einordnung in den weltlichen Rechtskreis ist grundsätzlich davon auszugehen, daß dies eine Einordnung in einen Rechtskreis beinhaltet, in dem hoheitliche, öffentliche Gewalt in politischem Sinn ausgeübt wird, die direkt auf die Ordnung des Gemeinwesens, auf die " res publica " bezogen ist ¹⁹⁷. Damit zeigt sich nach heutigem Verfassungsrecht die Grenze des kirchlichen Eigenrechts, des ius divinum auf. Nach dem geltenden Staatsrecht verfügt der Staat über das Öffentlich-rechtliche, weshalb er in diesem Bereich gerade auch hinsichtlich seiner ordnenden Funktion die Regulativkompetenz hat, soweit in diesem Zusammenhang die Frage der Wirksamkeitsbedingungen angesprochen ist.

Wesentlich ist in diesem Zusammenhang ein Satz Otto Gierkes ¹⁹⁸: " Das objektive Recht kann den Verbänden das Recht der Persönlichkeit gewähren oder versagen, es kann hierbei nicht willkürlich verfahren, ohne mit der

196 C 100 § 2; Eichmann-Mörsdorf, § 36 I, Bd. I; Jone, a.a.O., Bd. I, Kanon 99

197 Hollerbach, Essener Gespräche, a.a.O., S. 54

198 Gierke, Privatrecht, Bd. I, S. 471

Rechtsidee in Widerspruch zu geraten ".

Äußere Wirksamkeitsbedingung bei der Errichtung kirchlicher juristischer Personen mit öffentlich-rechtlicher Qualifizierung ist damit das staatliche Recht. Hinsichtlich der Teilverbände bzw. ihrer öffentlich-rechtlichen Qualifizierung kann jedoch Art. 137, Abs. 5, der den Religionsgemeinschaften diese Qualifizierung ermöglicht, nicht im Sinne einer staatlichen Regelung als Wirksamkeitsbedingung herangezogen werden, da Teilverbände nicht " Religionsgemeinschaften " im Sinne von Art. 137, Abs. 5 WRV bzw. Art. 137, Abs. 4 WRV, sondern eben nur ein Teil der " Religionsgemeinschaften " sind ¹⁹⁹.

Wenn in diesem Zusammenhang bisher von der Zuständigkeit des Staates als Inhaber der Regulativkompetenz gesprochen wurde, so bedarf dies der Klarstellung insoweit, als sowohl der Bund als auch die Länder als Träger dieser Kompetenz in Frage kommen. Die rechtsfähigen Stiftungen des Privatrechts unterliegen den bundesrechtlichen Bestimmungen der §§ 80-88 BGB, wobei die §§ 85-88 BGB auch für diejenigen Stiftungen gelten, die vor Inkrafttreten dieses Gesetzes errichtet wurden. (Vgl. Art. 163 EGBGB) Die genannten privatrechtlichen Vorschriften treffen Regelungen hinsichtlich des Stiftungsgeschäftes als rechtliche Grundvoraussetzung, die Genehmigung des Stiftungsgesetzes und die Aufhebung vor Stiftungen. Sie sind nicht vollständig und bedürfen nach h.M. ²⁰⁰ der Ergänzung durch das Landesrecht (vgl. Regelungen der Stiftungen des privaten Rechts im Stif-

199 Maunz-Dürig-Herzog, a.a.O., Art. 140, Rdnr. 31; vgl. umfassend J. Schmitt, Kirchliche Selbstverwaltung im Rahmen der RV, S. 102 ff.

200 vgl. Ebersbach, a.a.O., Abschn. I, Ziff.3.11

tungsgesetz von Baden-Württemberg von 1977) ²⁰¹.

Grundlage des Landesstiftungsrechtes ist jedoch § 85 BGB; diese Norm gibt den Ländern die Kompetenz, Anforderungen an Stiftungssatzungen im Landesgebiet all-gemeinverbindlich zu bestimmen. Da sich des weiteren das BGB auf rein privatrechtliche Vorschriften beschränkt, und der öffentlich-rechtliche Bereich vom damaligen Ge-setzgeber bewußt ausgeklammert wurde ²⁰², sind insoweit ausschließlich landesrechtliche Regelungen maßgebend.

Für kirchliche Stiftungen bestimmt sich daher die zu-ständige Behörde, die Voraussetzung der Genehmigung und der Umfang der Aufsicht etc., ausschließlich nach landesrechtlichen Vorschriften. Das neue in Kraft getre-tene Stiftungsrecht des Landes Baden-Württemberg von 1977 hat insoweit, als es in § 6 auf Vorschriften des BGB hinsichtlich des Stiftungsgesetzes, der Satzung etc. für öffentlich-rechtliche Stiftungen verweist, diese zum Bestandteil der äußeren Wirksamkeitsbedingungen ge-macht. Für kirchliche Stiftungen wurde in diesem Gesetz eine Sonderregelung getroffen. Diese erhalten die öffentlich-rechtliche Qualifizierung dann, wenn eine Religionsgemeinschaft dies beantragt und die Stiftung öffentlichen Zwecken dient.

Der Akt der Verleihung der öffentlichen Rechtsfähigkeit der Kirchengemeinde erfolgt wegen Art. 137, Abs. 6 und Art. 137, Abs. 8 WRV i.V.m. Art. 140 GG nach dem baden-

²⁰¹ GBl 1977, S. 401

²⁰² Bericht der Reichstagskommission, S. 19 f; vgl. Salzwedel, Verhandlungen des 44. Deutschen Juristentages, Bd. 1, S. 5

württembergischen Kirchensteuergesetz, da die Durchführung und nähere Ausgestaltung des den Kirchen und Religionsgemeinschaften mit öffentlich-rechtlicher Qualifizierung garantierten Rechts der Steuererhebung, den Landesgesetzgebern überlassen bleibt. (Art. 137, Abs. 8 WRV) Anzu-
merken ist hierbei noch, daß seit dem Jahre 1888 das
Badische Ortskirchensteuergesetz vom 26. Juli des glei-
chen Jahres ²⁰³ die Voraussetzungen für die Errichtung
einer Kirchengemeinde - damals nach Kanonischem Recht
keine juristische Person, sondern eine bloße Communitas -
in Art. 1 erstmals definiert hat. Erst seit dem Zeit-
punkt, als kirchliches Satzungsrecht (in die Erzdiözese
die Vermögenssatzung 1934) ²⁰⁴ parallel zum staatli-
chen Steuerrecht diese über die allgemeinen Vorschriften
des CIC (cc 99 ff.) mit juridischer Persönlichkeit aus-
stattete, bildete das kirchliche Recht den inneren Rechts-
grund im obengenannten Sinn.

§ 6 der Vermögenssatzung von 1958 lautet insoweit ledig-
lich:

" Das örtliche Kirchenvermögen einschließlich
des Vermögens der katholischen Kirchengemein-
den und etwaiger Distriktsfonde verwaltet der
Pfarrvorstand (Pfarrer, Pfarrverweser, Kurat). "

Die Kirchensteuerordnung ²⁰⁵ stellt in § 1 ausdrücklich
fest:

" Die Erzdiözese Freiburg und ihre Kirchengemein-
den erheben von ihren Angehörigen Kirchensteuern
nach Maßgabe des Kirchensteuergesetzes und der
Kirchensteuerordnung. "

Das Kirchensteuergesetz ²⁰⁶, auf das in der erzbischöf-
lichen Kirchensteuerordnung Bezug genommen wird, be-

203 GVBl 1888, S. 383 und Art. 0 KistG von 1922 GVBl
1922, S. 501

204 § 6 der Vermögenssatzung 1958, später zusätzlich
§§ 14, 20 der KistO 71

205 KistO, Amtsblatt 1971, S. 115

206 Gesetz über die Erhebung von Steuern durch öffent-
lich-rechtliche Religionsgemeinschaften
in Baden-Württemberg, GBl 1970, S. 1

bestimmt in § 1, Abs. 1, Satz 1:

" Die Kirchen, die anderen Religionsgemeinschaften und ihre örtlichen Gemeinden (Kirchengemeinden), die Körperschaften des öffentlichen Rechts sind, können zur Deckung ihrer Bedürfnisse von ihren Angehörigen Steuern erheben. "

§ 24, Abs. 1 des KistG bestimmt weitergehend:

" Kirchengemeinden erlangen die Rechte einer Körperschaft des öffentlichen Rechts durch Anerkennung des Kultusministeriums. Die Kirchengemeinden bleiben Körperschaften des öffentlichen Rechts soweit sie es bisher waren." Unter Berücksichtigung des oben Aufgeführten ergibt sich damit, daß die juristische Person Kirchengemeinde aus dem " weltlichen Recht " mit Wirkung für den kirchlichen Bereich durch satzungsrechtliche Regelungen für den Bereich der Erzdiözese übernommen wurde; mangels eigener grundsätzlicher Regelungen und der Verweisungen der erzbischöflichen Kirchensteuerordnung auf das Kirchensteuergesetz (z.B. § 1, Abs. 1, Satz 1 und § 24, Abs. 1 KistG) handelt es sich hier ersichtlich um sogenannte echte Verweisungen ²⁰⁷, um Vorschriften, die durch Rezeption, Adoption, Inkorporation oder sogenannte Kanonisation weltlichen Rechts zu *leges canonizatae* geworden sind ²⁰⁸. Hierbei handelt es sich um ein rechtstechnisches Mittel zur Vereinfachung der kirchlichen Gesetzgebung in jenen Bereichen, in denen der kirchliche Gesetzgeber auf eine eigene Sachregelung verzichtet hat, stattdessen der weltlichen Gesetzgebung gefolgt ist und deren inhaltliche Bestimmungen übernommen hat.

207 vgl. Schmitz, Das kirchliche Vermögensrecht als Aufgabe der Gesamtkirche und der Teilkirchen, a.a.O. S. 17

208 vgl. Schmitz, a.a.O.

Die Zulässigkeit in kirchenrechtlicher Hinsicht ergibt sich daraus, daß zum einen der CIC, wie bereits dargelegt, gerade im Bereich der Kirchengemeinde als vermögensrechtlich bedeutsamer Institution keinerlei Regelungen trifft; diese im Hinblick auf die örtlich verschiedenen Gegebenheiten auch gar nicht gesamtkirchlich treffen konnte und nach dem Vaticanum II "eigengeprägte Teilkirchen" zu Recht existieren 209.

Ausdrücklich kommt nach dem Vaticanum II 210 dem Diözesanbischof alle Vollmacht zu, die zur Ausübung seines Amtes erforderlich ist, wobei diese ihren Ursprung nicht aus einer Ableitung vom Papstamt bezieht, sondern "gottgegeben" ist 211. Damit aber bezieht sie sich auch auf das ortsgebundene kirchliche Vermögen, "das dazu dient, die Sendung der Kirche erfüllen zu helfen; sie gilt auch für das Vermögensrecht" 212.

209 vgl. Schmitz, a.a.O., S. 10

210 Vaticanum II Lumen gentium No 23, Abs. 4; Orientalium Ecclesiarum No 13, Unitatis redintegratio No 4, Abs. 7

211 vgl. ausführlich Schmitz, a.a.O., S. 10 ff,

212 so wörtlich Schmitz, a.a.O., S. 11; vgl. hierzu c 1519, § 2 CIC

IV. ABSCHNITT

Die ortskirchlichen Träger im einzelnen

1. Die Kirchengemeinde

1.1. Begriff

Der Begriff der Kirchengemeinde läßt sich, wie bereits dargelegt, mangels spezieller Regelungen nicht aus dem Kanonischen Recht ²¹³ herleiten. Im vergangenen Jahrhundert hat sich dieser Begriff ausschließlich anhand der staatlichen Gesetzgebung, die " die Pfarrkinder, kirchenrechtlich eine bloße Communitas " ²¹⁴ zu einer Körperschaft, einer juristischen Person des öffentlichen Rechts erhoben hat, gebildet. Für den Bereich Badens wurde die katholische Kirchengemeinde insbesondere aufgrund des Bauediktes von 1808 in der Literatur ²¹⁵ und Rechtsprechung ²¹⁶ als juristische Person qualifiziert, die sich aus " zu einer Pfarrgemeinde vereinigten Kirchspielsgenossen zusammensetzt und der das Recht der Persönlichkeit, d.h. die Befähigung zum Erwerb von Vermögen und anderen Rechten und zur Übernahme damit zusammenhängender Verbindlichkeiten zukommt ". Für eine heute gültige Definition ist diese Formulierung insoweit einzuschränken, als diese das verfassungsrechtlich garantierte Recht der Kirche, sich selbst zu organisieren, d.h. das Recht, selbst Körperschaften besonderer Art zu konstituieren ²¹⁷ , nicht berühren darf , was

213 Eichmann-Mörsdorf, a.a.O., Bd. I, § 82 I; Schließ, Die Organisationsstruktur der Kirche, Hdb St KirchR, S. 321

214 Schröcker, Ortskirchenvermögen, S. 29

215 Stempf, a.a.O., S. 88; vgl. auch Abschnitt 9 u. 10 des II. badischen Konstitutionsedikts u. § 9 II des I. badischen Konstitutionsedikts

216 Oberhofgericht Ann. bad. Gerichte 1843 XI No. 14, S. 379 No. 5302

217 v. Campenhausen, ZevKR 14 (1968/69), Grenzprobleme staatlicher u. kirchlicher Organisationsgewalt, a.a.O., S. 296 V; Hollerbach, Kirche und politische Gemeinde, a.a.O., S. 515

mangels einer Regelung im CIC dem partikularrechtlichen Satzungsrecht Geltung verschafft ²¹⁸.

Heranzuziehen ist jedoch bei einer Definition

der Kirchengemeinde der Begriff der

" parocia " des CIC ²¹⁹ . Zwar

kommt diesem Begriff nicht immer der gleiche Sinn zu;

einmal steht er für Pfarrsprengel (c 92 § 1 CIC) oder

das Pfarrvolk (c 2269 § 1 CIC), die Pfarrkirche

(c 1236 § 1 CIC) oder auch die Pfarrkirchenstiftung

(c 1209 § 1 CIC), Pfarramt, Pfarrbenefizium (c 1425

§ 1 CIC) und gelegentlich im umfassenderen Sinn für die

Pfarrei schlechthin, aber unter Berücksichtigung ihrer

Bedeutung als Zellen des Bistums ²²⁰, ist dieser Begriff

im Sinne von Pfarrvolk, Pfarrsprengel und Pfarrei

(c 216 CIC) heranzuziehen.

Unter dem Begriff Kirchengemeinde ist danach eine Körperschaft (persona moralis collegialis) im Sinne des

c 100 CIC zu verstehen, deren durch räumlich festgelegte,

geographische Grenzen definierte, zur katholischen Kirche

gehörende Zusammenfassung von Glaubensgenossen nach all-

gemeinen, kanonisch-rechtlichen Vorschriften die Rechts-

fähigkeit sowohl für den innerkirchlichen als auch für der

staatlichen Bereich insoweit erlangt, als dies im ober-

hirtlichen Errichtungsakt bestimmt ist, und die erforder-

lich ist, um staatlicherseits ²²¹ die Anerkennung

218 vgl. oben Abschn. Rechtspersönlichkeit; dem Satzungsrecht kommt insbesondere unter Berücksichtigung der Übernahme der staatlichen Konstruktion " Kirchengemeinde " besondere Bedeutung zu.

219 Grundmann, a.a.O., S. 309 ff. (310); anderer Ansicht: Lammeyer, a.a.O., S. 183, der dies für "weder historisch noch juristisch" haltbar hält, aber keinerlei Begründung für die satzungsrechtliche Übernahme dch. die ortsoberhirtl. Gesetzgebung gibt u. c 100 lediglich auf fromme Vereine (S.182) anwenden will.

220 Zweites Vatikanisches Konzil "Dekret über das Apostolat der Laien", vgl. Rahner/Vorgrimmler, Kleines Konzilskompendium, S. 401; Konstitution üb. die heutige Liturgie, ebd. S. 66; Schlieff, a.a.O., S.321f

221 vgl. § 24 KistG B/W

als Körperschaft des öffentlichen Rechts zu erlangen.

1.2. Das Vermögen der Kirchengemeinde

Die juristische Person Kirchengemeinde in Baden trat und tritt heute noch aufgrund ihres staatskirchenrechtlichen Ursprungs in erster Linie als ortskirchlicher Steuerverband in Erscheinung. Das insoweit maßgebliche Vermögen besteht im wesentlichen damit auch im Steueraufkommen, das ihr zufließt. Etwa örtlich vorhandenes sonstiges Vermögen, Gebäude, Wertpapiere etc. oder das Spendenaufkommen sind entweder sehr gering und daher unbedeutend oder aber sind Eigentum anderer Rechtsträger wie Kirchenfonds und Pfründestiftungen, die jeweils mit eigener Rechtspersönlichkeit ausgestattet sind ²²².

Erhebliche Bedeutung hat danach für die Kirchengemeinde vorwiegend das Steueraufkommen.

Nach § 1 des KStG ²²³ vom 18.12.1969 sind die Kirchen, die anderen Religionsgemeinschaften und ihre örtlichen Gemeinden, die Körperschaften des öffentlichen Rechts sind, berechtigt, zur Deckung ihrer Bedürfnisse Steuern zu erheben. Unabhängig hiervon sieht das Kanonische Recht in c 1496 CIC vor, daß die Kirche berechtigt ist, zur Deckung ihres Finanzbedarfs von ihren Gläubigen Steuern in Form einer allgemeinen Zwangsabgabe ohne Anrecht auf bestimmte Gegenleistung zu erheben. Die kirchliche Lehre ²²⁴ betrachtet das

222 vgl. unten Abschn. Kirchenstiftung und Pfründestiftung

223 GB1 1970, S. 17

224 Eichmann-Mörsdorf, a.a.O., Bd. II § 202 III; vgl. auch c 1496

Besteuerungsrecht als kirchliches Hoheitsrecht, das allen Trägern hoheitlicher Kirchengewalt, wie z.B. dem Papst für die Gesamtkirche, den Ortsoberhirten für ihre Diözese, sprich auch für einzelne Pfarreien und den Personaloberhirten für ihre Gemeinschaften ²²⁵, zusteht. Ein Besteuerungsrecht der Kirchengemeinde besteht nicht, und kann auch nach dem oben Dargelegten aufgrund eines normierten kanonischen Rechtstitels nicht bestehen. Aufgrund partikularrechtlichen Satzungsrechtes ist es als der Teil des Besteuerungsrechts zu qualifizieren, den der jeweilige Ortsoberhirte mit dem Errichtungsakt an die Kirchengemeinde abgetreten hat. Kirchenrechtlich kommt damit der Gemeinde zwar kein originäres Besteuerungsrecht zu, aber unter dem Gesichtspunkt, daß ihre Existenz ausschließlich auf staatlicher Gesetzgebung bzw. deren Übernahme in das kirchliche Satzungsrecht beruht, ist es als abgeleitetes, derivatives Besteuerungsrecht qualifiziert.

Die Gewährleistung des kirchlichen Besteuerungsrechts in Art. 137, Abs. 6 WRV, als "unerläßliche Vervollständigung des kirchlichen Selbstbestimmungsrechts" ²²⁶, erzeugt mit der Einordnung der beiden großen Religionsgemeinschaften in einen Rechtskreis, in dem hoheitliche - politische - Gewalt ausgeübt wird, ein Spannungsfeld, das das kirchliche Besteuerungsrecht als Spezialgebiet des Staatskirchenrechtes ²²⁷ einordnet und qualifiziert, womit es nach der Rechtsprechung des Bundesverfassungs-

225 z.B. dem apostolischen Administrator für die Ukrainer

226 Hesse, Staatskirchenrecht, a.a.O., S. 27; und Partnerschaft, a.a.O., S. 136; Marrée, Zum Wesen des gegenwärtigen kirchlichen Besteuerungsrechtes, a.a.O., S. 308

227 BVerfGE 19, 206 (217)

gerichts ²²⁷ "als gemeinsame, d.h. als Angelegenheit zu verstehen ist, deren Bestandteile jeweils originär teils kircheneigen, teils staatliche sind" ²²⁸. Die Rechtsquellen des Besteuerungsrechts sind danach auch insoweit durch diese Gemeinsamkeit geprägt. Staatlicherseits bietet Art. 137, Abs. 6 WRV i.V.m. Art. 140 GG die Möglichkeit, Steuern nach Maßgabe der landesrechtlichen Bestimmungen (Art. 137, Abs. 8 WRV i.V.m. Art. 140 GG) zu erheben, wobei letztere (KistG) die Rechtsgrundlage für den Erlaß kirchlichen Satzungsrechts bilden ²²⁹ (Kirchensteuerordnung der Erzdiözese Freiburg).

1.3. Art und Inhalt der Kirchensteuer nach staatlichem und kirchlichem Recht

Nach § 1 KistG wird die Kirchensteuer von den Religionsgemeinschaften und ihren örtlichen Teilverbänden sowohl als Landes- als auch als Ortskirchensteuer erhoben. Die Erhebung kann kumulativ als Zuschlag zur Einkommensteuer, nach Maßgabe des Einkommens, nach den Grundsteuermeßbeträgen für land- und forstwirtschaftliche Betriebe (§3 No.1 GrStG), nach den Grundsteuermeßbeträgen für Grundstücke (§3 No.2 GrStG) und als Kirchgeld erfolgen. Des weiteren schreibt § 2 KistG den betreffenden Religionsgemeinschaften vor, eine Steuerordnung - mit staatlicher Genehmigung - zu erlassen, die Regelungen über die Zusammensetzung und Wahl der Organe zu treffen hat, die als Steuervertretung die jeweiligen Steuerbeschlüsse und

228 Marré ,a.a.O., S. 311

229 § 2 KistG des Landes Baden-Württemberg schreibt den Erlaß der erzbischöflichen Kirchensteuerordnung vor.

die Feststellung des Haushaltsplanes der jeweiligen steuerungsberechtigten Körperschaft festlegen.

Zusätzlich bestimmt § 12 KistG, daß die Landeskirchensteuer und die Ortskirchensteuer, die beide kumulativ in Form aller oben aufgeführten Steuerarten erhoben werden können, ganz oder teilweise zu einer einheitlichen Kirchensteuer vereinigt werden dürfen. Für die Erzdiözese Freiburg bestimmt die aufgrund des Kirchensteuergesetzes erlassene Kirchensteuerordnung ²³⁰ in § 3, daß die Landeskirchensteuer und die Ortskirchensteuer, soweit diese als Zuschlag zur Einkommensteuer erhoben werden, als einheitliche Kirchensteuer veranschlagt werden. Für die Landeskirchensteuer beschränkte sich die Erzdiözese auf die Erhebung der Steuer als Zuschlag zur Einkommensteuer gemäß § 5, Abs. 1a, Ziff. 1 KistG, während für die Kirchengemeinde die Steuer aus den Grundsteuermeßbeträgen gemäß § 5, Abs. 1, Ziff. 2 KistG zusätzlich als Ortskirchensteuer erhoben werden kann. Bis zum Jahre 1974 war den Gemeinden die Erhebung der Kirchengrundsteuer zur Pflicht gemacht worden, um den Haushalt auszugleichen.

Am 29.3.1974 hat die Kirchensteuervertretung ²³¹ der Erzdiözese Freiburg diese Pflicht beseitigt - zum einen, weil eine Erhebung dieser Steuer, die sich sowohl am Grundbe-

²³⁰ Amtsblatt 1971, S. 115 (vgl. Steuerordnung für die Jahre 1970/71 in Amtsblatt 1970, S. 63)

²³¹ vgl. Rede des Domkapitulars Prälat Dr. Otto Bechtold vor der Kirchensteuervertretung des Erzbistums bei der Vorlage des Entwurfs des Haushaltsplanes für die Erzdiözese Freiburg für die Jahre 1974/1975 am 29.3.1974, abgedruckt in: Der Haushaltsplan des Erzbistums Freiburg für die Jahre 1974 und 1975, S. 8

sitz als auch der Person des Steuerpflichtigen zu orientieren hatte, nur höchst unwirtschaftlich zu realisieren war - zum anderen, weil die Höhe der Steuer nur Minimalbeträge ausmachte. Zwar wurde es den Kirchengemeinden weiterhin freigestellt, diese Steuer zu erheben, nachdem jedoch der Haushaltsplan vorsah, daß " im Rahmen der festgestellten Unzulänglichkeiten " ²³² des einzelnen Gemeindehaushaltes Zuschüsse aus dem aus dem Gesamtkirchensteueraufkommen gebildeten Ausgleichsstock gewährt werden, besteht seitens der Gemeinden kein wirtschaftliches Interesse mehr, diese Steuer zu realisieren; sie bleibt damit in " Reserve ". Die Erhebung des sog. Kirchgeldes nach dem Kirchensteuergesetz wurde nach § 3, Abs. 4 KistG dem Erlaß einer besonderen Kirchgeldordnung überlassen, die jedoch bis jetzt nicht ergangen ist. Insgesamt läßt sich damit feststellen, daß die katholische Kirche Badens sich auf die einheitliche Kirchensteuer als Zuschlag zur Einkommensteuer beschränkt hat, wobei für die Diözese und die Gemeinden das Kirchgeld nach Erlaß einer entsprechenden Satzung in Reserve steht, während die Gemeinden zusätzlich bei etwa vorhandenem Bedarf die Steuer aus den Grundsteuermeßbeträgen erheben können ²³³.

Steuerpflichtig sind nach § 1, Abs. 1, Satz 1 KistG ausschließlich die Angehörigen der jeweiligen Religionsgemeinschaft. Präzisiert wird dies in § 3 KistG auf diejenigen Personen, die der steuerberechtigten Religionsgemeinschaft angehören und ihren Wohnsitz oder

/gewöhnlichen

232 Der Haushalt des Erzbistums Freiburg für die Jahre 1974 und 1975, S. 1

233 vgl. Haushaltsplan der Erzdiözese für die Jahre 1974/75, 1976/77, 1978/79

Aufenthalt innerhalb der räumlichen Grenzen der Erzdiözese Freiburg bzw. Kirchengemeinde haben. Noch im Jahre 1965 war aufgrund Art. 13 OKistG ²³⁴ von den Gemeinden der katholischen Kirche eine weitere Steuer zur " Unterhaltung und Neubau der Pfarrkirchen und Pfarrhäuser " (Art. 13, Abs. 2, Ziff. 1 OKistG) auch von juristischen Personen des Privatrechts erhoben worden. Das Bundesverfassungsgericht ²³⁵ hatte die gesetzliche Grundlage hierfür wegen Verstoßes gegen das Grundrecht der freien Entfaltung der Persönlichkeit (Art. 2, Abs. 1 GG) für verfassungswidrig erklärt, da der grundrechtliche Anspruch nicht durch staatlichen Zwang mit einem Nachteil belastet zu werden, der nicht in der verfassungsmäßigen Ordnung begründet ist, verletzt sei. Im wesentlichen stützte sich die Entscheidung darauf, daß Art. 4, Abs. 1, Art. 3, Abs. 3 und Art. 33, Abs. 3 GG sowie die durch Art. 140 GG inkorporierten Art. 137, Abs. 1 WRV die Pflicht des Staates zur religiösen Neutralität enthalte, die es verbiete, daß der Staat einer Religionsgemeinschaft Hoheitsbefugnisse (in Form des Steuererhebungsrechts) gegenüber Personen verleihe, die ihr nicht angehören. Art. 13 OKistG enthalte jedoch eine solche für die beiden großen Religionsgemeinschaften gegenüber juristischen Personen des Privatrechts, die ihrem Wesen nach zu keiner Religionsgemeinschaft gehören können. Damit war eine erhebliche Einschränkung der bisherigen Regelungen verbunden. Schon das Bausedikt von 1808 hatte gerade hin-

234 Ortskirchensteuergesetz von 1922, zuletzt geändert durch das Landesgesetz zur Änderung des Kirchensteuerrechts im Landesbezirk Baden vom 21.1.1952, GBl 1952, S. 3

235 BVerfGE 19, 212

sichtlich der Baukosten eingehende, diesbezügliche Regelungen getroffen und die Heranziehung juristischer Personen ²³⁶ (politische Gemeinden) normiert. Generell mußten danach die Baukosten für Kirchen, Pfarr- und Schulhausbauten, wenn Baukassen (Fonds) oder privatrechtlich Verpflichtete fehlten, von der politischen Gemeinde getragen werden ²³⁷. Diese konnte nach § 26 des Ediktes die übernommenen Kosten in Form einer Umlage von allen " In- und Ausmärkern ... nach dem örtlichen Schatzfuß ausgeschlagen werden " (Ausmärker = Fremder, der nicht Glied einer Gemeinde ist, jeder nicht vollberechtigte Markgenosse) ²³⁸.

Diese " öffentlich-rechtlichen " ²³⁹ Pflichten der Gemeinden waren durch die Ortskirchensteuergesetze (vgl. Art. 13 OKistG von 1888 und 1922) ersetzt worden, jedoch wollte man bei den Beratungen der Verfassung in der Weimarer Nationalversammlung offenkundig gerade das Besteuerungsrecht der Gemeinden hinsichtlich der juristischen Personen des Privatrechts durch die Verfassung nicht ausschließen. Die Anregung ging in diesem Fall vom damaligen Freiburger Generalvikar Dr. Fritz aus, der mit Telegramm vom 12. Mai 1919 an den Präsidenten der Nationalversammlung, den späteren Reichskanzler Fehrenbach, ausdrücklich bat, diese Besteuerungsmöglichkeit offen zu halten. Der Bitte des Generalvikars wurde entsprochen, äußeres Zeichen war das Antworttelegramm vom 16.7.1919, das die Worte trug: "Wunsch erfüllt" ²⁴⁰. Es kam dann

-
- 236 Schmitt, Kirchenbaupflicht nach gemeinem und nach badischem Rechte, S. 44; Bader, Das Baufaktum im badischen Recht, a.a.O., S. 31
 - 237 Stempf, Kommentar zu Bauedikt, a.a.O., S. 27
 - 238 Haberkern-Wallach, a.a.O., S. 53
 - 239 so Stempf, a.a.O., S. 13
 - 240 Originaltelegramm in Akte " Kirche und Staat " im Erzbischöflichen Ordinariat; vgl. zusätzlich Freiburger Bote, No. 168 a vom 23. Juli 1919

zu der Formulierung des Art. 136, Abs. 6 WRV in der noch heute gültigen Form ohne den Zusatz " ihre Mitglieder" ²⁴¹. Die ursprüngliche Fassung des Art. 137, Abs. 6 WRV Entwurf Nr. 4 gestattete den Religionsgemeinschaften lediglich, " ihre Mitglieder " zu besteuern. Durch Streichung dieser Worte (beantragt von dem Abgeordneten Grüber) wollte man die Zulässigkeit und Gültigkeit der Landesgesetze, welche die Heranziehung von juristischen Personen weiterhin ermöglichen ²⁴².

Von der ursprünglichen Regelung des Baudiktes, das gemäß § 31, Abs. 4 und 5 KistG weitergilt ²⁴³, blieb lediglich die privatrechtliche Regelung der Baupflicht aufgrund eines sogenannten Baufakturns ²⁴⁴.

²⁴¹ Wortlaut des Entwurfes: " Die Religionsgemeinschaften sind berechtigt, ihre Mitglieder aufgrund der bürgerl. Steuerlisten zu besteuern." (Art.136, Abs. 6)

²⁴² vgl. Entwurf 4 einer Verf. des Deutschen Reiches No.59 der Drucksachen nach d. Beschlüssen des 8. Ausschusses No.391

²⁴³ § 31 , Abs.4 KistG lautet:

Wo in Bestimmungen des badischen Gesetzes die Kirchen- und Schulbaulichkeiten betreffend vom 26. April 1808 das Kirchspiel genannt ist, treten an dessen Stelle die Kirchengemeinden, die zum Gebrauch der Baulichkeiten berechtigt sind.

und Abs. 5:

Der Bestand und die vorrangige Inanspruchnahme der nicht auf diesem Gesetz beruhenden Verpflichtungen zur Befriedigung kirchlicher Bedürfnisse bleiben unberührt.

²⁴⁴ z.Begriff Stempf, a.a.O., S. 18 ff. Daneben besteht noch d. privatrechtl. Regelung d.sog.Baukanons, der einen Teil d. kleineren Instandsetzungsarbeiten dem Pfarrer auferlegte. Vgl. Abschn. "Kirchenfabrik".

Neben sonstigen privatrechtlichen ²⁴⁵ Ansprüchen wird damit der Kirchengemeinde (früher Kirchspiel) bzw. dem Kirchenfonds ein weiterer Anspruch auf Erfüllung der Baupflicht zuteil.

Nach § 1 des Baudiktes ist derjenige, gegen den ein Baufaktum bewiesen ist, unbedingt baupflichtig. Dies bedeutet, daß derjenige, der einmal einen Kirchenbau vorgenommen hat bzw. einmal eine Hauptreparatur durchgeführt hat, eine für sich genügende tatsächliche Anerkennung " der beständigen Bauschuldigkeit " erbracht hat. Ausnahmen hiervon gelten nur dort, wo seitens des Betroffenen nachgewiesen wird, daß er nur " wohlthatsweise " gehandelt hat und die Kirchengemeinde dies auch als solche angenommen hat. Nur dann, wenn seitens des Inanspruchgenommenen nachgewiesen wird, daß der Bau nur vorsorglich bei streitiger Baupflicht mit dem Vorbehalt, den richtigen Baupflichtigen gerichtlich zu verfolgen, vorgenommen wurde, kann er sich dieser Pflicht entledigen; vorausgesetzt, er hat die Klagefristen gegen den Dritten nicht verstreichen lassen ²⁴⁶. In der Praxis kommt die Geltendmachung von derartigen Ansprüchen selten vor, jedoch besteht mancherorts diese Baupflicht aufgrund eines Baufaktums weiter fort ²⁴⁷ und sorgt bisweilen für kommunalpolitischen Zündstoff. So hatte beispielsweise der Fürst zu Fürstenberg in

245 z.B. Patronat; vgl. Abschn. " Benefizium " bzw. Pfründewesen

246 Stempf, a.a.O., S. 27

247 vgl. Akten der Kirchengemeinde Grünwald für das ges. Kirchengebäude; ein solches Baufaktum besteht gleichfalls noch am Pfarrhaus der Kirchengem. St. Franziskus, Mannheim. Verpflichtete ist hier d. polit. Gemeinde, desgleichen am Kirchturm der Pfarrkirche Bonndorf/Überlingen, Bodensee

der Gemeinde Grünwald eine Kirche erbaut und hatte diese noch vor dem 2. Weltkrieg mit allen Rechten und Pflichten auf die politische Gemeinde übereignet. Erst als die erste Hauptreparatur fällig wurde, und es an die Begleichung der entstandenen Kosten ging, suchte die politische Gemeinde sich der Zahlungspflicht zu entledigen und bekundete ihrerseits das Interesse, das Eigentum an der Pfarrkirche nebst allen Rechten und Pflichten rückwirkend auf die Kirchengemeinde zu übertragen; diese lehnte das Ansinnen jedoch ab.

1.3.a Die Verteilung der einheitlichen Kirchensteuer

Nach § 3 KStO wird festgesetzt, daß die Landes- und Ortskirchensteuer, soweit diese als Zuschlag zur Einkommensteuer erhoben werden, als einheitliche Kirchensteuer zentral erhoben wird. Damit ergibt sich die Aufgabe eines inneren Finanzausgleichs. Als vertikaler Finanzausgleich betrifft er das Verhältnis der verschiedenen Stufen kirchlicher Organisationen, der Pfarrgemeinde zur Erzdiözese und diese zur Gesamtkirche. Hierbei geht es im wesentlichen um die Frage, inwieweit Aufgaben zentral gestellt und erledigt, z.B. Fonds zentral verwaltet und Einnahmen zentral gelenkt werden sollen. Demnach läßt sich aus dem Anteil, der auf die Kirchengemeinde entfällt, der Grad der Zentralisierung der Verwaltung feststellen. Da weiterhin Spendeneinkünfte bzw. vorhandenes Vermögen nicht immer gleich groß sind und die Steuerertragskraft der Kirchengemeinden stark divergiert, ist zusätzlich ein horizontaler Finanzausgleich erforderlich, der das Gefälle von

armen und reichen Gemeinden ausgleicht ²⁴⁸.

Seit dem Jahre 1974 wird das Aufkommen der einheitlichen Kirchensteuer nach § 3 der Haushalts- und Steuerbeschlüsse ²⁴⁹ des Erzbistums Freiburg wie folgt aufgeteilt:

- a) 55 % des gesamten Aufkommens fließen an das Erzbistum selbst.
- b) 30 % erhalten die Kirchengemeinden unmittelbar.
- c) 15 % fließen in den Ausgleichsstock ²⁵⁰.

An dieser Aufschlüsselung läßt sich schon jetzt klar erkennen, daß zwischen Erzdiözese und Kirchengemeinden die Steuererträge im Verhältnis von 5,5 : 4,5 aufgeteilt werden, was die eingangs festgestellte Dezentralisierung der Vermögensverwaltung besonders deutlich aufzeigt. Die genaue Verteilung der Zuweisung an die Kirchengemeinden erfolgte zunächst seit 1975 nach einer jeweils für zwei Haushaltsjahre gültigen Schlüsselzuweisungsordnung; ²⁵¹ für die Haushaltsjahre 1978 und 1979 gilt eine Neufassung ²⁵².

248 vgl. ausführlicher E. Egner, a.a.O., S. 451 ff.

249 Steuerbeschlüsse für die Haushaltsjahre 1974/75, 1976/77 und 1978/79; vgl. Haushaltsplan der Erzdiözese 1978/79 (Entwurf S. 14 Hauptheft). Danach beträgt der auf die Gemeinden entfallende Gesamtbetrag für 1978 DM 130,5 Mio., für 1979 DM 139,05 Mio., für das Erzbistum selbst 159,5 Mio. bzw. 169,95 Mio. DM; vgl. auch Amtsblatt 1976, S. 1

250 diese Summe fließt z.T. wieder an die Kirchengemeinden zurück, vgl. Schlüsselzuweisungsordnung

251 Schlüsselzuweisungsordnung vom 22.12.1975 im Haushaltsplan 1974/75

252 Haushaltsplan, S. 48

1.3.b Hauptansatz

Zur Aufteilung des Anteils der Kirchengemeinden und der Gesamtkirchengemeinden ²⁵³ am Aufkommen der einheitlichen Kirchensteuer wird für jede Kirchengemeinde bzw. Gesamtkirchengemeinde eine Punktzahl für den sog. Hauptansatz ermittelt, wobei die Gesamtkirchengemeinden die Summe der Punktezahlen der sie bildenden Kirchengemeinden erhält. Die hieraus resultierende Zahl bildet damit zunächst als Hauptansatz den Maßstab für den Anteil einer Kirchengemeinde an dem als " Schlüsselzuweisung " auszusüttenden Gesamtbetrag. Die Punktezahl bestimmt sich nach § 2 der Schlüsselzuweisungsordnung, wobei die Mitgliederzahl der Kirchengemeinden für den Hauptansatz maßgebend ist. Danach erhält eine Kirchengemeinde, die bis zu 500 Mitgliedern zählt, 15 Punkte. Für je 100 weitere Mitglieder erhält sie einen weiteren Punkt, wobei jedes angefangene Hundert als volles gezählt wird.

Zusätzlich - und insoweit wird hier der Notwendigkeit eines horizontalen Finanzausgleichs entsprochen - erhält die Punktezahl einen Multiplikator, der für Kirchengemeinden mit bis zu 2 000 Mitgliedern 3,0 und für alle weiteren Mitglieder 2,5 beträgt (§ 2 Ziff. 12 der Schlüsselzuweisungsordnung). Die Punkte für Kirchengemeinden mit mehr als 2 000 Mitgliedern sind danach dadurch zu ermitteln, daß man die bis auf volle Hundert aufgerundete Mitgliederzahl durch 100 dividiert, das Ergebnis der Teilung mit 2,5 vervielfacht und sodann die

²⁵³ Gesamtkirchengemeinde ist eine aus mehreren selbstständigen Kirchengemeinden gebildete, diesen vermögensrechtlich und rechtlich übergeordnete Körperschaft; vgl. § 20 KStO

Zahl 10 addiert (z.B. 9644 aufgerundet auf 9 700 geteilt durch 100 = $97 \times 2,5 = 242,5$ aufgerundet = $243 + 10 = 253$). Die Zahl 10 ergibt sich hierbei daraus, daß für die ersten 2 000 Mitglieder nach dieser Rechnung der Multiplikator 2,5 angewandt wird, während er für die ersten 2 000 Mitglieder 3,0 betragen müßte, so daß $2\,000 \times 0,5$ geteilt durch 100 hinzuaddiert werden muß. Die Gesamtformel lautet damit

$$\frac{M \times 2,5}{100} + \frac{2000 \times 0,5}{100} = \text{Hauptansatz}$$

1.3.0 Nebenansatz

Der Nebenansatz erfolgt nach § 2 Ziff. 2 der Schlüsselzuweisungsordnung. Danach erhält eine Kirchengemeinde für die Pfarrkirche sowie für Filialkirchen und Kapellen mit allsonntäglichem Gottesdienst eine nach der Fläche des Innenraumes dieser Gebäude zu ermittelnde Punktezahl. Diese beträgt bei einer Grundfläche von

500 qm	8 Punkte
501 qm bis 1000 qm	10 Punkte
1001 qm bis 1500 qm	12 Punkte
ab 1501 qm	14 Punkte

Für Filialkirchen und Kapellen, in denen kein allsonntäglicher Gottesdienst, jedoch wöchentlich mindestens 1 Werktagsgottesdienst abgehalten wird, erhält die jeweilige Kirchengemeinde 6 Punkte.

Für Filialkirchen ohne allwöchentlichen Gottesdienst und andere, unmittelbar kirchlichen Zwecken dienende Gebäude

(Pfarrhaus, Schwesternheime, Kinderheime etc.) werden noch weitere 4 Punkte zugeteilt (§ 2 Ziff. 24 der Schlüsselzuweisungsordnung). Für Gemeindehäuser, Pfarr- und Jugendheime richtet sich die Punktezahl nach der Innenraumfläche. Ist diese

bis zu 100 qm groß, werden	8 Punkte
101 bis 300 qm groß,	15 Punkte
301 bis 500 qm groß,	20 Punkte
501 bis 700 qm groß,	25 Punkte
größer als 700 qm werden	30 Punkte zugeteilt.

Zusätzlich erhält jede Kirchengemeinde für Sondereinrichtungen wie Kindergärten, Kindertagesstätten, für jede dort vollbeschäftigte und von ihr als Trägerin voll bezahlte Person 12 Punkte. (Diese gilt jedoch nur bei vollbeschäftigten Personen und je 20 ganztags den Kindergarten besuchende Kinder.) Für jede in einer Krankenpflege-, Familienpflege- oder Dorfhelferinnenstation vollbeschäftigte und von einer Kirchengemeinde als Trägerin der Einrichtung bezahlte Kraft werden gleichfalls 12 Punkte zugeteilt. Ist diese Kraft teilzeitbeschäftigt, werden pauschal 6 Punkte zugeteilt. Die genannten Punktezahlen beziehen sich nur auf Kirchengemeinden, die selbst Träger und Betreiber der Sondereinrichtungen sind. Werden solche mit anderen gemeinsam (politischer Gemeinde oder evangelische Kirche) betrieben, so erhält die katholische Kirchengemeinde vom Punktesatz einen verhältnismäßigen Anteil, der sich nach ihrem Kostenbeitrag richtet.

Kann eine Kirchengemeinde trotz dieser Zuweisungen ihren

Haushaltsplan nicht ausgleichen, weil ein Schuldendienst für Darlehen dies nicht ermöglicht, kann sie auf Antrag für genehmigte Darlehen für je volle DM 1 100,-- einen Punkt erhalten. Gesamtkirchengemeinden erhalten zum Ausgleich für Sonderlasten, die sich durch den Zusammenschluß ergeben haben, gleichfalls Zusatzpunkte, die das erzbischöfliche Ordinariat festsetzt. Die Einnahmen der Kirchengemeinden, die aus anderen Quellen erfolgen (vorhandenem Vermögen etc.) werden jedoch zum Teil wieder in Abzug gebracht ²⁵⁴.

1.3.d Ausgleichsstock

Sollten die genannten Punkte aus Haupt- und Nebenansatz nicht ausreichen, kann auf Antrag zur Minderung des Fehlbetrages ein Zuschuß aus dem Ausgleichsstock gewährt werden (§ 3 der Schlüsselzuweisungsordnung). Die Schlüsselzuweisungsordnung für die Haushaltsjahre 1978 und 1979 beruht auf der 1975 neu erstellten Regelung. Sie beinhaltet im wesentlichen eine Abkehr vom ehemaligen Zuweisungsverfahren auf der Grundlage der örtlichen Steuerkraft (noch im Haushaltsplan 1972 und 1973 der Erzdiözese Freiburg ²⁵⁵ erfolgte die Verteilung zu 50 % nach dem tatsächlichen Aufkommen einer Kirchengemeinde und zu 40 % nach dem Verhältnis der Höhe der für die Ortskirchensteuer aus den Grundsteuermeßbeträgen maßgebenden Steuersätze und nur zu 10 % nach der Katholikenzahl) hin zum bedarfsorientierten und die Steuerkraft ausgleichenden System des vertikalen Finanzausgleiches.

Ziel der neuen für die Haushaltsjahre 1978 und 1979 aufgestellten Schlüsselzuweisungsordnung war es zunächst,

254 vgl. SchlzwO § 2, Ziff. 6, S. 51/52 des Haushaltsbeschlüsse-Haupthefts

255 vgl. Haushaltsplan, S. 5 für 1972/73

die Kirchengemeinden finanziell so zu stellen, daß sie die Aufgaben, die sich aus dem ordentlichen und einem möglichen Sonderhaushalt ergeben, aus eigener Finanzkraft ohne Inanspruchnahme des Ausgleichsstocks erfüllen können. Die einer Kirchengemeinde insgesamt verfügbaren Mittel eines Haushaltsjahres setzen sich demnach zusammen aus:

- I. Mitteln der Schlüsselzuweisungsordnung, bestimmt durch die Punktezahl
 - a) gemäß dem Hauptansatz, der sich nach der Mitgliederzahl richtet,
 - b) gemäß dem Nebenansatz, dem der Gebäudezustand zugrundeliegt,
 - c) dem Nebenansatz, der von Sondereinrichtungen abhängig ist,
 - d) Zusatzpunkte für Darlehensbelastungen,
 - e) Zusatzpunkte für Gesamtkirchengemeinden,
 - f) dem einmaligen Zuschuß zur Minderung des Fehlbetrages trotz sparsamer Haushaltsführung aus dem Ausgleichsstock
- II. Mitteln aus den einer Kirchengemeinde verbleibenden Einnahmen aus Grund- und Kapitalvermögen, das jedoch u.U. den auszuschüttenden Gesamtbetrag aus der Schlüsselzuweisungsordnung vermindern kann.
- III. Übrige Einnahmen (Spenden, Kollekten, Zuschüsse Dritter) und Forderungen an öffentlich-rechtlich 256 und privatrechtlich Verpflichtete 257.

Der jeweilige auf einen Punkt entfallende Betrag er-

256 z.B. aus § 25 Rdh

257 vertragliche Verpflichtungen, zumeist von politischen Gemeinden im letzten Jahrhundert eingegangen, um einen Pfarrer zu erhalten. Baufaktum aufgrund des Baudiktts, Patronatsbaulasten, vgl. unten Abschnitt Pfarrbenefizium

rechnet sich - um einen ausgeglichenen Haushalt der Erzdiözese zu ermöglichen - aus der Summe von 30 % des Gesamtkirchensteueraufkommens von zwei Haushaltsjahren, dividiert durch die doppelte Anzahl der insgesamt verliehenen Punkte.

1.4. Organe der Kirchengemeinde

Bis zum Jahre 1969 bestand die einzige Möglichkeit der Laien, in der Erzdiözese ⁽²⁵⁸⁾ aktiv bei der Vertretung der kirchlichen Gemeindeinteressen mitzuwirken, darin, sich zur Wahl des staatlich verordneten Stiftungsrates ⁽²⁵⁹⁾ zu stellen und im Falle der Wahl, die durch die Satzung 1958 und Vermögensverordnung 1958 umrissene Funktion bei der Vermögensverwaltung wahrzunehmen ⁽²⁶⁰⁾. Eine über die staatlichen Bestimmungen hinausgehende, aktive Mitsorge in Form einer rechtlich geregelten Mitverantwortung bestand nicht.

1.4.a Pfarrgemeinderat

Erst die Schaffung der Institution " Pfarrgemeinderat " brachte im Gebiet der Bundesrepublik Deutschland - wenn auch partikularrechtlich verschieden - in diesem Punkte eine wesentliche Änderung. Grundlage und theologische Legitimationsbasis ⁽²⁶¹⁾ waren die Weiterentwicklungen des katholischen Kirchenrechts, insbesondere der cc 1183, 1184 CIC, eingeleitet durch die Beschlüsse des 2. Vati-

258 der Begriff " Laie " umfaßt alle kath. Christgläubigen

259 vgl. Art. 4 OKistG 1922, GVBl 1922, S. 501

260 vgl. unten Schlußbemerkung

261 Hollerbach, Entwicklungen, S. 19

kanischen Konzils ²⁶², das im wesentlichen von der "Wiederbelebung und Fortentwicklung synodal - kon-siliarer Strukturen" geprägt wurde, wobei der Lehre von der Kollegialität der Bischöfe und der Mitglieder des Presbyteriums einerseits, und die Akzentuierung der Lehre vom gemeinsamen Priestertum aller Gläubigen andererseits, die entscheidende Bedeutung zukam ²⁶³.

Diese Entwicklungen haben insbesondere in den ersten Satzungen der Pfarrgemeinderäte (im folgenden PGR) ²⁶⁴ der Erzdiözese Freiburg Auswirkungen gezeitigt, als gerade der Erzbischof Dr. Hermann Schöpf bei den Beratungen der ersten beiden Satzungen von 1969 und 1972 besonderen Wert darauf legte, daß diese jeweils einen Verweis auf die Mitverantwortung des Pfarrgemeinderates enthielten, und daß diese weiter durch "entsprechende Zitate aus Lumen gentium oder dem Laiendekret ²⁶⁵ untermauert" würden ²⁶⁶.

Die Einrichtung von Pfarrgemeinderäten - anfangs noch "ad experimentum" ²⁶⁷ im Augenblick einer Übergangs-

262 maßgebendes Konzilsdokument: Konstitution Lumen gentium vom 21.11.1964, Art. 9 - 38

263 Hollerbach, Entwicklungen, a.a.O., S. 18; Feigenwinter, a.a.O., S. 414 ff.

264 1. Satzung im Jahre 1969, Amtsblatt 1969, S. 129;
2. Satzung 1972, Amtsblatt 1972, S. 67 und 3. Satzung von 1976, Amtsblatt 1976, S. 447

265 in: Hengsbach, Konzilsdekret

266 Erzbischof H. Schöpf bei einer Besprechung des Vorstandes des Diözesanrates v. 12.7.1971 über das Thema: Modifizierung der Satzung 1969 für die Pfarrgemeinderäte, aus: Gedächtnisprotokoll von D. Schüler, in Akte: Generalia Pfarrgemeinderäte, Ordnungsnr. 28117

267 vgl. Satzung 1969, nach der die Satzung nach Erprobung in Kraft trat

periode ²⁶⁸ - ist durch die Satzung PGR von 1976 zu einem festen Bestandteil der ortskirchlichen Verfassung geworden. Kennzeichnend für diese Entwicklung in der Erzdiözese ist der Vergleich des Hirtenworts des Erzbischofs, das anlässlich der ersten Pfarrgemeinderatswahl im Jahre 1969 diese noch " als Werkzeug der Kirche für die Verwirklichung ihrer Sendung " betrachtete, wobei deren Aufgabe darin bestehen sollte, " die Kraft und die Erfahrung der Laien mit dem Dienst der Hirten zu verbinden ²⁶⁹ mit der Formulierung der 1976 geschaffenen Pfarrgemeinderatssatzung, in der dem Pfarrgemeinderat die Aufgabe zugewiesen wurde, " gemeinsam mit dem Pfarrer als dem vom Bischof bestellten Seelsorger und Leiter der Gemeinde Mitverantwortung für das Gemeindeleben zu tragen " ²⁷⁰. Der entscheidende Impuls für die Änderung gerade auch des Vermögensverwaltungsrechtes und die Festschreibung der Institution Pfarrgemeinderat in der Erzdiözese wurde von der Gemeinsamen Synode der Bistümer ausgelöst ²⁷¹, die aufgrund eines Grundsatzbeschlusses der Bischofskonferenz zur Verwirklichung des 2. Vatikanischen Konzils für den Bereich der Bundesrepublik Deutschland eingesetzt worden war. Einschlägig für den ortskirchlichen Bereich sind die Rahmenordnung für Strukturen der Mitverantwortung in der Diözese ²⁷² und die Rahmenordnung für die pastoralen Strukturen und Verwaltung der Bistümer in

268 Hollerbach, Entwicklungen, a.a.O., S. 10 ff.

269 Amtsblatt 1969, S. 212

270 § 1 PGR 1976, Amtsblatt 1976, S. 447

271 Konstituierende Vollversammlung am 3.1.1971 in Würzburg

272 in: offizielle Gesamtausgabe der Gemeinsamen Synode der Bistümer in der Bundesrepublik Deutschland, Beschlüsse der Vollversammlung, Bd. I, S. 659, Teil III 1

der Bundesrepublik Deutschland ²⁷³. Die Rahmenordnung für die Strukturen der Mitverantwortung in der Diözese (im folgenden ROM) sieht in Ziff. 1.3. vor, daß der Pfarrgemeinderat die pastoralen Richtlinien für die pfarrliche Vermögens- und Finanzverwaltung aufstellt, wobei er jedoch für die besonderen Aufgaben ein Gremium aus ausschließlich volljährigen Mitgliedern zu bilden hat, dem es obliegt, unter Beachtung dieser Richtlinien den Haushalt aufzustellen und dessen Durchführung zu überwachen (Exekutivgremium). Die Beschlußfassung über den Haushalt wurde jedoch dem Pfarrgemeinderat überlassen. Von besonderer Bedeutung war die Neuregelung, daß der Pfarrer zwar Mitglied des Pfarrgemeinderates sein konnte; er sollte jedoch " möglichst nicht als Vorsitzender " ²⁷⁴ bestimmt werden. Anders verhält es sich hier bei dem aus dem Pfarrgemeinderat zu bildenden Exekutivgremium; ihm kann der Pfarrer als Vorsitzender angehören; sein Stellvertreter soll nach Ziff. 1.4. ROM Mitglied des Pfarrgemeinderates kraft Amtes sein. Der besonderen Bedeutung des Pfarrers trug man dadurch Rechnung, daß man ihm ein Vetorecht gegen Beschlüsse des Pfarrgemeinderates einräumte ²⁷⁵, wobei dies durch förmliche Erklärung unter Bezug auf seine pastorale Verantwortung geschehen muß, wodurch eine Beschlußfassung des Pfarrgemeinderates in der betreffenden Sitzung ausgeschlossen wird. Vorgesehen wurde durch die Gemeinsame Synode der Bistümer ferner, daß dann, wenn auch eine zweite Sitzung keine Einigung erbracht hatte, eine zu bildende Schiedsstelle angerufen

273 in der offiziellen Gesamtausgabe Bd. I, S.679-687
nebst Erläuterungen des Präsidiumsmitgliedes
Prälat Ph. Boonen (S. 688-712) (693-696)

274 vgl. Ziff. 1.0 Abs. 1 ROM

275 vgl. Ziff. 1.16 Abs. 8 ROM

werden sollte. Hinsichtlich der Zusammensetzung wurde vorgeschrieben, daß 2/3 aus gewählten Mitgliedern bestehen sollte, die geheim und unmittelbar gewählt werden sollten. Dieser Rahmenordnung wurde - da ihr Inhalt in einer Anordnung ²⁷⁶ aufgenommen war - die höchste Verbindlichkeitsstufe zuteil, die ein Synodenbeschluß oder Teile von ihm erlangen können ²⁷⁷.

Die Rahmenordnung für die pastoralen Strukturen und für die Leitung der Verwaltung der Bistümer in der Bundesrepublik Deutschland (ROS) teilt die territorialen kirchlichen Strukturen in drei Ebenen auf, die Pfarrgemeinde bzw. Pfarrverbände als untere, die Dekanate und ggf. Regionen als mittlere und die Bistümer, die Deutsche Bischofskonferenz und die anderen Gremien und Einrichtungen der Zusammenarbeit zwischen den Bistümern als obere Ebene. Wichtigstes Postulat war jedoch nach der Einteilung in drei Ebenen die Unterscheidung der Leitungs-, Mitverantwortungs- und Verwaltungsfunktion in allen Strukturformen der pastoralen Gliederung. Grundsätzlich erforderte damit die Mitverantwortung pastorale Räte, die an der Leitung der Kirche teilnehmen - auf der unteren Ebene ist dies der Pfarrgemeinderat, der die Verwaltungsaufgaben unter der Verantwortung des Leiters der Einheit (Pfarrer) zu erfüllen hat. Seine Ausformung hat dieser Grundsatz in der Definition des Aufgabenbereichs des Pfarrers für die untere Ebene gefunden. Ihm ist in Ziff. 1.1. Abs. 2 ROS ²⁷⁸ aus-

276 sie ist die höchste Verbindlichkeitsstufe, die ein Synodenbeschluß oder Teile von ihm erlangen können; eine Anordnung ergeht (vgl. Statut der Gemeinsamen Synode Art. 14, S. 86o der Gesamtausgabe Bd. I) mit zwingender Rechtskraft und bedarf der Rekognition durch den Apostolischen Stuhl

277 vgl. Synode 1974/75, 2 in Gesamtausgabe Bd. I, S. 687, Ausführungen in der Einleitung von Boonen

278 vgl. Gesamtausgabe, S. 695

drücklich die Leitung seiner Gemeinde übertragen; die Leitungsaufgabe hat er jedoch im Zusammenwirken mit dem Pfarrgemeinderat wahrzunehmen. Kennzeichnend für das Verhältnis von Pfarrer und Pfarrgemeinderat ist die in der ROM getroffene Regelung des " Vetorechtes ", das die Stellung des Pfarrers im Hinblick auf seine Leitungsfunktion hervorhebt. Hinsichtlich ihres kirchenrechtlichen Charakters hat die ROS den Status eines " synodalen Imperativs " erhalten ²⁷⁹, wobei dem Beschlusstext der Eingangssatz vorausging:

" Die Gemeinsame Synode der Bistümer in der Bundesrepublik Deutschland empfiehlt nachdrücklich, diese Rahmenordnung in den Bistümern anzuwenden, sofern nicht ganz besondere örtliche Gegebenheiten dem entgegenstehen. " ²⁸⁰

In Erfüllung der synodalen Anordnung durch die ROM und des Imperativs der ROS hat die PGR 1976 dem Pfarrgemeinderat in der Erzdiözese Freiburg die Funktion eines wesentlichen Gremiums und Organs zugewiesen ²⁸¹.

- Zusammensetzung

Der Pfarrgemeinderat in der Erzdiözese Freiburg besteht aus Mitgliedern kraft Amtes und gewählten Mitgliedern. Kraft Amtes ist zunächst Mitglied der Pfarrer als vom Bischof bestellter Seelsorger und Leiter der Gemeinde, des weiteren erhält ein Vertreter der in der Pfarrei mit amtlichem Auftrag tätigen Ordensleute (z.B. Schwestern, die Kindergärten etc. leiten bzw. betreuen) ein Mandat. Auch

279 vgl. Boonen, in: Einleitung zu ROS in Gesamtausgabe, Bd. I, S. 687

280 vgl. Beschlusstext in Gesamtausgabe, Bd. I, S. 689

281 vgl. § 1 der Satzung 1976 Amtsblatt 1976, S. 447

die hauptamtlichen in der Pfarrseelsorge tätigen Laien stellen ein Mitglied kraft Amtes (§ 2, Abs. 1 PGR 76). Die weiteren Mitglieder sind die gewählten Pfarrgemeinderäte; die Anzahl richtet sich nach der Zahl der Gemeindeangehörigen. Bei Pfarrgemeinden mit bis zu 1 000 Angehörigen sind es sechs, bei solchen mit 1 001 bis zu 2 000 Angehörigen acht, denjenigen mit 2 001 bis 4 000 Angehörigen 12, denjenigen von 4 001 bis 6 000 16 und bei Gemeinden mit mehr als 6 000 Angehörigen 20 zu wählende Pfarrgemeinderäte (§ 2, Abs. 2 PGR 76). Zusätzlich kann der danach gewählte Pfarrgemeinderat durch Mehrheitsbeschluß Vertreter einzelner Zielgruppen, die bei der Wahl nicht berücksichtigt wurden (z.B. Vertreter ausländischer Arbeitnehmer) neben besonders fachkundigen Katholiken (in der Regel Architekten, Buchhalter etc.) hinzuwählen. Die Anzahl dieser hinzuzuwählenden Mitglieder ist wiederum abhängig von der Zahl der Gemeindeangehörigen. Bei Gemeinden mit bis zu 2 000 Katholiken beträgt die Anzahl zwei, bei 2 001 bis 4 000 Katholiken drei, bei 4 001 bis 6 000 Katholiken vier und bei Gemeinden mit über 6 000 Angehörigen fünf hinzuzuwählende Mitglieder (§ 2, Abs. 3 PGR 76).

Diese letztere Regelung entspricht offenkundig in bestimmten Einzelfällen nicht der verbindlichen Anordnung ²⁸² der ROM, wonach mindestens 2/3 der Mitglieder des Pfarrgemeinderates " unmittelbar und geheim " zu wählen sind. Hat beispielsweise eine Gemeinde 2 000 Angehörige, eine Ordensschwester, die den Kindergarten betreut, und einen hauptamtlichen Mesner, so beträgt die Zahl der Mitglieder kraft Amtes drei (Pfarrer, Mesner und Schwester). Kommen dann noch zwei nicht unmittelbar von der Gemeinde,

sondern vom Gemeinderat gewählte Mitglieder hinzu, so beträgt die Anzahl der nicht durch unmittelbare und geheime Wahl hinzugewählten Pfarrgemeinderäte fünf gegenüber acht gewählten Mitgliedern. Die 2/3-Grenze ist damit leicht unterschritten. Für diesen Fall müßte dann eine Sonderregelung erlassen werden, um eine Vereinbarkeit mit der ROM herzustellen.

Offenkundig war man sich bei der Synode über dieses Problem nicht im klaren; selbst die Erläuterungen²⁸³ sprechen zwar von hinzuzuwählenden Mitgliedern, eine genaue Ausführungsanweisung zur Einhaltung der 2/3-Zahl wird jedoch nicht gegeben.

Das aktive Wahlrecht haben alle diejenigen Katholiken, die am Wahltag das 16. Lebensjahr vollendet haben und seit mindestens drei Monaten ständig im Gemeindegebiet wohnen (§ 3, Abs. 2 PGR 76). " Ständig wohnen " im Sinne dieser Vorschrift ist nicht mit dem Begriff "Hauptwohnsitz " des früheren staatlichen Melderechts identisch; es bedeutet nur, daß auch derjenige, der seinen Wohnsitz in der Pfarrgemeinde begründet hat, auch wahlberechtigt ist²⁸⁴.

Damit können auch ausländische Arbeitnehmer und Studenten das aktive Wahlrecht ausüben. Passiv wahlberechtigt ist dagegen jeder Katholik, der das 18. Lebensjahr vollendet und seinen Hauptwohnsitz im Gebiet der Pfarrgemeinde hat. Danach können nur solche Katholiken vorgeschlagen und gewählt werden, die ausschließlich in der Pfarrgemeinde wohnen oder die - falls sie mehrere Wohn-

283 Pötter, Einleitung, Entstehung und Aufbau der Vorlage (ROM) Gesamtausgabe, S. 637-651 (S.642), Ziff. 2.3.

284 vgl. insoweit Schmidt, Kommentar, a.a.O., Blatt 1

sitze haben - eine bestimmte Gemeinde zum Hauptwohnsitz erklärt haben ²⁸⁵.

Zusätzlich ist das passive Wahlrecht vom uneingeschränkten Besitz der kirchlichen Gliedschaftsrechte (Taufe, Gemeinschaft mit der Kirche etc.) abhängig ²⁸⁶. Die näheren Regelungen bezüglich der Wahl trifft im übrigen die Wahlordnung für die Pfarrgemeinderäte ²⁸⁷. Die Amtszeit beträgt vier Jahre; sie beginnt mit der konstituierenden Sitzung und endet mit der des neuen Pfarrgemeinderates (§ 4 PGR 76). Die Mitgliedschaft endet durch Tod, Verzicht, Feststellung der Ungültigkeit der Wahl, durch Verlust der Gliedschaftsrechte (Exkommunikation etc.) und bei mindestens viermaligem unentschuldigtem Fernbleiben von den Sitzungen. Die Beendigung der Mitgliedschaftsrechte in den letzten drei Fällen muß vom übrigen Pfarrgemeinderat (§ 5, Abs. 3 PGR 76) festgestellt und dem Betroffenen schriftlich mitgeteilt werden. Dieser kann hiergegen Einspruch binnen einer Woche beim Vorsitzenden des Pfarrgemeinderates einlegen; hilft dieser nicht ab, entscheidet der Vorstand des Dekanatsrates über den Einspruch. Der Vorstand des Pfarrgemeinderates ist gemäß § 6 PGR 76 zu bestellen, dieser führt die Geschäfte des Gremiums anhand der Rahmengeschäftsordnung für Pfarrgemeinderäte ²⁸⁸. Er besteht aus dem Pfarrer und weiteren drei vom gesamten Gremium zu wählenden Mitgliedern, wobei letztere die Position des Vorsitzenden, des 1. und 2. Stellvertreters

285 Schmidt, a.a.O., S. 231 (es handelt sich zwar hierbei um die Kommentierung der älteren Satzung PGR 1972, diese ist jedoch insoweit mit der Satzung PGR 76 identisch).

286 vgl. § 5 der Wahlordnung für die Pfarrgemeinderäte im Erzbistum Freiburg, Amtsblatt 1976, S. 451

287 Amtsblatt 1976, S. 451 ff.

288 Amtsblatt 1973, S. 157

wahrnehmen (§ 6 PGR 76). Entsprechend der Regelung in Ziff. 1.1 6.6 ROM ist der Pfarrer damit nicht Vorsitzender des Pfarrgemeinderates; er hat jedoch bei der Wahl nach § 6, Abs. 4 PGR 76 bei der Wahl des Vorsitzenden bei Vorliegen gewichtiger Gründe ein Einspruchsrecht, über das der zuständige Dekan im Einvernehmen mit dem Vorsitzenden des Dekanatsrates zu entscheiden hat. Ist dieses nicht zu erreichen, entscheidet der Bischof. Der Vorsitzende ist im ersten Wahlgang mit 2/3 Mehrheit zu wählen; kommt diese im ersten Wahlgang nicht zustande, entscheidet in den weiteren Wahlgängen die absolute Mehrheit. Nach § 7, Abs. 1 PGR 76 sind jährlich mindestens vier Sitzungen abzuhalten, bei denen die Beschlußfähigkeit gegeben ist, wenn mehr als 50 % der Mitglieder anwesend sind (§ 7, Abs. 2 PGR 76). Rechtsverbindlich sind Beschlüsse des Pfarrgemeinderates nur, wenn sie nicht der verbindlichen Glaubens- und Sittenlehre und dem allgemeinen und diözesanen Kirchenrecht und den im Amtsblatt veröffentlichten verbindlichen Anordnungen widersprechen. Die Entscheidung hierüber trifft der Ortsordinarius. Nicht geregelt ist hier, wer einen entsprechenden Antrag auf Entscheidung stellen kann; aus dem Sinnzusammenhang der Vorschrift ist davon auszugehen, daß jeder mittelbar und unmittelbar betroffene Katholik der Gemeinde, der das aktive Wahlrecht besitzt, einen solchen Antrag stellen kann. Der Antrag - auch insoweit besteht keinerlei Regelung - sollte in diesem Fall unmittelbar an den Pfarrer oder Pfarrverweser und den Vorsitzenden des Pfarrgemeinderates gerichtet werden. Dies insbesondere deshalb, weil dem Pfarrer entsprechend Ziff. 1.1 6.8. ROM ein Einspruchsrecht gegen Beschlüsse des Pfarrgemeinderats zusteht, das er durch förmliche Erklärung, daß er aufgrund der durch

sein Amt gegebenen pastoralen Verantwortung unter Angabe von Gründen einem Antrag nicht zustimmen kann, geltend macht. Damit ist eine Beschlußfassung in der jeweiligen Sitzung gemäß § 7, Abs. 4 PGR 76 nicht möglich; hält der Pfarrer sein Vetorecht in einer nachfolgenden Sitzung aufrecht, kann als Schiedsstelle der Vorstand eines Dekanatsrates angerufen werden. Kommt auch hier kein Einvernehmen zwischen Pfarrer und Pfarrgemeinderat zustande, entscheidet nach § 7, Abs. 4 Ziff. c PGR 76 der Erzbischof. Zwar kann dieses Einspruchsrecht nur in der jeweiligen Sitzung des Gremiums geltend gemacht werden, da jedoch der Pfarrer Vorstandsmitglied ist, kann er insoweit nach Prüfung seiner pastoralen Verantwortung den strittigen Beschluß erneut auf die Tagesordnung einbringen, die Weitergeltung des Beschlusses zur Abstimmung bringen und ggf. dann sein Einspruchsrecht geltend machen.

- Aufgaben

Die besonderen Aufgaben ²⁸⁹ des Gremiums Pfarrgemeinderat auf dem Gebiet der Vermögensverwaltung ergeben sich ausschließlich aus § 9 der Satzung PGR 76 und den einschlägigen Vorschriften in der KistO 1978. Entsprechend dem in dem Beschluß der Gemeinsamen Synode niedergelegten Grundsatz in Ziff. 1.1 6.3 ROM, wonach der Pfarrgemeinderat die pastoralen Richtlinien für Haushalts-, Finanzfragen und die Vermögensverwaltung der Pfarrgemeinde auszustellen hat, kommt ihm gemäß § 9, Abs. 1, Ziff. a der PGR 76 und §§ 14, Abs. 2, 20, Abs. 3 KistO 1978 das Budgetrecht zu, d.h. das Recht und die Pflicht, den

289 für den allgemeinen Bereich vgl. § 1 der Satzung PGR 76 und Schroer, Pfarrgemeinderat, S.35 ff.

Haushaltsplan der Kirchengemeinde in Einnahmen und Ausgaben rechtsverbindlich festzustellen. Daneben hat er - in vermögensrechtlicher Hinsicht - in seiner Funktion als Ortskirchensteuervertretung (§ 14, Abs. 2 KistO) den Beschluß über Art und Höhe der zu erhebenden Ortskirchensteuer ²⁹⁰ zu fassen.

Aufgrund der Haushaltsstruktur der Erzdiözese, die den Gemeinden ausreichende Haushaltsmittel garantiert und der hieraus resultierenden Übung der Gemeinden, keine Ortskirchensteuern zu erheben, erschöpft sich letztere Aufgabe darin, einen sog. Negativgeschluß zu fassen, d.h. einen Beschluß, keine Steuern zu erheben.

Als sich aus dem Budgetrecht ergebende Aufgabe obliegt es dem Gremium nach § 9, Abs. 1, Ziff. e PGR 76 in Verbindung mit § 14, Abs. 5 KistO, die Jahresrechnung festzustellen, die die Ergebnisse der jährlichen Kassen- und Haushaltsprüfung wiedergeben muß. Sie muß insbesondere Aufschluß darüber geben, inwieweit und ob der Haushaltsplan eingehalten worden ist und welcher Überschuß bzw. Fehlbetrag sich ergibt. Nach § 9, Abs. 1, Ziff. e der PGR 76 in Verbindung mit § 18, Abs. 2 KistO hat der Pfarrgemeinderat für die Haushaltsbuchungen etc. einen Kirchengemeinderechner zu bestellen. Da auf Dekanatsebene in der Regel sog. Verrechnungsstellen eingerichtet worden sind, die diese Aufgabe für die Kirchengemeinden erledigen (auf freiwilliger Basis) und die Kirchengemeinden diese kirchlichen Einrichtungen mehrheitlich in Anspruch nehmen, wird heute ein eigener Kirchengemeinderechner für eine Gemeinde allein in den seltensten Fällen bestimmt. Gegebenenfalls faßt der Pfarrgemeinderat auch gemäß § 9, Abs. 1, Ziff. d

290 vgl. Abschn. Kirchengemeinde / Kirchensteuer

der PGR 76 in Verbindung mit § 20, Abs. 1 und 2 der KistO den Beschluß über die Errichtung einer Gesamtkirchengemeinde ²⁹¹. Den Interessen der Kirchengemeinde, bei der Erhebung und Verteilung der einheitlichen Kirchensteuer, bei den Haushaltsberatungen der Erzdiözese verschafft der Pfarrgemeinderat gemäß § 9, Abs. 1, Ziff. e PGR 76 in Verbindung mit § 5, Abs. 2 KistO durch die Wahl der Laienmitglieder ²⁹² der Kirchensteuervertretung der Erzdiözese Freiburg Geltung.

1.4.b Stiftungsrat

Als wesentliche Aufgabe, die dem Pfarrgemeinderat aufgrund der dargestellten Neuerungen zugewachsen ist, obliegt es ihm, aus seinen Mitgliedern den Stiftungsrat als Exekutivgremium zu wählen (vgl. Ziff. 1.1 6.3 ROM).

- Zusammensetzung

Der Stiftungsrat besteht wie der Pfarrgemeinderat zunächst aus Mitgliedern kraft Amtes, wozu der Pfarrer als Vorsitzender, der Vorsitzende des Pfarrgemeinderates als stellvertretender Vorsitzender zählt (§ 9 PGR 76). Daneben sind noch Mitglieder zu wählen. Insoweit besteht eine Abweichung zu den Anordnungen der Gemeinsamen Synode (vgl. Ziff. 1.1 6.3), die sich jedoch als unbedeutend erweist, da sie lediglich eine andere Gewichtung anzeigt. Nach den Anordnungen der Gemeinsamen Synode soll der stellvertretenden

291 vgl. Abschn. Sonderregelungen, Gesamtkirchengemeinde

292 vgl. § 14 KistO, der auch den Stiftungsratsmitgliedern das aktive Wahlrecht einräumt; dies ist insofern keine Abweichung zum oben Gesagten, als nach § 9 PGR 76 der Stiftungsrat zugleich Pfarrgemeinderat ist; vgl. unten Stiftungsrat

de Vorsitzende des Exekutivgremiums amtliches Mitglied des Pfarrgemeinderats sein; nach der Diözesanregelung ist jeder Stiftungsrat auch Mitglied des Pfarrgemeinderates - weil er auch aus diesem Gremium gewählt wird.

Als erheblich erweist sich diese Abweichung theoretisch insofern, als nach den Anordnungen der Gemeinsamen Synode der stellvertretende Vorsitzende des Stiftungsrats gewählt werden kann, was nach der diözesanen Regelung nicht der Fall ist. Hier ist diese Position dem Vorsitzenden des Pfarrgemeinderates kraft Amtes zugewiesen. Auch diese Abweichung ist rechtlich als nicht erheblich einzustufen, da die Anordnung der Gemeinsamen Synode die Wahlmöglichkeit des stellvertretenden Vorsitzenden des Stiftungsrates nicht zwingend vorschreibt und aus der Formulierung der entsprechenden Ziffer 1.1 6.3 ROM sich die getroffene Diözesanregelung ableiten läßt. Die Anzahl der gewählten Mitglieder richtet sich nach der Zahl der Angehörigen einer Kirchengemeinde. So sind bei Gemeinden mit bis zu 2 000 Angehörigen drei Laienmitglieder, bis zu 4 000 Angehörigen vier Laienmitglieder, bis zu 6 000 Angehörigen fünf Laienmitglieder und mit über 6 000 Angehörigen sechs Laienmitglieder zusätzlich zu den Mitgliedern kraft Amtes zu wählen (§ 9, Abs. 2 PGR 76).

Ausgeschlossen vom passiven Wahlrecht sind Ehegatten, frühere Ehegatten und durch Verwandtschaft oder Schwägerschaft in gerader Linie (nach bürgerlichem Recht), bis zum 2. Grad miteinander verwandte Personen. Hierbei ist es gleichgültig, ob die Ehe, die die Schwägerschaft bzw. Verwandtschaft begründet hat, noch besteht. Im Falle der gleichzeitigen Wahl solcher Personen ist derjenige mit der höheren Stimmenzahl gewählt; bei gleicher Stimmenzahl

entscheidet das Los. Daneben sind alle örtlichen Bediensteten, alle ehrenamtlich tätigen Personen, die eine Funktion in der Vermögensverwaltung wahrnehmen, und alle Bediensteten des Erzbischöflichen Ordinariats von der Wahl ausgeschlossen ²⁹³.

Allgemein besteht für Sitzungen eine Ladungsfrist von drei Tagen. Nur in Notfällen kann auf diese Frist und eine schriftliche Ladung verzichtet werden. Im übrigen gelten für Sitzungen des Stiftungsrates die Abschnitte II, Ziff. 2 und 3 und III der Rahmengesäftsordnung für Pfarrgemeinderäte entsprechend ²⁹⁴.

- Aufgaben

Die besonderen Aufgaben des Stiftungsrates, die zum Teil mehrfach in drei verschiedenen Erzbischöflichen Vorschriften parallel geregelt sind (§ 9, Abs. 4 PGR 76, § 15, Abs. 2 KistO 78), der Vermögenssatzung 1958 und der Ver- werden von der in der Satzung 1958 und der Vermögensverordnung 1958 getroffenen Regelung bestimmt.

Der Unterschied zwischen den genannten Erzbischöflichen Rechtsvorschriften ist im wesentlichen darin zu sehen, daß die PGR 76 und die KistO 78 Regelungen beinhalten, die in der Hauptsache das Innenverhältnis, d.h. das Verhältnis zwischen Pfarrgemeinderat, Stiftungsrat, Pfarrer und Gemeinde betreffen, während die Vermögenssatzung 1958

293 vgl. Wahlordnung für die Pfarrgemeinderäte im Erzbistum Freiburg, Amtsblatt 1976, S. 451, §§ 5 ff.

294 Amtsblatt 1973, S. 157

und die dazu erlassene Verordnung sich mit dem Außenverhältnis, d.h. im Verhältnis der ortskirchlichen Rechtsträger zu Dritten, und den jeweiligen Vertretungsbefugnissen der kirchlichen Organe befaßt. Im Innenverhältnis obliegt danach dem Stiftungsrat die Aufstellung und Vorberatung des vom Pfarrgemeinderat festzustellenden Haushaltsplanes und ggf. die Verwaltung der Ortskirchensteuer - wenn sie erhoben wird - während im Außenverhältnis zentrale Aufgabe die Mitwirkung bei der Verwaltung des örtlichen Kirchenvermögens (vgl. § 9 Vermögenssatzung 1958 und §§ 2,5,7,20 der Vermögensverordnung 1958 ²⁹⁵) ist.

Der Hauptunterschied zwischen Pfarrgemeinderat und Stiftungsrat liegt damit in der jeweiligen Funktion der beiden Gremien. Ersterer ist hauptsächlich Beschlußorgan, während letzterem überwiegend die Bedeutung eines Exekutivorgans zugeordnet ist (vgl. ROM, a.a.O.). Als äußerst problematisch und bisweilen irreführend erweisen sich in diesem Zusammenhang die Regelungen der Vermögenssatzung 1958 und der Verordnung 1958, die die Mitwirkungsrechte des Stiftungsrates auch für das Vermögen der Kirchengemeinde regeln. Zunächst sind beide Vorschriften auf das seit 1970 nicht mehr geltende Ortskirchensteuergesetz von 1922 in der Fassung von 1952 zugeschnitten; die Einrichtung " Pfarrgemeinderat " bestand damals noch nicht. Des weiteren treffen beide Vorschriften keinerlei Regelung über die Haushaltswirtschaft der Kirchengemeinde insgesamt. So gehen die §§ 6 und 7 der Vermögensverordnung von 1958 zwar davon aus, daß ein Fondsvoranschlag besteht; dieser existiert seit 1976 ²⁹⁶ nicht mehr. Seine Daten

295 vgl. Frömer, a.a.O., S. 451, §§ 5 ff.

296 vgl. Abschn. Kirchenfabrik und Amtsblatt 1973, S. 272 und Amtsblatt 76, S. 102 ff.

sind - rechnerisch - zu Bestandteilen des Haushaltsplanes der Kirchengemeinde geworden. Zusätzlich geht die Vermögensverordnung von 1958 vom Bestehen einer Finanzkammer aus, die bereits 1975 beseitigt und in das Erzbischöfliche Ordinariat eingegliedert worden ist ²⁹⁷. Im weiteren obliegt nach § 6 der Satzung von 1958 die Verwaltung des Ortskirchenvermögens dem Pfarrer, wobei § 9 der Vermögenssatzung 1958 auf die Vermögensverordnung 1958 als maßgebende Vorschrift verweist. § 1 der Vermögensverordnung 1958 wiederholt § 6 der Satzung 1958, wobei die Verwaltungsbefugnisse des Pfarrers in den §§ 2,5,6 und 7 wieder eingeschränkt werden und dem Stiftungsrat - für das Außenverhältnis - bestimmte Aufgaben zugewiesen werden. § 2 der Verordnung ist für die heutige Zeit insoweit gegenstandslos, als Befugnisse des Stiftungsrates " nach dem Ortskirchensteuergesetz " nicht mehr bestehen, da dieses, wie bereits erwähnt, außer Kraft ist. § 5, Abs. 1 der Vermögensverordnung bestimmt, daß die Dekreturen für Einnahmen und Ausgaben lediglich der Unterschrift des Pfarrvorstandes bedürfen, § 5, Abs. 2 schränkt dies jedoch insofern ein, als er Schriftstücken, die die Übernahme von rechtsverbindlichen Verpflichtungen in sich schließen, rechtliche Wirksamkeit nur dann beimißt, wenn die Unterschrift zweier weiterer Stiftungsratsmitglieder neben dem Pfarrsiegel auf diesem Schriftstück angebracht ist. " Eingeschränkt " wird diese " Einschränkung " durch § 6, wonach Ausgaben innerhalb des Vollzugs des genehmigten Fondsvoranschlages - den es seit 1976 nicht mehr selbständig gibt - vom Pfarrer selbständig vollzogen werden können. Eingeschränkt wird diese " Einschränkung " des weiteren durch § 7 der Verordnung 1958, wonach diese " Einschränkung " des § 5 bei Ausgaben außerhalb des

Rahmens des Fondsvoranschlags nur dann eingreift, wenn der Betrag von DM 1.000,- überstiegen wird. In diesem Fall ist die Zustimmung des Stiftungsrates erforderlich und - insoweit greift jetzt § 5 der Vermögensverordnung 1958 wieder ein - falls die Verpflichtung schriftlich eingegangen wird, müssen zwei Stiftungsratsmitglieder neben dem Pfarrvorstand ^{297a} unterschreiben, wobei nach § 20 der Vermögensverordnung 1958 das Dienstsiegel (Pfarrsiegel) auf das Schriftstück angebracht werden muß. Durch die Beschränkung der Vermögenssatzung und der Vermögensverordnung 1958 auf den " Fondsvoranschlag " und durch die nicht vorgenommene Ersetzung dieses Begriffs durch " Kirchengemeindehaushalt " in der Satzung selbst, ist - geht man von der wörtlichen Bedeutung und dem Sinngehalt der Vermögenssatzung 1958 aus (§ 9, Abs. 4 PGR 76 bestimmt, daß dem Stiftungsrat die Verwaltung und Vertretung des örtlichen Kirchenvermögens nach den Bestimmungen der Vermögenssatzung 1958 obliegt) - eine Regelung der Mitwirkungsbefugnisse des Stiftungsrats bei der Vermögensverwaltung des Rechtsträgers Kirchengemeinde nach außen nicht gegeben. Aus dem Kontext der gesamten Vorschriften läßt sich jedoch entnehmen, daß zunächst der Pfarrvorstand als Rechtsvertreter des örtlichen Kirchenvermögens berufen ist (§ 6 der Vermögenssatzung 1958 und § 1 der Vermögensverordnung 1958); insofern bedürfen Dekreturen für Einnahmen und Ausgaben lediglich der Unterschrift des Pfarrvorstandes dann, wenn sie entweder unter DM 1.000,- liegen oder sich aber - ohne Rücksicht auf die Höhe des Betrages - als

297a Dieser Begriff tauchte erstmals im Entwurf der Satzung 1958 auf Vorschlag des damaligen Generalvikars Dr. Föhr auf und wurde in die Satzung aufgenommen. Durch die Bezeichnung Pfarrvorstand sollte - in Anlehnung an das hierarchische Prinzip die Funktion des Pfarrers besonders betont werden. vgl. Akte Generalia, die Verkirchlichung des Oberstiftungsrates, Satzung und Neuordnung der kirchlichen Vermögensverwaltung, Verzeichnis unter Ziffer 20

Vollzug des genehmigten Haushaltsplanes der Kirchengemeinde darstellen (§ 5 der Verordnung 1958). Der Begriff Fondsvoranschlag des § 7 der Vermögensverordnung 1958 ist nach der rechnerischen Vereinigung des Kirchengemeindehaushaltes mit der der Kirchenstiftung des weiteren durch den Begriff Kirchengemeindehaushalt zu ersetzen. Zwar bestimmt § 5 der Vermögensverordnung 1958, daß Schriftstücke, die die Übernahme von rechtsverbindlichen Verpflichtungen in sich schließen, neben der Unterschrift des Pfarrvorstandes zusätzlich der Unterschrift zweier Stiftungsratsmitglieder bedürfen, jedoch ist § 5 durch die §§ 6 und 7 der Vermögensverordnung 1958 als " gemildert anzusehen " ²⁹⁸. Demnach ist der Pfarrvorstand durch diese Vorschrift auf der einen Seite ermächtigt, den genehmigten Haushalt nach außen auch ohne Einschränkung hinsichtlich des Betrages rechtswirksam zu vollziehen, d.h. die Kirchengemeinde rechtswirksam zu vertreten und andererseits steht ihm die Befugnis zu, Ausgaben unterhalb der DM 1.000-Grenze selbständig zu tätigen.

Wollte man diese Auslegung nicht als richtig annehmen, hätte dies zur Folge, daß der Pfarrvorstand nur nominell Leiter und Hauptverantwortlicher der Vermögensverwaltung ist, da er sonst für jede Ausgabe - sei sie auch noch so gering -, die durch einen schriftlichen Vertrag begründet ist, die Unterschrift zweier Stiftungsratsmitglieder einholen müßte, um rechtswirksam handeln zu können. Gesetzt den Fall, daß sich keiner der Stiftungsräte bereit erklären würde, die Unterschrift zu leisten, könnte dadurch der Vollzug des vom Pfarrgemeinderat beschlossenen Kir-

298 amtlicher Sprachgebrauch der Rechtsabteilung des
Erzbischöflichen Ordinariats

chengemeindehaushalts vereitelt werden, da Dekreturen nach außen nicht rechtswirksam werden könnten.

Die §§ 6 und 7 der Vermögensverordnung 1958 sind danach die entscheidenden Vorschriften des Vermögensverwaltungsrechts zur Abgrenzung der Mitwirkungsbefugnisse des Stiftungsrats nach außen; sie bilden insoweit die eigentliche Systematik des Verwaltungs- und Vertretungsrechts. Sie ermöglichen eine sinnvolle Einordnung des § 5 der Vermögensverordnung 1958, indem sie die zusätzliche Beifügung der zwei Unterschriften von Stiftungsratsmitgliedern, auf außerhalb des Haushaltsplanes einzugehende Verpflichtungen des Pfarrvorstandes beschränkt, wenn diese DM 1.000,- übersteigen.

Die Aufgaben des Stiftungsrates lassen sich damit in zwei Kategorien gliedern: einerseits hat er im Innenverhältnis die dargestellte Funktion bei der Aufstellung und Vorbereitung des Haushaltsplanes; im Außenverhältnis andererseits ist seine Mitwirkung Rechtswirksamkeitserfordernis in dem durch die §§ 5 und 6 der Vermögensverordnung dargelegten Rahmen.

Diese Auslegung läßt sich aus den genannten Vorschriften auf den ersten Blick keinesfalls entnehmen, zumal z.B. die §§ 2,7,8,9,14 und 16 der Vermögensverordnung von 1958, die in ihrer Bedeutung die Vermögenssatzung von 1958 geradezu verdrängt, teilweise überholt bzw. direkt keine Bedeutung mehr haben. Damit weisen ausgerechnet die zentralen Vorschriften des Vermögensverwaltungsrechts - die Vermögenssatzung 1958 und Vermögensverordnung 1958 - keine eindeutige und verständliche Formulierung auf, was

in der Praxis zu gelegentlichen Schwierigkeiten führt²⁹⁹. Sie sind zu den Erzbischöflichen Rechtsnormen zu zählen, die unbedingt und dringend einer Neufassung unterzogen werden müßten^{299a}.

1.4.c Der Pfarrer und sein rechtliches Verhältnis zu Pfarrgemeinderat und Stiftungsrat

Bei der Vermögensverwaltung weisen die Vermögenssatzung 1958 und die darauf fußende Vermögensverordnung dem Pfarrvorstand die Hauptkompetenz zu.

Bei der Beschlußfassung wirkt er in seiner Eigenschaft als Vorstandsmitglied des Pfarrgemeinderates bei den Haushalts- und Steuerbeschlüssen wesentlich mit. Seine besondere Stellung wird hierbei unterstrichen durch § 14, Abs. 4 KistO, wodurch ihm gegen Beschlüsse, die den Haushaltsplan betreffen, ein Einspruchsrecht zusteht. Dieses Recht hat der Pfarrvorstand unverzüglich spätestens innerhalb einer Woche dem Pfarrgemeinderat zu erklären. Dem widersprochenen Beschluß muß dann spätestens innerhalb von vier Wochen eine neue Beratung der Angelegenheit durch den Pfarrgemeinderat folgen, wobei dieser Beschluß dann einer Mehrheit von 2/3 der Mitglieder (also nicht

299 Ein hervorragendes Beispiel hierfür stellt das Urteil des LAG Freiburg, Akte 9/Sa 32/76 (unveröffentlicht) dar, das in geradezu klassischer Weise die Hilflosigkeit Außenstehender bei der Anwendung der Satzung VO 58 dokumentiert, indem es den Sinn dieser Regelungen ins Gegenteil kehrt; vgl. Abschn. Kirchenfabrik (Sonderregelungen)

299a vgl. Änderungsvorschlag hinter Schlußbemerkung

nur der anwesenden Mitglieder) bedarf. Kommt diese Mehrheit in dieser Sitzung nicht zustande, kann eine wirk-
same Entscheidung über diesen Tagesordnungspunkt nicht
gefaßt werden. Diese Regelung stellt insoweit hinsicht-
lich des Haushaltsplanes eine Spezialregelung gegenüber
§ 7, Abs. 4 PGR 76 dar, wodurch das dort geregelte Ein-
spruchsrecht des Pfarrers auf pastorale Sachgebiete
(der §§ 1, Abs. 2 und 3, Ziff. 1,2,4,5,6,7,8 und 15
PGR 76) beschränkt wird.

Ein Einspruchsrecht gegen einen Ortskirchensteuerbeschuß
des Pfarrgemeinderates als Ortskirchensteuervertretung
steht ihm damit nicht zu (vgl. insoweit § 8, Abs. 3
KStO; hier wird auch dem Erzbischof ein Einspruchsrecht
gegen Beschlüsse der Kirchensteuervertretung der Erz-
diözese Freiburg, die den Haushalt betreffen, gewährlei-
stet - nicht aber gegen den Landeskirchensteuerbeschuß
dieses Gremiums).

Das Verhältnis von Pfarrgemeinderat und Stiftungsrat
ergibt sich aus den getroffenen Regelungen in Ver-
bindung mit den Überlegungen ³⁰⁰, die zum Entwurf
der Kirchensteuerordnung 1971 führten. Letztere waren
durch die 1976/1977 beauftragte Neuerkommission, die
sich an den Zielvorstellungen des Erzbischofs orien-
tierte, ergänzt worden. Ergebnis war zum einen, den
Dualismus von Pfarrgemeinderat und Stiftungsrat bei-
zubehalten, wobei die Entscheidungskompetenz zu Lasten
des Stiftungsrats auf den Pfarrgemeinderat verlagert
wurde. Ausdruck hierfür war die Übertragung der pasto-
ralen Richtlinienkompetenz in Finanz-, Haushaltsfragen
und der Vermögensverwaltung auf den Pfarrgemeinderat.

³⁰⁰ vgl. Froemer, a.a.O., zum Verhältnis Pfarrge-
meinderat - Stiftungsrat schon für die PGR 72

Dieser ist damit aus seiner anfänglichen (vgl. PGR 1969) geringen Bedeutung herausgetreten und hat bei - die Kirchengemeinde betreffenden - Grundsatzentscheidungen wesentlichen Anteil.

Vollzogen wurde die Umschichtung der Kompetenzen beider Gremien nur im Innenverhältnis; nach außen bleibt der Stiftungsrat neben dem Pfarrvorstand wichtigstes Organ für die Vermögensverwaltung ^{300a}. An dieser Stelle sei darauf hingewiesen, daß die Regelungen keine Bestimmungen für den Konfliktfall enthalten und im Leben der Gemeinde Stoff für Auseinandersetzungen in sich bergen. Richtigerweise hätte es einer zusätzlichen Regelung bedurft, die die Bedeutung des Pfarrgemeinderates auch nach außen in Form einer Wirksamkeitsbedingung seiner Beschlüsse unterstreicht. Insoweit kann daher dem Pfarrvorstand als Vorsitzendem des Stiftungsrates im Interesse einer gedeihlichen Zusammenarbeit aller Gremien empfohlen werden, die Grundentscheidungen, die in die Richtlinienkompetenz des Pfarrgemeinderates fallen, nur in Abstimmung mit diesem Gremium auch zu treffen ³⁰¹. Da neben der Zustimmung ortskirchlicher Organe bei bestimmten vermögensrechtlichen Entscheidungen (§ 10 der Vermögensverordnung 1958) die des Ortsordinarius zusätzlich erforderlich ist, hat dieser durch die Entscheidung über die Genehmigung wesentlichen Einfluß auf die Einhaltung der Richtlinienkompetenz des Pfarrgemeinderates ³⁰². Beide Organe sind nicht als Rechts-

300a nach der Vorlage " Beteiligung des Gottesvolkes an der Sendung der Kirche " für die Gemeinsame Synode der Bistümer in der Bundesrepublik Deutschland soll dieser Dualismus beseitigt werden u. in Zukunft der Pfarrgemeinderat auch für die Vermög.- u. Finanzverw. zuständig sein (vgl. Schließ, die Organisationsstruktur der kath. Kirche, a.a.O., § 323 m.w.Nachw.)

301 vgl. Froemer zum Verhält. Pfarrgemeinderat-Stiftungsrat, a.a.O.

302 vgl. Eichmann-Mörsdorf, allg. f.d. kanonische Recht § 169, Ziff. 3b zwar nur f.d. Stiftungsrat, jedoch muß diese Aussage nach dort vertr. Auffassung auch für Pfarrgemeinderäte gelten

vertreter der Pfarrversammlung berufen und dieser etwa Rechenschaft schuldig, sie stellen vielmehr nach kanonischem Recht (cc 1522, 1523 CIC) kirchenamtlich berufene, dem Ortsobershirten verantwortliche Gremien dar, die im Namen und Auftrag der Kirche tätig werden. Diesem Grundsatz trägt insoweit die ortskirchliche Verfassung Rechnung, als sie der Pfarrversammlung keine Bedeutung zukommen läßt. Die Versammlung der Mitglieder - bei sonstigen Körperschaften wichtigstes Organ - soll gemäß § 10 PGR 76 jährlich einmal zu einer Pfarrversammlung eingeladen und informiert werden. Nach Abs. 2 der genannten Vorschrift kann sie dort lediglich Vorschläge und Anregungen für die Arbeit beider Organe geben.

1.4.d Sonderregelungen

Die Wahlordnung für Pfarrgemeinderäte in der Erzdiözese Freiburg ³⁰³ unterscheidet in § 6, Abs. 4 im Hinblick auf die Kirchengemeinde zwischen " Teilorten ", die eine eigene rechtsfähige Kirchengemeinde bilden mit dem Recht, einen Ortskirchensteuerbeschluß zu fassen (Filialkirchengemeinde) und " unselbständigen Teilorten", die keine selbständigen Kirchengemeinden bilden (Filialgemeinden). Der Begriff der Filialgemeinde existiert im kanonischen Recht ebensowenig wie der der Kirchengemeinde. Eine derartige Unterscheidung wird in c 216 § 3 CIC lediglich für die Pfarrei getroffen, wo als " Filialen " ³⁰⁴ zunächst eine nach räumlichen Gesichtspunkten erfolgte Zusammenfassung von Gläubigen verstanden wird, für die kein eigener Pfarrer investiert

³⁰³ Amtsblatt 1976, S. 451

³⁰⁴ Jones, a.a.O., Bd. 1, § 216 und Eichmann-Mörsdorf, § 169

wird. Die geistliche Leitung dieser Filialen im kanonischen Sinn obliegt vielmehr einem anderen Pfarrer / , der dies als zusätzliche seelsorgerische Aufgabe wahrnimmt. Die Filialkirchengemeinden entstanden aus kleineren Pfarreien, die infolge des in der Erzdiözese immer größer werdenden Priestermangels nicht mehr mit regulären Geistlichen besetzt werden konnten. Sie wurden zu meist der Jurisdiktion des in der benachbarten Pfarrei tätigen Pfarrers unterstellt . Um die Verwaltung in Einklang mit kanonischem und staatlichem Recht durchführen zu können, wurden neben den Verhältnissen der unselbstständigen Filialgemeinde durch die Wahlordnung der Pfarrgemeinderäte die der rechtlich selbständigen staatlich anerkannten Filialkirchengemeinden besonders geregelt. Wesentlich für den Status der Filialkirchengemeinde ist neben der Qualifizierung als Körperschaft des öffentlichen Rechts die Tatsache, daß diese der Jurisdiktion eines Pfarrers auf Dauer unterstellt ist. Für die Verwaltung zeitigt dies die rechtliche Konsequenz, daß die Organe (Stiftungsrat und Pfarrgemeinderat) gemäß § 6 der Wahlordnung der Pfarrgemeinderäte und nach § 2 der Satzung PGR 76 zu bestellen sind (also wie in einer selbständigen Kirchengemeinde), wodurch der Pfarrer in zwei Gemeinden Stiftungsratsvorsitzender und stellvertretendes Pfarrgemeinderatsvorstandsmitglied ist. Die Aufgaben dieses Pfarrgemeinderates sind auf die speziellen Belange des Teilortes insbesondere für Aufgaben nach § 9, Abs. 1 PGR 76 beschränkt. Lediglich die mit der höchsten Stimmenzahl gewählten Mitglieder dieses Teilortpfarrgemeinderates sind gleichzeitig Mitglieder des Pfarrgemeinderates der Pfarrei, auf die der Geistliche investiert ist. Dieser " Gesamtpfarrgemeinderat " hat

sich gemäß dem § 6, Abs. 4 in Verbindung mit § 6, Abs. 2 WOPGR nach einem bestimmten Zahlenverhältnis, das sich aus der Gläubigenzahl der einzelnen Filialkirchengemeinden untereinander verhältnismäßig ergibt, aus Vertretern der verschiedenen Teilorte (echte Teilortswahl) ³⁰⁵ zu bilden. Die Zahl der Mitglieder des " Gesamtpfarrgemeinderats " selbst ist nicht geregelt; in diesem Fall wird auf die Vorschrift des § 6, Abs. 2 WOPGR zurückzugreifen sein. Um diese Regelung zu verdeutlichen, soll an einem Beispiel die Rechtslage dargelegt werden. Hat die Kirchengemeinde A 1 000 Gläubige, die Filialkirchengemeinde B 500 Gläubige, so umfaßt der Pfarrgemeinderat A nach § 2 PGR 76 sechs Mitglieder und die Filialkirchengemeinde B ebenfalls. In den " Gesamtpfarrgemeinderat " sind nach § 2, Abs. 3 acht Mitglieder zu wählen. Da gemäß § 6 WOPGR die Gläubigenzahl verhältnismäßig berücksichtigt wird, sendet die Kirchengemeinde A $\frac{2}{3}$, also fünf, und die Filialkirchengemeinde B $\frac{1}{3}$, also drei, und zwar diejenigen mit der höchsten Stimmenzahl ihres Pfarrgemeinderats gewählten Mitglieder in den " Gesamtpfarrgemeinderat ".

Besteht eine Pfarrgemeinde aus einer unselbständigen Kirchengemeinde und einer oder mehreren unselbständigen Filialgemeinden bzw. nur aus unselbständig räumlich verteilten Filialgemeinden, so können die Gläubigen entweder den Pfarrgemeinderat nach der allgemeinen Regelung oder nach dem bereits dargestellten Prinzip der echten Teilortswahl wählen (§ 6, Abs. 2 WOPGR). Dann jedoch, wenn zu einer unselbständigen Filialgemeinde eine rechtsfähige Stiftung gehört (Kirchenfonds), muß das Prinzip der echten Teilortswahl gemäß § 6, Abs. 4 WOPGR Anwendung finden.

305 vgl. Kunze-Schmidt-Rehm II³, Bd. I, § 27, S. 325 f.

Zur gemeinsamen Ausübung des Besteuerungsrechts und zur Erfüllung sonstiger gemeinsamer Aufgaben können durch Beschluß der Pfarrgemeinderäte mehrere Kirchengemeinden zu einer Gesamtkirchengemeinde zusammengeschlossen werden, wenn das Erzbischöfliche Ordinariat dies genehmigt (§§ 1, Abs. 2, 24, Abs. 3 KistG in Verbindung mit § 20 KistO). Die Gesamtkirchengemeinde kann daneben auch durch Erzbischöfliche Verordnung dann errichtet werden, wenn in einer bürgerlichen Gemeinde mit mehreren Kirchengemeinden ein Zusammenschluß nicht zustande kommt. Die Angelegenheiten der Gesamtkirchengemeinden werden aufgrund einer Satzung geregelt, die erschöpfend die gemeinsamen Aufgaben beschreiben muß. Sie wird von einer gemeinsamen Versammlung aller beteiligten Pfarrgemeinderäte erstellt und mit einfacher Mehrheit beschlossen. Nach Genehmigung der Satzung durch das Erzbischöfliche Ordinariat gemäß § 20, Abs. 2 KistO ist diese wirksam. Änderungen können dann nur noch durch den Gesamtstiftungsrat - gleichfalls nur mit Genehmigung des Erzbischöflichen Ordinariats - wirksam in Kraft treten. Das Organ Gesamtstiftungsrat setzt sich aus allen Stiftungsräten der einzelnen Kirchengemeinden, die zu einer Gesamtkirchengemeinde vereinigt worden sind, zusammen. Ein Gesamtpfarrgemeinderat daneben ist nicht vorgesehen. Sind im Gesamtstiftungsrat mehr als zehn Geistliche bzw. mehr als 40 Laienmitglieder, so wählen diese Geistlichen zehn, die Laien 40 Mitglieder für den Gesamtstiftungsrat aus. Seine Aufgaben sind durch die bereits erläuterten Vorschriften begrenzt und werden im einzelnen durch die Gesamtkirchengemeindesatzung bestimmt.

Auch die Gesamtkirchengemeinden haben nach § 10 KistG in Verbindung mit § 20, Abs. 3 KistO die Pflicht zur Aufstellung von Haushaltsplänen zur Bestimmung der Ausgaben,

die durch die in ihrer Satzung niedergelegten Aufgaben entstehen ³⁰⁶. Einziger Unterschied in der Verwaltung und Rechtsvertretung zu den normalen Kirchengemeinden ist, daß die Beschlußfassung durch den Gesamtstiftungsrat erfolgt, und daß bei dem Vollzug des Haushaltsplanes der Gesamtkirchengemeinde neben dem gewählten Geistlichen als Vorsitzenden und einem stellvertretenden Vorsitzenden der Gesamtstiftungsrat - also die Stiftungsräte aller beteiligten Kirchengemeinden - in dem für die Kirchengemeinden dargelegten Rahmen mitwirken. Hieraus ergibt sich auch hinsichtlich des Einspruchsrechtes des Pfarrvorstandes gegen Beschlüsse des Gesamtstiftungsrats eine Besonderheit, die den Haushalt betreffen. Gemäß § 20, Abs. 3 KistO muß ein Einspruch gegen einen solchen Beschluß von der einfachen Mehrheit der dem Gesamtstiftungsrat angehörenden Geistlichen eingelegt werden. Ein diesbezüglicher Beschluß muß dann in sinngemäßer Anwendung des § 14, Abs. 4 KistO gleichfalls mit 2/3-Mehrheit ergehen, um rechtsverbindlich zu sein.

2. Die Kirchenstiftung

307

(fabrica ecclesiae, Kirchenfabrik, Kirchenfonds)

Unter dem Begriff Kirchenstiftung versteht man die mit Einrichtung einer Kirche ins Dasein tretende juristische Person, die die Aufgabe hat, Trägerin der Rechte und Pflichten zu sein, die sich zufolge der Kirchen-

306 vgl. Richtlinien in Amtsblatt 76, S. 102, Ziff. I

307 ursprünglich Waffenfabrik, später öffentliche Gebäude, sodann Kirchengebäude, insbesondere Vermögensstock für die bauliche Instandhaltung der Kirche

gründung in vermögensrechtlicher Hinsicht ergeben. Sie stellt kanonisch-rechtlich und staatsrechtlich das Subjekt des sog. Gotteshausvermögens dar. Dieses Vermögen teilt sich in das sog. Stammvermögen und das freie Vermögen ³⁰⁸. Unter dem ersteren versteht man die Vermögensmassen, die für dauernd zur unmittelbaren Verwirklichung der elementaren gottesdienstlichen Handlungen bestimmt sind. Dies sind im wesentlichen das Kirchengebäude mit allem Zubehör, sowie die zur Erhaltung und Ausstattung der Kirche und zur Bestreitung der gottesdienstlichen Bedürfnisse dienenden Vermögensstücke (Sachgegenstände wie Altar, Kelohe etc.) ³⁰⁹.

Das freie- oder auch das Wirtschaftsvermögen genannte Gotteshausvermögen besteht in der Hauptsache aus dem anlässlich der Kirchengründung gestifteten Vermögen. Es setzt sich zumeist aus land- oder forstwirtschaftlichem Besitz, bzw. Grund- und Liegenschaften, auch Kapitalien in Form von Anteilscheinen, Spenden und den auf die Stiftung nach der jeweils örtlich bestehenden Regelung entfallenden Stolgebühren (Gebühren für Taufe, Eheschließung etc.) zusammen.

Einschränkungen für die Verwendung ergeben sich insoweit, als nach c 1182 CIC das Stammvermögen grundsätzlich nur zu gottesdienstlichen Zwecken verwendet werden darf. Nur dann, wenn etwa bei Spenden ein anderer Zweck angegeben ist, ist eine andere Verwendung zulässig. Nach den cc 1182 - 1184 CIC ist bestimmungsgemäßer Verwendungszweck des Vermögens der

308 Jone, a.a.O., Kanon 1182, Bd. II, § 169, Ziff. I

309 nach Eichmann-Mörsdorf, a.a.O.

Kirchenstiftung: die Kosten für den Bau und Unterhaltung der Kirche, die Ausrüstung mit evtl. notwendigen Gerätschaften, die Besoldung der Mesner und des Organisten zu tragen ³¹⁰. Noch aus der Zeit vor dem 18. Jahrhundert hatten bis ca. 1948/1949 zahlreiche örtliche Nebenfonds, die in der Regel mit eigener Rechtspersonlichkeit ausgestattet waren, bestanden. Das ihnen gewidmete Vermögen hatte zum Teil einzelne, heute dem Kirchenfonds obliegende Aufgaben ausschließlich zu erfüllen. So bestanden z.B. einzelne Mesnerfonds (auch Mesnerpfründe ³¹¹ genannt) und spezielle Baufonds, die nur dem Bau und der Ausbesserung des Kirchengebäudes - bisweilen auch des Pfarrhauses - zu dienen hatten. Diese Nebenfonds waren durch die Geldentwertung und auch die wirtschaftlichen Verhältnisse zu Anfang des 20. Jahrhunderts in ihrem Vermögensbestand bedeutungslos geworden; in Einzelfällen war die Verwaltung teurer als die Erträge, die sich aus dem Vermögen noch erwirtschaften ließen. Daher begann man seitens der katholischen Kirche schon in den Zwanzigerjahren mit der Planung, die Nebenfonds " rücksichtslos " mit den Kirchenfonds, also den Hauptfonds, zu vereinigen, um so eine Vereinfachung der Vermögensverwaltung zu erreichen ³¹². Die Vereinigung vollzog sich jedoch nur schrittweise und wesentlich langsamer als geplant. Nach einer Bekanntmachung vom 5. Juli 1948, die das Erzbischöfliche Ordinariat im Hin-

310 vgl. Jone, a.a.O., Bd. II, Kanon 1182 ff; Eichmann-Mörsdorf, Bd. II, a.a.O., § 169

311 ihre Verwaltung oblag immer dem Pfarrvorstand bzw. Stiftungsrat wie dem Stelleninhaber

312 vgl. unveröffentlichtes Gutachten Dr. J. Schmitt, Wie kann die kirchliche Vermögensverwaltung in Baden unter Anwendung der Grundsätze des Codex vereinfacht werden ?

blick auf die Währungsreform erließ ³¹³, wurde zunächst den einzelnen Stiftungsräten die Ermächtigung erteilt, örtliche Nebenfonds mit dem Kirchenfonds rechnerisch zu vereinigen, wobei die rechtliche Vereinigung noch vorbehalten wurde. Zu vereinigen waren insoweit Nebenfonds wie Baufonds, Bruderschafts-, Mesner- und Organistenfonds. Zusätzlich war die Vereinigung solcher Fonds nahegelegt worden, die durch Vermögensverfall so bedeutungslos geworden waren, daß sie ihren Aufgaben nicht mehr gerecht werden konnten. Als Beispiel für die Vermögensverhältnisse derartiger Fonds sei der St. Nikolaus Kapellenfonds in Achern erwähnt. Er hatte 1948 ein Vermögen von DM 320,-- und erwirtschaftete jährlich DM 25,-- ³¹⁴. Mit Erlaß des Erzbischöflichen Ordinariats (Erlaß vom 5.8.1949) und mit Genehmigung des Kultusministeriums vom 30.7.1949 wurde für das Land Baden zur Vereinfachung der Verwaltung dann die rechtliche Vereinigung aller kirchlichen Nebenfonds, die keine selbständige Bedeutung hatten, mit dem örtlichen Hauptfonds verfügt. Die Vereinigung erfolgte durch den damals noch bestehenden Erzbischöflichen Oberstiftungsrat, der alle Stiftungsräte, in deren Pfarrbezirk Nebenfonds mit einem Hauptfonds vereinigt wurden, besonders benachrichtigte ³¹⁵. Die Folge der rechtlichen Vereinigung war, daß die mit dem Hauptfonds vereinigten Nebenfonds in diesen aufgingen und ihre eigene Rechtspersönlichkeit verloren. Die Zwecke dieser Nebenfonds waren dann von dem Kirchenfonds selbst zu er-

313 Amtsblatt 48, S. 51 ff.

314 vgl. Akte: Kirchliche Ortsfonds

315 Erlaß des Oberstiftungsrates im Amtsblatt 51, S. 109.

füllen ³¹⁶. Ausgeschlossen von dieser Maßnahme waren die Nebenfonds, die eine rechtliche Bedeutung hatten. Diese bestand zumeist darin, daß das Vermögen dieser Rechtspersönlichkeiten für den Bau und die Unterhaltung von Filialkirchen und Kapellen verwendet wurde (Filialkirchenfonds und Kapellenfonds) ³¹⁷.

2.1. Organe und Verwaltung

2.1.a Nach Kanonischem Recht

Nach Kanonischem Recht vorkonziliarer und vorsynodaler Prägung ist Hauptorgan bei der Verwaltung des Gotteshausvermögens grundsätzlich der Rektor der Kirche (cc 1182 § 1, 1184 CIC). Die genannten Vorschriften eröffnen zusätzlich die Möglichkeit, Geistliche und Laien an der Verwaltung des Gotteshausvermögens zu beteiligen ³¹⁸. Soweit keine teilkirchliche Regelung besteht, werden danach die Ratsmitglieder vom Ortsobershirten bzw. dessen Beauftragten - in der Regel der Ortspfarrer - ernannt. Dem Stiftungsrat kommt insoweit die Funktion eines Beirates zu, und er hat die Pflicht, eine geordnete Verwaltung des Gotteshausvermögens herbeizuführen. Dem gemeinen Recht kommt jedoch nach c 1182 § 2 und § 3 CIC nur subsidiärer Charakter zu; teilkirchliche Regelungen haben insoweit Vorrang.

316 vgl. OStRerlaß und Anweisungen in den Benachrichtigungen

317 zum Bestand der Haupt- und Nebenfonds vgl. Verzeichnis der Ortsfonds in Akte: Kirchliche Ortsfonds

318 vgl. Eichmann-Mörsdorf, a.a.O., Bd. II, § 169 II No. 2

2.1.b Nach Regelung in der Erzdiözese Freiburg

Aus dem eben Dargestellten wird ersichtlich, daß das Kanonische Recht der aufgezeigten Ausformung nur dann zum Zuge kommt, wenn teilkirchliche Regelungen - etwa auf Diözesanebene - nicht bestehen. Grundsätzlich ist jedoch davon auszugehen, daß die wesentlichen Bestimmungen, allen voran diejenigen, die sich aus dem hierarchischen Aufbau der Kirche ergeben, zumindest ihrem Geiste nach unberührt zu bleiben haben ³¹⁹.

Das diözesane Recht sieht vor, daß für die Kirchengemeinde insgesamt ein einheitlicher Haushaltsplan aufgestellt wird. Rechtsgrundlage hierfür ist ein jeweils auf zwei Haushaltsjahre befristeter Ordinariatserlaß, der den Umfang, Inhalt und Ausführung dieses Haushaltsplanes exakt vorschreibt, und der jeweils für zwei Haushaltsjahre verbindliche Richtlinien zur Erhebung der Kirchensteuer aufstellt ³²⁰. Bis zum Jahre 1976 ausschließlich, umfaßte der Kirchengemeindehaushaltsplan nach den entsprechenden Richtlinien ³²¹ neben einzelnen getrennt aufzustellenden Haushaltsplänen (Kindergärten) den sog. Hauptteil, der im wesentlichen den Kirchensteueranteil, den Kassenvorrat und die Kapitalzinsen aus vorübergehenden Kapitalanlagen der Kirchengemeinde auf der Habenseite und die aus Verpflichtungen entstandenen Auslagen auf der Sollseite auswies. Für den Kirchenfonds, aus dessen Vermögen alle örtlichen, kirchlichen Bedürfnisse wie bereits beschrieben zu befriedigen waren, war

319 in diesem Sinne Eichmann-Mörsdorf, a.a.O., Bd. II, § 169 II

320 vgl. Ordinariatserlaß No. 62 vom 24.3.76, Amtsblatt 76, S. 102

321 vgl. Ordinariatserlaß No. 83 vom 7.5.73 für die Jahre 72/73, die 74/75 unverändert übernommen wurden; Amtsblatt 1973, S. 252, Teil B, Ziff.2,3,4

danach ³²² ausdrücklich ein eigener Haushaltsplan aufzustellen. Trotz dieser Regelung war eine vollständige Trennung der Haushalte nicht gegeben. Zwar wurde der Fehlbetrag des Kirchenfonds im Kirchengemeindehaushalt auf der Sollseite verbucht und ggf. durch diesen gedeckt, aber bei Kirchengemeinden, die zum Vollzug ihres Haushalts Mittel aus dem Ausgleichsstock beanspruchten, und deren Kirchenfonds auf der Habenseite in dessen Haushaltsplan mehr als DM 3 000,-- aufwies, mußten diese Beträge gleichzeitig auf der Habenseite des Kirchengemeindehaushaltsplanes gebucht werden. Diese Regelung erwies sich verwaltungstechnisch als recht kompliziert, da die doppelte Haushaltsführung von beiden Rechtssubjekten zudem noch getrennte Formulare erforderte. Erst 1976/1977 trafen die entsprechenden Haushaltsrichtlinien ³²³ unter Ziff. V. Nr. 2 die Anordnung, daß ab 1. Januar 1976 die Rechnungen der kirchlichen Fonds und der Kirchengemeinde aufgrund eines vorangegangenen Ordinariatserlasses vom 17.10.1975 rechnerisch zu vereinigen waren ³²⁴. Dies führte zu "einer erheblichen Verwaltungsvereinfachung und damit zu einer Entlastung des Pfarrvorstandes" ³²⁵. Die Erträge und Ausgaben des kirchlichen Fonds waren damit nach Aufstellung und Vorberatung des Kirchengemeindehaushaltes in dessen Rahmen dem feststellenden Beschluß des Pfarrgemeinderates unterworfen. Grundsätzlich erfolgt damit die Vermögensverwaltung hinsichtlich der Ausgabenplanung zusammen mit dem gesamten Vermögen der Kirchengemeinde. Damit erfolgt die Verwaltung des Kirchenfondsvermögens auf die gleiche Art wie die des Kirchengemeindevermögens selbst.

322 Ordinariatserlaß No. 83, Amtsblatt 73, S. 252 (254), Teil B, Ziff. 2a

323 Richtlinien zur Aufstellung der Haushaltspläne der kath. Kirchengemeinden der Erzdiözese für d. Jahre 76/77, Amtsblatt 76, S. 102 ff.

324 Amtsblatt 75, S. 419

325 Amtsblatt 76, S. 103, Ziff. 3

2.2. Sonderregelungen

Besonderheiten bei der Verwaltung des Kirchenfondsvermögens ergeben sich aus der speziellen Zwecksetzung dieses Vermögens. Da diese auch sämtliche Angelegenheiten umfaßt, die zum Ablauf von gottesdienstlichen Handlungen erforderlich sind, werden Verträge mit örtlichen Kirchenbediensteten, die zur Erfüllung eben dieses Zwecks beitragen, zwischen dem Kirchenfonds und diesen Bediensteten geschlossen. Exakt vorgeschrieben wurden die Kompetenzen für die Verträge, die das Dienstverhältnis der Organisten und anderer örtlicher Bediensteten betreffen, durch einen Ordinariats-erlaß ³²⁶, der die Berufung und Entlassung derartiger Kräfte aufgrund des § 6 der Vermögenssatzung 1958 ausschließlich dem Pfarrer zuwies. Unklar ist jedoch, ob der genannte Erlaß den Pfarrer ermächtigt, eine solche Stelle aus eigenem Recht im Haushalt zu schaffen, oder aber ihm nur das Recht der Auswahl aus den zur Verfügung stehenden Bewerbern zuerkannte. Könnte der Pfarrer eine solche Stelle aus eigenem Recht schaffen, so hat dies die Konsequenz, daß § 9 PGR 76 und § 5, Abs. 2 der Vermögensverordnung 1958 dahin eingeschränkt werden, daß weder der Pfarrgemeinderat noch der Stiftungsrat ihre Zustimmung beim Abschluß von Arbeitsverträgen dieser Personen abgeben müssen, obwohl es sich hierbei um die Übernahme einer rechtlichen Verpflichtung zu Lasten des Kirchenfonds handelt. Bedenklich an einer derartigen Auslegung des Erlasses wäre, daß sowohl die Vermögensverordnung 1958 als auch die Satzung der Pfarrgemeinderäte formelles Satzungsrecht sind, das grundsätzlich durch einen nicht vom Erzbischof unterschriebenen Ordinariats-

326

Amtsblatt 66, S. 116; vgl. aber hinsichtlich der Vertragsinhalte die Arbeitsvertrags- und Vergütungsordnung für den kirchlichen Dienst in der Erzdiözese Freiburg, Amtsblatt 76, S. 516

erlaß nicht abgeändert werden kann. Aus dem Wortlaut des genannten Erlasses selbst ergibt sich keine abändernde Funktion; eine ausdrückliche Aufhebung dieses genannten Satzungsrechts liegt nicht vor. Aus dem Inhalt und Zweck ergibt sich vielmehr, daß es sich hierbei um eine Verwaltungsanordnung bzw. Verwaltungsvorschrift zur Interpretation der Satzung handelt. § 5 der Vermögensverordnung 1958 muß demnach bei richtiger Auslegung unangetastet bleiben, was zur Folge hat, daß die Errichtung einer Stelle im Haushaltsplan der Kirchengemeinde weiterhin dem zuständigen Pfarrgemeinderat überlassen bleibt, während jedoch der Pfarrer die Möglichkeit und das Recht der Auswahl innehat. Über die Frage des " Ob " entscheidet damit das nach der Vermögenssatzung und der Vermögensverordnung 1958 zuständige Gremium; die Frage des " Wer " obliegt ausschließlich dem Pfarrvorstand im positiven wie im negativen Sinn (Einstellung und Kündigung) Die so getroffene Regelung der arbeitsrechtlichen Fragen der örtlichen, kirchlichen Bediensteten enthält auf diese Weise eine erschöpfende Regelung für alle Bereiche. Anlässlich aufgetretener Schwierigkeiten wurden jedoch für den Mesner eigene, spezielle Regelungen in der Dienst- und Vergütungsordnung für Mesner ²⁷ (im folgenden DVMO) getroffen, wonach die eben erwähnte Regelung für den Mesnerberuf nicht mehr maßgebend ist.

Die DVMO regelt neben der genauen Abgrenzung der Aufgabenbereiche, der Voraussetzungen des Dienstverhältnisses im allgemeinen und im besonderen in Abschnitt III. § 7 die Rechtsverhältnisse dieses Bediensteten im Verhältnis zur Kirchenstiftung bzw. Kirchengemeinde.

Anstellungsträger bzw. Vertragspartner ist der Kirchen-

fonds; (§ 7, Satz 1 DVMO) ist ein solcher nicht vorhanden, ist dies die Kirchengemeinde. Hierbei ist zu beachten, daß dann, wenn in einer Kirchengemeinde ein Kirchenfonds besteht, dieser vorrangig als Anstellungsträger in Anspruch genommen werden muß, und erst in zweiter Linie die Kirchengemeinde als Rechtssubjekt in Anspruch genommen werden kann. Dies ergibt sich insbesondere aus der kanonischen Regelung (cc 1182 ff. CIC, ³²⁸ wonach das Kirchenfondsvermögen zweckgebunden für die Erfüllung gottesdienstlicher Handlungen, zu denen der Mesner im wesentlichen beiträgt, verwendet werden muß ³²⁹. Hinsichtlich des Kirchengemeindevermögens, das wie gezeigt im wesentlichen aus dem vom Bischof an die Kirchengemeinden abgetretenen Steuern und Abgaben besteht, liegt eine derartige Zweckbestimmung nicht vor, so daß eine Inanspruchnahme des Kirchengemeindevermögens für die Besoldung des Mesners nur in zweiter Linie in Frage kommt (wenn kein Fonds existiert).

§ 7, Satz 2 DVMO regelt des weiteren, daß der Arbeitsvertrag durch den Stiftungsrat abzuschließen ist, der die Durchführungs- und Vergütungsordnung zum Gegenstand des Arbeitsvertrages zu machen hat. Wirksam wird der Dienstvertrag mit dem Bediensteten jedoch erst, wenn er vom Erzbischöflichen Ordinariat genehmigt worden ist. Durch diese Regelung teilt sich die Einstellung eines solchen kirchlichen Bediensteten wiederum in zwei Abschnitte. Zunächst muß der Pfarrgemeinderat im Haushaltsbeschluß die Stelle besoldungsmäßig festsetzen; danach

328 Eichmann-Mörsdorf, § 169, Bd. II; die gleiche Regelung auch auf diözesaner Ebene, vgl. § 1 der erzbischöflichen Satzung der röm.-kath. Kirchenfonds (Kapellenfonds) in Baden vom 21.12.1942, Amtsblatt 43, S. 250

329 § 1, Satz 1 der genannten Satzung: ... und hat ... die kirchlichen Bediensteten zu besolden.

erfolgt durch Beschluß des Stiftungsrates nach Genehmigung des Dienstvertrages durch das Erzbischöfliche Ordinariat die rechtswirksame Einstellung. Anzumerken ist an dieser Stelle, daß die Rechtswirksamkeit eines Anstellungsvertrages, der vom Stiftungsrat beschlossen wurde und dem das Erzbischöfliche Ordinariat zugestimmt hat, von einem etwa fehlenden Haushaltsbeschluß nicht berührt wird. Dieser Fall wird in der Praxis selten eintreten, da das Erzbischöfliche Ordinariat in der Regel einem Dienstvertrag nur dann zustimmt, wenn eine Stellungnahme des Pfarrgemeinderates und eine Sicherstellung im Haushaltsplan der Kirchengemeinde vorliegt.

Hinsichtlich der Entlassung eines Mesners bestimmt die DVMO nichts, was in der Praxis gelegentlich zu Schwierigkeiten geführt hat ³³⁰. Eine Kündigung eines Arbeitsverhältnisses stellt nach § 5 der Vermögensverordnung 1958 keine verpflichtende, sondern eine entpflichtende Dekretur dar. Danach könnte, wendete man lediglich dieses Satzungsrecht an, der Pfarrvorstand gemäß § 6 der Vermögenssatzung 1958 die Kündigung in seiner Eigenschaft als Pfarrvorstand rechtswirksam erklären. Auf der anderen Seite könnte aus der Vorschrift des § 7, Satz 2 DVMO, die dem Stiftungsrat den Abschluß des Arbeitsvertrages zuweist, zu schließen sein, daß diese Vorschrift insoweit auch den actus contrarius der Einstellung, die Kündigung, in den Kompetenzbereich des Stiftungsrates zieht. Von dieser Auffassung geht zum Teil die Rechtsprechung aus, wobei sie für eine rechtswirksame Kündigung zumindest die Unterschrift des Pfarrers in seiner

330 vgl. Urteil des ArbG Lörrach, Außenstelle Radolfzell, AZ: 9 Sa 32/76, unveröffentlicht, und Berufungsentscheidung des LAG Baden-Württemberg, AZ: 4 Ca 684/75 (vgl. Anhang)

Eigenschaft als Vorsitzender des Stiftungsrates fordert ³³¹. So wurde eine Kündigung für rechtsunwirksam erachtet, die vom Pfarrer " nicht in seiner Eigenschaft als Vorsitzender des Stiftungsrates, sondern als Leiter des Pfarramtes " unterschrieben wurde ³³².

Nach Berücksichtigung der maßgebenden Vorschriften (der Vermögenssatzung und der Vermögensverordnung 1958, § 7 DVMO) ³³³, die den Vertragsabschluß dem Stiftungsrat zuweisen, ist mangels einer Regelung in der Dienst- und Vergütungsordnung für Mesner im Falle der Kündigung ausschließlich von den Vorschriften der Vermögenssatzung und der Vermögensverordnung auszugehen. Hiermit ergibt sich für den Einzelfall, daß eine Kündigung als Dekretur, die keine Übernahme von rechtsverbindlichen Verpflichtungen darstellt, lediglich der Unterschrift des " Pfarrvorstandes " nach § 6 der Vermögenssatzung 1958 in Verbindung mit § 1 der Vermögensverordnung 1958 bedarf. Der Pfarrer hat damit die Kündigung nicht als Vorsitzender des Stiftungsrates - diesem obliegt die Entlassung nicht -, sondern nach der Vermögenssatzung und der Vermögensverordnung als Pfarrvorstand vorzunehmen. Damit ergibt sich zunächst eine Besonderheit: zur Rechtsgültigkeit eines Anstellungsvertrages mit einem Mesner ist erforderlich, daß der Pfarrvorstand als Vorsitzender des Stiftungsrates neben zwei weiteren Stiftungsratsmitgliedern den Arbeitsvertrag unterschreibt, das Pfarrsiegel anbringt und der Vertrag vom Erzbischöflichen Ordinariat genehmigt wird.

Eine Kündigung im Außenverhältnis ist wirksam, wenn der Pfarrer in seiner Eigenschaft als Pfarrvorstand, d.h.

³³¹ vgl. Urteil des LAG, a.a.O.

³³² LAG Baden-Württemberg, AZ: 4 Ca 684/75

³³³ vgl. Abschnitt Stiftungsrat

als Verwalter des Ortskirchenvermögens nach § 6 der Vermögenssatzung 1958, die Kündigung unterschreibt. Die Schriftform ist erforderlich, da auch der actus contrarius der Arbeitsvertrag selbst, schriftlich abgefaßt sein muß ³³⁴.

Auch für Gesamtkirchengemeinden, Filialkirchengemeinden und Filialgemeinden mit eigener ortskirchlicher Stiftung ist § 6 der Vermögenssatzung 1958 maßgebend, der zunächst den Pfarrvorstand zur Rechtsvertretung und Verwaltung als Organ beruft. Die Aufgaben des Stiftungsrates und des Pfarrgemeinderates hinsichtlich der selbständigen Kirchenstiftung sind in allen Fällen mit der allgemeinen bisher dargestellten Regelung identisch. Lediglich bei der rechtlich unselbständigen Filialgemeinde mit rechtlich selbständigem " Filialkirchenfonds " gilt hinsichtlich der Zusammensetzung des Stiftungsrates eine Besonderheit, da kein eigener Pfarrgemeinderat vorhanden ist, aus dem ein Stiftungsrat gewählt werden könnte. Hier wird zusammen mit der eigentlichen Gemeinde ein einheitlicher Pfarrgemeinderat und ein einheitlicher Stiftungsrat gemäß § 6, Abs. 4 WOPGR 1976 gewählt, der in dieser Eigenschaft Organ der jeweiligen mit eigener Rechtspersönlichkeit ausgestatteten Filialfonds und der gesamten Kirchengemeinde ist.

In diesem Zusammenhang wurde vom Landesarbeitsgericht Baden-Württemberg die Feststellung getroffen, daß die Verwaltung des Kirchengemeindevermögens, des Kirchenfondsvermögens und des Filialkirchenfondsvermögens nach § 23, Abs. 1 KschG als " einheitliche Verwaltung " zu gelten habe. Damit zieht das Gericht bei der Frage, ob das Kündigungsschutzgesetz eingreift oder nicht, die Anzahl

334 § 125 BGB, vgl. Palandt, Anm. 1 zu § 125 BGB

aller in den jeweiligen juristischen Personen beschäftigten Arbeitnehmer heran. Begründet wird dies damit, daß " die rechtliche Selbständigkeit des einzelnen in der betreffenden Filialkirche bestehenden Fonds " nicht darüber hinwegtäuschen könnte, " daß es sich um eine große, alle Filialkirchen umfassende Pfarrgemeinde handle" 334a. Wenn demnach im Dienste der ganzen Pfarrgemeinde die Verpflichtungen für einen einzelnen Fonds vorgenommen würden, so könne, um der Verwirklichung des vom Gesetzgeber gewollten Kündigungsschutzes zu entsprechen, bei der Zusammenrechnung der Arbeitnehmer, von der die Anwendbarkeit des ersten Abschnittes des Kündigungsschutzgesetzes abhing, nicht auf den Fonds alleine abgestellt werden, aus dem die Entlohnung des Arbeitnehmers erfolge. Eine abweichende Interpretation würde nach Meinung des Landesarbeitsgerichtes den gesetzgeberischen Schutzzgedanken des Kündigungsschutzgesetzes mißachten. Hierzu ist festzustellen, daß die vom Gericht vorgenommene Interpretation zunächst eine bemerkenswerte Inkonzsequenz aufweist: Eingangs der Urteilsbegründung verlangt das Landesarbeitsgericht entgegen dem öffentlich-rechtlichen Erzbischöflichen Satzungsrecht ausdrücklich für eine wirksame Kündigung, daß namens des Kirchenfonds gekündigt werde; bei der Anwendung des Kündigungsschutzgesetzes spricht es dagegen nur noch von dem Fonds, aus dem die " Entlohnung des Arbeitnehmers " erfolgt. Maßgebend ist nach diesem Urteil somit für die Gültigkeit der Kündigungserklärung die korrekte Trennung von Verwalter und Vertragspartner, der bei der Frage der Anwendung des Kündigungsschutzgesetzes jedoch keine Bedeutung mehr zukommt. Maßgebend ist bei der Frage der Anwendung des KschG nicht mehr der rechtlich selbständige Kirchenfonds,

sondern die " ganze Pfarrgemeinde ", als deren " Leiter " der Pfarrer nicht wirksam kündigen können soll.

Hierzu ist zunächst festzustellen, daß die gesetzliche Regelung des § 23, Abs. 1 KschG den allgemeinen Kündigungsschutz und denjenigen der Betriebsverfassung auf alle Betriebe und Verwaltungen ³³⁵ ausdehnt. Der Begriff Betrieb bzw. Unternehmen des § 1 KschG, der insoweit mit dem Begriff des Betriebes, Unternehmen, Verwaltungen des § 23, Abs. 1 KschG identisch ist, ist nach h.M. ³³⁶ auf einen jeweils selbständigen Betrieb bzw. Verwaltung bezogen. Dies bedeutet, daß dann, wenn ein Unternehmen zwei getrennte Unternehmen A und B besitzt und einen Arbeitnehmer, der sechs Monate in Betrieb A beschäftigt hat, in den Betrieb B versetzt und ihm nach zwei Monaten dort kündigt, de jure kein Kündigungsschutz nach dem KschG besteht ³³⁷, weil es sich nicht um denselben Betrieb handelt, obwohl die beiden Betriebe unter einheitlicher Verwaltung stehen. Nur dann, wenn ein Arbeitnehmer - und das ergibt der Wortlaut des § 23, Abs. 1 KschG - in einer etwa bestehenden gemeinsamen Verwaltung beider Betriebe selbst tätig ist, gilt anderes. Grundsätzlich ist jedoch bei dem Arbeitsverhältnis eines Mesners davon auszugehen, daß dieser nicht in der Verwaltung einer Kirchengemeinde mit Filialgemeinden tätig ist, sondern daß er als Angestellter des Kirchenfonds zu rein gottesdienstlichen Zwecken eingesetzt ist. Die Auffassung des Landesarbeitsgerichtes Baden-Württemberg, das bei Kirchengemeinden, die aus mehreren Filialge-

335 Hueck, a.a.O., § 23, Rdnr. 1

336 Hueck, a.a.O., § 1, Rdnr. 28

337 jedoch nach dem Grundsatz von Treue und Glauben, vgl. Hueck, a.a.O., § 1, Rdnr. 28

meinden mit eigener Stiftung bestehen - sollten diese zusammen mehr als fünf Angestellte aufweisen - das Kündigungsschutzgesetz Anwendung finden muß, ist danach rechtlich unhaltbar und für ein Berufungsgericht ungewöhnlich zu werten.

Eine Revision ist nicht erfolgt.

3. Das Benefizium (Pfründestiftung)

3.1. Begriff

Unter einem Benefizium ist nach kirchlichem Recht eine mit dem Kirchenamt verbundene Vermögensmasse zu verstehen, die dem Lebensunterhalt des Amtsinhabers dient und mit dem Amt bleibend verbunden ist ³³⁸. Zur Stellung bzw. Bedeutung des Benefiziums ist festzustellen, daß dieses vom Amt abhängt und nicht umgekehrt (beneficium propter officium). Diese Zweiteilung schlägt sich auch im Aufbau des entsprechenden kanonischen Rechts nieder. Das Kirchenamt als solches ist im Personenrecht ³³⁹ geregelt, während für das bepfründete Kirchenamt zusätzlich Sonderbestimmungen im Sachenrecht (cc 1409 ff. CIC) geregelt sind. Vermögensrechtlich definieren auch cc 1409 ff. CIC das Benefizium als Kirchenamt, das mit einer nutzungsfähigen Vermögensmasse oder wenigstens mit anderen sicheren Erträgen

338 Eichmann-Mörsdorf, Bd. II, a.a.O., § 494 I und § 146 III

339 2. Buch 4. Titel cc 145-195 CIC

bleibend ausgestattet ist und dem Amtsinhaber zum Fruchtgenuß berechtigt ³⁴⁰. Sein Wesen kann zunächst ganz allgemein dahin bestimmt werden, daß es ein Gebilde ist, das sein Dasein den Bestimmungen des positiven Rechts verdankt ³⁴¹. Es unterscheidet sich damit vom nichtbepfändeten Amt, dem bloßen officium, dadurch, daß es einer Errichtung durch kirchlichen Verwaltungsakt bedarf und mit der Errichtung als persona non collegialis die Qualifikation einer juristischen Person kirchlichen Rechts erhält. Seine wesentlichen Bestandteile, das Kirchenamt und das Recht auf die mit dem Amt verbundenen Erträgnisse, der Mitgift, setzen zum einen ein errichtetes Amt und zum anderen einen Vermögensstock voraus. Der erstere Begriff findet sich im kanonischen Recht mit zweierlei Bedeutung, dem Amt im weiteren und im engeren Sinne. Unter einem Kirchenamt im weiteren Sinne versteht man jeden Dienst, der zu einem geistlichen Zweck rechtmäßig ausgeübt wird, wie z.B. das eines Oberen in einer laikalen Ordensgenossenschaft, das eines Küsters, eines Kirchensängers oder Organisten. Im strengen Sinne ist der Begriff als ein " munus ordinatione sive divina sive ecclesiastica stabiliter constitutum ad normam sacrorum canonum conferendum, aliquam saltem secumferens participationem ecclesiasticae potestatis sive ordinis sive iurisdictionis " qualifiziert (c 145 § 1 CIC). Es handelt sich hiermit um ein Amt, das entweder aufgrund bestimmter kirchlicher (" ad normam sacrorum canonum ") Anordnung auf Dauer errichtet ist und Anteil an der Kirchengewalt in kanonisch-rechtlichem Sinne (Weihe oder/

340 Eichmann-Mörsdorf, Bd. II, a.a.O., § 194 I

341 Jone, a.a.O., Bd. II, Kanon 1409; vgl. oben Abschnitt: öffentlich-rechtliche Persönlichkeit

und Jurisdiktionsgewalt) gewährt. Grundsätzlich gilt nach c 145 § 2 CIC, daß der Begriff des Kirchenamtes, sofern er im kanonischen Recht genannt ist, immer das Amt im dargelegten strengen Sinne bezeichnet; Ausnahmen gibt es nur dann, wenn sich dies aus den jeweiligen Vorschriften bzw. dem Zusammenhang ergibt ³⁴². Insoweit ist das Kirchenamt, das mit dem Benefizium verbunden ist, ausschließlich als Amt im strengen Sinne zu verstehen.

Die Ausstattung des Benefiziums (dos beneficii) besteht in der Regel aus Vermögenswerten, die im Eigentum der Pfründestiftung als juristischer Person stehen ³⁴³. Diese Vermögenswerte können aus Immobilien, Mobilien, Wertpapieren oder barem Geld bestehen. Hinzukommen des weiteren dingliche Rechte (Nießbrauch etc.), Spenden der Gläubigen, die ausdrücklich an den Amtsinhaber gehen sollen, neben Stolgebühren (dies sind Leistungen, die aufgrund der Vornahme geistlicher Amtshandlungen mit Gebühren belegt sind) und Choranteilen ³⁴⁴. Zusätzlich kann die Ausstattung in der dauernden Leistung einer Familie oder einer juristischen Person (Staat, bürgerliche Gemeinde, auch Universität ³⁴⁵) bestehen. In der Regel handelt es sich hierbei um anlässlich des Erwerbs des Patronatsrechtes geschuldete sog. Kompetenzen ³⁴⁶. Diese Leistungen müssen bestimmt festliegen und rechtlich geschuldet sein. So beruht z.B. die Ausstattung der Deutschen Bischöfsstühle, der Domkapitel und anderer Benefizien, deren Vermögen von der Säkularisation ergriffen wurde, zum Teil heute noch auf dem Rechtstitel des Reichsdeputationshaupt-

342 Jone, a.a.O., Bd. I, Kanon 145 § 2; Eichmann-Mörsdorf, a.a.O., Bd. I, § 47, Ziff. I 3

343 Eichmann-Mörsdorf, a.a.O., Bd. II, § 194 I 2

344 Eichmann-Mörsdorf, a.a.O., Bd. I, § 78 VI 3

345 vgl. Abschn. Patronat unten; so z.B. die Universität Freiburg, die erst kürzlich diese Leistungspflicht abgelöst hat

346 siehe Abschn.: Patronate

schlusses (§ 35) ³⁴⁷. Im ortskirchlichen Bereich bestehen sog. weltgeistliche Benefizien. Sie sind in der Regel sog. Residentialbenefizien, d.h. sie sind mit der Anwesenheitspflicht verbunden. Die Benefizien sind grundsätzlich unwiderruflich (c 1438 CIC) und sind als Seelsorgebenefizien mit der " cura animarum " verbunden.

3.2. Errichtung

Die Errichtung eines Benefiziums ist an bestimmte Voraussetzungen geknüpft. Zunächst ist erforderlich, daß zu seiner Errichtung ein bestimmtes Bedürfnis besteht. Dies bedeutet, daß die Umstände die Bildung einer Pfarrei erfordern, d.h. daß an einem Ort das Bedürfnis nach einem ständigen Pfarrer bzw. einem Kirchenamtsinhaber besteht. Nur in diesem Falle können die Benefizien ihre kanonisch-rechtlich festgelegte Aufgabe, die in der dauernden Sicherstellung seelsorgerischer und allgemein gottesdienstlicher Arbeit besteht, erfüllen ³⁴⁸ (vgl. cc 1415, 1416 CIC). Weitere Voraussetzung ist, daß bei der Errichtung eine bleibende und hinreichende Ausstattung vorhanden ist, aus deren Erträgen der Lebensunterhalt des Amtsinhabers gesichert ist (c 1415 CIC). Noch vor dem Jahre 1939 ging deshalb der Errichtung eines Benefiziums der sog. Pfarrfonds voraus. Er war in der Regel als Stiftung des öffentlichen Rechtes mit staatlicher Genehmigung nach dem Stiftungsgesetz errichtet worden. Sein Zweck bestand darin, zum einen den Pfarrkuraten zu unterhalten und zum anderen genügend Mittel für den Vermögensstock anzusammeln,

347 zur genaueren Darstellung vgl. J. Schmitt, Ab-
lösung der Staatsleistungen an die Kirchen, a.a.O.

348 Eichmann-Mörsdorf, a.a.O., § 195 II

damit nach Erhebung der Kuratie zur Pfarrei genügend Einkünfte vorhanden waren, um einen ordentlichen Pfarrer zu besolden. Rein rechnerisch ging man in diesem Fall davon aus, daß das Vermögen zu einem solchen Betrag angewachsen sein mußte, daß aus dem Zinsertrag die Besoldung des Pfarrers ³⁴⁹ gesichert war. Da die Aufbringung eines Kapitals in dieser Höhe in den meisten Fällen nur sehr schwer möglich war bzw. Jahrzehnte beansprucht hätte, hat man heute in der Erzdiözese von der Möglichkeit der kanonischen Regelung des c 1415 § 3 CIC Gebrauch gemacht und die Steuerkraft der Diözese als Garant gesetzt ^{349a}. In früheren Zeiten wurde die Ausstattung eines Benefiziums zumeist von privater Seite vollzogen. Diese bestand in der Regel darin, daß Privatpersonen das Kirchen- und Pfarrhausgrundstück neben einem entsprechenden Vermögensstock stifteten. Bisweilen übernahm der Betreffende auch die Verpflichtung zur Zahlung von sog. Kompetenzen (jährlich wiederkehrenden Zahlungen), die an die Liegenschaften des Stifters bzw. an die Personen und Erben des Stifters gebunden waren ³⁵⁰. Hierfür war diesem das Recht zugestanden worden, Bedingungen und Auflagen zu machen (Abhalten von Andachten etc.). Generell bedurfte und bedarf auch heute noch die Annahme der Stiftungen, insbesondere soweit sie Bedingungen und Auflagen enthalten, der Zustimmung des Ortsoberhirten. Nach Zustimmung können diese gültigerweise nicht mehr einseitig aufgehoben oder geändert werden, es sei denn,

349 nach den Unterlagen des Erzb. Ordinariats Freiburg ging man von einem Zinssatz von 4 % aus, so daß bei DM 3 000,-- ein Jahresgehalt von DM 75 000,-- erforderlich war

349a aufgrund einfacher Übung

350 vgl. Jone, a.a.O., Kanon 14,17, Bd. II und Eichmann-Mörsdorf, a.a.O., Bd. II, § 195 III; vgl. auch Abschnitt: Patronate

daß der Hl. Stuhl ³⁵¹ vor Annahme eine Änderung vornimmt, da die Akzeptierung durch den Ortsoberhirten eine vertragliche Bindung bewirkt. Änderungen zugunsten der Kirche können danach nur noch mit Zustimmung des Stifters vorgenommen werden.

3.3. Die Besetzung der Pfründestiftungen in den Ortskirchen

3.3.a Die ' libera collatio ' (freie Besetzung)

Im allgemeinen steht dem Ortsordinarius die freie Verleihung (cc 1431 - 1435 CIC) der Stellen seines Jurisdiktionsbereiches zu. Diese Verleihungsgewalt kann auch vom Generalvikar ausgeübt werden, wenn dieser hierzu nach c 152 CIC ein Spezialmandat erhalten hat. Im Falle einjähriger Sedisvakanz kommt das gleiche Recht dem Kapitularvikar zu (cc 152, 1432 § 2 CIC).

Eine wirksame Verleihung kann nur nach Maßgabe des kanonischen Rechts durch die zuständige kirchliche Autorität erfolgen; eine Verleihung an Laien ist nicht möglich, da das Kirchenamt im strengen Sinne voraussetzt, daß der Inhaber entweder die Weihe oder die kirchliche Jurisdiktionsgewalt besitzt, die jedoch nur Kleriker ausüben können.

351 Eichmann-Mörsdorf, a.a.O., Bd. II, § 196 III

3.3.b Die ' collatio necessaria ' (gebundene Verleihung)

Ihr Wesen wird dadurch bestimmt, daß dem verleihungsberechtigten Oberen ein Vorschlag zur Besetzung eines bestimmten Amtes gemacht wird und der Obere rechtlich verpflichtet ist, dem so Vorgeschlagenen das Amt zu übertragen, wenn dieser die objektiven Zulassungsvoraussetzungen erfüllt ³⁵².

Der rechtsverbindliche Vorschlag erfolgt in der Regel aufgrund eines Wahl-, Präsentations- oder Nominationsrechtes ³⁵³. Im ortskirchlichen Bereich handelt es sich zumeist um das auf dem sog. Patronatsrecht beruhende Präsentationsrecht, das für sog. niedere Kirchenämter (Pfarramt) verliehen wird. Beim Nominationsrecht (nominatio regia) handelt es sich dagegen um das einem Landesherrn oder einer Regierung durch apostolisches Privileg verliehene Vorschlagsrecht zur Besetzung der Bischofsstühle ³⁵⁴.

- Das Patronatsrecht

Unter dem Begriff des Patronatsrechtes ³⁵⁵ ist die Gesamtheit aller dauernden Rechte und Pflichten zu verstehen, die den Stiftern oder Rechtsnachfolgern einer Kirche, einer Kapelle oder eines Benefiziums kraft kirchlicher Bewilligung zustehen. Es handelt sich um ein Recht (privilegium remuneratorium), das in Anerkennung der oben aufgeführten Leistungen von der Kirche ver-

352 vgl. C 148 Eichmann-Mörsdorf, a.a.O., Bd. I, § 48, Ziff. I No. 2b

353 vgl. hierzu eingehend Eichmann-Mörsdorf, a.a.O.,

354 vgl. Bulle Provida Solersque S. 129

355 Koeniger, a.a.O., § 33 1 und Retzbach, § 125 3

lieden wird. Träger kann jede natürliche oder juristische Person sein. Wichtigstes Recht des Inhabers ist die Befugnis, einen geeigneten Geistlichen zur Neubesetzung eines erledigten Patronatsbenefiziums rechtsverbindlich vorzuschlagen (Präsentationsrecht, vgl. c 1455 CIC). Daneben besteht aus Billigkeitserwägungen zugunsten des Patronatsherrn ein Unterhaltsanspruch, der sich gegen die Kirche oder das Benefizium richtet ³⁵⁶. Dieser Anspruch besteht nur dann, wenn der Inhaber des Patronatsrechtes unverschuldet in Not geraten ist; und er wird insoweit begrenzt, als eine Leistungsverpflichtung der juristischen Person der Kirche, die die ursprüngliche Stiftung empfangen hat, nur besteht, als die Einkünfte aus dem jeweiligen Vermögen Überschüsse aufweisen. Hierbei sind von diesen Einkünften zuvor die Lasten und die Sicherung des standesgemäßen Unterhalts des Benefiziaten bzw. des Gebäudes etc. in Abzug zu bringen. Weiterhin hat der Patron gewisse Ehrenrechte, wie Anbringung des Familienwappens in oder an der Kirche, Vorrang vor den anderen Laien bei gottesdienstlichen Handlungen, einen bevorzugten Platz in der Kirche (Kirchenstuhlrecht) etc.

Eine Einmischung in die geistliche Amtsführung des Pfarrers oder in die Verwaltung des Stiftungsgutes steht dem Patron nicht zu, wiewohl er gemäß c 1469 § 1 Nr. 3 CIC verpflichtet ist, etwa fehlende Einkünfte zu ergänzen ³⁵⁷. Vereinzelte Stimmen in der Literatur räumen ihm jedoch nach dem Recht, das vor Inkrafttreten des Codex Juris Canonici von 1917 galt, das Recht der Einsichtnahme in die Haushaltsführung der von ihm gestifteten Vermögens-

³⁵⁶ maßgebend sind hier die jeweiligen Vereinbarungen

³⁵⁷ vgl. Ansgorge, Baulast, a.a.O., S. 17

massen zu. Seitens der Kirche bestand jedoch " keine Geneigtheit ", solche Einsicht, falls gefordert, zu gestatten ³⁵⁸.

An Pflichten obliegt dem Patron in der Regel die Baulast und die Einkommensergänzung ³⁵⁹. Eine solche Pflicht besteht dann, wenn ein Patronatsrecht auf dem Titel der Erbauung der Kirche oder dem der Ausstattung einer Kirche oder eines Benefiziums beruht (c 1469 CIC). Die Baulast verpflichtet den Patron, diejenigen baulichen Maßnahmen durchführen zu lassen, die nach Auffassung des Ortsobershirten erforderlich sind, um einen ordnungsgemäßen Zustand des jeweiligen Gebäudes zu erhalten. Eine Pflicht zur Ergänzung des Einkommens besteht daneben grundsätzlich dann, wenn die Einkünfte der Kirche oder des Benefiziums so zurückgegangen sind, daß die kirchlichen Aufgaben (Gottesdienst, Besoldung des Benefiziaten) nicht mehr durchgeführt werden können. Zusätzlich bestehen noch Pflichten zur Erfüllung bestimmter Kompetenzen. Es handelt sich hierbei um Lasten, die anlässlich des Erwerbs des Patronatsrechts und in Zusammenhang mit ihm oder hinterher aus diesem als Rechtsgrund entstanden. Sie bestehen nicht generell und allgemein, sondern ihr Vorliegen ist " für jeden einzelnen Fall zu untersuchen " ³⁶⁰. Maßgebend ist insoweit der Erwerbstitel (c 1554 CIC).

Kanonisch-rechtlich anerkannte Titel sind ausschließlich dos (die vermögensrechtliche Ausstattung der Kirche oder Benefiziums), aedificatio (Bestreitung der Baukosten) und fundus (Überlassung des Bauplatzes).

Wichtig sind diese Erwerbstitel insoweit, als derjenige,

358 vgl. in Akte Generalia Patronatsrecht im allgemeinen 1919-1944 dortigen Schriftverkehr

359 Ebers: Die kirchliche Baulast, a.a.O., S. 453-490

360 vgl. Stutz, Gutachten Privatpatronat, S. 19

der ein Patronatsrecht geltend macht, urkundlich oder durch andere anerkannte Beweismittel nachweisen muß, daß das von ihm geltend gemachte Recht auf einem kanonischen Erwerbstitel beruht ³⁶¹.

- Arten der Patronate

Kennzeichen der geschichtlichen Entwicklung des Patronatswesens ist die Reduktion seiner früher bestehenden Artenvielfalt, Insbesondere sind die ehemals zahlreich vorhandenen geistlichen Patronate, die infolge von Inkorporation entstanden sind, fast gänzlich beseitigt; letzte Überreste hiervon finden sich z.B. in St. Peter, wo die Pfarrkirche dem Priesterseminar inkorporiert ist und der vom Erzbischof ernannte Regens gleichzeitig Pfarrektor der Kirche ist ³⁶². Die häufigste Art der heute noch bestehenden Patronatsrechte ist das persönliche Patronat, das einer Person als solcher zusteht ³⁶³. Es steht einer Person ohne Rücksicht auf einen Sachbesitz unmittelbar zu; es ist grundsätzlich frei übertrag- und vererbbar. Eingeschränkt wird diese Bestimmung des c 1449 CIC durch c 1453 CIC, wonach die Übertragung nur mit Zustimmung des Ortsordinarius rechtswirksam erfolgen kann. Ausnahmen hiervon gelten nur dort, wo die Stiftungsbedingungen anderes vorsehen. Die Rechtsnachfolge beim Patronat richtet sich nach der bürgerlich-rechtlichen Erbfolge. Bei Familien- oder Sippenpatronaten gehen die Patronatsrechte bisweilen nur auf einzelne Mitglieder der betreffenden Familie oder Sippe über (Erstgeborene, oder auch nur

361 Mörsdorf, a.a.O., Bd. II, § 198 II u. vgl. Trid. sess. XXV c 9 de ref. in Denzinger. u.a., a.a.O.

362 vgl. Akte Generalia: Patronatsrechte

363 Koeniger, a.a.O., § 33a

männliche Nachkommen) ³⁶⁴. Eine weitere, verbliebene Art, das dingliche Patronat ³⁶⁵, ist, - wie der Name schon sagt - mit einer Sache verbunden; Eigentümer der Sache ist auch der Inhaber des Patronatsrechtes. Dinglich wird dieses Patronat mit Grund und Boden bzw. Gebäuden verbunden. Es teilt das Schicksal der mit ihm verbundenen Sache. Erkennbar kann demnach bei dieser Art das Patronatsrecht auch auf solche Personen übergehen, die im kanonischen Sinne nicht kirchlich rechts- und handlungsfähig sind. Für diesen Fall ist in c 1453 § 3 CIC das Ruhen des Patronatsrechtes vorgesehen. Im Bereich der Erzdiözese ist dies jedoch dann nicht der Fall, wenn beispielsweise ein evangelischer Christ Inhaber des Patronatsrechtes geworden ist.

Zusätzlich bestehen noch weitere Unterteilungen, die sich aus der jeweiligen Besonderheit eines Rechtstitels ergeben. So stehen beispielsweise bei Mitpatronat die Rechte mehreren Personen zur gesamten Hand zu. Das kanonische Recht sieht für diesen Fall für die Präsentation spezielle Regelungen in cc 1458-1463 CIC vor.

Anzumerken ist, daß nach heutigem kirchlichen Recht, dem c 1450 CIC, die Neuverleihung eines Patronatsrechtes verboten ist. Es besteht seitens der Ortsobherhirten lediglich noch die Möglichkeit, Stiftern oder Erbauern von Kirchen nach Maßgabe ihrer Freigebigkeit geistliche Fürbitten auf Zeit oder für immer zu gewähren ³⁶⁶.

Die Entstehung des Patronatsrechtes im süddeutschen Raum ist verständlicherweise aufs engste mit der des Benefi-

³⁶⁴ vgl. Urteil der Rota vom 14.11.1919, AAS 13 (1921) 61 ss

³⁶⁵ vgl. Rosshirt, a.a.O., der noch Mitte des 19. Jahrhunderts die Existenz des dingl. Patronats leugne-

³⁶⁶ Eichmann-Mörsdorf, § 198 II 2 te

zialwesens verknüpft ³⁶⁷. Maßgeblichen Einfluß übte auch hier das Eigenkirchenrecht aus. Aus dem Eigentum an Grund und Boden, auf dem die Kirche erbaut war (fundus), wurde zunächst das Eigentum an der Kirche selbst und weitergehend das Recht der Ernennung des Pfarrers für diese Kirche beansprucht. Dieser rein eigentums-rechtliche Charakter wurde im wesentlichen von der durch die von Gratian ins Leben gerufenen mittelalterlichen Kirchenrechtswissenschaft und der darauf aufbauenden Gesetzgebung der Päpste ³⁶⁸ (insbesondere Alexanders III.) auf das heutige Kirchenpatronatsrecht reduziert. Anstelle des Eigenkirchenrechts ³⁶⁹, das die Herrschaft über die Kirchen zu eigenem Recht zufolge hatte, wurde dieses zum " ius temporale spirituali annexum ", das dem Patron bezüglich des an die Kirche anzustellenden Geistlichen nur noch das Präsentationsrecht beließ, während die Verleihung des Amtes, die Ernennung, dem geistlichen Oberen zukam.

Das " Recht " an der Kirche änderte damit seinen Charakter, es war kein weltliches Recht mehr, sondern ein rein kirchliches geworden. Die übrig gebliebenen Rechte des ursprünglichen Eigentümers waren damit nicht mehr weltlichen Ursprungs, sondern Ausdruck der Erkenntlichkeit der Kirche für die Stiftung der betreffenden kirchlichen Einrichtung gegenüber dem Stifter und dessen Rechtsnachfolgern. Diese Entwicklung erfuhr im 19. Jahrhundert eine wesentliche Wandelung und Veränderung. Nach Verlust der Souveränität der Standesherrn durch den Reichsdeputationshauptschluß von 1803 wurden die Ange-

367 vgl. grundlegend Gönner-Sester, a.a.O.

368 vgl. Schmitt, J., Die Privatpatronate in der Erzdiözese Freiburg, unveröffentlichtes Gutachten

369 U. Stutz, Kann in Baden der Privatpatronat durch Kirchengesetz aufgehoben werden u. sind im Aufhebungs- oder Ablösungsfall die Patronatslasten mit zu berücksichtigen, unveröfftl. Gutachten, S. 1

legenheiten aller mediatisierten Reichsstände durch die badische standesherrliche Verfassung vom 25. August 1807 neu geregelt ³⁷⁰.

§ 41 bestimmte für die Patronate der Standes- und Grundherrschaft, daß diese den Besitz an denjenigen Patronaten haben sollten, "die sich besitzlich und rechtlich hergebracht" hatten. Trotz dieser durch weltliche Gesetzgebung erfolgten Sicherung entthob eine landesherrliche Verfügung vom 5.5.1813 ³⁷¹ die Grund- und Standesherrschaft in Verfolgung des unumschränkten Staatskirchentums ihrer Patronatsrechte zugunsten der Landesherrschaft. Die betroffenen Grundherren widersetzten sich zunächst dieser Regelung, was dazu führte, daß ihnen die Bundesakte ³⁷² in Art. 14 den "ungestörten Besitz der Patronate" wieder zusicherte, "da die Patronate weder zu der Staatsgewalt noch zu den höheren Regierungsrechten gehören". Eine landesherrliche Ausführungsverordnung zu diesem Art. 14 vom 28.12.1815 gab die umstrittenen Patronate in aller Form an die Grund- und Standesherrschaft zurück ³⁷³. Andere Pfarrbenefizien in Baden waren schon vorher sowohl in der alten Markgrafschaft Baden-Durlach als auch in der Markgrafschaft Baden-Baden vom Landesfürsten besetzt worden, wobei dieses Besetzungsrecht der Pfarreien als Ausfluß des "ius circa sacra" und als ein dem Landesherrn zustehendes Recht behandelt wurde. Art. 13 des ersten Konstitutionsediktes ³⁷⁴ bestimmte, daß diejenigen Pfarrstellen, "welche eine eigens dazu gewidmete Pfründe oder sonst vom Staat gesichertes Dienstgehalt haben ... " nicht von der Kirchengewalt besetzt werden sollten, und:

370 Reg. Bl. 1807, S. 141

371 Reg. Bl. 1813, No. 13

372 Bundesakte vom 8.6.1815

373 Reg. Bl. 1815, No. III

374 Reg. Bl. 1807, S. 87

" Diese gebühret dem jeweiligen Staatsregenten in der verfassungsmäßigen Form, soweit nicht durch besonders bestätigte Vorkommnisse der Pfarr- oder Schulsatz von einem Dritten rechtmäßig erworben wird oder ferner zugesichert ist ", und weiter: " Unsere Kirchenherrlichkeit umfaßt das Recht, aus denen von der Kirche fähig erkannten Gliedern zu bestimmten einzelnen Kirchendiensten diejenigen zu benennen, die ... ". Zur Wahrnehmung dieser beanspruchten Rechte war für den katholischen Bekenntnisteil bereits durch das Organisationsedikt vom 4. Februar 1803 die katholische Kirchenkommission in Bruchsal errichtet worden. Im Zuge der liberalen Strömungen des Jahres 1848 kam es zu Versuchen, die Privatpatronate der Standesherrn zu beseitigen. Zunächst wurden durch Gesetz ³⁷⁵ die Patronatsrechte der Herren Fürsten von Fürstenberg und Leiningen aufgehoben, ohne daß dadurch eine Veränderung in dem bisherigen Bestand der Pfründe begründet wurde. Kennzeichnend ist der zweite Abschnitt dieses Gesetzes, das diejenigen Benefizien von der Regelung ausnahm, " wo jedoch eine Last bei Dotierung einer Pfründe für die Ausübung des Patronats übernommen worden sein sollte, verbleibt dasselbe dem Standesherrn, insofern wegen seiner Übernahme nicht eine Vereinbarung zustande kommt. " Im Anschluß an dieses Gesetz wurde am 3.3.1848 ein weiteres Gesetz eingebracht, das als einzige Regelung die Patronatsrechte der Standes- und Grundherren aufhob. Auch hier wurde, wie beim obigen Gesetz, hinsichtlich der Patronate der Fürsten von Fürstenberg und Leiningen, die gleiche Einschränkung für Lastenpatronate getroffen. Das Gesetz wurde jedoch von der ersten

375 Gesetz vom 24.2.1849, Reg. Bl. 1849,
 S. 120

Kammer ³⁷⁶ nicht verabschiedet, da man diese als privatrechtliche Patronate ³⁷⁷ und nicht als Ausfluß der Landeshoheitsrechte oder als Standesrechte betrachtete. Man war in dieser Kammer vielmehr der Überzeugung, daß sie ausschließlich durch Übereinkunft mit der Kirche entstanden waren; wenn sie aufgehoben würden, könnten sie sonach nur an diejenigen zurückfallen, von denen sie ausgegangen seien, nämlich an die Kirche. Im Zuge dieser Auffassung und um zu verhindern, daß die katholische Kirche die Besetzungsrechte zurückerhielt, erfolgte die Wiedereinsetzung der Fürsten zu Fürstenberg und Leiningen durch das am 9.10.1860 erlassene besondere Gesetz vom gleichen Tage: " Die teilweise Aufhebung des Gesetzes vom 24.2. 1849, den Verzicht der Herren Fürsten zu Fürstenberg und von Leiningen auf die Gerichtsbarkeit, Polizei und Patronatsrechte betreffend " ³⁷⁸. Der Erzbischöfliche Stuhl bemühte sich im Anschluß an die diesen Gesetzen vorangegangene Konvention von 1859, diejenigen Patronate, die nach 1803 in die Hände der Standesherrn gekommen waren, wieder zurückzugewinnen bzw. sie in die libera collatio zu überführen. Die Möglichkeit hierzu sah man vor allem darin, daß durch die geschilderten gesetzlichen Regelungen beträchtliche Unklarheiten über den Charakter und Bestand vieler Patronatsrechte bestanden. Dies kommt besonders auch in den §§ 7, 8 des Kirchengesetzes von 1860 zum Ausdruck, das, obwohl es den Kirchen die freie Besetzung der Benefizien zugestand, dies nur " unbeschadet der auf öffentlichen oder Privatrechtstiteln wie insbe-

376 Kommissionsbericht der 1. Kammer; er endete mit dem Antrag, den Gesetzentwurf bis zur Vereinbarung der Kirchenverhältnisse des Landes vorderhand auf sich beruhen zu lassen; in: Annalen bad. Gerichte 1845, S. 333

377 anders J. Schmitt, in: Gutachten Privatpatronate, S.5

378 Reg. Bl. 1860, S. 378

sondere auf den Patronaten beruhenden Befugnisse " einräumte. Eines ließ sich daraus jedoch mit aller Klarheit feststellen: weder vor noch nach Erlaß des Kirchengesetzes konnte die Kirche den Bestand eines Patronatsrechtes oder seinen Inhalt und Umfang einseitig ändern ³⁷⁹; und zwar weder hinsichtlich "öffentlich-rechtlich" als von Staatsregenten bzw. den Grundherren aufgrund ihrer Stellung beanspruchten noch hinsichtlich der auf kanonischen Rechten beruhenden Patronate. Aus diesem Grund kam es zu Vertragsverhandlungen, die seitens der katholischen Kirche nicht vom Heiligen Stuhl selbst geführt worden sind; man überließ dies dem damaligen Erzbischof Hermann von Vicari. Die Verhandlungen mit den Standes- und Grundherren seitens des Erzbischöflichen Stuhls in Freiburg, die in Verträgen mit dem Fürst von Fürstenberg ³⁸⁰, dem Fürsten von Hohenzollern ³⁸¹, dem Freiherrn von und zu Bodman ³⁸², dem Fürsten von Leiningen ³⁸³, dem Fürsten von Löwenstein-Wertheim-Rosenberg ³⁸⁴, dem Fürsten zu Löwenstein-Wertheim-Freudenberg ³⁸⁵, der Markgräflichen Standesherrschaft Baden ³⁸⁶, dem Grafen von Leiningen-Neudena ³⁸⁷ und den Fürsten von Thurn und Taxis ³⁸⁸ mündeten, brachten insoweit eine eindeutige Klärung

der Verhältnisse

- 379 so auch Schmitt, in: Gutachten Privatpatronate, S. 17
- 380 Vertrag vom 24.4.1860, Anz. Bl. 1860, S. 39 und Anz. Bl. 1861, S. 92
- 381 Vertrag vom 20. und 23.1.1857 und 4. bis 20.1. 1867 erzb. Anz. Bl. 1867, S. 9
- 382 Vertrag vom 13.2.1862, Anz. Bl. 1862, S. 18 und 10. bis 18.5.1867, Anz. Bl. 1867, S. 47
- 383 Vertrag vom 20.7.1863, Anz. Bl. 1863
- 384 Vertrag vom 26.7.1863, Anz. Bl. 1863, S. 70
- 385 Vertrag vom 26.7.1863, Anz. Bl. 1863, S. 71
- 386 Vertrag vom 10.6. und 15.9.1880, Anz. Bl. 1880, S. 186
- 387 Vertrag vom 20.5.1880, Anz. Bl. 1880, S. 151
- 388 Vertrag vom 25.4. und 9.5.1861, erzb. Anz. Bl. 1861, S. 51

zustande. Im übrigen erfuhren die Rechtsverhältnisse anderer Patronatsrechte eine eindeutige Klärung durch die Badische Verfassung von 1919. Maßgeblich war insoweit § 18 der Verfassung, der jetzt ohne Einschränkung bestimmte, daß die Kirchenämter durch die Kirche selbst verliehen werden sollten, wobei die ehemals landesherrlichen Patronate ebenso wie die der Standes- und Grundherren, soweit sie nicht nachweisbar auf Privatrechtstiteln beruhten, aufgehoben wurden ³⁸⁹.

Damit bestanden nur noch die von der katholischen Kirche bereits vor 1919 durch Verträge anerkannten Patronate. Durch diese Verfassungsbestimmung kam dem Pfingsten 1918 in Kraft getretenen Codex Juris Canonici hinsichtlich der Rechtsverhältnisse im Patronatswesen entscheidende Bedeutung zu. Eine originäre Neuentstehung durch die drei genannten kanonischen Rechtstitel schloß c 1450 § 1 CIC aus: " nullum patronatus ius ullo titulo constitui posterum valide potest " ³⁹⁰. Bezüglich der bisherigen Inhaber von Patronats- oder wenigstens Präsentationsrechten sollten sich und sollen nach c 1451 CIC die kirchlichen Ortsoberen, also namentlich die Bischöfe, bemühen, diese zu bewegen, das Recht aufzugeben und sich mit den übrigen geistlichen Wohltaten zu begnügen. Gezwungen werden konnten die Inhaber nach dieser Bestimmung zum Verzicht jedoch nicht; nur mit ihrem Einverständnis konnte das Präsentationsrecht aufgehoben werden. In diesem Falle behielten sie - " im Falle der Duldung der zumeist mehr als 100-jährigen Gewohnheiten durch die Deutschen Ordinarien speziell durch den Erzbischof von Freiburg gemäß c 5 CIC

389 Die WRV (Art. 137 Abs. III) ließ nach einmütiger Überzeugung des Verfassungsausschusses (Protokoll S. 201-203), nach der herrschenden Lehre und nach der Rspr. (OVGE 82, 201 ff.) das Patronatsrecht unberührt, vgl. hierzu Anschütz, a.a.O., S. 642

390 vgl. Stutz, Der Geist des CIC zu cc 1450, 1451

auch die Andersgläubigen - im Rahmen und nach Maßgabe von c 1448 f. CIC bzw. cc 1453 ff. CIC ihre Befugnis " 391.

Das Erzbischöfliche Ordinariat in Freiburg hatte demzufolge in seiner Eingabe an das Ministerium des Kultus und des Unterrichts vom 15.2.1919 ³⁹² das rechtmäßig erworbene Patronat als ein wohlerworbenes Recht des Inhabers bezeichnet und den Weg einseitiger Aufhebung gegen den Willen des Berechtigten als für die Kirche ungangbar erklärt. Ausdrücklich bekannte man sich in diesem Schreiben zu dem Grundsatz, das für die Beseitigung rechtmäßig erworbener Patronatsrechte nur der c 1451 CIC vorgesehene Weg freiwilliger Übereinkunft möglich sei. Selbst dann, wenn die Aufhebung des Privatpatronats durch staatliches Gesetz erfolge, so erklärte man, könnten " die Benachteiligten das Recht der Klage ans Geistliche Gericht " in Anspruch nehmen. Das Ergebnis einer solchen Klage hätte anhand der Vorschriften des Codex Juris Canonici wie gezeigt zugunsten der Benachteiligten ausgehen müssen, da für alle Patronatsrechte durch die genannten Verträge ein kanonischer Rechtstitel nachgewiesen war ³⁹³.

Diese Rechtsauffassung des Erzbischöflichen Stuhls in Freiburg wurde unverändert bis zum Jahre 1967 beibehalten. Bezugnehmend auf das 2. Vatikanische Konzil und die am 13. August 1966 von Papst Paul VI. in Ausführung dieses

391 Stutz, in: Gutachten Privatpatronate, S. 5

392 Drucksachen der badischen verfassungsgebenden Nationalversammlung No. 10, S. 54

393 nur unter der Voraussetzung, daß ein solcher Rechtstitel jeweils bestand, hatte sich die Freiburger Kurie überhaupt bereitgefunden, mit den genannten Standes- und Grundherren Abmachungen, die gewisse Patronatsrechte ausdrücklich anerkannten, zu schließen; vgl. Heiner, a.a.O., S. 38 f., S. 48 ff.

Konzildekrets erlassenen Verordnung ³⁹⁴ ließ Erzbischof Hermann Schaufele am 1.3.1967 einen Ordinariatserlaß im Amtsblatt ³⁹⁵ veröffentlichen, wonach "alle Präsentationsrechte, die sich aus bisher bestandenen Patronaten über Pfarreien und Pfründen herleiten, aufgehoben sind". Unterschrieben war dieser Ordinariatserlaß nicht; käme ihm Rechtswirksamkeit zu, hätte dies zur Folge, daß das wichtigste Vorrecht der Betroffenen, das Präsentationsrecht, abgeschafft, jedoch die Pflicht zur Zahlung von Kompetenzen aufrechterhalten worden wäre. Die Rechtsgrundlage, die die Aufhebung nach Auffassung des Erzbischöflichen Stuhls in Freiburg stützen sollte, regelte in § 1 zwar ausdrücklich, daß Privilegien ohne Verpflichtung, die etwa physischen oder moralischen Personen eingeräumt worden waren, für ungültig zu erklären waren, soweit sie die Rechte der Wahlernennung oder Präsentation bezüglich eines Amtes ... mit sich brachten. § 2 dieser Verordnung ³⁹⁶ schränkt diese Anordnung jedoch weitgehendst ein und insoweit sei wegen der exakten Wortwahl das Original zitiert: " Si tamen iura et privilegia, in hac materia constituta fuerint vi conventionis inter Apostolicam Sedem et Nationem aut vi contractus cum personis sive physicis vel moralibus initi, de illorum cessatione cum iis, quorum interest agendum est ". Gerade aber die noch bestehenden Kirchenpatronatsrechte in Baden waren zumeist Lastenpatronate bzw. waren durch die Verträge des Erzbischofs Hermann von Vicari als durch contractus im obigen Sinne abgesicherte Patronate anzusehen. Insoweit erachtet zwar J. Schmitt in seinem Gutachten die Voraussetzung des contractus nicht als gegeben, weil Erzbischof von Vicari die ihm vom Heiligen Stuhl er-

394 Dekret Christus Dominus No. 28, in: Acta Apostolicae Sedis, Bd. 58, 1966, S. 767 (768)

395 Amtsblatt 1967, S. 30 und § 1 der päpstl. Verordnung, abgedruckt in Amtsblatt 1967, S. 30

396 Acta Apostolicae Sedis, Bd. 58/1966, S. 768

teilte Vollmacht überschritten habe, als er die Verhandlungen mit den Privatpatronen 1850 - 1880 geführt hatte. Diese Vollmacht war nach Auffassung Schmitts durch den Inhalt der - gescheiterten-Konvention von 1859, besonderen Einzelanweisungen, der Schreiben der damaligen Kardinäle etc. ³⁹⁷ begrenzt. Dadurch, daß der Erzbischof das in den Begrenzungen zum Ausdruck gekommene Gebot des Papstes, ausschließlich kanonisch gültige Patronate anzuerkennen, gebrochen habe und zum Teil dort, wo er die kanonische Ungültigkeit selbst festgestellt hatte (z. B. bei manchen Patronaten der Fürsten zu Fürstenberg), dennoch Patronate anerkannt habe, um zu einem Vergleich zu kommen, läge insoweit ein verbindlicher Contractus nicht vor. Im übrigen könne eine Vereinbarung zwar beweisen, daß sich ein Patron in einem bestimmten Zeitpunkt im Patronatsbesitz befand. Für diese Tatsache wirke die Vereinbarung zwar als " Documentum " ^{397a}, aber sie selbst erzeuge noch kein Patronatsrecht selbst, sie könne nur mit anderen Tatsachen den Rechtstitel der Unvordenklichkeit begründen. Gemäß c 1510 CIC beträgt die Verjährungsfrist von Eigentumsansprüchen oder Rechtsansprüchen, die gegenüber der Kirche geltend gemacht werden, 30 Jahre. Der Lauf dieser Frist beginnt bei Besitzerlangung der Sache oder mit der erstmaligen Ausübung eines Rechts ³⁹⁸. Hierdurch, und dies muß unter Berücksichtigung der Zeitspanne von mindestens 1880-1967 unzweifelhaft sein, muß selbst dann, wollte man der Rechtsauffassung Schmitts folgen, allen Patronatsrechten, die in den Verträgen des letzten Jahrhunderts als Lastenpatronate anerkannt worden sind, der Rechtstitel der Unvordenklichkeit bzw. der Verjährung nach kanonischem Recht zukommen. Kirchenrechtlich

³⁹⁷ Schmitt, Gutachten Privatpatronat, S. 19 ff.

^{397a} so wörtlich Schmitt, a.a.O., S. 315 ff (d. Begriff ist von Schmitt i.S. des c 1454 "authentic documenta " gebraucht.)

³⁹⁸ Eichmann-Mörsdorf, a.a.O., Bd. II, § 203 IV, Ziff. 2b

stellt die Beseitigung des Präsentationsrechtes danach zum einen einen Verstoß gegen cc 1450, 1451 CIC dar, zum anderen wird § 2 der im Ordinariatserlaß als Rechtsgrundlage zitierten päpstlichen Verordnung " Ecclesiae Sanctae " verletzt. Fraglich ist im weiteren die rechtliche Auswirkung dieses Ergebnisses in der Praxis. Zunächst ist davon auszugehen, daß den Religionsgemeinschaften aufgrund der in Art. 140 GG in Verbindung mit Art. 137, Abs. III WRV eingeräumten Autonomie in innerkirchlichen Angelegenheiten die Patronatsgesetzgebung auf dem Gebiet der lastenfreien, d.h. nicht mit irgendwelchen Verpflichtungen belasteten Patronaten ³⁹⁹ zusteht. Insoweit findet ausschließlich kirchliches Recht Anwendung; es handelt sich insoweit um eine rein innerkirchliche Angelegenheit ⁴⁰⁰. Das Patronatsrecht ist - als rein kirchliches Recht - ein innerhalb der kirchlichen Sphäre liegendes Individualrecht kirchlich-öffentlicher Natur und hat keine im Zivilrecht fußende Berechtigung ⁴⁰¹. Anders ist insoweit die Rechtslage hinsichtlich der sog. Lastenpatronate zu beurteilen, die seitens der kirchlichen Autorität als " Gegenleistung " für von einem Dritten zu erbringende Leistungen gewährt wurden. Die Badische Verfassung von 1919 hob mit § 18 zwar ausdrücklich nur die auf öffentlich-rechtlichen Titeln beruhenden Patronate auf, man hielt - wie Stutz es formuliert ⁴ von

399 brachte jedoch die subsidiäre Baupflicht des Bauedikts 1807, die - weil theoretisch möglich - ein abgelöstes Patronatsrecht zum Lastenpatronat machen kann.

400 vgl. Harder, a.a.O., S. 57 ff; Heckel, a.a.O., S. 124; Wulffen, a.a.O., S. 41 ff.

401 RGZ 15/171; 63/22; 155/335

staatswegen die nachweislichen Privatpatronate auch für die Zukunft aufrecht und sicherte ihnen auch weiter den Staatsschutz zu " ⁴⁰². Soweit danach der Patronatsherr verpflichtet war, als Gegenleistung für die Gewährung des Patronatsrechtes Leistungen zu erbringen, war damit die Möglichkeit der Anrufung der ordentlichen Gerichte gegeben. Insoweit ging man hierbei davon aus, daß dem Privatmann durch die Verfassung die Anerkennung als wohlerworbene Befugnis privatrechtlicher Natur zuteil geworden war, der insoweit nach verfassungsrechtlichen Grundsätzen Schutz zu gewähren war ⁴⁰³. Im Erzbischöflichen Ordinariat in Freiburg war man sich dieser Situation offenkundig bewußt, sonst hätte man in den Verträgen mit den Fürsten zu Fürstenberg und von Hohenzollern wohl kaum den " staatlichen " Rechtsweg ausdrücklich ausgeschlossen und das Geding einer geistlichen Gerichtsbarkeit, dem insoweit der Status einer Schiedsgerichtsklausel zuzumessen ist, vereinbart ⁴⁰⁴. In der Literatur ⁴⁰⁵ wurde im Anschluß hieran die Auffassung vertreten, daß § 18 der Landesverfassung von Baden vom Jahre 1919 die Privatrechtspatronate, die aufgrund des § 13 des Kirchengesetzes von 1860 als solche anerkannt worden waren, als rein kirchenrechtliche Einrichtung mit staatlichem Rechtsschutz zu qualifizieren sind. Diese ausschließliche Einordnung des Privatpatronats in das kanonische Recht ist im Konkordat des Heili-

402 Stutz, Gutachten Privatpatronate, S. 15

403 Stutz, a.a.O., vgl. Gönner-Sester, a.a.O., S. 290

404 vgl. Schmitt, Gutachten Privatpatronate, S. 141

405 Schmitt, Gutachten Privatpatronate, S. 143

gen Stuhles mit dem Freistaat Baden vom Jahre 1932 offenkundig nicht nachvollzogen worden. Zwar spricht Art. 4, Abs. 2 des Konkordats ausdrücklich von dem auf " Privatrechtstiteln " beruhenden Patronaten, welche künftig den zur Zeit geltenden Bestimmungen des kirchlichen Gesetzbuches unterstehen sollen, jedoch wird durch diesen Artikel lediglich bestätigt, daß das öffentlich-rechtliche Patronatsrecht bezüglich der Verleihung von Pfarreien und anderen kirchlichen Ämtern erloschen ist. Soweit das Konkordat die Vereinbarung traf ⁴⁰⁶, daß sich die auf Privatrechtstiteln beruhenden Patronate nach den zur jeweiligen Zeit geltenden Bestimmungen des kirchlichen Gesetzbuches richten sollten, ist dies dahingehend zu präzisieren, daß der Codex Juris Canonici für den Inhalt und Umfang der Patronatsrechte maßgebend zu sein hatte, während für die Patronatspflichten diese Funktion dem staatlichen Privatrecht zukommen sollte. Streng zu trennen von der Feststellung der jeweils maßgebenden Vorschriften ist jedoch in diesem Zusammenhang die Frage des Rechtsweges. Nach h.M. in Literatur und Rechtsprechung ⁴⁰⁷ ist das Patronatsrecht zunächst als streng einheitliches Institut, als Inbegriff von unlösbar miteinander verbundenen Rechten und Pflichten zu qualifizieren. Eine Teilung der - in Abweichung vom Codex Juris Canonici getroffenen Regelung - Gesetzes- und Jurisdiktionskompetenz etwa in der Weise, daß den Kirchen die Entscheidung über den Inhalt und Umfang der Patronats-

⁴⁰⁶ Wenner, J. a.a.O.

⁴⁰⁷ Harder, a.a.O., S. 64 ff; Heckel, a.a.O., S. 124; Wulffen, a.a.O., S. 48 für § 577 II ALR, dem jedoch hinsichtlich der Auffassung des Patronatsrechtes als untrennbare Einheit auch hier Zustimmung zu zollen ist.

rechte zusteht, der staatlichen Gerichtsbarkeit die der Patronatspflichten - ist danach ausgeschlossen ⁴⁰⁸.

Für den badischen Bereich ist anhand des Konkordats und der bei Abschluß dieses völkerrechtlichen Vertrages maßgebenden Rechtslage davon auszugehen, daß die Zuständigkeit der Zivilgerichtsbarkeit sich folgerichtig nicht nur auf die Entscheidung über das Bestehen eines Patronatsrechts insgesamt erstreckt, sondern auch die Beurteilung des Umfangs und Inhalt sowie Bedingungen seiner Ausübung zulässig ist ⁴⁰⁹. Dies muß aus Gründen der Effektivität des Rechtsschutzes gelten. Staatliche Gerichte müssen gerade auch die Anspruchsvoraussetzungen, die - wie das Patronatsrecht - eigenständig kirchlichen Rechtsvorschriften unterliegen, einer inzidenten Prüfung unterziehen können. Wollte man dies nicht einräumen, hätte zum Beispiel ein Gericht nur darüber zu entscheiden, ob die Kompetenzzahlungen eines Lastenpatronats vom Patronatsherrn zu entrichten sind, ohne die kirchenrechtliche Anspruchsgrundlage - ob z.B. die Ausübung der Patronatsrechte noch gewährt wird - mit überprüfen zu können. Eine Rechtsprechung, die nur und ausschließlich zivilrechtliche Ansprüche der Kirche gegen einen Privaten zum Gegenstand hätte, ist danach ausgeschlossen. Damit entsteht - die etwas befremdliche - Situation, daß staatliche Gerichte Vorschriften des eigenständigen kirchlichen Rechts " soweit sie Tatbestandsvoraussetzung der überprüften vermögensrechtlichen Ansprüche bilden " in die rechtliche Untersuchung inzidenter einzubeziehen haben und der Entscheidung zugrunde legen müssen ⁴¹⁰. Eine richterliche Ent-

408 vgl. Jurina, a.a.O., S. 144;

409 Jurina, a.a.O., S. 144

410 Jurina, a.a.O., S. 144, Fußn. 31; H. Weber, a.a.O., S. 147; Retzbach, a.a.O., § 132, Abs. 2

scheidung könnte mithin nach der bestehenden Tatsachen- und Rechtslage die Erzdiözese Freiburg in letzter Konsequenz verurteilen, einem Kläger die sich aus dem Patronatsrecht ergebenden Rechte - insbesondere das Präsentationsrecht - zu gewähren, oder in umgekehrtem Falle den Patronatsherrn bestimmte Verpflichtungen aufzuerlegen ^{410a}.

3.4. Die Verwaltung des Pfründevermögens

Nach c 1523 CIC ist der Pfründeinhaber als Verwalter des Vermögens bestellt. Er ist Nutznießer (Nießbraucher) der Güter und des Vermögens, aber nicht Eigentümer. Einkünfte, mit denen eine Substanzminderung des Grundstockes verbunden ist, fallen der Pfründe selbst zu und nicht dem Pfründeinhaber (Kaufpreis für Grundstücke etc.) ⁴¹¹. Nach § 5 der Vermögenssatzung von 1958 werden entsprechend der kanonischen Regelung die Pfründen vom Inhaber verwaltet; das Vermögen der erledigten (zeitweise unbesetzten Pfründe durch Pfarrwechsel) verwaltet der Pfarrverweser. Die Verwaltungsbefugnis umfaßt gemäß § 8 der Vermögenssatzung von 1958 grundsätzlich auch die Befugnis zur Rechtsvertretung; eine Mitwirkung von Laien findet nicht statt. Die Pflichten des Pfründeinhabers (Benefiziaten) ergeben sich zunächst allgemein aus c 1523 CIC ⁴¹². Danach ist es grundsätzlich Aufgabe des Vermögensverwalters das Kirchengut seinen Zwecken dienstbar zu machen und seiner Zweckbestimmung zu erhalten. Im besonderen hat der Pfarrvorstand nach § 4 der Vermögensverordnung 1958 i.V.m. c 1523

^{410a} Die Vermögensverwalt. in Patronatspfarreien wird von dem Patronatsrecht selbst nicht wesentlich beeinflusst. Sie entspricht der der Pfarreien mit freier Verleihung. Ein Unterschied besteht nur insoweit, als der Patronatsherr zur Ergänzung verpflichtet ist, wenn die vorhandenen Mittel nicht ausreichen.
vgl. Eichmann-Mörsdorf, § 198 II

⁴¹¹ vgl. Weber, Heinrich, a.a.O.; Jone, Bd. II Kanon 1523

⁴¹² vgl. Perathoner, a.a.O., S. 171 und Eichmann-Mörsdorf, Bd. II, § 204 II

CIC die Vorschriften des staatlichen Rechtes genau zu beachten und daneben die vom Spender oder der rechtmäßigen Obrigkeit auferlegten Verpflichtungen einzuhalten. Eine besondere Pflicht des Benefiziaten besteht nach c 1477 CIC, wonach er kirchenrechtlich verpflichtet ist, die kleineren Reparaturen am Pfarrhaus oder der ihm mit der Pfründe verleihung zugewiesenen Wohnung selbst aus seinem Pfründeeinkommen zu tragen. Er hat hierbei diese Reparaturen möglichst bald vorzunehmen, damit nicht infolge des Aufschubs größere Reparaturen notwendig werden. Auch das Baudikt aus dem Jahre 1808 ⁴¹³, das die Baupflicht an ortskirchlichen Gebäuden umfassend geregelt hat, überträgt in seinen Nebenbestimmungen diese Pflicht dem "Pfarrer, Mesner oder Schullehrer, in der Eigenschaft als Nutznießer oder Mieter ihrer Dienstwohnungen" ⁴¹⁴ in Art. 21, 22 und 27. So bestimmt Art. 21 dieses Gesetzes: "Obwohl der Erbauer auch für die Unterhaltung zu sorgen hat, so leidet jedoch dieses insoweit bei Pfarrhäusern und Kaplanhäusern einen Abfall, daß hier der Pfrundnießer auf seine Kosten diejenigen kleinen Reparationen nehmen muß, welche jeder Bewohner eines Dienst- oder Mietshauses zu tragen nach den Landesgesetzen ⁴¹⁵ schuldig ist, und soll jedoch des Falles derjenige, wer (in dem Sinne des Art. 2 des Gesetzes über die Kirchenherrlichkeiten ⁴¹⁶, Anmerkung des Verfassers) auf Anfangsdiensten steht, 5 Gulden, wer auf

413 Gesetz vom 26. April 1808

414 Stämpf, a.a.O., S. 21

415 für die damalige Zeit LR S. 606
"Hauptausbesserungen sind Herstellung der Hauptmauern und Gewölbe, Einziehung neuer Balken und neue Belegung der Dächer, Wände, Zimmerdecken und Fußböden, in gleichen neue Herstellung Dämme, Grundmauern und Ringmauern. Alle übrigen Ausbesserungen sind solche, welche zur Unterhaltung zu rechnen sind."

416 Dieser Art. des Kirchenlehenherrlichkeitsediktes (Reg.Bl. 1808 No. 12, S. 106) bezeichnet als Anfangsdienste, "welche nicht über 450 fl. eintragen" (Einkommen erbringen); untere Mitteldienste, "welche nicht üb. 750 fl. stehen"; ob. Mitteldienste, "welche nicht üb. 1000 fl. stehen" u. höchste Dienste, "welche die letztgenannte Summe übersteigen".

unterem Mitteldienst ist, 7 Gulden, wer auf oberem Mitteldienst steht, 11 Gulden und wer auf den höchsten Diensten steht, 15 Gulden jährlich, und ein Jahr auf das andere gerechnet und zwar in nöthigen und nützlichen Ausbesserungen, keineswegs in neuen Behaglichkeitsanlagen, beweislich aufwenden; sodaß dasjenige, was er daran versäumt hat, an ihn oder seine Verlassenschaft rechtlich gefordert werden kann, zu welchem Ende bei der Dienststeinweisung eine Baulichkeits-, Beaugenscheinigung und Beschreibung, sofern jeweils bei Gelegenheit einzelne Baubesichtigung vorgehen sollen ". Dieser privatrechtlichen Verpflichtung des Baudikts, das insoweit noch in Geltung steht, kommt auch heute noch - wenn auch eine geringe - Bedeutung zu. Die jeweiligen Summen betragen: 5 fl = 8,57 DM; 7 fl = 12,-- DM; 11 fl = 18,68 DM; 15 fl = 25,71 DM. Diese als " Baukanon " vom Pfründeinhaber erhobene Abgabe wird bis zum heutigen Tage eingezogen und überwacht ⁴¹⁷. So weist noch ein Ordinariats-erlaß ⁴¹⁸ ausdrücklich darauf hin, daß der Baukanon nicht abgeschafft wird, denn

" der von jedem Pfründeinhaber jährlich bar zu entrichtende oder auf notwendige und nützliche Ausbesserungen des Pfründeanwesens nachweisbar zu verwendende Bau-schilling ist eine pfründerechtliche, persönliche Last des jeweiligen Inhabers der Pfründewohnung. " Die Verpflichtung zur Zahlung des Baukanons beruht auf § 21 des Baudikts vom 26.4.1808, dem heute noch rechtliche Geltung zukommt und die dafür bestimmt ist, die Baulast des Baupflichtigen in etwa zu vermindern. Er findet

417 vgl. Ordinariatserlaß No. 1577 vom 24.1.1964 und Amtsblatt 1976, S. 130, wo bei Neuerrichtung einer Pfarrei die Festsetzung des Baukanons ausdrücklich unterblieb.

418 vgl. Bekanntmachung des Oberstiftungsrates vom 13.7.1927, No. 9912, Amtsblatt 1927, S. 89 und Ordinariatserlaß vom 13.3.1933, No. 2775, Amtsblatt 1933, S. 52

seine rechtliche Begründung in § 1041 BGB, wonach dem Nießbraucher einer Sache " Ausbesserungen und Erweiterungen nur insoweit obliegen, " als sie zur gewöhnlichen Unterhaltung der Sache gehören " ⁴¹⁹. Die Heranziehung des § 1041 BGB seitens des Erzbischöflichen Ordinariats zur Anspruchsbegründung ist insoweit unzutreffend, da § 31 m KistG ausdrücklich darauf hinweist, daß dem Baudikt noch rechtliche Geltung zukommt und Art. 86 Abs. II des EGBGB ausdrücklich landesrechtliche Regelungen hinsichtlich des Pfründerechts als vom Bürgerlichen Gesetzbuch unberührt erklärt, und damit allein dem Baudikt diesbezügliche Geltung zukommt. Nach der derzeitigen Übung in der Erzdiözese Freiburg wird der Baukanon auch bei Neuerrichtung einer Pfarrei jeweils in der Erzbischöflichen Errichtungsurkunde festgesetzt; der Betrag beläuft sich seit langem auf DM 25,-- pro Jahr ⁴²⁰. Ausnahmen hiervon werden nur bei den Pfarreien gemacht, die durch Ordensgeistliche besetzt sind. Zahlungspflichtig ist der Pfarrer vom Tage seiner Investitur bis zum Verzicht auf die Pfarrei bzw. bis zu seinem Todestag. Für die Zeit, in der eine Pfarrei erledigt ist, trägt den Baukanon die allgemeine katholische Kirchenkasse. Die Verpflichtung besteht auch dann, wenn dem jeweiligen Amtsinhaber kein Pfarrhaus, aber eine Mietwohnung als Unterkunft zugewiesen worden ist ⁴²¹, für die Zeit jedoch, in der der Pfarrer in einem möblierten Zimmer wohnt ⁴²², ist der Baukanon nicht zu entrichten. Anspruchsberechtigt für den Baukanon ist derjenige, der die Baulast zu tragen hat. Abgesehen von vereinzelt möglichen Ausnahmen ist

419 vgl. Ordinariatserlaß No. 9481 vom 13.10.1966, in dem § 1041 BGB ausdrücklich als " Anspruchsgrundlage " bezeichnet wird.

420 so Stempf, a.a.O., S. 98. Die privatrechtlich begründeten Ansprüche bzw. Verpflichtungen des Baudiktes gelten unvermindert weiter; vgl. Abschnitt Kirchenfabrik

421 dies geht aus der Kirchenfondsabhör No.22586/55 der Jesuitenkirche Mannheim hervor

422 so ersichtlich aus Kirchenfondsabhör No.22239/55 der Gemeinde Heidelberg-Rohrbach

dies in der Regel der jeweilige Heiligen- bzw. Kirchenfonds. Die Oberfinanzdirektion Freiburg und Karlsruhe - zuständig für die Einziehung der Bauschillinge domänenäerarerischer Lastengebäude (Gebäude, bei denen die Baupflicht dem Staat obliegt) hatten in mehreren Stellungnahmen eine Neuregelung des bisher umständlichen Verfahrens über die Erhebung und Abrechnung des Baukanons gegenüber dem Erzbischöflichen Ordinariat als zweckdienlich erachtet. Das Finanzministerium hatte sich, nachdem eine Kontaktaufnahme mit dem Erzbischöflichen Ordinariat in dieser Sache erfolgt war, mit Erlaß vom 27.5. 1966 bereit erklärt, auf die weitere Erhebung des Bauschillings für den Badischen Bereich zu verzichten, wenn und soweit die Stelleninhaber, die in domänenäerarerischen Lastengebäuden wohnten, sich bereit erklären würden, die für den württembergischen Landesteil geltenden Baulastrichtlinien ⁴²³ zu akzeptieren. Diese beinhalten (§ 27) die Übernahme der Kosten von kleineren Schäden und regeln die Kostentragungspflicht für bestimmte Reparaturen detailliert. Hierin ist jedoch - und dort liegt der entscheidende Unterschied zum Baukanon des Baudikts - die Leistungspflicht des Pfarrers nicht auf 25,-- DM jährlich begrenzt, auch besteht nach dem Baudikt nicht die Verpflichtung, kleine Reparaturen selbst zu tragen, der jeweilige Stelleninhaber muß sich lediglich in Form eines Bauschillings an diesen Kosten beteiligen. Eine Einigung konnte diesbezüglich noch nicht erzielt werden, die Verhandlungen sind insoweit abgeschlossen.

423 vgl. Kirchliches Amtsblatt für die Diözese Rottenburg 1958, S. 68 ff.

4. Die Aufsicht über die Verwaltung des Ortskirchenvermögens

Im vermögensrechtlichen Bereich ergeben sich die Aufsichtsrechte des Erzbischofs, die zugleich in privatrechtlicher Hinsicht Wirksamkeitsbedingungen sind, aus der aufgrund § 9 der Vermögenssatzung 1958 erlassenen Vermögensverordnung 1958 (insbesondere die §§ 10, 11 und 12 der Verordnung). Die Genehmigung des Ortsordinarius zur Rechtswirksamkeit von Verfügungen über Vermögen der Kirchengemeinde, der Kirchenstiftung und der Pfründestiftung ist erforderlich ⁴²⁴, wenn es sich bei dieser Verfügung um solche handelt, die den Erwerb, die Belastung, die Veräußerung oder Aufgabe des Grundeigentums bzw. die Änderung, Veräußerung und Aufgabe von Rechten an Grundstücken betreffen. Hinsichtlich der Veräußerung von beweglichen Sachen (Fahrnisgegenstände) ist die Genehmigung erforderlich, wenn diese entweder mehr als DM 1 000,-- Schätzpreis oder künstlerischen, geschichtlichen, Altertums- oder Sammelwert haben bzw. Gegenstände besonderer Verehrung sind. Über Wertpapiere oder Buchforderungen jedweder Art kann grundsätzlich nur mit Genehmigung des Ortsobherhirten rechtswirksam verfügt werden. Daneben bedarf jede unentgeltliche Zuwendung aus kirchlichem Vermögen, die nicht einer sittlichen Pflicht oder einer auf den Anstand zu nehmenden Rücksicht entspringt (z.B. maßvolle Geldbeträge an Hinterbliebene von tragischen Unfall- opfern etc.), gleichfalls der Genehmigung. Im übrigen ist die Genehmigung erforderlich:

424 vgl. OLG Zweibrücken für die Pfarrpfründestiftung in MDR 66, S. 672

- a) bei Verpachtungen oder Vermietungen, die länger als auf 9 Jahre andauern sollen, oder - falls sie im Eigentum der Pfarrpfründestiftung stehen - über die Zeit des Pfründenegenusses des vertragschließenden Pfründenießers hinausgehen sollen (vgl. cc 1532 § 2, 1409 CIC).
- b) Bei Übernahme von einmaligen oder wiederkehrenden Verbindlichkeiten, die mehr als DM 5 000,-- betragen, wenn diese nicht bereits allgemein oder besonders von der Genehmigung des Ortskirchenhaushaltsplanes umfaßt werden.
- c) Zur Aufnahme von Darlehen, aber nur dann, wenn diese nicht zur Tilgung gekündigter Kapitalien aufgenommen werden, oder das Darlehen zur Bestreitung von Ausgaben aufgrund des genehmigten Haushaltsplanes erforderlich ist, wobei insoweit das Darlehen innerhalb der Zeit, für die der Haushaltsplan aufgestellt ist, wieder aus laufenden Einnahmen getilgt wird.
- d) Zur Eingehung von Schuldanerkenntnissen, Schuldversprechen, Bürgschaften jeder Art und Wechselverpflichtungen.
- e) Zur Führung von Prozessen. Eine rechtlich wirksame aktive Prozeßführung kann danach nur vorgenommen werden, wenn die Genehmigung vorliegt. Zustellungen und Versäumnisurteile dagegen ergehen auch ohne diese wirksam.
- f) Zu Vergleichen, Verzichten oder Anerkenntnissen über streitige Ansprüche immer dann, wenn es sich um dingliche (d.h. mit dem Eigentum an Grund und Boden)

verbundene Rechte handelt. Das Genehmigungserfordernis besteht jedoch nur dann, wenn der nachzulassende Wert DM 1 000,-- übersteigt.

- g) Zu Rechtsgeschäften mit einem an der Verwaltung Beteiligten, jedoch nur dann, wenn dieses nicht ausschließlich in der Erfüllung einer Verbindlichkeit besteht (Lohnzahlungen, Erstattung verauslagter Summen, Spesen, Abrechnungen etc.).
- h) Freigebiges Zuwendungen jedweder Art (also auch testamentarische) an die Kirche, wenn ihr Wert DM 5 000,-- übersteigt, oder rechtlich oneros, d.h. belastet ist (Pfandrechte, Hypothekenrechte etc.). Dies gilt jedoch dann nicht, wenn es sich um Belastungen handelt, für die die Kirchenbehörde Bedeckungskapitalien vorgeschrieben hat und diese gesichert sind (beispielsweise sog. Jahrtagsstiftungen, für die bei einem Zeitraum von 10 Jahren DM 250,-- und bei 20 Jahren ein Betrag von DM 350,-- vorweg erhoben wird) 425.
- i) Zuwendungen an einen ortskirchlichen Rechtsträger, dessen kirchlicher Zweck mit der der Zuwendung nicht im Einklang steht (z.B. Wein für Pfarrpfündestiftung).
- k) Bei Neuerrichtung einer rechtlich selbständigen Stiftung (z.B. Stiftung zur dauernden Erhaltung des Altars einer kleinen Kapelle etc.); die Ausschlagung von Zuwendungen überhaupt.

Hinsichtlich der Vertretungsbefugnis der Stiftungsräte in Bausachen ist deren Zuständigkeit auf Maßnahmen beschränkt, deren Kosten DM 5 000,-- nicht übersteigen, andernfalls ist die Genehmigung des Erzbischöflichen Ordinariats erforderlich. Abschnitt A der Verordnung über das kirchliche Bauwesen in der Erzdiözese Freiburg ⁴²⁶ sieht dies auch für den Fall vor, daß der Haushaltsplan eine solche Ausgabe ausweist. Ausnahmen hiervon gelten nur dann, wenn es sich um Instandsetzungsarbeiten an kirchlichen Gebäuden handelt und die Kosten hierfür im genehmigten Haushaltsplan der Kirchengemeinde bereits enthalten sind oder aber die Kosten in Form einer genehmigten Spende bereits gedeckt sind. Gemäß § 16 KStO bedarf daneben der Haushaltsplan und der Ortskirchensteuerbeschuß einer Kirchengemeinde generell der Genehmigung des Erzbischöflichen Ordinariats ⁴²⁷. Zur Vereinfachung des Genehmigungsverfahrens hat man sich diesbezüglich entschlossen, den Haushaltsplan als genehmigt zu erachten, wenn das Deckungsprinzip verwirklicht wurde, und keine außerplanmäßigen Mittel aus dem Ausgleichsstock benötigt werden. Diese Voraussetzungen sind für die jeweiligen Haushalte der Kirchengemeinden typisiert dargestellt und werden für je zwei Haushaltsjahre (Doppelhaushalt) aufgestellt. Die Genehmigung des Haushaltsplanes selbst durch diese typisierten Erlasse hat hinsichtlich der durch die Aufsichtsvorschriften getroffenen Einschränkungen selbst nur insoweit befreiende Wirkung, als diese ausdrücklich genannt ist ⁴²⁸. Nach c 1525 CIC sind zusätzlich alle Verwalter kirchlichen Vermögens

⁴²⁶ Amtsblatt 1958, S. 337

⁴²⁷ vgl. Ord.erlasse, Amtsblatt 1957, S. 531 und 1956, S. 83 sowie 1976, S. 102. Hiernach war jährlich nach Aufruf die Jahresrechnung der Fonde zur Prüfung vorzulegen.

⁴²⁸ Genehmigung der Haushaltspläne der Kirchengemeinden für die Jahre 1974/75, Amtsblatt 75, S. 315; für die Jahre 1976/77, Amtsblatt 76, S. 102; für die Jahre 1978/79, Amtsblatt 77/78, S. 309

zur jährlichen Rechnungslegung vor dem Ortsoberhirten verpflichtet. Diese wird in der Erzdiözese Freiburg vom Erzbischöflichen Ordinariat in unregelmäßigen Abständen durch die Ortsrevision als Rechnungsabhör kontrolliert. Für Fehlbestände bzw. bei Pflichtverstößen haftet der verantwortliche Verwalter kirchenrechtlich nach c 1528 CIC.

V. ABSCHNITT

Schlußbemerkung

Bei Betrachtung der diözesanen Verwaltungsvorschriften, die die Verwaltung des Ortskirchenvermögens zum Gegenstand haben, ist festzustellen, daß diese Vorschriften ausgehend vom Dekret " Lumen gentium " und dem Dekret über das Laienapostolat (Apostolicam actuositatem) ⁴²⁹ in der Satzung der Pfarrgemeinderäte von 1972 bis hin zur Satzung der Pfarrgemeinderäte 1976 eine bereits 1974 ⁴³⁰ deutliche anzeigende Entwicklung " zur gemeinsamen Verantwortung aller Glieder des Volkes Gottes " ⁴³¹ aufweisen, wobei die Anordnungen und Beschlüsse der gemeinsamen Synode der Bischöfe in der Bundesrepublik Deutschland die maßgebenden Impulse gaben. Die Verwirklichung der synodalen Beschlüsse und Anordnungen ist in der Erzdiözese unter Beibehaltung traditioneller Organstrukturen (Stiftungsrat) in den seit 1976 erlassenen diözesanen Vorschriften angestrebt worden; als lückenlos gelungen kann man diese Veränderungen unter Betrachtung des geltenden Rechts in seiner Gesamtheit nicht bezeichnen. Wie oben dargestellt, erweist sich die Verbindung mit den vorsynodalen Rechtsvorschriften als äußerst problematisch, da letztere von völlig anderen pastoralen Strukturen (vgl. Vermögenssatzung 1958 und Vermögensverordnung 1958) und gänzlich unterschiedlichen Vorstellungen von der Bedeutung der Laienorgane ausgingen, als dies die nachsynodalen Vorschriften tun. Das Reformwerk ist deshalb nicht aus einem Guß; es verliert viel von seinem Wert dadurch, daß nur die Heranziehung der seit 1976 erlassenen

⁴²⁹ Dekret lumen gentium vom 21.11.1964, Art. 9 bis 38

⁴³⁰ Hollerbach, Entwicklungen, a.a.O., S. 19

⁴³¹ Boonen, a.a.O., S. 680

Rechtsvorschriften eine verständliche Interpretation auch der älteren Satzungen und Verordnungen ermöglicht. Hinzu kommen noch gravierende Mängel des älteren Satzungs- und Verordnungsrechts, das wegen seiner umständlichen, komplizierten und bisweilen mißverständlichen Formulierung die praktische Anwendung sehr erschwert. In manchen Rechtsstreitigkeiten hat dies - auch wenn höhere Gerichte die Vermögensverwaltungsvorschriften angewandt haben - bisweilen für unangenehme und unnötige Überraschungen gesorgt ⁴³².

Ein weiterer Mangel - er erstreckt sich auf alle Rechtsvorschriften - liegt in der Unübersichtlichkeit des gesamten Rechtes. Schon bei der Suche nach den maßgebenden Vorschriften entstehen Schwierigkeiten, da kein Verzeichnis oder eine zusammenfassende Darstellung des geltenden Rechts besteht. Geradezu beispielhaft ist hier die Entscheidung des Arbeitsgerichts Lörrach, Außenstelle Radolfzell, das seinem Urteil eine Satzung Kirchenfonds zugrundelegt, die im Jahr der Entscheidung bereits 23 Jahre außer Kraft war. Ursache hierfür ist insbesondere die Tatsache, daß erzbischöfliche Vorschriften, die Neuregelungen treffen, selten einen erschöpfenden Verweis auf diejenigen Vorschriften führen, die durch diese ersetzt bzw. aufgehoben sind. So findet sich in der Vermögenssatzung von 1958 in § 10 lediglich der Hinweis:

" Mit diesem Zeitpunkt tritt die Satzung über die Verwaltung des katholischen Kirchenvermögens im Erzbistum Freiburg vom 27.2.1934, sowie die bisherigen von der Kirche erlassenen oder genehmigten Vorschriften über die Verwaltung des kirchlichen Vermögens insoweit außer Kraft, als sie mit dieser Satzung im Widerspruch stehen. "

432 vgl. Urt. des LAG Bad.-Württ., besprochen in Abschnitt Kirchenfabrik

Diese ungenügende Substantiierung erfordert - besonders deutlich wird dies bei der Prüfung des Anspruchs auf Zahlung des Baukanons - die Prüfung sämtlicher Amtsblattjahrgänge seit 1861 allein zur Klärung der Frage, welche Vorschriften als geltendes Recht anzuwenden sind und welche nicht ⁴³³. Hinzukommt noch, daß bisweilen ältere badische Verordnungen ⁴³⁴ zur Klärung von Rechtsfragen heranzuziehen sind, deren Aufsuche in der Praxis zumeist unmöglich ist.

Abzumildern ist die Kritik am geltenden Recht jedoch im Hinblick auf die Situation, in der sich die Erzdiözese befindet und befand. Zum einen war es 1976 unmöglich, gerade die zentrale Vermögenssatzung und Verordnung von 1958 einer Novellierung zu unterziehen, zum anderen war der Erzbischöfliche Stuhl seit 1977 erledigt; grundlegende Vorschriften konnten noch nicht ergehen und mußten deshalb dem Nachfolger, Erzbischof Dr. Saier, überlassen bleiben. Für die Zukunft ist es jedoch empfehlenswert, die Vermögenssatzung und insbesondere die Vermögensverordnung von 1958 aufzuheben und eine Neuregelung ausschließlich in einer Vorschrift zu treffen, die die Ergebnisse der Gemeinsamen Synode der Bistümer in der Bundesrepublik Deutschland mit berücksichtigt. Dies wird zwar nur erschwert möglich sein, da die bereits vorhandenen Vorschriften, wie die Satzung der Pfarrgemeinderäte von 1976 und die Kirchensteuerordnung in der Fassung von 1978, tief in das Vermögensverwaltungsrecht eingreifen und den Regelungsbereich einer eigentlichen Vermögenssatzung, die als zentrale Vorschrift das Grundlegende enthalten sollte, wesentlich einengt. Die Neufassung könnte jedoch zumindest für den ortskirchlichen Bereich klare Aussagen darüber treffen, welche Kompetenz den verschiedenen

⁴³³ vgl. Erlaß zum Baukanon im Amtsblatt 1927/29, S. 89 und 1933/35, S. 52

⁴³⁴ Reg.Bl. 1867, S. 13; Reg.Bl. 1868, S. 3

Organen zukommt, welcher Zusammenhang zwischen ihnen besteht und welche Erfordernisse an rechtsverbindliche Erklärungen zu richten sind. So ließe sich etwa für die Rechtsvertretung beispielsweise formulieren:

§ 5

- 1) Das örtliche Kirchenvermögen besteht aus dem Pfarrpfründevermögen, dem Vermögen des Kirchenfonds und dem der Kirchengemeinde. Es wird vom Pfarrvorstand verwaltet und rechtswirksam vertreten, soweit sich aus dieser Satzung nichts anderes ergibt.
- 2) Ausgaben, die rechtsverbindliche Verpflichtungen für das Vermögen der Kirchengemeinde und des Kirchenfonds enthalten, können rechtsverbindlich grundsätzlich nur aufgrund des vom Pfarrgemeinderat und dem Erzbischöflichen Ordinariat genehmigten Haushaltsplans erfolgen, der den des Kirchenfonds und der Kirchengemeinde rechnerisch vereinigt.
- 3) Ausgaben außerhalb des genehmigten Haushaltsplanes, die weniger als DM 1 000,-- betragen, tätigt der Pfarrvorstand selbständig.
- 4) Rechtsverbindliche Verpflichtungen außerhalb des genehmigten Haushaltsplanes, die DM 1 000,-- übersteigen, können rechtswirksam nur mit Genehmigung des Stiftungsrates eingegangen werden.

Diese gilt als erteilt, wenn der Vorsitzende des Pfarrgemeinderates in seiner Eigenschaft als stellvertretender Vorsitzender des Stiftungsrates zusammen

mit einem weiteren Stiftungsratsmitglied neben dem Pfarrvorstand schriftlich zustimmt. In diesem Falle ist die Beifügung des Dienst(Pfarr)siegels auf dem Schriftstück erforderlich.

- 5) Der Pfarrvorstand und die zustimmenden Stiftungsräte haften zivilrechtlich für eingegangene Verbindlichkeiten, die ohne Genehmigung des Pfarrgemeinderates erfolgt sind, persönlich, unmittelbar und unbeschränkt. Die Genehmigung kann in Ausnahmefällen nachträglich erfolgen; für diesen Fall ist ein Bericht an das Erzbischöfliche Ordinariat Freiburg zu übersenden.

Mit einer derartigen Regelung, die noch um die jeweiligen Aufsichtsnormen der jetzigen §§ 10, 11, 12 der Vermögensverordnung 1958 ergänzt werden müßten, wäre eine zusätzliche Verordnung überflüssig, und es ließe sich der Zuständigkeitsbereich der einzelnen Organe klar und unmißverständlich ersehen. Anzumerken bleibt, daß die Frage der Präsentationsrechte aufgrund von Patronatsrechten im dargelegten Sinn geklärt werden muß, und daß aufgrund des Stiftungsgesetzes 1977 die Schaffung von Satzungen für sämtliche altrechtliche Stiftungen erforderlich geworden ist. Bezüglich des letzteren Punktes ist es zweckdienlich, die betreffenden Kirchengemeinden und Pfründeinhaber unverzüglich auf diese Rechtslage hinzuweisen und einen Satzungsbeschluß zu veranlassen, da die Frist für den Erlaß einer Satzung auf zwei Jahre begrenzt ist.

LITERATURVERZEICHNIS

Ammann, Fritz

Die kirchliche Rechtspersönlichkeit im Großherzogtum Baden (Nach Rechtsgrund, Trägerschaft, Inhalt)

Diss. iur. Freiburg i. Br. 1908

Andlaw, Heinrich von

Über Stiftungen im Großherzogtum Baden
Freiburg 1845

Anschütz, Gerhard

Die Verfassung des deutschen Reiches vom 11.
August 1919

14. Aufl., Berlin 1933

Ansorge, Otto

Die Baulast des Kirchenpatrons im Geltungsbereich
des ALR und das formelle Verfahren in kirchlichen
Baustreitigkeiten

Breslau 1938

Armbruster, E.

Die kirchliche Besteuerung für den katholischen
Religionstheil des Großherzogtums Baden

zusammengestellt mit Einleitung, Inhaltsver-
zeichnis, Anmerkungen und Register

Freiburg, Leipzig 1894

Bader, Karl Siegfried

Das Baufaktum im badischen Recht:

Bad. Rechtspraxis 1934, S. 29 - 31

Bargen, Joachim von

Körperschaften, Anstalten und Stiftungen
im Rechtssystem des Großherzogtums Baden

Diss. iur. Freiburg - München 1971

Bartilla, Joseph - Hollerbach, Alexander

Josef Schmitt 1874 - 1939

Bausteine zur Würdigung seines Wirkens als
badischer Jurist und Politiker

Freiburger Diözesan-Archiv 97 (1977)

S. 380 - 400

Becker, Josef

Liberaler Staat und Kirche in der Ära von
Reichsgründung und Kulturkampf
Geschichte und Strukturen ihres Verhältnisses
in Baden 1860 - 1876
Mainz 1973 (Veröff. d. Kommission für Zeit-
geschichte, Reihe B Bd. 14

Boonen, Philipp

Rahmenordnung für die pastoralen Strukturen und
für die Leitung und Verwaltung der Bistümer
in der Bundesrepublik Deutschland
Einleitung, Erläuterung zum Verständnis des
Beschlusses und Hinweise für die praktische
Umsetzung des Beschlusses
Gemeinsame Synode der Bistümer in der Bundes-
republik Deutschland, offizielle Gesamtausgabe
Band I, S. 679 - 687

Campenhausen, Axel Freiherr von

Grenzprobleme staatlicher und kirchlicher
Organisationsgewalt
ZevKR 14 (1968/69) S. 278 - 296

derselbe

Staatskirchenrecht
München 1973

Denzinger, Henricus

Enchiridion Symbolorum Definitionum et
Declarationum De Rebus Fidei et Morum
Editio 33 Adolfus Schönmetzer
Barcinone- Friburgi - Romae 1963

Dietrich, Anselm

Die Verwaltung des Ortskirchenvermögens im
Großherzogtum Baden bis zur Errichtung des
Katholischen Oberstiftungsrates 1803 - 1860
- Eine rechtshistorische Studie unter Berück-
sichtigung der Entwicklung in den süddeutschen
Staaten
Diss. iur. Freiburg 1966

Dorner, Emil - Seng, Alfred

Badisches Landesprivatrecht
Halle an der Saale 1906

Ebers, Codehard Joseph
Staat und Kirche im Neuen Deutschland
München 1930

derselbe

Die kirchliche Baulast in Schlesien
in: Festschrift für Eduard Eichmann
Paderborn 1940, S. 453 - 490

Ebersbach, Harry

Handbuch des Deutschen Stiftungsrechts
Göttingen 1972

derselbe

Die Stiftung des öffentlichen Rechts
Göttingen 1961

Egener, Erich

Artikel: Kirchliches Finanzwesen
in: Handwörterbuch der Sozialwissenschaften
zugleich Neuauflage des Handwörterbuchs
der Staatswissenschaften
5. Band, Freiburg 1956, S. 415 - 417

Eichmann, Eduard - Mörsdorf, Klaus

Lehrbuch des Kirchenrechts auf Grund des
Codex Juris Canonici

I. Band: Allgem. Teil und Personenrecht

11. Aufl., München, Paderborn, Wien 1967

II. Band: Sachenrecht

11. verbesserte Aufl., München, Paderborn,
Wien 1967

III. Band: Prozeß- und Strafrecht

10. Aufl., München, Paderborn, Wien 1964

Feigenwinter, Beat

Die römisch-katholischen Kirchengemeinden
und Landeskirchen und ihr Verhältnis zur
kirchlichen Ordnung unter besonderer Berück-
sichtigung des partikularrechtlichen und
des staatskirchlichen Rechts in der Diözese
Basel

Diss. iur. Basel 1973

(Schreibmaschinenexemplar)

Feine, Hans Erich

Kirchliche Rechtsgeschichte

Die katholische Kirche

5. Aufl., Köln, Wien 1972

Föhr, Ernst

Geschichte des badischen Konkordats
Freiburg 1958

Forsthoff, Ernst

Lehrbuch des Verwaltungsrechts

Band I Allgemeiner Teil

10. Aufl., München 1973

derselbe

Die öffentliche Körperschaft im Bundesstaat

Eine Untersuchung über die Bedeutung der

institutionellen Garantie in den Artikeln

127 und 137 der Weimarer Verfassung

Tübingen 1931

Friedrich, Otto

Einführung in das Kirchenrecht

2. Aufl. Göttingen 1978

Freisen, Joseph

Verfassungsgeschichte der katholischen Kirche
in der Neuzeit

Leipzig - Berlin 1916

Friesenhahn, Ernst

Die Kirchen und Religionsgemeinschaften

als Körperschaften des öffentlichen Rechts

HdbStKirchR Bd.I

Berlin 1974 (S. 545 - 585)

Froemer, Kurt

Zum Verhältnis Pfarrgemeinderat - Stiftungsrat

in: Informationen, Berichte, Kommentare,

Anregungen

(hrsg. vom Erzb. Ordinariat)

N^o 9 (September 1972) Freiburg (S. 237 - 239)

Gallebart, Joannis - Sotealli Joannis

Sacrosanctum Concilium Tridentinum

Augsburg 1766

Gierke, Otto

Deutsches Privatrecht I. Band Allgemeiner

Teil und Personenrecht

Leipzig 1895

Gönner, Richard - Sester Josef

Das Kirchenpatronatsrecht im Großherzog-
tum Baden

Stuttgart 1964 (Kirchenrechtl. Abhandlungen

10/11)

Grundmann, Siegfried

Die Kirchengemeinde und das kirchliche
Vermögensrecht

in: Staatsverfassung und Kirchengut

Festschrift für Rudolf Smend zum 80.

Geburtstag

Tübingen 1962 , S. 309 - 330

Haberkern, Erich - Wallach, Johann W.

Hilfswörterbuch für Historiker

München 1964

Harder, E.

Die katholischen und evangelischen

Staatspatronate in Deutschland

Arch Kath KR 127 (1955)

S. 6 - 68 und 313 - 396

Heckel, Johannes

Kirchengut und Staatsgewalt

in: Rechtsprobleme in Staat und Kirche

Festschrift für Rudolf Smend

Göttingen 1952 , S. 103 - 143

derselbe

Die Besetzung fiskalischer Patronatsstellen

der evangelischen Landeskirche und in den

katholischen Diözesen Altpreußens

Weimar 1926

Heimberger, Hans

Die konfessionell beschränkte weltliche

Stiftung und ihre Verwaltung im Großher-

zogtum Baden

Stuttgart 1907 (kirchenrechtliche Abhandlungen,

41. Heft)

derselbe

Die Veränderung des Stiftungszweckes

Heidelberg 1913 (Deutschrechtliche

Beiträge, Bd VIII/5)

Heiner, Franz

Die kirchlichen Erlasse, Verordnungen und

Bekanntmachungen der Erzdiözese Freiburg

2. Aufl., Freiburg i.Br. 1898

- Hengsbach, Franz
 Das Konzilsdekret über das Apostolat der
 Laien
 Text und Kommentar
 Paderborn 1967
- Herrmann, E.
 Über die Rechtsstellung der Religionsgemein-
 schaften im Staate
 Göttingen 1849
- Hesse, Konrad
 Freie Kirche im demokratischen Gemeinwesen
 ZevKR 11 (1964 / 1965)
 S. 337 - 362
- derselbe
 Die Entwicklungen des Staatskirchenrechts
 seit 1945
 J. öff. R. N. F. 10 (1961) S. 3 - 121
- derselbe
 Partnerschaft zwischen Kirche und Staat ?
 Zur heutigen staatskirchenrechtlichen
 Lage in der Bundesrepublik
 in: Studien und Berichte der katholischen
 Akademie in Bayern
 Heft 30
 Würzburg 1965 , S. 127 -150
- derselbe
 Der Rechtsschutz durch staatliche Gerichte
 im kirchlichen Bereich
 (Göttinger rechtswissenschaftliche
 Studien Bd.19)
 Göttingen 1956
- Hilling, Nikolaus
 Die Konkordatsfrage
 ArchKathKR Bd.110 (1930) S. 121 - 135

derselbe

Rezension einer iur. Diss. von Heinr.
Hildscheid; Die päpstlichen Reservatsrechte
auf die Besetzung der niederen Kirchenämter
im Gebiete des Deutschen Reiches, Jur. Diss.
Köln 1934
Arch Kath KR, Bd. 114 (1954) S. 643

Hinschius, Paul

Kirchenrecht der Katholiken und Protestanten
in Deutschland
II. Band
Berlin 1869

Hofmann, Werner

Die Rechtsstellung der kirchlichen Stiftungen
unter besonderer Berücksichtigung ihres
Verhältnisses zu Staat und Kirche
ZevKR 12, 1966/67, S. 313 - 326

Hollerbach, Alexander

Die Kirchen unter dem Grundgesetz
VVDStRL 26, (1968), S. 57 - 102

derselbe

Die verfassungsrechtlichen Grundlagen des
Staatskirchenrechts in der Bundesrepublik
Deutschland
Hdb St KirchR , I. Bd.
Berlin 1974, S. 215 - 265

derselbe

Die vertragsrechtlichen Grundlagen des
Staatskirchenrechts in der Bundesrepublik
Deutschland
Hdb St KirchR, I. Bd.
Berlin 1974, S. 267 - 296

derselbe

Streiflichter zur Entstehungsgeschichte der
Badischen Staatskirchenverträge von 1932
Aus Anlaß eines Briefwechsels zwischen
Ulrich Stutz und Eugen Baumgartner, in:
Zeitschrift der Savigny-Stiftung für
Rechtsgeschichte, Kanonistische Abt.
92 (1975) S. 324 - 347

derselbe

Das Staatskirchenrecht in der Rechtsprechung
des Bundesverfassungsgerichtes
AöR, Band 92 (1967) S. 99 - 127

derselbe

Verträge zwischen Staat und Kirche in der
Bundesrepublik Deutschland
Frankfurt a.M. 1965

derselbe

Die Kirchen als Körperschaften des öffentlichen
Rechts
Essener Gespräche zum Thema Staat und Kirche
Bd. 1
Münster 1969, S. 46-47

derselbe

Rechtsbeziehungen zwischen kirchlicher und
politischer Gemeinde. Versuch einer Skizze
anhand der Rechtslage in Baden-Württemberg
in: Ex aequo et bono Willibald Plöchl
zum 70. Geburtstag
Immsbruck 1977, S. 511 - 530

derselbe

Neuere Entwicklungen des katholischen
Kirchenrechts
Karlsruhe 1974

Hueck, Alfred - Hueck, Götz

Kündigungsschutzgesetz. Kommentar
9. Aufl., München 1974

Jone, Heribert

Gesetzbuch des kanonischen Rechts
Erklärung der Kanones
I. Band (Kan. 1 - Kan. 725)
Normenrecht und Personenrecht
Paderborn 1954

derselbe

II. Band (Kan. 726 - 1551)
Sachenrecht
Paderborn 1954

derselbe

III. Band (Kan. 1552 - 2414)
Prozeß- und Strafrecht
Paderborn 1955

Jurina, Josef

Der Rechtsstatus der Kirchen und Religions-
gemeinschaften im Bereich ihrer eigenen
Angelegenheiten
Berlin 1972 (Schriften zum öffentlichen
Recht, 180)

Kahl, Wilhelm

Staat und Kirche
Aphorismen zur Trennung von Staat und Kirche
Berlin 1908

derselbe

Lehrsystem des Kirchenrechts und der
Kirchenpolitik
Freiburg i. Br., Leipzig 1894

Koeniger, Albert M.

Katholisches Kirchenrecht mit Berück-
sichtigung des deutschen Staatskirchenrechts
Freiburg 1926

Köstler, Rudolf

Rechtspersönlichkeit und Vermögensfähigkeit
nach dem päpstlichen Gesetzbuch
Festschrift für Ulrich Stutz
zum 70. Geburtstag
Stuttgart 1938, S. 413 - 429

Kunze, Richard - Schmid, Carl - Rehm, Franz
Gemeindeordnung für Baden-Württemberg
Kommentar - Loseblattsammlung
Stand Januar 1978

Lammeyer, Joseph
Die juristischen Personen der katholischen
Kirche historisch und dogmatisch gewürdigt
aufgrund des neuesten kirchlichen und
staatlichen Rechts
Paderborn 1929

Lederer
Art. Kirchengemeinde
L Th K² VI (1961)
Sp. 208

Liermann, Hans
Handbuch des Stiftungsrechts
I. Band Geschichte des Stiftungsrechts
Tübingen 1963

Maas, Heinrich
Geschichte der katholischen Kirche im
Großherzogtum Baden
Freiburg 1891

Maier, Albert
Der Stiftungsrat als Verwalter des katho-
lischen Ortskirchenvermögens in Baden
und seine Vorgeschichte
Diss. iur., Freiburg 1914

Marré, Heiner
Zum Wesen des gegenwärtigen kirchlichen
Besteuerungsrechtes
Gedächtnisschrift für Hans Peters
Berlin, Heidelberg, New York 1967
S. 302 - 327

Martens, Wolfgang
Öffentlich als Rechtsbegriff
Bad Homburg 1969

Marx, Siegfried
Staatskirchenrechtliche Bestimmungen zum
Kirchenvermögens- und Stiftungsrecht im
Bereich der katholischen Kirche
Hdb St KirchR, Band II, S. 117 - 160
Berlin 1974

derselbe

Das Kirchenvermögen und Stiftungsrecht
im Bereich der katholischen Kirche in der
Bundesrepublik Deutschland und Westberlin
unter besonderer Berücksichtigung des
Kirchenvermögensverwaltungsrechts, darge-
stellt am Staatskirchen- und Diözesanrecht
Diss. iur., München 1974

Maunz, Theodor - Dürig, Günter - Herzog, Roman -
Scholz, Rupert

Grundgesetz Kommentar Band III
Loseblattsammlung München
Stand Mai 1977

Meurer, Christian

Kirchenstiftung und Kirchengemeinde
Nach dem Entwurf einer bayerischen
Kirchengemeindeordnung
München - Berlin 1910

Mikat, Paul

Kirchen- und Religionsgemeinschaften
in: Die Grundrechte Bd. IV/1 (1960)
S. 111 - 243

auch in: Religionsrechtliche Schriften
1. Halbbd. Berlin 1974
S. 29 - 161 (Staatskirchen-
rechtliche Abhandlungen, 5)

Mörsdorf, Klaus

Die Zusammenarbeit von Priestern und Laien
in ekklesiologisch-kanonistischer Sicht
in: Grundfragen der Zusammenarbeit von
Priestern und Laien
Veröffentlichungen der kath. Akademie
in der Erzdiözese Freiburg
No. 11, (1968) S. 13 -26

derselbe

Die Rechtssprache des Codex Juris Canonici
Nachdruck der Ausgabe 1937
Paderborn 1967

Molitor, Erich

Über öffentliches Recht und Privatrecht
Karlsruhe 1949

Moog, Herrmann

Die Aufgaben im Pfarr- und Dekanatsausschuß
in: Grundfragen der Zusammenarbeit von
Priestern und Laien
Veröffentlichungen der kath. Akademie
in der Erzdiözese Freiburg
No. 11, (1968) S. 34-45

Mosiek, Ulrich

Verfassungsrecht der lateinischen Kirche
Bd. I - III, Freiburg 1975 - 1978

Bd. I Grundfragen
Freiburg 1975

Bd. II Struktur der Kirche im überdiözesanen
Bereich
Freiburg 1978

Bd. III Der Bischof und die Teilkirche
Freiburg 1978

Müller, Wilhelm

Zur Rechtsstellung des selbständigen,
örtlichen Kirchen- und Pfarrvermögens unter
besonderer Berücksichtigung der Kirchen- und
Pfründestiftungen der Evangelisch-Lutherischen
Kirche in Bayern
in: ZevKR 8 (1961 / 62), S. 360 - 373

Palandt, Otto

Bürgerliches Gesetzbuch
37. Aufl., München 1978

Perathoner, Anton

Das kirchliche Sachenrecht nach dem Codex
Juris Canonici (drittes Buch)
Brixen 1919

Permaneder, Michael

Handbuch des gemeingültigen katholischen
Kirchenrechts

nach dessen hinterlassenen Manuskripten
hrsg. von Isidor Silbernagel

4. Aufl., Bd. 1

Landshut 1865

Poschinger, Heinrich von

Das Eigenthum am Kirchenvermögen
mit Einschluß der heiligen und
geweihten Sachen, dargestellt auf
Grund der Geschichte des Kirchen-
guts und des katholischen und
protestantischen Kirchenrechts

München 1871

Pötter, Wilhelm

Verantwortung des ganzen Gottesvolkes
für die Sendung der Kirche

Einleitung, Entstehung und Aufbau der
Vorlage (Rahmenordnung für Strukturen
der Mitverantwortung in der Diözese)
Gemeinsame Synode der Bistümer in der
Bundesrepublik Deutschland

Freiburg - Basel - Wien 1976

S. 637 - 651

Prestinari, B.A.

Hat die katholische Kirche in Baden ein
Recht an dem ihren Bedürfnissen gewidmeten
Vermögen ?

Ein Beitrag zur Beurteilung des den Stände-
kammern vorliegenden Entwurfes eines
Stiftungsgesetzes

Freiburg 1870

Retzbach, Anton

Das Recht der katholischen Kirche nach dem
Códex Juris Canonici

5. Aufl., hrsg. v. Franz Vetter

Basel - Freiburg - Wien 1959

Rosshirt, Johannes

Über das Patronatsrecht mit besonderer
Rücksicht auf das fälschlich sogenannte
dingliche Patronatsrecht

ArchKathKR Bd. 1859 , S. 1 - 38

Scheuner, Ulrich

Das System der Beziehungen von Staat
und Kirche im Grundgesetz

HdbStKirchR Bd.I

Berlin 1974

S. 5 - 86

Schmidt, Vincens

Kommentar zur Satzung der Pfarrgemeinderäte
Informationen, Berichte, Kommentare,
Anregungen

hrsg. Erzb. Ordinariat No. 9

(September 1972) S. 230 - 238

Schmitt, Joseph

Staat und Kirche

Bürgerlich rechtliche Beziehungen infolge
von Säkularisation

Freiburg 1919

derselbe

Ablösung der Staatsleistungen an die
Kirchen unter Berücksichtigung der Bestimmungen
der Weimarer Verfassung, des Reichskonkordates
und der drei Landeskonkordate

ArchKathKR 115 (1935) S. 3 - 52; 341 - 388

derselbe

Kirchliche Selbstverwaltung im Rahmen der
Reichsverfassung

(Görres Gesellschaft Veröffentlichung

der Sektion Rechts- und Sozialwissenschaft, 44)

Paderborn 1926

derselbe

Die Stellung der badisch-rechtlichen Kirchen-
gemeinde gegenüber dem katholischen Kirchenrecht

Arch Kath KR 93 (1913), S. 32 -49

Schmitz, Heribert:

Das kirchliche Vermögensrecht als Aufgabe der
Gesamtkirche und der Teilkirchen

ArchKathKR 146 (1977) S. 3 - 35

Schroecker, Sebastian

Die Kirchenpflegschaft

Die Verwaltung des Niederkirchenvermögens
durch Laien seit dem ausgehenden Mittelalter

(67. Heft der Görresgesellschaft zur Pflege
der Wissenschaft im katholischen Deutschland)

Veröffentlichung der Sektion Rechts- und
Staatswissenschaft

Paderborn 1934

derselbe

Die Verwaltung des Ortskirchenvermögens nach
kirchlichem und staatlichem Recht

(70. Heft der Görresgesellschaft zur Pflege
der Wissenschaft im katholischen Deutschland)

Veröffentlichung der Sektion Rechts- und
Staatswissenschaft

Paderborn 1935

Schroer, Hans

Der Pfarrgemeinderat als gesamtkirchliche Aufgabe

2. Aufl., Trier 1968

Schulte, Friedrich Ritter von

Gutachten über den Gesetzentwurf:

Die Rechtsverhältnisse und Verwaltungen
der Stiftungen betreffend

(als Manuskript gedruckt)

Freiburg 1869

derselbe

Die juristische Persönlichkeit der katholischen
Kirche, ihrer Institute und Einrichtungen, sowie
deren Erwerbsfähigkeit nach dem gemeinen
bayerischen, österreichischen, preußischen,
badischen, württembergischen, hessischen,
sächsischen, französischen Recht

Gießen 1869

Seydel, Max von

Bayerisches Staatsrecht

2. Aufl. 1896

Bd. III, Tübingen 1913

Spreng, Rudolf - Birn, Willi - Feuchte, Paul

Die Verfassung des Landes Baden-Württemberg
Kommentar mit einer Einführung in die Entstehung
des Landes und der Verfassung sowie dem Text
des Grundgesetzes

Stuttgart und Köln 1954

Stadelhofer, Manfred
Der Abbau der Kulturkämpfegesetzgebung
im Großherzogtum Baden
1878 - 1918
Mainz 1969

Stempf, Ludwig
Das Gesetz über Kirchen und Schulbaulich-
keiten vom 26. April 1808 (Baudikt)
Donaueschingen, Mannheim 1860

Stiefel, Karl
Baden 1648 - 1952
Bd. I (Karlsruhe 1977) S. 736 ff

Stutz, Ulrich
Das Münster zu Freiburg i. Br. im Lichte
rechtsgeschichtlicher Betrachtung
Rede gehalten am 24.8.1901 im Kornhaussaal
zu Freiburg i. Br. vor der Hauptversammlung
der Deutschen Geschichts- und Altertumsvereine
(vgl. Protokolle dieser Generalversammlung
zu Freiburg 1901)
Berlin 1902

derselbe
Geschichte des kirchlichen Beneficialwesens
von seinen Anfängen bis auf die Zeit
Alexanders III.
3. Aufl. aus dem Nachlaß ergänzt und mit
einem Vorwort versehen von Hans Erich Feine
Aalen 1972

derselbe
Der Geist des Codex Juris Canonici
Stuttgart 1918

derselbe
Die Eigenkirche als Element mittelalterlichen
Kirchenrechts
Basler Antrittsvorlesung; gehalten am 23.10.
1894
Berlin 1895

derselbe

Konkordat und Codex
(gelesen in der Sitzung der phil.-hist.
Klasse der Preußischen Akademie der Wissen-
schaften vom 11.12.1930; Sitzungsberichte
der phil.-hist. Klasse 1930 XXXII
Sonderdruck Berlin 1930

derselbe

Artikel Eigenkirche, Eigenkloster
in Realenzyklopädie für protestantische
Theologie und Kirche
(hrsg. Albert Hauck) 23. Bd. Ergänzungen
und Nachträge
Leipzig 1913
S. 913 - 914

Tröster, Bruno - Bühler, Jörg - Kehrer, Artur
Notar und Grundbuch
Loseblattsammlung
Wuppertal, Stuttgart, Stand Oktober 1975

Utz, F.

Das katholische Kirchenwesen im Großherzogtum
Baden
Eine Sammlung der großherzoglichen badischen
Gesetze und Verordnungen, die auf katholische
Kirche und Geistliche Bezug haben, sowie der
erzbischöflichen Verordnungen
Freiburg 1851

Walter, Ferdinand

Corpus iuris germanici antiqui
1. Band
Berlin 1824

Weber, Heinrich

Rechtsgrundsätze für die kirchliche
Temporalienverwaltung
Breslau 1938

Weber, Hermann

Die Religionsgemeinschaften als Körperschaften des öffentlichen Rechts im System des Grundgesetzes
Berlin 1966 (Schriften zum Öffentlichen Recht
Bd. 32)

Wenner, Joseph

Reichskonkordat und Länderkonkordate
6. Aufl., Paderborn 1957

derselbe

Kirchenvorstandsrecht
Paderborn 1954

Wolff, Hans Julius

Organschaft und iuristische Person;
Untersuchungen zur Rechtstheorie und
zum öffentlichen Recht, Bd. I
Berlin 1933

Wolff, Hans Julius - Otto Bachof

Verwaltungsrecht Bd. I
9. Aufl., München 1974

Wulffen, Arndt Siegfried von

Die Stellung des Patronats im heutigen
Staatskirchenrecht
Diss. iur. , Quakenbrück 1929

Würth, Gerhard

Staat und Kirche auf dem Gebiete der kirchlichen Vermögensverwaltung nach badischem Recht
Diss. iur. , Heidelberg 1932

Unveröffentlichtes Material

1. Akte Kirche und Staat Vol. I 1867-1879
rechtliche Stellung der Kirche im Staat Archiv No. 29/1
2. Akte Kirche und Staat Vol. II 1879-1880 Archiv No. 29/2
3. desgl. Vol. III 1885-1891 Archiv No. 29/3
4. desgl. Vol. IV 1893-1918 Archiv No. 29/4
5. desgl. Vol. V 1919-1919 Archiv No. 29/5
6. desgl. Vol. VI 1920-1931 Archiv No. 29/6
7. desgl. Vol. VII 1932-1945 Archiv No. 29/7
8. Beilage: Bemerkungen über den Vollzug des Gesetzes
vom 9.10.1860 § 10 Archiv No. 29/8
9. Akte Generalia Kirchenvermögen
Beiträge kirchlicher Fonds zu Schule
und Armenzwecken
Kompetenz der Gerichte dabei 1836-1873 Archiv No. 31/64
10. Akte Generalia Kirchenvermögen
Neuordnung und Vereinfachung der
kirchlichen Vermögensverwaltung.
Erweiterung der Zuständigkeit,
Kirchenvermögensgesetz Vol. I 1919-1926 Archiv No. 31/78
11. desgl. Vol. II 1927-1932 Archiv No. 31/78a
12. Akte Kirche und Staat. Badisches
Konkordat
Verhandlungen Dr. Sester 1931-1932 Archiv No. 29/137
13. desgl. Schriftsätze, Protokolle,
Zeitungsberichte 1932 Archiv No. 29/138
14. desgl. Korrespondenz 1932-1933 Archiv No. 29/139
15. desgl. Zahlungen 1932-1933 Archiv No. 29/140
16. desgl. Beilagen 1932-1933 Archiv No. 29/141
17. Akte Generalia Pfarrgemeinderäte Ordnungs-No. 28/17
ab 1969 (laufende Akte)

18. Akte kirchliche Ortsfonde Aktennummer 7440
erzb. Ordinariat (laufende Akte)
Inhalt Verzeichnis der Ortsfonde
19. Akte Generalia
Patronatsrechte im allgemeinen 1919-1944 Archiv No. 42/1
20. Akte Generalia
Die Verwirklichung des Oberstiftungs-
rats; Satzung und Neuordnung der
kirchlichen Vermögensverwaltung
1921-1976 Akten-No. 1411a

Unveröffentlichte Gutachten

1. Fritz
Gutachten (unbetitelt) zum Thema Staat und Kirche
in: Akte Kirche und Staat Vol. V
Archiv No. 29/6
2. Schmitt, Josef
 - Gutachten A) über die Frage, ob der badische Staat verpflichtet ist, auch für einen rein kirchlichen Oberstiftungsrat aufzukommen
1919-1926 (10. Juli 1921) 21 Seiten
archiviert in Akte Verkirchlichung des OSTR
Akten-No. 1411 a
 - Gutachten B): Wie kann die kirchliche Vermögensverwaltung unter Anwendung des Kodex vereinfacht werden ?
Gutachten erstattet aufgrund des Ordinariats-
erlasses vom 31.5.1921 No. 5870, abgeliefert
am 10. Juli 1921
13 Seiten
in Akte Generalia; Die Verkirchlichung des Ober-
stiftungsrates
Akten-No. 1411 a
 - Gutachten über die Frage, ob § 10 des Kirchen-
gesetzes vom 9.10.1860 durch Art. 137 Abs. 13
der Weimarer Reichsverfassung aufgehoben ist
1919, 37 Seiten, archiviert im erzb. Archiv
in Akte No. 29/6
 - Die Privatpatronate in der Erzdiözese Freiburg
Gutachten erstattet am 19. April 1920,
150 Seiten
3. Stutz, U.
Gutachten im Auftrag des Vereins badischer Grund-
herren e.V. über die Frage: Kann in Baden der
Privatpatronat durch Kirchengesetz aufgehoben
werden und sind im Aufhebungs- oder Ablösungsfall
die Patronatslasten mit zu berücksichtigen ?
(zitiert: Gutachten Privatpatronat)
erstattet am 29. September 1919 (Berlin)
- nicht im Handel

Eingegangen

30 JAN 1976

Rechtsanwälte
Dr. Simon u. Dr. Graner

Urteil

Verkündet

am 19. Januar 1976

In dem Rechtsstreit

2. Angestellte/Gehilfen

Rechtsmittelbelehrung

Gegen dieses Urteil kann Berufung eingelegt werden. Die Berufungsschrift kann **nur** von einem bei einem deutschen Gericht zugelassenen Rechtsanwalt oder einem Vertreter einer Gewerkschaft, bzw. einer Arbeitgebervereinigung oder eines Zusammenschlusses solcher Verbände eingebracht werden und muß binnen einer **Notfrist von zwei Wochen** nach Zustellung des Urteils bei dem **Landesarbeitsgericht Baden-Württemberg** **ABGEFERTIGT** werden.

-8. Kanner-
78 Freiburg
Kirchstr. 7

eingehen.

Wird die Berufung nicht schon in der Berufungsschrift begründet, so muß die Berufungsbegründung binnen zwei Wochen nach der Einlegung der Berufung beim Berufungsgericht eingehen.

Eine Berufung, die diesen Vorschriften nicht entspricht, insbesondere eine von der Partei selbst unterzeichnete Berufungsschrift, ist unzulässig.

Proz.-Bev.:

- Kläger -

g e g n

Proz.-Bev.:

- Beklagte. -

hat das Arbeitsgericht Lörrach -Kammern Radolfzell -
durch den Vorsitzenden Richter T o p f

und die ehrenamtlichen Richter Leible und
Gaisser

auf die mündliche Verhandlung vom: 19. Januar 1976

Für Recht erkannt:

1. Die Klage wird abgewiesen.
2. Der Kläger trägt die Kosten des Verfahrens.
3. Der Streitwert wird auf 3 x DM 1.265.-- = DM 3.795.-- festgesetzt.

gez. T o p f
Gaisser
Leible

Tatbestand

Mit der am 6.10.1975 eingereichten Klage wendet sich der Kläger gegen seine ordentliche Kündigung vom 22. 9. 1975 zum 31.12.1975 (AS 8).

Der verheiratete Kläger, Vater von zwei Kindern, ist seit dem 1.5.1963 als Mesner für die Beklagte gegen ein monatliches Entgelt von DM 1 265.-- brutto tätig. Dem Arbeitsverhältnis liegt der schriftliche Vertrag gleichen Datums zugrunde (AS 4-7).

Die Beklagte verwaltet die Stadtkirche in Engen. Hinzu kommen ein neues Gemeindezentrum und ein Kindergarten, die sich noch in Bau befinden. Der Pfarrgemeinderat, dem auch der Kläger angehört, beschloß, für die Versorgung aller drei Gebäude zum 1.1.1976 die Stelle eines "Mesners und Hausmeisters" auszuschreiben. Eine entsprechende Anzeige wurde im Juni 1975 im Konradsblatt eingerückt (AS 34). Von den sechs Bewerbungen wurden drei sofort abgelehnt, während drei, darunter die des Klägers, in die engere Wahl kamen (Prot. der Pfarrgemeinderatssitzung vom 2.7.1975, AS 67 und 68). In der Sitzung des Pfarrgemeinderats vom 13.8.75 (Prot. AS 69 u. 70) entfielen auf den Kläger 4, auf einen seiner Mitbewerber jedoch 14 Stimmen.

Daraufhin entschloß sich die Beklagte, die ausgeschriebene Stelle an diesen Mitbewerber zu vergeben und dem Kläger fristgerecht zu kündigen.

Der Kläger behauptet und ist der Meinung,
das Kündigungsschutzgesetz sei anzuwenden. Die Kündigung sei sozial ungerechtfertigt und damit rechtsunwirksam. Die Beklagte beschäftige in Engen 6 Mitarbeiter und in den unselbstständigen 5 Filialkirchenfonds je einen Mesner (AS 30).

Personen- oder verhaltensbedingte Kündigungsgründe habe die Beklagte nicht vorgetragen. Die Kündigung sei auch nicht betriebsbedingt. Die bisherige Mesnerstelle sei lediglich

um den neuen Hausmeisterposten erweitert worden. Auf dieser Stelle seien genau die gleichen Arbeiten auszuführen wie bisher. Die Beklagte sei deshalb verpflichtet, den Kläger auf diese neue Stelle zu setzen, da der Kläger der Beklagten 12 Jahre treu gedient habe, das Schuhmachergeschäft seiner Frau gehöre und die Familie nicht ernähren könne.

Der Kläger beantragt,

festzustellen, dass durch die von der Beklagten mit Schreiben vom 22.9.1975 ausgesprochene Kündigung das Arbeitsverhältnis nicht zum 31.12.1975 endet.

Die Beklagte beantragt,

die Klage kostenpflichtig abzuweisen.

Die Beklagte behauptet und ist der Meinung,

das Kündigungsschutzgesetz sei nicht anwendbar, da sie nur zwei Mitarbeiter beschäftige. Die Filialkirchen^{Körpers} seien selbständige Rechtspersonen und nicht Bestandteil der Beklagten (AS 19). Organist, Chorleiter und Fondsrechner seien ehrenamtlich tätig aber keine Arbeitnehmer. Durch die Schaffung der neuen Stelle sei die alte Stelle weggefallen (AS 20). Der Kläger habe keinen Anspruch darauf, dass ihm diese übertragen werde.

E n t s c h e i d u n g s g r ü n d e

Die Klage ist zulässig, aber nicht begründet.

I.

Entgegen der Auffassung des Klägers ist das Kündigungsschutzgesetz nicht anwendbar, weil die Beklagte weniger als 6 Arbeitnehmer beschäftigt (§ 23 Abs. 1, Satz 2 KSchG).

- a) Die 5 in den Filialkirchen in Anselfingen, Barga, Bittelbrunn, Neuhausen und Zimmerholz beschäftigten Mesner sind keine Arbeitnehmer der Beklagten. Alle Kirchen werden vielmehr von einem eigenen Kirchenfond verwaltet, der damit auch der jeweilige Arbeitgeber dieser Mesner ist.

Jeder Kirchenfond ist rechtlich selbständig. Es handelt sich um altrechtliche Stiftungen, die meist hunderte von Jahren alt sind, in einem Fall sogar in Karolingischer Zeit geschaffen wurden.

Sie fallen deshalb unter das Badische Gesetz, die Rechtsverhältnisse und die Verwaltung der Stiftungen betreffend, vom 5.5.1870 (GuVBl, S. 399) i.d.F. v. 19. Juli 1918 ("Stiftungsgesetz" - GuVBl, S. 254).

Dort heißt es in § 42 Abs. 1: "Die Rechtsverhältnisse und die Verwaltung der Kirchlichen Stiftungen werden durch die besonderen Gesetze über die Verwaltung des Kirchenvermögens geregelt, Insbes. kommen auch diesen Stiftungen alle Rechte selbständiger juristischer Personen zu ...".

Und in § 3, Ziff. 1 des Gesetzes heißt es:

" Von den bei Verkündigung dieses Gesetzes vorhandenen Stiftungen gelten als Kirchliche diejenigen, deren Vermögen zur Befriedigung kirchlicher Bedürfnisse einer Religionsgemeinschaft bestimmt ist."

Aus § 1 der erzbischöflichen "Satzung der röm. kath. Kirchenfonde (Kapellenfände) in Baden" vom 21.12.1942 (Erzschöfl. Amtsblatt 1943, S. 250 - AS 24) ergibt sich, dass der kath. Kirchenfond die Aufgabe hat, die Kultgegenstände zu beschaffen, alle Kultbedürfnisse zu befriedigen, auch das Andenken der Toten zu pflegen und die kirchlichen Bediensteten zu besolden. Der Fond hat weiterhin auch die Kirche und das Pfarrhaus zu bauen und zu unterhalten, soweit dies nicht aus einem besonderen für die Kirche und das Pfarrhaus etwa bestehenden Baufond geschehen kann.

Verwaltet und vertreten wird der Fond vom zuständigen kath. Stiftungsrat (§ 33 Abs. 1 der Satzung).

Nun hat der Kläger eingewendet, die Filial-Kirchenfonde seien unselbständig und gehörten zum Kirchefond Engen (AS 31). Deshalb seien sie im "Personal-Schematismus der

Erzdiözese Freiburg 1975" und im "Verzeichnis der Pfarreien und Kuratien" nicht aufgeführt (AS 44, 61-64). Ein eigener Stiftungsrat bestehe nicht (AS 45).

Diese Ausführungen vermochten das Gericht nicht zu überzeugen. Die rechtliche Unselbständigkeit der Filial-Kirchen-Fonde kann nicht dadurch bewiesen werden, dass sie in irgendwelchen kirchlichen Listen und Jahrbüchern nicht gesondert aufgeführt werden. Dies ist nicht einmal ein Indiz, da nicht ersichtlich ist, dass die rechtliche Selbständigkeit oder Unselbständigkeit der Kirchefonde das Auswahlkriterium für ihre Aufnahme in das jeweilige Verzeichnis ist. Unerheblich ist auch, ob ein und derselbe Stiftungsrat, von den Angehörigen mehrerer Gemeinden gewählt, mehrere Kirchenfonde verwaltet und vertritt. Eine derartige Personalunion schließt nicht aus, dass die vertretenen Stiftungen rechtlich selbständig sind. So kann etwa auch derselbe Geschäftsführer der Vertreter verschiedener Gesellschaften mit beschränkter Haftung sein.

Unschädlich ist es schließlich, daß keine Satzungen oder Stiftungsurkunden der Filial-Kirchenfonde existieren oder dem Gericht vorlagen (AS 43-46). Der Kläger geht selbst davon aus, dass die Beklagte eine Stiftung ist; deshalb hat er sie verklagt. Aber auch für die Beklagte gibt es offenbar keine Stiftungsurkunde oder Satzung. Diese sind auch nicht Voraussetzung für das Entstehen der Stiftung, was auch der Kläger nicht verkennt (vgl. auch § 42 des Stiftungsgesetzes, s.o.).

Zu Recht hat die Beklagte auch darauf hingewiesen, dass nach allgemeinen Grundsätzen der Kläger für das Vorliegen der anspruchsbegründenden Tatsachen darlegungs- und beweispflichtig ist (§ AS 19).

Entscheidend scheint es dem Gericht vielmehr zu sein, dass jeder Kirchenfond einen eigenen Haushaltsplan aufstellt und Verträge, z.B. zum Ausbau der Kirche, im eigenen Namen schließt und abwickelt. Bis hin zu dem Klingelbeutel rechnet jeder Fond getrennt und in eigener Verantwortung ab. Demgegenüber hat der Kläger keine überzeugenden Tatsachen für

die Unselbständigkeit der Filialfonde und ihrer Zugehörigkeit zur Beklagten vortragen können.

- b) Da die bei den Filial-Kirchen tätigen Messner nicht hinzugerechnet werden können, beschäftigt die Beklagte weniger als 6 Arbeitnehmer, nämlich nur den Kläger und eine Sekretärin.

Die vom Kläger aufgeführten Personen - Organist, Chorleiter und Fondrechner - sind nur ehrenamtlich für die Beklagte tätig und erhalten dafür eine kleine Aufwandsentschädigung. Alle drei haben einen eigenen Beruf und üben ihre Tätigkeit freiwillig und ohne vertragliche Verpflichtung aus. Die Beklagte hat keinen durchsetzbaren Anspruch auf Erfüllung ihrer Arbeitsleistung gegen sie. Sie sind nicht persönlich abhängig, weil sie nicht weisungsgebunden sind (vergl. Schaub, Handbuch d. Arbeitsrechts, 2. Aufl. 1975, § 8 II m. w. Nachw.) .

Worin die Arbeitnehmer-Tätigkeit des Pfarrers Winkler bestehen soll, konnte der Kläger selbst nicht sagen.

II.

Aber selbst wenn das Kündigungsschutzgesetz anzuwenden wäre, könnte die Klage ~~wäre~~ die Klage keinen Erfolg haben, weil die Kündigung des Klägers betriebsbedingt war. Sein Arbeitsplatz ist durch die Schaffung einer neuen Stelle weggefallen. Der Kläger hat auch keinen Anspruch auf Übertragung dieser Stelle. Folgerichtig hat er auch keinen entsprechenden Verpflichtungsantrag gestellt, sondern sich nur gegen seine Kündigung gewandt.

Der Beklagten ist darin zuzustimmen, daß es sich bei der Hausmeister-Messner-Stelle um eine qualitativ und quantitativ neue Stelle handelt.

In der neuen Stelle sind 40 Stunden in der Woche zu arbeiten. Der Kläger hat nach eigenen Angaben 28, nach Angaben der Beklagten 15 Stunden in der Woche gearbeitet.

Das Gericht ist der Meinung, daß es sich - auch wenn man von den Werten des Klägers ausgeht - schon deshalb um eine neue, andere Stelle handelt, weil die Arbeitszeit nicht unerheblich heraufgesetzt worden ist. Dies gilt auch dann, wenn der Kläger nach seinem bisherigen Vertrag für 40 Wochen-stunden bezahlt worden ist. Denn jedenfalls hat er alle Jahre hindurch allenfalls nur knapp $\frac{3}{4}$ dieser Stunden erbracht. Der Arbeitgeber kann seine guten Gründe haben, warum er jemanden wohl eine Halbtags- oder Dreivierteltags-, aber keine Ganztagsstelle überträgt. Diese Entscheidungsfreiheit bei der (Um-) Schaffung und Besetzung von Stellen wird durch das Kündigungsschutzgesetz nicht beschränkt.

Aber auch qualitativ unterscheidet sich die neue Stelle von der alten. Es liegt auf der Hand, daß bei der Besetzung einer Messner Stelle nicht nur auf handwerkliches Geschick, Zuverlässigkeit, Ordnungssinn und Sauberkeit geachtet wird, wie bei der Besetzung einer Hausmeisterstelle, sondern daß hier u. a. auch oft karitative und religiöse Überlegungen eine besondere, vielleicht entscheidende Rolle spielen werden.

Für die Betreuung von Gemeindezentrum und Kindergarten werden aber noch andere Fähigkeiten benötigt, als sie ein Messner zu besitzen braucht, auch wenn äußerlich hier wie dort scheinbar dieselben Arbeiten (z. B. Reinigung, Überwachung der Heizung) anfallen. Auch hier muß deshalb dem Arbeitgeber die Freiheit eingeräumt werden, bei seiner Personalauswahl eine neue Entscheidung zu treffen.

Auch der Kläger ging bis zu seiner Kündigung offenbar davon aus, daß es sich um eine neue Stelle handelt. Andernfalls hätte er keinen Anlaß gehabt, sich um die Stelle zu bewerben.

Fehl geht der Einwand des Klägers, die Beklagte habe den Grundsatz der sozialen Auswahl nach § 1 Abs. 3 KSchG verletzt, da es sich nicht um zwei vergleichbare Arbeitsplätze handelt und eine anderweitige Beschäftigungsmöglichkeit des

Klägers bei der Beklagten nicht mehr besteht. Es ist auch nicht zu beanstanden, daß die Beklagte mit der Besetzung der neuen Stelle nicht gewartet hat, bis Kindergarten und Gemeindezentrum fertig gebaut sind (AS 48). Gerade während der Bauperiode hat der Hausmeister besonders viel Arbeit, die auch die Aufstellung des Klägers über seine wöchentliche Arbeitsleistung zeigt (AS 71 u. 72).

III.

Über den Auflösungsantrag des Klägers war nicht zu entscheiden, da das Arbeitsverhältnis des Klägers bereits durch die Kündigung der Beklagten aufgelöst wurde (§ 9 Abs. 1 KSchG).

Andere Gründe für die Unwirksamkeit der Kündigung sind nicht vorgetragen und auch nicht ersichtlich.

IV.

Die Klage war daher mit der Kostenfolge des § 91 ZPO abzuweisen. Der Streitwert wurde gemäß den §§ 61 Abs. 2 und 12 Abs. 7 ArbGG in Höhe von drei Monatsgehälter festgesetzt.

gez.: T o p f



Ausgefertigt: 29.1.76
Der Urkundsbeamte
der Geschäftsstelle

Schulz, Pröbst.

Ausfertigung

Landesarbeitsgericht
Baden-Württemberg
Kammer 9 Freiburg

9 Sa 32/76

4 Ca 684/75-RD

Bitte in allen Schreiben angeben

Eingegangen

11. DEZ. 1976

Rechtsanwälte
Dr. Simon u. Dr. Graner

Im Namen des Volkes

Urteil

In dem Rechtsstreit:

Verkündet

am 19.11.76

PV.:

-Kl./Ber.Kl.-

Gehrke

gegen

als Urkundsbesitzer der Geschäftsstelle

Rechtsmittelbelehrung

Gegen die Endurteile des Landesarbeitsgerichts kann Revision eingelegt werden,

1. wenn das Landesarbeitsgericht die Revision im Urteil zugelassen hat;

2. wenn die Revision zwar nicht zugelassen ist, das Urteil des Landesarbeitsgerichts aber

a) von einer in der Revisionsbegründung zu bezeichnenden Entscheidung des Bundesarbeitsgerichts abweicht und auf dieser Abweichung beruht, oder, solange eine Entscheidung des Bundesarbeitsgerichts in der Rechtsfrage nicht ergangen ist,

b) von der Entscheidung eines anderen Landesarbeitsgerichts oder eines früheren obersten Arbeitsgerichts eines Landes abweicht und auf dieser Abweichung beruht,

3. wenn die unter Ziff. 1 und 2 genannten Voraussetzungen nicht gegeben sind, die Revisionsbegründung innerhalb eines Monats nach Einlegung der Revision bei dem Bundesarbeitsgericht in Kassel eingehen.

Die Revisionschrift muß innerhalb eines Monats nach Zustellung des Berufungsurteils, die Revisionsbegründung innerhalb eines Monats nach Einlegung der Revision bei dem Bundesarbeitsgericht in Kassel eingehen.

Revisions- und Revisionsbegründungsschrift müssen von einem bei einem deutschen Gericht zugelassenen Rechtsanwalt unterzeichnet sein und in zweifacher Fertigung bei dem Bundesarbeitsgericht eingereicht werden. Für jeden weiteren Beteiligten ist eine Fertigung mehr beizufügen. Dasselbe gilt für die sonstigen wechselseitigen Schriftsätze im Revisionsverfahren.

hat das Landesarbeitsgericht Baden-Württemberg -AK 9 Freiburg- durch den Vorsitzenden

Vorsitzender Richter Dr. Geitner

und die ~~Landesarbeitsrichter~~ ehrenamtl. Richter

Dr. Günther Hartmann und Hans Gund
auf die mündliche Verhandlung vom

18. Nov. 1976

für Recht erkannt:

1. Auf die Berufung des Klägers wird das Urteil des Arbeitsgerichts Lörrach - 4 Ca 684/75 - vom 19.1.1976 abgeändert und festgestellt, daß das Arbeitsverhältnis des Klägers durch die ihm am 22.9.1975 ausgesprochene Kündigung nicht aufgelöst worden ist.

2. Dem Beklagten werden die Kosten des Rechtsstreits auferlegt.

T a t b e s t a n d

Die Parteien haben über die Wirksamkeit einer Kündigung gestritten.

Der verheiratete Kläger, der zwei Kinder hat, war aufgrund eines aus dem Jahre 1963 stammenden Vertrages, abgeschlossen zwischen dem Kath. Kirchspielfond Engen, vertr. durch den Stiftungsrat und ihm -dem Kläger- (Abl. 4 ff) als Mesner für die Stadtkirche Engen angestellt. Seine letzte Vergütung betrug 1.265,- DM brutto. Die Tätigkeit hat ihn nur zu einem Teil der vollen Arbeitszeit beansprucht. 1975 hat die Pfarrei Engen ein Gemeindezentrum und einen Kindergarten errichtet. Der Pfarrgemeinderat, dem der Kläger ebenfalls angehörte, beschloß, zur Versorgung der Gesamtanlage, d.h. unter Einschluß der Mesnertätigkeit, zum 1.1.1976 im Konradsblatt die Stelle eines Mesners und Hausmeisters auszuscheiden. Aus den eingehenden sechs Bewerbungen wählte schließlich der Pfarrgemeinderat in seiner Sitzung vom 13.8.1975 mit 14 Stimmen einen Mitbewerber des Klägers, während der Kläger nur vier Stimmen erhielt. Mit Schreiben vom 22.9.1975 (Abl.8) wurde daraufhin dem Kläger unter Benutzung eines Briefbogens des Kath. Stadtpfarramtes Engen das Dienstverhältnis als Mesner zum 31.12.1975 gekündigt. Unterscriben ist die Kündigung für das Erzbischöfliche Pfarramt Engen vom Pfarrer -Herrn Winkler- und vom Pfarrgemeinderatsvorsitzenden Stykowski.

Mit der Klage hat sich der Kläger gegen die Kündigung gewandt, von der er der Auffassung ist, daß sie sozial nicht gerechtfertigt sei. Die Vorschriften des ersten Abschnitts des Kündigungsschutzgesetzes finden Anwendung, denn zur Stadtpfarrkirche Engen gehörten als Filialkirchen Ansefingen, Bergen, Bittelbrunn, Neuhausen und Zimmerholz. In allen diesen Kirchen seien Mesner beschäftigt. Außerdem seien die Pfarrsekretärin, Fräul. Paul, der Organist, der Chorleiter und der Fondrechner der Engener Kirche als Arbeitnehmer anzusehen, sodaß die geforderte Zahl von mehr als fünf Arbeitnehmern erfüllt sei (§ 23 Abs.1 KSchG). Tatsächlich handele es sich bei der in Rede stehenden Stelle keineswegs um eine

neue, vielmehr sei lediglich die bisher bestehende Meßnerstelle um zusätzliche Tätigkeiten erweitert worden. Die seiner Ehefrau gehörende Schuhmacherei reiche nicht aus, die Familie zu ernähren.

Der Beklagte ist der Klage entgegengetreten, indem er die Anwendbarkeit des Kündigungsschutzgesetzes in Abrede stellt. Die Filialkirchenfonds seien selbständige Rechtspersonen und nicht Bestandteil des Beklagten. Organist, Chorleiter und Fondrechner seien als ehrenamtlich tätige Personen anzusehen und keine Arbeitnehmer. Es handele sich um einen neu geschaffenen Arbeitsplatz, der an die Stelle des bisherigen getreten sei. Dies habe letztlich auch der Kläger damit anerkannt, daß er in der betreffenden Sitzung des Pfarrgemeinderats selbst für die Ausschreibung der Stelle gestimmt habe.

Das Arbeitsgericht hat die Klage mit Urteil vom 19.1.1976 abgewiesen und dies damit begründet, daß das Kündigungsschutzgesetz keine Anwendung finde, weil die bei den Filialkirchen beschäftigten Meßner den Arbeitnehmern des Beklagten nicht zuzuzählen seien, würden doch die Kirchen jeweils von einem eigenen Fond verwaltet, der rechtliche Selbständigkeit genieße. Daran ändere auch die Tatsache nichts, daß der Engener Stiftungsrat die Fonds der Filialkirchen verwalte. Entscheidend sei, daß jede der Filialkirchen einen eigenen Haushalt aufstelle, Verträge dafür abschließe und abwickle. Organist, Chorleiter und Fondrechner könnten wegen ihrer ehrenamtlichen Tätigkeit nicht als Arbeitnehmer angesehen werden. Schließlich sei die Kündigung auch betriebsbedingt, weil der Arbeitsplatz des Klägers durch Schaffen eines neuen Arbeitsplatzes weggefallen sei. Die bisherige Halbtagsstelle sei in eine Ganztagsstelle umgewandelt worden. Auch qualitativ unterscheide sie sich von der früheren. Durch seine Bewerbung habe der Kläger den Charakter der Stelle als einer neuen anerkannt.

Die weiteren Einzelheiten des Vorbringens der Parteien und der Entscheidungsgründe erster Instanz ergeben sich aus dem Akteninhalt, auf den verwiesen wird.

Der Kläger hat gegen das ihm am 30.1.1976 zugestellte Urteil des Arbeitsgerichts am 11.2.1976 Berufung eingelegt und diese innerhalb der eingeräumten Frist am 31.5.1976 begründet. Es fehle bereits an einer wirksamen Kündigungs-erklärung. Grundsätzlich könne nur der kündigen, der auch den Vertrag geschlossen habe. Das sei hier nicht geschehen. Während der Dienstvertrag zwischen dem Kläger einerseits und dem Stiftungsrat des Kirchspielfonds andererseits geschlossen worden sei, habe die Kündigung der Pfarrer und der Pfarrgemeinderatsvorsitzende unterzeichnet, ohne daß dabei der Pfarrer zum Ausdruck gebracht habe, als Vorsitzender des Stiftungsrates zu handeln. Daneben bestünde keine Identität zwischen Pfarrgemeinderat und Stiftungsrat. - Auf das Arbeitsverhältnis finden die Vorschriften des Bundesangestelltentarifvertrages (BAT) mit der Folge Anwendung, daß die Kündigungsfrist sechs Monate zum Quartalsende betrage. Dies sei aber der 31.3.1976. Die Gültigkeit des BAT ergebe sich aus § 2 des Dienstvertrages, der § 13 des Vertrages abbedungen habe und so gem. § 10 der Dienst- und Vergütungsordnung für Meßner vom 18.11.1975 zu deren Anwendung führe, die ihrerseits wiederum die Anwendung des BAT vorschreibe. - Zu Unrecht habe das Arbeitsgericht die Anwendbarkeit des Kündigungsschutzgesetzes verneint, komme es doch nicht auf die Anzahl und Art der verwalteten Sondervermögen in den verschiedenen Kirchspielfonds an, sondern auf die allen gemeinsame Verwaltung. Das Vorliegen dringender betrieblicher Erfordernisse werde bestritten, denn der Arbeitsplatz des Klägers sei keineswegs weggefallen, weil es nach wie vor in der Stadtpfarrkirche Engen die Tätigkeit des Meßners gebe. Vielmehr sei entsprechend § 6 der Dienst- und Vergütungsordnung für Meßner vom 18.11.1974 seine Stelle nur mit ergänzenden Arbeiten ausgestattet worden.

Der Berufungskläger b e a n t r a g t,

das Urteil des Arbeitsgerichts Lörrach vom 19.1.1976 abzuändern und festzustellen, daß das Dienstverhältnis des Klägers durch die ihm am 22.9.1975 ausgesprochene Kündigung am 31.12.1975 nicht beendet worden ist;

hilfsweise,

das Dienstverhältnis aufzulösen und den Beklagten zur Zahlung einer Sozialabfindung nebst 4 % Zinsen hieraus in einem der Höhe nach in das Ermessen des Gerichts gestellten Umfang zu verurteilen.

Der Berufungsbeklagte b e a n t r a g t,
die Berufung des Klägers zurückzuweisen.

Sehr wohl habe der Pfarrer der Gemeinde Engen als legitimierter Vertreter des Fonds allein kündigen können. Das ergebe sich aus § 5 der Erzbischöflichen Verordnung zur Satzung über die Verwaltung des kath. Kirchenvermögens vom 31.12.1958, wonach nur verpflichtende Schriftstücke vom Pfarrvorstand und zwei Stiftungsratsmitgliedern zu unterzeichnen seien. Bei dem Kündigungsschreiben handle es sich hingegen nicht um ein solches verpflichtendes Schreiben, voraus sich die alleinige Unterschriftsberechtigung des Pfarrers ergebe. Jedenfalls habe er aber in Vollmacht des Stiftungsrates unterzeichnet. Y——

Der BAT sei nicht Inhalt des Dienstvertrages geworden, weil sog. Altverträge, die vor Inkrafttreten der Dienst- und Vergütungsordnung für Mesner vom 18.11.1974 abgeschlossen worden seien, gem. § 21 der Vergütungsordnung entsprechend der neuen Dienstordnung zu ändern seien. Im Falle des Klägers sei das unterblieben. — Zu Unrecht werfe der Berufungsführer dem Arbeitsgericht vor, die Anwendbarkeit des Kündigungsschutzgesetzes verneint zu haben. Die Filialkirchen seien selbständige Gemeinden mit selbständigen Fonds, die lediglich in Personalunion vom Engener Pfarrer mit versorgt würden. Es gebe keine gemeinsame Verwaltung, denn diese setze zumindest einen gemeinsamen Rechtsträger voraus, was gerade hier nicht der Fall sei. — Dem Arbeitsgericht sei auch darin zuzustimmen, daß die Stelle des Berufungsführers untergegangen und durch eine neue ersetzt worden sei. Es läge keine Aufgabenergänzung nach § 6 der Dienst- und Vergütungsordnung für Mesner vor. Der Schwerpunkt der neuen Aufgabenstellung liege in der Hausmeistertätigkeit, nicht in der des Mesners.

Die weiteren Einzelheiten des beiderseitigen Parteivortrages ergeben sich aus den gewechselten Schriftsätzen, auf die Bezug genommen wird.

Entscheidungsgründe

Die Berufung war zulässig, weil form- und fristgerecht eingelegt und begründet. Sie hatte auch Erfolg.

Die Kündigung vom 22.9.1975 ist nicht wirksam erklärt worden. Aus dem Schreiben ergibt sich nicht, daß der Stiftungsrat des Beklagten als dessen Vertreter mitgewirkt hat. Die Kündigungserklärung ist ausdrücklich auf einem Kopfbogen des Kath. Stadtpfarramtes niedergeschrieben und vom Pfarrer nicht etwa in seiner Eigenschaft als Vorsitzender des Stiftungsrates, sondern als Leiter des Pfarramtes unterschrieben worden. Das ergibt sich aus dem über der Unterschrift befindlichen Text. Auch das Landesarbeitsgericht ist der Auffassung, daß aus dem Kündigungsschreiben unmißverständlich hätte hervorgehen müssen, daß der Vertragspartner "Kath.Kirchenspielfond Engen, vertr. durch den Kath.Stiftungsrat Engen", die Kündigung ausspricht. Die Unterschrift des Herrn Stykowski wiederum ist ausdrücklich von ihm in seiner Eigenschaft als Pfarrgemeinderatsvorsitzender gegeben worden, nicht etwa in der des Mitgliedes des Stiftungsrates. Angesichts dieses, nach Auffassung des Landesarbeitsgerichts schwerwiegenden Mangels, bedarf es letztlich der Beantwortung der Frage nicht mehr, ob entgegen der vom Beklagten vertretenen Ansicht im Ausspruch der Kündigung keine den Fond verpflichtende Dekretur i.S.d.§ 5 der Verordnung über die Verwaltung des örtlichen kath. Kirchenvermögens im Erzbistum badischen Anteils lag, die der Unterschrift des Vorsitzenden des Stiftungsrates und zweier weiterer Mitglieder bedurfte. Zumindest kann die entgegenstehende Meinung des Klägers nicht von vornherein als unzutreffend ausgeschlossen werden.

Selbst wenn von formell einwandfreier Kündigung ausgegangen werden müßte, so ist das erkennende Gericht abweichend vom Arbeitsgericht der Überzeugung, daß die Vorschriften des ersten Abschnitts des Kündigungsschutzgesetzes im vorliegenden Fall anzuwenden sind, weil die bei den Filialkirchen in Anselmingen, Bergen, Bittelbrunn, Neuhausen und Zimmerholz beschäftigten Mesner als Arbeitnehmer ebenso mit zu berücksichtigen sind, wie die Pfarrsekretärin der Stadtkirche Engen und der Kläger selbst. Richtig ist zwar, daß für jede der insgesamt Kirchen ein eigenes örtliches Kirchenvermögen besteht, das in einem Kirchenfond zusammengefaßt ist und daß für jede dieser örtlichen Kirchen ein eigener Jahreshaushalt aufgestellt wird. Keine dieser Kirchen besitzt aber verwaltungsmäßige Selbständigkeit, wie der Pfarrer der Engener Stadtkirche, Herr Winkler, im Termin vom 18.11.1976 ausdrücklich eingeräumt hat (vgl. Abl.175). Keiner der sechs Fonds hat einen eigenen Stiftungsrat, der ihn verwaltet, vielmehr steht als geistlicher Leiter an der Spitze aller sechs Kirchen seit eh und jeh ein gemeinsamer Pfarrer, ein gemeinsamer Stiftungsrat, der sich aus Mitgliedern jeder der Filialkirchen zusammensetzt und schließlich ein gemeinsamer Pfarrgemeinderat, der in gleicher Weise von den Pfarrangehörigen aller sechs Kirchen gewählt wird. Daß der gemeinsame Stiftungsrat jeweils Verpflichtungen für den einen oder anderen Fond vornimmt, ändert nichts an der Tatsache der einheitlichen Verwaltung des gesamten Pfarrbezirkes. Das Vorliegen einer einheitlichen Verwaltung i.S. des § 23 Abs. 1 KSchG ist damit zu bejahen. Die rechtliche Selbständigkeit des einzelnen in der betreffenden Filialkirche bestehenden Fonds kann nicht darüber hinwegtäuschen, daß es sich insgesamt um eine große, alle fünf Filialkirchen umfassende Pfarrgemeinde handelt. Wenn im Dienste der ganzen Pfarrgemeinde Verpflichtungen für einen einzelnen Fond vorgenommen werden, so kann, um der Verwirklichung des vom Gesetzgeber gewollten Kündigungsschutzes ^{zu entsprechen,} bei der Zusammenrechnung der Zahl der Arbeitnehmer, von der die Anwendbarkeit des ersten Abschnittes des Kündigungsschutzgesetzes abhängt, nicht auf den Fond allein abgestellt werden, aus dem die

Entlohnung des Arbeitnehmers erfolgt. Mit einer abweichenden Auffassung würde nach Meinung des Landesarbeitsgerichts der gesetzgeberische Schutzzgedanke des Kündigungsschutzgesetzes mißachtet.

Die dem Kläger ausgesprochene Kündigung ist nicht sozial gerechtfertigt, weil sie nicht durch dringende betriebliche Erfordernisse bedingt ist (§ 1 Abs. 2 KSchG).

Damit, daß der Gesetzgeber Kündigungen nur dann als sozial gerechtfertigt anerkennt, wenn wie hier geltend gemacht - dringende betriebliche Erfordernisse vorliegen, bringt er zum Ausdruck, daß der Arbeitgeber nur dann zur Kündigung schreiten darf, wenn es im Interesse des Betriebes wirklich notwendig ist und daß er nach Möglichkeit zu versuchen hat, die Kündigung durch andere Mittel zu vermeiden, sofern dies organisatorisch und wirtschaftlich tragbar ist (vgl. Hueck, Komm.z.KSchG., 9. Aufl. RZ 103 zu § 1 und die dort angegebene Rechtsprechung). So ist von der höchstgerichtlichen Rechtsprechung der Wegfall bestimmter, nach sachlichen Merkmalen bestimmter Stellen aufgrund von Sparmaßnahmen im öffentlichen Dienst als solch dringendes betriebliches Erfordernis anerkannt worden (aaO., RZ 107). Ein solcher Fall liegt hier gerade nicht vor, weil die Stelle des Klägers gerade nicht aufgrund von Einsparungsmaßnahmen in Fortfall geraten ist. Vielmehr ist nach übereinstimmendem Vortrag beider Parteien eine weiteres Tätigkeitsgebiet im Rahmen der Pfarrgemeinde Engen durch Errichten eines Gemeindezentrums und Kindergartens angefallen. Von einem Fortfall der bisherigen Mesnertätigkeit wegen Einsparungsmaßnahmen ist keine Rede. Es kann deshalb nicht, wie es der Beklagte tut, vom "Untergang" der Stelle des Klägers gesprochen werden. Die dem Kläger gegenüber bestehende soziale Verpflichtung, ihm den Arbeitsplatz zu erhalten, gebot die Überlegung, sein Aufgabengebiet um die Tätigkeiten zu erweitern, die dem Hausmeister von Gemeindezentrum und Kindergarten zufallen. Diese Erwägung lag um so näher, als nach übereinstimmendem Vortrag beider Parteien der Kläger ~~als~~ als hauptamtlicher Mesner angestellt ist und voll bezahlt wird, ohne indes mit der Mesnertätigkeit zeitlich voll ausgelastet zu sein.

Der Umstand, daß die Angaben über die zeitliche Inanspruchnahme des Klägers durch sein bisheriges Aufgabengebiet stark voneinander abweichen, bedurfte in diesem Zusammenhang der genauen Klärung nicht, nachdem zumindest Einigkeit über den vorerwähnten Punkt gegeben ist.

§ 6 Der Dienst- und Vergütungsordnung für Mesner vom 18.11.974, abgedruckt im Amtsblatt der Erzdiozese Freiburg vom 6.12.1974, sieht die Erweiterung der eigentlichen Mesnernaufgaben, wie sie in § 5 aaO. aufgezählt sind, vor und nennt als Beispiel ausdrücklich als eine solche ergänzende Aufgabe die der Hausmeistertätigkeit. Derartige Dienste können sich ihrem Sinn nach nicht auf den Sakralraum der Kirche beziehen, sondern nur auf damit in Zusammenhang stehende Profangebäude, wie die hier in Rede stehenden Baulichkeiten. Die zuletzt angeführte Bestimmung steht damit dem Vortrag des Beklagten entgegen, daß besondere, ganz anders geartete und von denen eines Mesners abweichende Qualifikationen für die Hausmeistertätigkeit im Gemeindeszentrum und Kindergarten verlangt werden müßten. Der in der mündlichen Verhandlung zugegen gewesene Kläger hinterließ beim Gericht auch durchaus den Eindruck eines Mannes, der die vom Beklagten geforderten zusätzlichen Eigenschaften besitzt. — Selbst wenn man aber mit dem Beklagten der Auffassung zuneigte, es handle sich bei den durch Schaffen der neuen Pfarreinrichtungen angefallenen Hausmeisteraufgaben um solche, die von einer anderen Person als der des Klägers wahrzunehmen wären, so dürfte dies doch nicht zur Entfernung des Klägers aus dem Dienstverhältnis führen, der unstreitig seine Aufgaben bisher unbeanstandet ausgefüllt hat. Mag die vom Erzbischöflichen Ordinariat erklärte Zielvorstellung auch die sein, überall dort, wo nicht voll ausgelastete Mesner Dienst tun und Hausmeistertätigkeiten anfallen, für beide Aufgabengebiete einen vollen Arbeitsplatz zu schaffen, so ist dies eben nur eine Zielvorstellung, die bei sich bietender Möglichkeit, etwa beim Ausscheiden eines Mesners, verwirklicht werden kann, nicht aber durch Entfernen eines, seine Tätigkeit unbeanstandet verrichtenden Arbeitnehmers und Einstellung eines neuen für das erweiterte

Aufgabengebiet.

Schließlich kann es den Kläger nicht zum Nachteil gereichen, daß er, aus welchen Gründen auch immer, sei es in Verkennung der Tatsachen, sei es, weil er an seiner Betrauung mit den weiteren Aufgaben keinen Zweifel hatte, im Gemeinderat für das Ausschreiben der Stelle im Konradblatt mitgestimmt hat. Eine Anerkennung des Rechtsstandpunktes der Beklagten war damit sicher nicht verbunden. Dafür hätte vom Beklagten mehr vorgetragen und notfalls unter Beweis gestellt werden müssen.

Unter den obwaltenden Umständen war auf die Berufung das Urteil des Arbeitsgerichts abzuändern und entsprechend dem Wortlaut der Urteilsformel zu entscheiden.

Dem "hilfsweise" gestellten Antrag ist das Gericht deshalb nicht nachgegangen, weil einmal vom Kläger in der mündlichen Verhandlung mehrfach nachdrücklich erklärt worden ist, er wolle das Dienstverhältnis fortsetzen und sehe keinen Anlaß, an einer gedeihlichen Zusammenarbeit mit dem Pfarrer für die Zukunft zu zweifeln. Auch das Gericht zweifelt hierin nicht angesichts der offensichtlich abgeschlossenen und gewandten Persönlichkeit des im Verhandlungstermin zugegen gewesenen Pfarrers. Über den "hilfsweisen" Auflösungsantrag war demzufolge schon wegen mangelnder Schlüssigkeit des Vortrages nicht zu entscheiden.

Die Kostenfolge beruht auf § 97 Abs. 1 ZPO.

Dr. Geitner

Dr. Hartmann

Gund



Ausgefertigt

Der Urkundsbeamt der Geschäftsstelle des
Landesarbeitsgerichts Baden-Württemberg
Kammern Freiburg i. Br.

Jul. v. R.

LEBENS LAUF

Am 19.11.48 wurde ich als Sohn des Assistenzarztes Dr. med. Heinz Karl Rübsaamen und seiner Ehefrau Ina Lilli Hildegard, geborene Zerzog , in Freiburg im Breisgau geboren.

Von Ostern 1954 bis Ostern 1958 besuchte ich die Karlsschule in Freiburg im Breisgau; danach wechselte ich auf das Keppler - Gymnasium über.

Im Jahre 1960 verzogen meine Eltern nach 7700 Singen, ab diesem Zeitpunkt besuchte ich das Hegau-Gymnasium am gleichen Orte.

Im Jahre 1968 legte ich das Abitur ab; in der darauffolgenden Zeit leistete ich meinen 18 Monate Pflichtwehrgrunddienst, wo ich im März 1970 als Leutnant der Reserve ausschied.

Von 1970 bis 1974 studierte ich an der Albert-Ludwig-Universität in Freiburg Jura; am 4.7.1974 legte ich die Erste juristische Staatsprüfung ab. Meine Referendarzeit absolvierte ich am Landgericht Konstanz ; in dieser Zeit heiratete ich am 13. September 1975 Fräulein Annette Nagel , Lehrerin . Am 22. Dezember 1976 legte ich meine Zweite juristische Staatsprüfung in Stuttgart mit Prädikat ab; in der darauffolgenden Zeit fertigte ich am Lehrstuhl für Rechtsphilosophie und Kirchenrecht meine Dissertation unter Professor Dr. Alexander Hollerbach an der Albert-Ludwig-Universität in Freiburg.

Am 17.2.1978 trat ich in die Rechtsanwaltssozietät Dr. Hans Caemmerer und Kollegen in Karlsruhe ein.

Am 1.1.1980 bin ich als Sozius in die Kanzlei Vogler und Semle eingetreten und übe mit diesen in Augsburg die Rechtsanwaltsstätigkeit aus.

